1989

Chronologie der Wende in Sachsen

Bearbeiter: Aline Fiedler und Frank Tiesler 2., überarbeitete und ergänzte Auflage

Vorwort des Herausgebers

Vor Ihnen liegt die zweite, überarbeitete und ergänzte Ausgabe einer Chronologie, die die friedliche Revolution des Jahres 1989 in Sachsen festhalten möchte.

Was geschah in Sachsen in jenem Jahr, nicht nur an den bewegten Tagen im Herbst, sondern auch in den Monaten davor? Wie nahm die Stimmung, die die Ereignisse im Herbst '89 tragen konnte, ihren Anfang? Gab es so etwas wie einen Vor-Herbst? Was geschah in den Städten und Dörfern, die auf der großen Karte der Wende-Ereignisse bisher nicht verzeichnet waren?

In der Sächsischen Staatskanzlei dachten wir seit Ende 1998 angesichts der vor uns liegenden Zehn-Jahres-Jubiläen darüber nach, wie wir möglichst viele dieser Ereignisse in Sachsen zusammentragen könnten. Unser bescheidenes Ziel war, für Journalisten eine Art Handreichung zusammenzustellen, die als Ausgangspunkt für weitere Recherchen im ganzen Land taugte. Im Januar 1999 bat ich in einem Schreiben die Oberbürgermeister und Bürgermeister aller damals 546 Kommunen des Freistaates um Mithilfe (siehe Seite 208). Das Echo war beeindruckend: Dokumente, Daten, eigene Chroniken und Hinweise auf viele weitere mögliche Quellen erreichten uns.

Bis zum April 1999 entstand daraus eine Veröffentlichung, die bereits über eine einfache Handreichung hinausging. Unter der fachlichen Beratung von Dr. Michael Richter vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. hatten zwei Studenten des Instituts, Aline Fiedler und Frank Tiesler in wochenlanger Arbeit die Ereignisse geordnet, durch Recherchen und Nachfragen vervollständigt und in eine lesbare Form gebracht. Die Schrift stieß auf gute Resonanz bei der interessierten Öffentlichkeit und bei den Journalisten.

Deren vertiefende Recherchen brachten neue und weitere Erkenntnisse, einzelne Ereignisse wurden von weiteren Zeitzeugen präzisiert und gelegentlich auch korrigiert. Aus 16 Kommunen folgten "Nachlieferungen", teilweise als verspätete Reaktion auf unsere Bitte um Mitarbeit, teilweise aber auch aufgrund von Wortmeldungen aus der Bürgerschaft, die die Geschehnisse aus ihrer Gemeinde in der Chronologie vermissten. Selbst nach dem Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe gingen weiter Informationen ein, zum Beispiel aus Borna, die für besonders Interessierte in der Staatskanzlei aufbewahrt werden.

Die nun vorliegende zweite Auflage, wiederum bearbeitet von Fiedler/Tiesler, enthält alle diese neuen Erkenntnisse und Ergänzungen. Auch wenn die Arbeit natürlich nach wie vor weder Vollständigkeit noch lupenreine Objektivität für sich in Anspruch nehmen kann und will, ist sie dennoch ein mit Fakten gut gefülltes Gefäß, aus dem nicht nur Journalisten, sondern auch die Experten der zeitgeschichtlichen Forschung schöpfen können

Ich danke allen, die daran so fleißig mitgewirkt haben, den Bürgermeistern, Heimatvereinen, Ortschronisten und Helfern aus den Stadt- und Gemeindeverwaltungen, ebenso meiner Mitarbeiterin Gundula Sell, die die schwierige Koordination des Projekts übernommen hat.

Michael Sagurna Dresden, im Mai 2000

Inhaltsverzeichnis

Teil I Chronologie der Ereignisse

S. 9 In diesem Teil sind die Ereignisse des Jahres 1989 in sächsischen Gemeinden von Januar bis Dezember in Tabellenform zusammengefasst.

Teil II Quellen/Ansprechpartner

S. 165 Hier finden Sie unsere Quellen für die Angaben aus Teil I und Ansprechpartner für die weitere Recherche.

Im Referat Bürgerinformation der Staatskanzlei sind auf Anfrage weitere Adressen vorhanden.

Sächsische Staatskanzlei

Referat Bürgerinformation

Archivstraße 1 01097 Dresden

Tel: 0351/564-1341 Fax: 0351/564-1359

E-mail: Sandra.Posselt@dd.sk.sachsen.de

Teil III Auswahl kleiner sächsischer Wendegeschichten

S. 187 Besondere und außergewöhnliche Begebenheiten in sächsischen Gemeinden

haben wir in diesem Teil dokumentiert.

Abkürzungsverzeichnis

ABV Abschnittsbevollmächtigter der Volkspolizei ADN Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst

AfNS Amt für Nationale Sicherheit

B Bundesstraße

BIB Bürgerinitiative Bergen
BIB Bürgerinitiative Burgstädt

BIKA Bürgerinitiative im Kreis Auerbach

BIRo Bürgerinitiative Rodewisch CAK Christlicher Aktionskreis

CDJ Christlich Demokratische Jugend CDU Christlich Demokratische Union

DA Demokratischer Aufbruch

DBD Demokratische Bauernpartei Deutschlands DFD Demokratischer Frauenbund Deutschlands

DFP Deutsche Forum Partei

DOP Demokratische Oppositionelle Plattform

DRK Deutsches Rotes Kreuz

DSF Deutsch Sowjetische Freundschaft

DSU Deutsche Soziale Union

DTSB Deutscher Turn- und Sport-Bund EBV Ellefelder Bürgervereinigung

EOS Erweiterte Oberschule

ESG Evangelische Studentengemeinde

ev. evangelisch

F Fernverkehrsstraße

FDGB Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

FDJ Freie Deutsche Jugend

GO Grundorganisation

GST Gesellschaft für Sport und Technik

HO Handelsorganisation

IM Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit

kath. katholisch

LDPD Liberal-Demokratische Partei Deutschlands LPG Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

luth. lutherisch

MdI Ministerium des Inneren

MfS Ministerium für Staatssicherheit

ND Neues Deutschland

NDPD National-Demokratische Partei Deutschlands

NVA Nationale Volksarmee

PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
RAJV Revolutionärer Autonomer Jugendverband
SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SDP Sozialdemokratische Partei

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Stasi Ministerium für Staatssicherheit bzw. dessen Mitarbeiter

SZ Sächsische Zeitung

VdgB Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

VEB Volkseigener Betrieb
VL Vereinigte Linke
VP Volkspolizei

VPKA Volkspolizeikreisamt

VR Volksrepublik

ZK Zentralkomitee der SED

Teil I

Chronologie der Ereignisse

Inhaltsverzeichnis Teil I

Monat	Seite
Januar	13
Februar	15
März	16
April	18
Mai	20
Juni	25
Juli	27
August	30
September	32
Oktober	39
November	80
Dezember	128

Januar 1989

Antang Januar

Ein Bürger aus **Großolbersdorf** verteilt in Abständen über das gesamte Jahr 1989 Flugblätter mit verschiedenen Texten im Raum Zschopau.

Im Schaukasten der Gemeinde **Reichenbach**/Vogtland wird ein Plakat mit den Worten veröffentlicht: "Ich weiß nicht, ob es besser werden wird, wenn es anders wird, aber so viel ist gewiß: daß es anders werden muß, wenn es besser werden soll". Georg Christoph Lichtenberg.

4. Januar

Das Bundesinnenministerium teilt mit, dass im Jahr 1988 29 031 Personen aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt und 9 718 geflüchtet sind.

11. Januar

In verschiedenen Stadtbezirken von **Leipzig** verteilen Mitglieder von Basisgruppen 5 000 Flugblätter in Hausbriefkästen. Darauf ruft die "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft" zu einer Gedenkdemonstration anlässlich des 70. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1989 auf. Sie fordern unter anderem das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit. In der gleichen Nacht werden vier Oppositionelle verhaftet.

14. Januar

In **Neukirchen** trifft sich der Vorbereitungskreis des Christlichen Friedensseminars **Königswalde**. Es soll ein Modell entwickelt werden, um das Friedensseminar neu zu strukturieren und mehr über gesellschaftliche Probleme zu diskutieren.

15. Januar

Bei der Unterzeichnung des KSZE-Abkommens in Wien verpflichtet sich die DDR, das Recht auf uneingeschränkte Reisefreiheit gesetzlich zu garantieren.

Etwa 500 Bürger von **Leipzig** folgen dem "Aufruf an alle Bürger der Stadt Leipzig" von der "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft". Es gibt zahlreiche Festnahmen. Nach großen, auch internationalen Protesten werden die Inhaftierten am 19. Januar freigelassen.

Ein Bürger aus **Döbeln** druckt zusammen mit einem Freund in Steina Flugblätter ("Freiheit für Freya Klier und andere politische Häftlinge") und verteilt diese in Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt.

Mitte Januar

Das Faschingsprogramm des Elferrates in **Wilsdruff** wird wenige Stunden vor der Aufführung drastisch gekürzt, indem bei Androhung von Gefängnisstrafen das Restprogramm ohne Anspielungen aufzuführen ist.

Januar 1989

19. Januar	In einer Rede erklärt Erich Honecker, die "Mauer wird noch in 100 Jahren stehen".
21. Januar	Im Lutherkeller von Zwickau wird eine Veranstaltungsreihe unter dem Namen "Nachtgebet – Konkret" begonnen, die sich unter anderem auch brisanten Themen widmet, die sonst nicht öffentlich diskutiert werden.
24. Januar	Erich Honecker kündigt die Auflösung von sechs Panzerregimentern an. Betroffen ist auch das Panzerregiment Nr. 16 "Leo Jogiches" in Großenhain .
	Ein Bürger aus Werdau fordert in einer Eingabe an Erich Honecker unter anderem innenpolitische Vertrauensbildung.
25. Januar	Nach längeren Bemühungen muss ein NVA-Offizier in der Versammlung der CDU-Ortsgruppe Lampertswalde zum geheimnisumwobenen Bau eines Militärobjektes (Fliegerabwehr-Raketenstellung) im Raschützwald zwischen Großenhain und Ortrand Stellung nehmen.

des Bezirkes, an die Umweltbibliothek Berlin und an die Superintendentur.

28. Januar

30. Januar

Solidaritätsschreiben des "Arbeitskreises Evangelium und Menschenrechte" in Kittlitz an die Lukaskirchgemeinde Leipzig zu den Ver-

haftungen im Zusammenhang mit der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. Die Schreiben des Arbeitskreises sind, um eine größtmögliche Öffentlichkeit zu erreichen, an viele Empfänger adressiert, wie z. B. die Zeitungen ND, SZ, Die Kirche, an den Rat des Kreises bzw.

In Königswalde trifft sich der Friedensseminar-Vorbereitungskreis zum Thema Wahl. In dem Abkündigungsentwurf aus dem Friedens-

seminar werden die Wähler unter anderem aufgefordert, die Wahlkabine zu benutzen und an den Stimmenauszählungen teilzunehmen.

Februar 1989

6. FebruarDDR-Grenzsoldaten töten den 20 Jahre alten Chris Gueffroy bei dem Fluchtversuch, die Berliner Mauer zu überwinden, mit drei Schüssen in den Rücken.

In Dresden demonstrieren etwa 40 ausreisewillige Bürger vor dem Verkehrsmuseum mit Transparenten für ihre Rechte. Sie werden von der Staatssicherheit beobachtet. An diesem Abend gedenken die Dresdner an den Tag der Zerstörung ihrer Stadt.

Die Vertreter der Jungen Gemeinde Wilsdruff setzen sich erfolgreich im Mitarbeiterkreis der Jungen Gemeinde **Meißen** dafür ein, beim traditionellen Kreuzweg das Holzkreuz öffentlich durch die Stadt zu tragen.

In **Zittau** erscheint das illegale Informationspapier "1. Lausitzbotin". Es enthält Informationen zur Umweltbelastung und staatskritische Artikel. Die Verfasser werden ermittelt, verhört und mit Ordnungsstrafen belegt. Eine weitere Auflage der "Lausitzbotin" wird verboten.

In **Moritzburg** kommt es bei der Veranstaltung zur Vorstellung der Kandidaten der Nationalen Front zu Protesten, weil die Versammlungsleitung gravierende Verfahrensfehler begeht. Bei der Abstimmung werden 16 Gegenstimmen gezählt.

Das Februarprogramm des "Carnevalsclub **Moritzburg"** CCM enthält mehrere kritische Äußerungen über die DDR, zum Beispiel "alles im Griff auf dem sinkenden Schiff". Daraufhin werden Vertreter des Elferrates vor die Staatssicherheitszentrale in Radebeul zitiert und unter Androhung von Konsequenzen das Programm mit "staatsfeindlichen Inhalt" verboten.

13. Februar

Mitte Februar

März 1989

8. März	Ein DDR-Bürger stirbt bei dem Versuch, mit einem Heißluftballon nach West-Berlin zu fliehen.
13. März	Etwa 300 Ausreisewillige nutzen den Umstand, dass sich anlässlich der Frühjahrsmesse in Leipzig viele Journalisten in der Stadt befinden, und demonstrieren im Anschluss an das Friedensgebet durch die Innenstadt.
	Der Friedensseminar-Vorbereitungskreis Königswalde richtet einen Brief an die Botschaft der ČSSR und fordert die Freilassung Václav Havels und eine Reformpolitik.
14. März	Eingabe des Arbeitskreises "Evangelium und Menschenrechte" aus Kittlitz an das Ministerium für Volksbildung, Margot Honecker, zum IX. Pädagogischen Kongress.
Mitte März	Die Wahlvorstellungsforen der Nationalen Front werden in Zittau durch Bürger der Stadt besucht, die durch gezielte Fragestellungen die Kandidaten prüfen wollen. Die staatlichen Organe der Stadt sind davon überrascht und etwas verunsichert.
	Aus der kirchlichen Umweltgruppe in Zittau wird erstmalig ein eigener Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung zur Wahl am 7. Mai 1989 mit dem Mandat der CDU vorgeschlagen. Der dann gewählte Stadtverordnete wird noch im Herbst 1989 als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt.
19. März	DDR-weiter Aktionstag für die Inhaftierten in der ČSSR.
	Im Piusheim in Crimmitschau findet für Václav Havel eine Solidaritätsstunde statt.
20. März	Bei der öffentlichen Sitzung des Stadtausschusses der Nationalen Front Wurzen verlassen drei Bürger demonstrativ vor der Bestätigung des gemeinsamen Wahlvorschlages den Raum. Einer von ihnen hatte vorher auch die Ausführungen des Bürgermeisters angezweifelt und ihm Selbstherrlichkeit vorgeworfen.
24. März	Ein Bürger aus Coswig formuliert eine Anfrage an die Wahlkommission der Stadt bezüglich der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung.

März 1989

- **30. März**Der Wohnausschuss 14 führt im Stadthaus von **Wurzen** eine Versammlung durch, bei der ein Standortvorschlag für einen Neubaublock entschieden werden soll. Es kommt zu sehr heftigen Diskussionen, und anwesende Bürger üben Kritik an der Verfahrensweise.
- 31. März In einem Protokoll der Sitzung des Sekretariates der SED-Kreisleitung **Freiberg** wird vermerkt, dass sich die Bevölkerung kritisch über die Medienpolitik äußert.

Ab Ende März finden in Görlitz "Sonntagsspaziergänge" Ausreisewilliger auf dem Untermarkt statt.

Zu heftigen Meinungsäußerungen kommt es bei einer Beratung des Sekretariates des Kreisausschusses der Nationalen Front **Wurzen**, als Probleme der Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs zur Sprache gebracht werden.

April 1989

Anfang April

In **Raden** (Kreis Großenhain) werden Flugblätter mit dem Aufruf "Schwerter zu Flugscharen" ausgehängt und verteilt. Im Nachbarort **Frauenhain** bei Gröditz wird an einem öffentlichen Gebäude ein Transparent angebracht, das auf Gorbatschow und schnelle Veränderungen abzielt.

Die Kulturbundortsgruppe **Kalkreuth** (Kreis Großenhain) erarbeitet anlässlich der 900-Jahrfeier des Hauses Wettin und der engen Beziehungen dieses Fürstenhauses zu Kalkreuth eine Broschüre mit dem Titel "Kalkreuth und die Wettiner". Im Juni 1989 soll sie erscheinen. Wegen kritischen Passagen gibt es mit der Zensurbehörde beim Rat des Kreises immer wieder Probleme für die Druckgenehmigung. Deswegen kann der Druck erst im November erfolgen.

In **Kalkreuth** (Kreis Großenhain) werden vom SED-Bürgermeister zwei kritische Kulturbundmitglieder nicht zur Kommunalwahl am 7. Mai 1989 zugelassen.

- 3. April Der Minister für Nationale Verteidigung, Generaloberst Streletz, setzt durch "mündliche Beauflagung" den Schießbefehl aus.
- 6. April

 Bis zum 9. April 1989 findet in Königswalde ein Konzilstreffen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung statt. Es nehmen
 25 Teilnehmer aus der Bundesrepublik, DDR, den Niederlanden, Schweden, den USA, der ČSSR und Polen teil. Sowjetische Gäste sind über das Konsulat in Karl-Marx-Stadt eingeladen worden, nehmen aber nicht teil.
- 8. April In Königswalde ist ein "Gesprächsweg" zu den Stätten von Schuld und Sühne vorgesehen. Für diese als Demonstration verstandene Veranstaltung wird vom Rat des Kreises ein Verbot ausgesprochen. Trotzdem zieht die Gruppe unter anderem zum Schießplatz der Gesellschaft für Sport und Technik und zum Volkspolizei-Übungsgelände.
- Mitte April Bei einer Einwohnerversammlung in Schönfeld (Kreis Großenhain) zur Vorbereitung der Kommunalwahlen gibt es teilweise deutliche Kritik an der DDR-Wirtschaftspolitik.

Ein illegales Bauvorhaben der Staatssicherheit im Struthteich von Wilsdruff wird wegen erhöhter Bürgernachfragen gestoppt.

Der Ökologische Arbeitskreis der ev.-luth. Kirchgemeinde **Marienberg**, gegründet 1984, beginnt mit der Herausgabe der "Grünen Blätter". Diese erscheinen bis Anfang der 90er Jahre vierteljährlich.

April 1989

Mitte April

Eine langjährige kritische Gemeindevertreterin mit dem Mandat des DFD aus **Folbern** (Kreis Großenhain) wird in Vorbereitung zur Wahl am 7. Mai 1989 durch Manipulation nicht wieder auf die Kandidatenliste gesetzt. Nach ihrem Protest wird sie als Nachfolgekandidatin ohne Stimmrecht zugelassen. Sie legt dagegen bis zum Rat des Bezirkes Dresden Beschwerde ein und setzt sich in einem schweren Kampf durch. Im Herbst gehört sie zu den Aktivisten der Demonstrationen in Großenhain und wird 1990 zur Bürgermeisterin von Folbern gewählt.

18. April

Bei einem Wählertreff in **Roitzsch** wird bei der Diskussionsrunde ein arbeitsfähiger Wohnbezirksausschuss gefordert. Kein Bürger aus Roitzsch will das Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters erlangen.

19. April

In **Leipzig** wird in einem Sonderwahllokal von staatlichen Stellen die Wahlurne aufgebrochen, die darin befindlichen Wahlscheine werden entnommen und frisch gedruckte hineingelegt. Dies passiert, weil in den Wahlunterlagen der Name eines Kandidaten nicht abgedruckt war.

26.-30. April

Bis zum 30. April findet in **Dresden** die dritte und abschließende Vollversammlung der "Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" statt. Es wird ein 100-seitiger Text unter anderem mit offener Kritik am DDR-System verabschiedet. Dieser Text wird im Mai 1989 in die Europäische Versammlung "Frieden in Gerechtigkeit" sowie in die Weltversammlung für "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" im März 1990 in Seoul eingebracht.

In Stendal werden Kernkraftgegner verhaftet.

28. April

In der Frauenkirche von **Meißen** wird die Fotoausstellung "Kehrseiten" durch den Superintendenten eröffnet. Auf 15 Tafeln werden der die katastrophalen baulichen Zustände und der drohende Verfall der Altstadt und dokumentiert. Die Aufnahmen, die einen Rundgang durch Meißen nachvollziehen, entstanden zwischen Juni und September 1988. In Wort und Bild werden Sanierungsvorschläge gemacht. Etwa 40 000 Interessierte besuchen die Ausstellung bis zum 31. Mai 1989. Jeden Freitag werden Ausstellungsgespräche in der Kirche durchgeführt, die immer voll besetzt ist. Diese Gespräche haben schon fast den Charakter von Bürgerforen, und das Ausstellungsbuch enthält sehr viele kritische Eintragungen. Der Bürgermeister sowie Vertreter der Stadt dürfen und wollen sich den Gesprächen nicht stellen. Nach Beendigung der Ausstellung werden Alben als Eingabe an das Zentralkomitee der SED und an den Ministerrat geschickt.

Im Rahmen der bereits seit einiger Zeit im "Jugendclub Nord" in **Delitzsch** stattfindenden "Gespräche um Acht" wird erstmals eine Flugblatt-Zeitung mit Texten zur Demokratie herausgebracht. Der Jugendclub bildet einen Schwerpunkt der Überwachung durch die Staatssicherheit in der Stadt.

30. April

Am Abend findet in der Kreuzkirche von **Dresden** der Abschlussgottesdienst der Ökumenischen Versammlung mit 5 000 bis 6 000 Teilnehmen statt. Jeder hat einen bunten Faden bekommen, der bei dem Kanon "Der Himmel geht über allen auf" zu einem Netz zusammengeknüpft wird.

Im Frühjahr/Sommer entsteht in **Lengenfeld** (Vogtl.) ein kirchlicher Arbeitskreis, der im Rahmen der "Friedensinitiative Zwickau" und der Ökumenischen Versammlung von Dresden über das Friedensengagement und das kritische Potential innerhalb der Kirche hinaus aktiv wird.

Die Gruppe der Jungen Gemeinde der evangelischen Kirche in **Oberwiera** gestaltet Collagen zu verschieden Aspekten der Kommunalwahl (zum Beispiel ein ungelöstes kommunales Umweltproblem). Diese Collagen werden in den Gemeinden von Oberwiera und **Schönberg** einige Tage vor der Kommunalwahl ausgehängt. Am nächsten Tag, noch vor 6 Uhr, fotografieren zwei Herren den betreffenden Schaukasten.

Vor der Mai-Demonstration werden in der Ruine der Gewerbebank von **Wilsdruff** Blumenkästen angebracht und in Schlaglöcher Stiefmütterchen gepflanzt.

1. Mai Demonstration am Brandenburger Tor für das Recht auf freie Ausreise. Es kommt zur Festnahme von Demonstranten.

In **Meißen** tragen Teilnehmer des Friedensseminars bei der Kundgebung das Transparent "Von der Macht im Namen des Volkes zur Macht durch das Volk". Das Transparent wird von der Staatssicherheit beschlagnahmt.

- 2. Mai Ungarn beginnt mit dem Abbau des "Eisernen Vorhangs" an der ungarisch-österreichischen Grenze.
- Vier Mitglieder des Ökumenischen Arbeitskreises der evangelisch-lutherischen und der römisch-katholischen Gemeinden von Coswig, der 1987 gegründet worden ist, werden zur Auszählung der Kommunalwahl-Stimmen im Sonderwahllokal im Rathaus am nächsten Tag nicht zugelassen.

In der Johanniskirche in **Karl-Marx-Stadt** findet eine gottesdienstliche Veranstaltung statt, die durch den Friedensarbeitskreis bei der Ev. Studentengemeinde (ESG) und der "Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche" gestaltet wird. Etwa 200 Einwohner nehmen teil. Bei dieser Veranstaltung werden Ideen bezüglich eines freiwilligen Sozialdienstes und einer neuen Verfassung geäußert.

7. Mai An den Kommunalwahlen haben sich laut offizieller Presseerklärung 98,78 % der Bevölkerung beteiligt und mit 98,85 % der Stimmen die Kandidaten der Nationalen Front gewählt.

7. Mai

In **Gahlenz** schreibt ein Ehepaar mit Adresse und Unterschrift auf die Rückseite ihrer Stimmzettel zur Kommunalwahl "Ich fordere die Aufstellung <u>unabhängiger</u> Kandidaten und ein demokratisches Wahlsystem" sowie "Macht endlich Schluss mit der Umweltverschmutzung." Kopien der beiden Stimmzettel finden sie bei der Durchsicht ihrer Stasiakten später wieder.

In Gelenau gibt es 14 Manipulationen der Stimmzettel.

Im öffentlichen Wahlergebnis zeigt sich für **Glauchau** die niedrigste Wahlbeteiligung mit 95,07 % und die höchste Anzahl von Gegenstimmen mit 3,13 % im Bezirk Karl-Marx-Stadt.

Zahlreiche Bürger aus Freiberg nehmen an der Auszählung der Stimmen teil und stellen massive Wahlfälschungen fest.

Die Ablehnung von Anträgen auf Besuche langjährig Verheirateter zu Verwandten in die Bundesrepublik führt in **Großolbersdorf/OT Hohndorf** zu Wahlverweigerungen.

Viele Mitglieder der Kirchgemeinde **Königsbrück** sind bei der Auszählung der Stimmen dabei und stellen die Fälschung des Ergebnisses durch den Bürgermeister und die Wahlkommission fest.

Aus stillem Protest gehen viele Bürger des Kreises Reichenbach schon vor der Wahl in die Sonderwahllokale wählen.

Bei der Wahlkontrolle wird in einem Viertel der Wahllokale im Kreis Werdau eine Wahlfälschung aufgedeckt.

In **Radebeul** stimmen viele Bürger gegen die Kandidaten der Nationalen Front. Bei der Auszählung der Stimmen werden massive Wahlfälschungen festgestellt. Die Zahl der Radebeuler Gegenstimmen sind höher als die Zahl der Gegenstimmen im gesamten Kreisgebiet. Nach der Veröffentlichung der offiziellen Ergebnisse in der Zeitung formuliert ein Mitglied der Stadtwahlkommission mit der Zustimmung des Bürgermeisters eine Eingabe an die zentrale Wahlkommission, von der er aber erfährt, dass er keine Antwort erhalten wird.

Bei der Kommunalwahl in **Ebersbach** (Kreis Großenhain) benutzen einige Einwohner die Wahlkabine. Eine Mitarbeiterin des Rates der Gemeinde äußert daraufhin die Drohung: "Die werden wir uns merken!".

In **Leipzig** nehmen viele Personen an der Stimmenauszählung in den Wahllokalen teil und stellen die Fälschung der Wahlergebnisse fest. Am Leipziger Markt und am Völkerschlachtdenkmal kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei sowie zu 76 Verhaftungen.

In **Dresden** nehmen Bürger an der Auszählung der Stimmen in den Wahllokalen teil und legen ihre eigenen Ergebnislisten an. Nach sie Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung bemerkt haben, schreiben sie einen Offenen Brief an den Vorsitzenden der Stadtwahlkommission, Wolfgang Berghofer.

7. Mai

Mitglieder der SED stellen in **Schönfeld** fest, dass das Wahlergebnis manipuliert wurde. Das veröffentlichte Ergebnis ist um etwa 2% höher, als das von Schönfeld eingereichte Resultat.

In Wilsdruff nehmen mehrere Bürger an der Stimmenauszählung teil.

In **Sohland** ist die Zahl der Wahlverweigerer und Gegenstimmen höher als in den vergangenen Jahren.

In **Wittichenau** werden 65 persönlich überbrachte Wahlbenachrichtigungskarten nicht angenommen, und Jungwählerforen verzeichnen eine "geringe Beteiligung".

In **Crottendorf** benutzen viele Wähler die Wahlkabinen, so dass mitunter Warteschlangen entstehen. Auch wird von einigen Bürgern öffentlich Kritik geäußert.

In **Arnsdorf** bei Dresden benutzen viele Wähler die Wahlkabinen, nachdem sie dies vorher zum Teil öffentlich in Geschäften oder bei den Nachbarn angekündigt hatten.

In **Plauen** werden verhältnismäßig viele Gegenstimmen abgegeben.

Einige Einwohner aus **Karl-Marx-Stadt**, vor allem aus Jungen Gemeinden der Stadt, beobachten die Auszählung der Stimmen in den Wahllokalen und notieren sich die jeweiligen Ergebnisse. Der Studentenpfarrer reicht eine Eingabe zu den Wahlfälschungen ein.

Überdurchschnittlich viele Bürger von **Mohorn** benutzen die Wahlkabinen und streichen zum Teil die Wahlzettel durch.

Der Ökumenische Arbeitskreis von **Coswig** nimmt an den öffentlichen Auszählungen in allen 25 Wahllokalen der Stadt teil. Im Sonderwahllokal wird ein öffentliches Auszählen nicht zugelassen. Es werden Unregelmäßigkeiten festgestellt. Nach der Zählung werden 8,5 % Nein-Stimmen ermittelt, im offiziellen Wahlergebnis sind es 1,19 %.

In **Crimmitschau** erhält die Nationale Front wieder fast 100 %, obwohl einige Bürger die Wahl verweigerten und viele voneinander wissen, dass der Wahlzettel durchgestrichen worden war.

Die Stimmenauszählung in allen Wahlkabinen der Stadt **Zittau** werden durch interessierte Bürger kontrolliert. Am gleichen Abend werden die Ergebnisse zusammengetragen. Unstimmigkeiten und Abweichungen vom offiziellen Wahlergebnis werden in einer Eingabe dargestellt und an die Regierung geschickt.

In **Auerbach** benutzen viele Wähler die Wahlkabinen, gehen erst sehr spät wählen oder hatten das Sonderwahllokal benutzt, um bereits vor dem Wahltag ihre Stimme abzugeben.

In **Bertsdorf** gehen 10,5 % (das sind 102 von 967 Wahlberechtigten) überhaupt nicht wählen, von den abgegebenen 865 Stimmzetteln sind auf 39 die Wahlvorschläge vollständig gestrichen, und auf 147 weiteren gibt es Gegenstimmen. Vor den Wahlkabinen entstehen Warteschlangen.

In **Radeburg** bei Dresden gelingt es Bürgern in den Wahllokalen, die Auszählung der Stimmen zu kontrollieren, obwohl die Wahlleiter zunächst versuchen, dies zu verhindern. Die Bürger setzen durch, dass die Einträge in die Meldebögen nicht mehr mit Bleistift, sondern mit Kugelschreiber gemacht werden.

8. Mai

In **Leipzig** formieren sich nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche etwa 500 Menschen zu einem Demonstrationszug gegen die Wahlfälschungen und gegen die Verhaftungen vom Vortag. Der Zug wird von der Polizei aufgelöst, mindestens 16 Personen werden abgeführt.

11. Mai

Der Parteibeauftragte der LDPD für **Radebeul**, der auch Vorsitzender des Wahlvorstandes im Radebeuler Wahlbezirk 21 war, schreibt einen Protestbrief an den Bürgermeister. Darin wird ganz präzise die Wahlfälschung in Radebeul nachgewiesen, nachdem die veröffentlichten Zahlen in der Sächsischen Zeitung stark von den von ihm eingereichten Werten abwichen und vom Leiter des Wahlbüros der Stadt Radebeul beteuert wurde: "Wir haben nichts manipuliert!"

12. Mai

Bürger aus **Zittau** formulieren eine Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, wegen Wahlfälschung. Die selbe Eingabe wird auch an den Kreiswahlausschuss geschickt.

14. Mai

Bei einem Gottesdienst in Moritzburg zweifelt der Pfarrer vor 240 Anwesenden das Wahlergebnis an.

Mitte Mai

Eine ev. Kirchgemeinde im Kreis **Auerbach** formuliert eine Eingabe an den Kreisausschuss der Nationalen Front, in der sie die Richtigkeit des Wahlergebnisses anzweifelt.

Der Bürgermeister von **Radebeul** äußert bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises seinen Widerspruch gegen das von der Bezirkswahlkommission summarisch gemeldete Wahlergebnis. Er wird ermahnt, keinerlei Verlautbarungen zu diesem Sachverhalt zu machen. Außerdem seien Angaben nicht möglich, weil die Wahlunterlagen streng vertraulich sind.

Einem Bürger aus **Crimmitschau** gelang die Flucht in die Bundesrepublik. Im daheim gebliebenen Verwandten- und Bekanntenkreis beginnt eine massive Befragung durch die Volkspolizei und die Staatssicherheit.

16. Mai	Der Friedensarbeitskreis bei der ev. Studentengemeinde und die Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche erklären schriftlich ihren Einspruch zur Wahl, aufgrund des Verdachtes der Wahlfälschung. Diese Eingabe schicken sie an die Stadtverordnetenversammlung von Karl-Marx-Stadt.
	Der Pfarrer aus Moritzburg , der bereits in seiner Predigt vom 14. Mai das Wahlergebnis angezweifelt hatte, erklärt schriftlich seinen Einspruch zur Kommunalwahl. Er schreibt an den Kreisausschuss Dresden-Land, an den Nationalrat der Nationalen Front, an den Rat des Bezirkes Dresden – Bezirkswahlkommission – und an das evluth. Landeskirchenamt Sachsen. Im Moritzburger Gemeindeaushang wird das Wahlergebnis derer ausgehängt, die bei den Auszählungen anwesend waren. Auf Anweisung des Vorsitzenden der Kreiswahlkommission muss der Aushang sofort wieder entfernt werden.
18. Mai	Der Ökumenische Arbeitskreis in Coswig formuliert Eingaben an den Bürgermeister und an den Stadtausschuss Coswig der Nationalen Front bezüglich des Wahlausganges.
20. Mai	Beim Friedensseminar in Königswalde referiert Friedrich Schorlemmer über das Thema "Unsere Freund- und Feindbilder".
23. Mai	Acht Gemeindemitglieder aus Moritzburg protestieren schriftlich gegen den Wahlbetrug. Das Protestschreiben wird öffentlich verlesen.
25. Mai	In einer Mitteilung des Bereiches Inneres beim Rat des Kreises Glauchau über Stimmungen und Meinungen in Einrichtungen des Gesundheitswesens findet sich die Meinung, dass Kritik nicht nützt, weil sich nichts ändert. Tiefgreifende Veränderungen seien aber nötig.
	Aussprache zwischen Vertretern des Ökumenischen Arbeitskreises Coswig und Vertretern des Rates des Kreises Meißen über die Ergebnisse der Kommunalwahl. Eine Veröffentlichung der Wahlergebnisse vom Ökumenischen Arbeitskreis und die Zulassung zur offiziellen Auszählung werden weiterhin untersagt.
31. Mai	Bei der 1. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Coswig macht ein CDU-Abgeordneter darauf aufmerksam, dass die CDU-Vertreterin in der Stadtwahlkommission das Wahlabschlussprotokoll der Stadt nicht unterschrieben hat, da ihr die Einsichtnahme in die Wahlpro-

tokolle verweigert wurde.

Juni 1989

Anfang Juni

Ein Bürger aus **Schönberg** führt auf dem Schulhof heimlich Messungen zur Strahlenbelastung durch. Grund ist der Hinweis, dass dort 1980 radioaktiver Schotter aus dem Uranbergbau eingebaut worden ist. Er übermittelt die Messergebnisse sowohl dem Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz in Berlin als auch dem Physiklehrer mit. Dieser macht dem Bürgermeister darüber Mitteilung. Kurze darauf nimmt ein amtlicher Messtrupp Proben des Schulhof-Materials. Wenige Wochen danach wird der gesamte Schulhof saniert.

2. Juni

Der Pfarrer aus **Moritzburg**, der am 14. Mai das Wahlergebnis öffentlich angezweifelt hatte und zwei Tage später mehrere Eingaben verfasste, wurde nach der Konstituierung der gewählten Organe und der Vernichtung der Wahlunterlagen zu einem Gespräch in den Rat des Kreises gebeten. Dabei werden seine Eingaben als gezielte Aktivität gegen das Wahlergebnis angesehen.

4. Juni

Auf dem "Platz des Himmlischen Friedens" in China wird die friedliche Versammlung von Studenten blutig beendet und 20 Menschen hingerichtet.

Kandidaten der Solidarność gewinnen die ersten teilweise freien Wahlen in Polen.

Auf die katastrophale Umweltsituation in **Leipzig** soll die Veranstaltung "Pleißepilgerweg 1989 – Eine Hoffnung lernt gehen" aufmerksam machen, die von Leipziger Basisgruppen organisiert wird. Der stinkende Fluss war 1956 unter die Erde verband worden. Diese Wanderung am Pilgerweg wird verboten, die beiden Gottesdienste sowie die Veranstaltungen zum Abschluss werden dennoch durchgeführt. Es werden 74 Personen "zugeführt".

Innerhalb der Umweltwoche in **Dresden** wird eine schriftliche Eingabe mit 580 Unterschriften gegen den Bau des Reinst-Silizium-Werkes initiiert.

5. Juni

Die ev.- luth. Kirchgemeinde in **Weinböhla** führt in der St. Martinskirche eine Umweltwoche durch, zu der der Film "Erinnerungen an eine Landschaft" über Abriss und Umsiedlung von Dörfern im Braunkohlegebiet im Kino gezeigt wird. Diese Veranstaltung wird als öffentliche Kinoveranstaltung deklariert, um so die Anmeldung bei der Polizei entsprechend der "Veranstaltungsmeldeverordnung" zu umgehen. Die Dunkelheit im Kinosaal wird für laute Zwischenrufe und spöttisches Gelächter genutzt.

In der Kreisgeschäftsstelle der LDPD **Großenhain** wird die Ausstellung eines Großenhainer Malers eröffnet. Aufgrund der Ereignisse in Peking am 4. Juni 1989 werden die Bilder von ihm aus Protest mit Seide versponnen dargestellt.

Juni 1989

5. Juni	Im Lutherkeller von Zwickau treffen sich die Mitglieder der Gesprächsreihe "Nachtgebet – Konkret" und sprechen über die Problematik "Ausreise – warum und wohin".
7. Juni	In Ost-Berlin werden 120 Bürgerrechtler, die dem Staatsrat eine Eingabe gegen die Wahlfälschung vom 7. Mai 1989 übergeben wollten, zeitweilig festgenommen.
8. Juni	Die Volkskammer der DDR wertet das Massaker in Peking als "Niederschlagung einer Konterrevolution".
10. Juni	Durch die Leipziger Parteileitung wird in Leipzig ein Straßenmusikfestival verboten. Ab Mittag gibt es gewalttätige Übergriffe der Sicherheitskräfte und zahlreiche Verhaftungen von Musikanten und Zuschauern am Bach-Denkmal.
11. Juni	Ein Pfarrer aus Rothenburg/Fulda kommt nach Rothenburg /Oberlausitz, um eine Städtepartnerschaft in Gang zu setzen. Er wird im Rathaus nicht empfangen.
13. Juni	In Ungarn beginnen die Gespräche des Runden Tisches.
Mitte Juni	In der DDR gründet sich die Initiativgruppe "Demokratischer Aufbruch".
20. Juni	Der Friedenskreis bei der ev. Studentengemeinde (ESG) in Karl-Marx-Stadt kritisiert in einem Protestbrief an die Volkskammer deren Äußerung vom 8. Juni 1989, mit der sie das Blutbad der chinesischen Volksbefreiungsarmee am 4. Juni in Peking gerechtfertigt hatte.
22. Juni	Rund 60 Mitglieder Ostberliner Friedensgruppen wollen zur chinesischen Botschaft in Berlin-Pankow demonstrieren und einen Brief gegen das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens überreichen. Die Demonstration wird von der Polizei gewaltsam aufgelöst.
25 27. Juni	Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze durch eine symbolische Aktion der Außenminister Horn (Ungarn) und Mock (Österreich).
27 28. Juni	Erich Honecker ist zu Besuch bei Michael Gorbatschow in Moskau. Gorbatschow drängt auf Reformen in der DDR.
28. Juni	In einer Vorlage an das Sekretariat der SED-Kreisleitung Freiberg wird von einer Zunahme der Anträge auf ständige Ausreise geschrieben.
Ende Juni	Die Freiwillige Feuerwehr Bärenwalde in der Gemeinde Crinitzberg bei Zwickau feiert ihr 125-jähriges Bestehen. Bei einer Festansprache, bei der auch Funktionsträger aus Kreis- und Bezirksebene anwesend sind, spricht sich der älteste Feuerwehrmann dafür aus, dass die Kameradschaft nicht an den Grenzen der DDR haltmacht und die hiesige Feuerwehr schon immer ein Teil der Feuerwehr aus ganz Deutschland gewesen ist. Daraufhin verlässt ein Großteil der Funktionsträger die Veranstaltung.

Juli 1989

Anfang Juli

Tausende DDR-Bürger flüchten über Ungarn nach Österreich oder suchen Zuflucht in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin und in den bundesdeutschen Botschaften in Budapest und Prag.

Drei holländische Dachdecker bekommen von Berlin offiziell die Genehmigung, im "Martinshof **Rothenburg** Diakoniewerk" das Dach der Kapelle zu decken, weil in der DDR keine Firma gefunden werden konnte.

2. Juli

Die zweite Bittandacht gegen den Bau des Reinst-Silizium-Werkes findet in **Dresden-**Gittersee statt. Im Anschluss daran begeben sich etwa 30 Personen zum Standort Reinst-Silizium-Werk, wobei zwei Transparente mitgeführt und am Eingangstor des Werkes abgestellt werden.

3. Juli

In der Gaststätte "Goldenes Lamm" in **Bärenwalde**, Gemeine Crinitzberg bei Zwickau, wird der 40. Gründungstag des Kulturbundes mit Funktionsträgern der Kreis- und Bezirksleitung feierlich begangen. Diese Gelegenheit nutzt ein Tischlermeister aus dem Ort und verlangt in einer spontanen Rede eine schrittweise Abrüstung und Reduzierung der Volksarmee, weil die DDR den Vertrag von Helsinki unterzeichnet habe. Deshalb soll die Volksarmee umgehend den Hartmannsdorfer Forst räumen. Aus diesem Grund ruft er die Einwohner auf, mit einem Ostermarsch die Räumung zu erzwingen.

6. Juli

Bis zum 9. Juli informiert das Friedensseminar von **Königswalde** an einem Stand zum Kirchentag in Leipzig über Wehrrecht und Bürgerrechte.

6.-9. Juli

Beim evangelischen Kirchentagskongress der Landeskirche Sachsen in **Leipzig** werden von den 5 000 Dauerteilnehmern auf Foren und in Arbeitsgruppen die gesellschaftlichen Zustände in der DDR kritisiert. Das Friedensseminar Königswalde, das Umweltseminar Rötha, der Ökologische Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke und weitere kirchliche Gruppen informieren an Ständen über Wehr- und Friedensdienst, Luftverschmutzung, Waldsterben im Erzgebirge und Schadstoffbelastungen sächsischer Flüsse. Autonome Gruppen veranstalten in der Lukaskirche einen "Statt-Kirchentag", weil sie vom offiziellen Friedenstag ausgeschlossen worden. Etwa 2 500 Interessierte nehmen daran teil. Mit dem SPD-Politiker Erhard Eppler diskutieren sie über die Zukunft Europas, ein anderes Deutschland und den Niedergang der sozialistischen Idee. Jugendliche nutzen die Abschlusskundgebung des Kirchentages am 9. Juli 1989 zu einer Demonstration gegen die brutale Niederschlagung der Studentenproteste in China. Auf einem Transparent steht in chinesischen Schriftzeichen "Demokratie". Die Polizei geht gegen die etwa 1 500 Demonstranten brutal vor.

Juli 1989

7. Juli	Der Pfarrer der kath. Kirche Reichenbach im Vogtland muss nach einem Gespräch in der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises ein Plakat aus dem Schaukasten entfernen. Er wollte damit auf die Reaktion von Egon Krenz anlässlich seines China-Besuches aufmerksam machen.
9. Juli	In Dresden trommeln in der Kreuzkirche Jugendliche für die Opfer der Gewalt in China und als Ausdruck der Trauer über die Toten. Anschließend werden 30 bis 50 Personen verhaftet. Insgesamt werden 16 Ordnungsstrafen in einer Gesamthöhe von 12 800 Mark verfügt.
11. Juli	Im Rathaus von Karl-Marx-Stadt findet ein Gespräch zwischen der Sekretärin des Rates der Stadt (ist gleichzeitig auch Sekretärin der Stadtwahlkommission) und dem Studentenpfarrer, der als Unterzeichner bei der Wahleingabe vom 16. Mai 1989 auftrat, statt. Dabei wird von der Sekretärin des Rates der Stadt mehrmals bekräftigt, dass das Wahlergebnis korrekt ist.
	In den kirchlichen Schaukästen von Mühltroff im Vogtland werden Bilder von dem städtischen Bach Wisenta mit einigen Kommentaren ausgehängt. Diese zeigen Mitglieder des hiesigen Anglerverbandes, die tote Fische aus dem total verseuchten Bach sammeln. Bereits nach zwei Stunden ist die Volkspolizei, Vertreter des Fachbereiches Umweltschutz beim Rat des Kreises Schleiz sowie Mitglieder der Fachabteilung UWE (Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Erholungswesen) des Rates des Bezirkes Gera anwesend. Bei der folgenden Auseinandersetzung wird erreicht, dass dieser Vorfall öffentlich in der Presse diskutiert werden soll.
13. Juli	Offener Brief des Arbeitskreises "Evangelium und Menschenrechte" aus Kittlitz an den Ministerrat der DDR mit der Forderungen nach Offenlegung von Umweltdaten.
14. Juli	In der Johanniskirche von Karl-Marx-Stadt wird eine spontane Fürbittandacht als Reaktion auf die Berichterstattung über das Massaker auf dem Tienanmen-Platz in Peking durchgeführt. Etwa 150 Teilnehmer besuchen diese Veranstaltung, die von der Gruppe "Linke Initiative" und dem Friedensarbeitskreis organisiert wurde.
Mitte Juli	In Zittau wird ein neues kirchliches Informationspapier mit dem Namen "IP" (Informationspapier) herausgegeben. Der neue Name war erforderlich, weil eine weitere Auflage der "Lausitzbotin" ab Februar verboten war.
17. Juli	Der Ökumenische Arbeitskreis Coswig sendet einen Brief an den Verfassungs- und Rechtsausschuss der Volkskammer der DDR mit der Forderung nach Auswertung der Vorkommnisse bei der und der Prüfung auf Einlegung eines Einspruches gegen die Gültigkeit der Kommunalwahlen in der Stadt Coswig. Außerdem enthält dieser Brief Vorschläge zur Verbesserung des bestehenden Wahlsystems der DDR.
18. Juli	Die sowjetischen Langstreckenbomber auf dem Flugplatz von Großenhain kehren in die Sowjetunion zurück, werden aber durch kleinere Flugzeuge ersetzt.

Juli 1989

23. Juli	Die Zahl der über die ungarische Grenze flüchtenden DDR-Bürger steigt sprunghaft. Die ungarischen Grenzorgane weisen die Flüchtlinge zurück. Viele von ihnen erhalten einen besonderen Vermerk in ihre Reisedokumente und können daher nach ihrer Ausweisung in der DDR wegen Republikflucht verurteilt werden.
24. Juli	Markus Meckel und Martin Gutzeit verfassen den "Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen". Der Aufruf enthält unter anderem die Programmpunkte Rechtsstaat und strikte Gewaltentrennung, parlamentarische Demokratie und Parteienpluralismus, Sozialstaat mit ökologischer Orientierung.
28. Juli	In einer Vorlage für das Sekretariat der SED-Kreisleitung Freiberg wird berichtet, dass die SED-Kreisparteiorganisation per 31. Mai 9 563 Genossen zähle, das seien seit 1988 insgesamt 232 weniger.
Ende Juli	Immer mehr Ausreisewillige binden weiße Schleifen an ihre Autoantennen.

August 1989

3. August Der Bürgermeisterin aus **Rützengrün**/Vogtland wird bei einer Gemeinderatssitzung das Misstrauen ausgesprochen. Es kommt aber zu keiner Amtsenthebung.

In **Dresden**-Gittersee wird die dritte Bittandacht mit etwa 400 Teilnehmern gegen den Bau des Reinst-Silizium-Werkes durchgeführt. Danach begeben sich etwa 30 Personen zum Standort des Werkes. Es kommt zu Verhaftungen, und Ordnungsstrafen in Höhe von bis zu 2 000 Mark werden verhängt.

An das Gebäude auf dem volkseigenen Grundstück auf der Hauptstraße Nr. 42 in **Großerkmannsdorf** wird über Nacht ein großes Plakat mit der Aufschrift: "Hier sehen Sie ein Werk sozialistischer Bauschlamperei! Dieses Haus ist dem Tode geweiht" angebracht, welches erst nach zwei Tagen entfernt wird. Das Gerüst steht bereits seit zwei Jahren an diesem ungeputzten Haus, dessen Bewohner aus diesem Grund sogar die Stimmenabgabe bei der Kommunalwahl im Mai verweigert hatten.

8. August Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR wird bis auf weiteres für den Publikumsverkehr geschlossen.

12. AugustAuf der Kreisseite der Sächsischen Zeitung **Großenhain** erscheint eine Einladung an die Bürger des Kreises, zum Tag der offenen Tür auf den Flugplatz von Großenhain zu kommen.

13. August In Budapest schließt die bundesdeutsche Botschaft wegen Überfüllung.

6. August

Mitte August

16. August

Bürger aus **Thum**, welche mit den herrschenden Zustände in der DDR sehr unzufrieden sind, treffen sich in einer Zahnarztpraxis. Der Personenkreis Interessierter wird so groß, dass wöchentlich Zusammenkünfte im Gemeindesaal stattfinden.

In **Johanngeorgenstadt** werden Forderungen laut, den Erzgebirgsverein (1945–1948, dann aufgelöst) wiederzubeleben. Der angebotene Vorschlag, den Verein unter dem Dach des Kulturbundes neu zu bilden, wird kategorisch abgelehnt. Ende des Jahres 1989 wird der Erzgebirgsverein wieder ausgerufen.

In **Lengenfeld** wird durch eine gezielte Indiskretion des Bürgermeisters bekannt, dass zur Errichtung von 280 Neubauwohnungen elf intakte und in Privatbesitz befindliche Häuser abgerissen werden sollen. Die betroffenen Familien protestieren.

Die Einladung zum Tag der offenen Tür auf dem Flugplatz von **Großenhain** durch die Sächsische Zeitung vom 12. August 1989 wird teilweise zurückgenommen. Es sollen nur noch Delegationen der Betriebe empfangen werden.

August 1989

18. August	Die SED rechtfertigt im "Neuen Deutschland" erneut die Niederschlagung des "Prager Frühlings".
19. August	Mehr als 900 DDR-Bürger fliehen bei einem Paneuropäischen Picknick in Sopron über die ungarisch-österreichische Grenze, um in die Bundesrepublik zu gelangen.
21. August	Ein Bürger aus Falkenstein wird bei dem Versuch, die DDR über die ungarisch-österreichische Grenze zu verlassen, durch einen Kopfschuss getötet.
22. August	In Wurzen tauchen Flugblätter auf, mit denen sich Umwelt- und Friedensgruppen vorstellen. Die meisten davon kommen aus Berlin.
	In der "Freien Presse" Karl-Marx-Stadt wird der Brief einer Frau aus Stuttgart gedruckt, den sie mit der Bitte einer Veröffentlichung an die Redaktion geschickt hatte. Dieser die DDR-Verhältnisse lobende Leserbrief löst große Empörung aus und wird in der Folgezeit immer wieder aufgegriffen. Auch ein Gedicht als Antwort auf diesen Brief kursiert im gesamten Veröffentlichungsgebiet.
23. August	Die Prager Botschaft der Bundesrepublik wird wegen Überfüllung geschlossen.
	In Dresden planen zehn Bürgerrechtler die Bildung des "Demokratischen Aufbruchs".
24. August	Ungarn lässt 108 DDR-Bürger in die Bundesrepublik ausreisen, die seit Wochen in der bundesdeutschen Botschaft gewartet hatten.
26. August	Der Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei wird in der Berliner Golgatha-Kirchgemeinde vorgestellt. Der 7. Oktober 1989 wird als Termin für die formelle Gründung festgelegt.
	Bitte der drei Dresdner Superintendenten an die Kirchgemeinden von Dresden um Spenden zur Unterstützung derer, die durch Ordnungsstrafen bei Aktionen wie Trommeln für China und Fürbittandachten in Gittersee in finanzielle Not geraten sind. Das Spendenaufkommen bis April 1990 beträgt 176 368 Mark.
Ende August	Bis zum Mauerfall werden in Großolbersdorf/OT Hohndorf Friedensgebete, zum Teil täglich, durchgeführt. Die Gebete, vor allem für den friedlichen Verlauf aller stattfindenden Demonstrationen und Kundgebungen, finden in der Kapelle, aber auch in Wohnungen statt.

In der Gaststätte "Buntes Haus" in **Seiffen** kommt es bei einer Versammlung zur massiven Kritik am DDR-Regime.

In Frauenhain bei Gröditz findet eine erste große Diskussionsrunde über Missstände statt. Es nehmen etwa 300 Bürger teil.

Anfang

Ein Mitglied des Ministeriums des Inneren kommt nach **Meißen** aufgrund der Eingabe, die im Zusammenhang mit der Fotoausstellung "Kehrseiten" im Mai 1989 an den Ministerrat der DDR formuliert worden war. Es wird ein Gespräch mit Vertretern der Stadt und des Rates des Kreises mit den Initiatoren der Ausstellung durchgeführt, bei der aber nur der Eingang der Eingabe bestätigt wird und sich die Funktionsträger sehr beschönigend äußern.

Eine Pastorin aus **Delitzsch** hängt aus dem Fenster ihrer Wohnung zwei Transparente, auf denen Gorbatschow-Losungen stehen.

1. September

In **Radebeul** versammeln sich viele Einwohner zu einer Demonstration am Weltfriedenstag, die vom Friedensarbeitskreis organisiert wird. Der Demonstrationszug zieht von der Lutherkirche über die Christkönigkapelle zur Friedenskirche.

Am Weltfriedenstag wird in **Arnsdorf** bei Dresden erstmals eine Demonstration genehmigt, die von der Kirche organisiert wird. Etwa acht Erwachsene und 15 Kinder ziehen mit einem Plakat, auf dem "Frieden auf Erden" steht, von der Dorf- zur Anstaltskirche.

2. September

Brief der ev.-luth. Kirchenleitungen der DDR an den Staatsrat für offene Diskussionen, Informationen, politische Veränderungen und Reiseerleichterungen.

4. September

Nach dem ersten Friedensgebet nach der Sommerpause in der völlig überfüllten Nikolaikirche demonstrieren auf dem Nikolaikirchhof in **Leipzig** etwa 1 200 Mitglieder von Basisgruppen unter der Losung "Wir wollen raus", aber auch "Wir bleiben hier – Reformen wollen wir". Die Barriere zwischen den Ausreise- und den Reformwilligen ist gebrochen. Wenige Sekunden nach dem Entrollen wird ein Plakat mit der Aufschrift "Für ein freies Land mit offenen Grenzen" von der Staatssicherheit heruntergerissen. Bilder dieser Demonstration gehen um die Welt.

4. September

In Böhlen gründen linke Intellektuelle und kritische SED-Mitglieder eine Ortsgruppe der "Vereinigten Linke".

5. September

Erich Honecker erklärt die DDR im SED-Organ "Einheit" zu einem Staat "mit einem funktionierenden, effektiven sozialistischen Gesellschaftssystem, das sich mit den in ihm verwirklichten Menschenrechten auch an den Herausforderungen der 90er Jahre bewähren wird".

7. September

In **Großenhain** findet eine Beratung des Kreistages statt. Das Ratsmitglied für Wohnungspolitik berichtet zur Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes des XI. Parteitages der SED bis 1990. Die Funktionärin erklärt, dass es nicht erfüllt werden kann, da noch sehr viele Wohnungsanträge vorliegen. Das Ratsmitglied für Verkehr teilt mit, dass das Tankstellensystem völlig unzureichend ist und es zur Zeit in Großenhain keinen Dieselkraftstoff gibt.

8. September

Offener Brief des Arbeitskreises "Evangelium und Menschenrechte" aus **Kittlitz** an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR über verschiedene Missstände in der DDR.

Junge Christen der ev. Kirche aus **Delitzsch** treffen sich mit FDJ-Sekretären, um politische Standpunkte zu diskutieren und verschiedene Meinungen zu erörtern.

9./10. September

In Grünheide bei Berlin gründen 30 Systemkritiker, unter ihnen Bärbel Bohley, Katja Havemann und Jens Reich, das Neue Forum.

10. September

Auf diesen Tag ist der "Brief von Weimar" datiert. Er behandelt die Rolle der CDU und die anstehenden Probleme in der DDR. Der Brief war von hauptamtlichen CDU-Funktionären zurückgehalten worden.

Ungarn gibt die Öffnung seiner Grenze zu Österreich, ohne Absprache mit Ost-Berlin, für DDR-Bürger, die sich in Ungarn aufhalten, bekannt. Bis Ende September kommen etwa 25 000 und bis Ende Oktober etwa 50 000 DDR-Bürger über diesen Weg in die Bundesrepublik.

In Crimmitschau taucht ein Flugblatt des Neuen Forums mit einer Kontaktadresse auf.

Nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche von **Leipzig**, zu dem etwa 1 500 Teilnehmer erschienen, werden zirka 100 Personen festgenommen.

Ein Bürger aus Auerbach überquert mit seinem PKW als einer der ersten die offene Grenze in Ungarn.

11. September

In **Leipzig** findet ein Friedensgebet in der Nikolaikirche statt, zu dem sehr viele Teilnehmer erscheinen.

12. September

Die Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" wird in Berlin gegründet.

In **Königsbrück** gründet sich eine Bürgerbewegung. Zunächst hat sie keinen Namen, später wird daraus eine Gruppe des Neuen Forums. Bis zum 30. September 1989 erklären sich per Unterschrift 250 Menschen zur Mitarbeit bereit. Die Bürgerbewegung fordert unter anderem eine grundlegende Analyse der wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage im Territorium der Stadt, es sollen Irrtümer des staatlichen Machtapparates offen dargelegt werden und im Jahr 1990 Neuwahlen stattfinden.

12. September

Das Ärztekollektiv in **Treuen** nutzt den verlangten Zwischenbericht für das alljährliche Wettbewerbsprogramm dazu, Kritik am gesamten Gesundheitssystem sowie der Altenpflege zu üben. Des weiteren werden auch die unzureichenden sozialen Leistungen und der erhebliche Mangel an wichtigen Geräten und Material von den Ärzten und Schwestern benannt und als untragbar bezeichnet.

13. September

Die Arbeitsgemeinschaft "Frieden" der Kirchenbezirke in **Dresden** schreibt eine Stellungnahme zur gegenwärtigen Ausreisewelle. Verteiler: alle Dresdner Gemeinden, ungarische Botschaft, Ständige Vertretung der BRD in der DDR, die Vorsitzenden von CDU, DBD, LDPD, NDPD, SED sowie die Zeitungen "Die Union", "Die Kirche", "Neues Deutschland", "Sächsische Zeitung" und "Sonntag".

In **Penig** gründet sich eine kirchliche Umweltgruppe als eine weitere Gruppierung des Neuen Forums.

15. September

In **Kamenz** debattieren 50 Bürger mit Vertretern der Stadtverordnetenversammlung über Probleme der Stadt. Es werden vor allem Fragen der Wohnungspolitik, des Baugeschehens, der Fußwege, der Beleuchtung und der Marktgestaltung angesprochen.

Mitte September

An das Bahnhofsgebäude von **Wilsdruff** wird "Neues Forum" geschrieben. Die Unterschriftenlisten werden in der Stadt mit großer Resonanz aufgenommen. Bei einer öffentlichen Stadtratssitzung gibt es lautstarke, aber friedliche Proteste.

Im September und Oktober schreiben Vertreter der LDPD-Ortsgruppe **Thalheim** an den Parteivorsitzenden Dr. Gerlach, um durchzusetzen, dass Egon Krenz nicht die "geballte" Macht übertragen bekommt und dass Parteiarbeit ohne Bevormundung stattfinden kann.

In **Elterlein** kursiert eine Unterschriftenliste für die Zulassung des Neuen Forums. Viele Bürger tragen sich in diese Liste ein.

In **Zittau** findet sich unter Verschwiegenheit und in privaten Wohnungen eine Initiative des Neuen Forums zusammen, die weitere Aktivitäten plant. Es werden Unterschriftenlisten für das Neue Forum erstellt und verteilt.

In verschiedenen Betrieben, Schulen und Kirchen in **Radebeul** wird heimlich der Aufruf des Neuen Forums verteilt und Unterschriften für dessen Zulassung gesammelt.

Nach dem Bekanntwerden des Aufrufs "Aufbruch '89 – Neues Forum" treffen sich in **Bautzen** erste lose Gruppen im weiteren Umfeld der Kirche und bilden eine Initiativgruppe des Neuen Forums.

Der Rat der Gemeinde und die Bürgermeisterin aus **Belgershein** lassen die Wohnungen und Häuser der Einwohner öffnen, die über Ungarn in die Bundesrepublik geflüchtet sind. Alles Verwendbare, sogar Grünpflanzen und Nahrungsmittel, werden unter den Funktionsträgern aufgeteilt.

In der Großbäckerei **Auerbach** wird mit Kreide "NF" als Synonym für das Neue Forum an die Wandzeitung geschrieben.

Mitte September Etwa 10 % der SED-Mitglieder in **Zwönitz** geben ihr Parteibuch ab. Bis Ende Oktober erhöht sich die Zahl auf ein Drittel.

16. SeptemberTeilnehmer eines Theologieseminars in **Karl-Marx-Stadt** erhalten detaillierte Informationen über die Leipziger Ereignisse vom 11. September und formulieren einen Protestbrief an die Staatsanwaltschaft Leipzig, den sofort etwa 20 Personen unterschreiben.

17. September

Ein Bürger aus Schönberg nimmt an einem geheimen Treffen von Vertretern des Neuen Forums, Demokratie Jetzt, SDP und des Demokratischen Aufbruchs in Berlin teil. Er erhält einen Text des Aufrufs vom Neuen Forum und fertigt eine Abschrift an. Diese verteilt er in den nächsten Tagen an Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter in Glauchau, Zwickau und Umgebung.

18. September Viele Bürger aus dem Kreis **Auerbach** fahren nach Leipzig, um sich an der Demonstration zu beteiligen. Es werden auch Fahrgemeinschaften gebildet.

Nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche in Leipzig demonstrieren viele Teilnehmer für Veränderungen in der DDR.

19. SeptemberDas Neue Forum beantragt die Zulassung als Vereinigung. Einen Tag später wird der Antrag wegen "Staatsfeindlichkeit" und der Begründung des fehlenden gesellschaftlichen Bedürfnisses verweigert.

Etwa 70 Personen erscheinen zu einer Fürbittandacht für die Leipziger Inhaftierten vom 11. September 1989 in der Johanniskirche von **Karl-Marx-Stadt**. Die Andacht wird von der Arbeitsgemeinschaft "Offene Kirche" und dem Superintendenten durchgeführt. Es wird auch über die in jüngster Zeit gegründeten politischen Vereinigungen informiert.

Als öffentlich bekannt wird, dass der Antrag des Neuen Forums durch das Innenministerium abgelehnt ist, liegen in verschiedenen Geschäften von **Oberwiesenthal** Unterschriftenlisten aus, in denen gegen diesen Beschluss protestiert wird. Die Kirche leitet diese Unterschriftenlisten weiter.

Superintendent Thomas Küttler bekommt im Rathaus von **Plauen** durch den Oberbürgermeister eine Einladung zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages der DDR überreicht. Der Superintendent nutzt diese Gelegenheit, dem Oberbürgermeister die wahren Empfindungen und Forderungen deutlich zu machen. Dieser wehrt jedoch ab.

20. September Der 2. Bürgermeister von **Zwönitz** kritisiert im Stadtparlament die Partei und Regierung wegen mangelnder Informationspolitik und des Verschweigens der wahren Ursachen der Fluchtwelle.

21. September Zum "Tag der Kommunalpolitik" in **Lengenfeld** beraten erstmals Mitglieder des Rates des Kreises, Lengenfelder Ratsmitglieder und die Stadtverordneten über die Probleme der Stadt.

21. September

Etwa 30 Personen aus der Kreisstadt **Aue**, die bereits längere Zeit dem SED-Regime kritisch gegenüberstehen und teilweise Repressionen ausgesetzt sind, bekennen sich öffentlich zu den Zielen des Neuen Forums.

22. September

In der Kirche von **Kittlitz** findet ein Umweltabend des Arbeitskreises "Evangelium und Menschenrechte" zum Thema "Schöpfung in der Not" statt, bei dem das Neue Forum vorgestellt wird und die Kontaktadressen verteilt werden.

In **Dresden** findet die seit längerem anberaumte Dienstbesprechung der Superintendenten aus ganz Sachsen statt. Dort wird über die aktuelle brisante Situation gesprochen und eine Protesterklärung gegen das Verbot des Neuen Forums formuliert, die dann an den Ministerrat abgeschickt wird.

Der Zwickauer Kirchenamtsrat ermuntert die Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit" im Kirchenbezirk **Werdau** zu Unterschriften für den Staatsratsbrief der Kirchenleitungen vom 2. September 1989.

23. September

In der Kirche von **Coswig** eröffnet eine Ausstellung mit dem Titel: "Eine Stadt erzählt", diese auch auf die enormen Umweltprobleme der Region aufmerksam macht. Die Ausstellung ist ein kritischer Beitrag zu den 50-Jahrfeiern der Stadtrechts-Verleihung an Coswig.

24. September

In **Großschönau** wird ein Fürbittgottesdienst durchgeführt, bei dem sich das Neue Forum den Bürgern vorstellt und Unterschriften für seine Zulassung sammelt.

Bei Bad Muskau werden verstärkt Sicherungsmaßnahmen an der Grenze zur VR Polen durchgeführt.

Ein Bürger aus **Meerane**, dem schon seit Jahren ohne Begründung ein Besuch der Bundesrepublik verwehrt wird und welcher deshalb schon mehrere Eingaben schrieb, wendet sich mit einem Brief an das Ministerium des Inneren der DDR und fordert die Verantwortlichen auf, dem Zulassungsantrag des Neuen Forums zuzustimmen.

25. September

Im Anschluss an das Friedensgebet demonstrieren in **Leipzig** mehr als 5 000 Menschen über den Leipziger Ring und die Innenstadt. Sie fordern Reformen und die Zulassung des Neuen Forums.

Ärzte aus **Meerane** nutzen den Monatsbericht an den FDGB-Kreisvorstand, Abteilung Gesundheits-und Sozialwesen in Glauchau, um darin auf die Ausreiseaktivitäten vor allem der jungen Menschen aufmerksam zu machen, und fordern mehr Demokratie.

Die CDU-Ortsgruppe **Penig** protestiert in einer Mitgliederversammlung gegen die Politik der SED und macht auf massive Mängel in der Versorgung aufmerksam.

25. September

Im Schaukasten vor der Kirche in **Moritzburg** hängt ein Brief des Magdeburger Bischofs, der am 17. September 1989 in der Zeitschrift "Die Kirche" veröffentlicht wurde und großes Interesse fand. Nachdem der Abschnittsbevollmächtigte (ABV) Anzeige erstattet hatte, wird der Pfarrer durch den Rat des Kreises aufgefordert, den Brief zu entfernen. Dieser weigert sich mit der Begründung, dass es ein öffentlicher Brief sei, der in einer DDR-Zeitung abgedruckt war.

26. September

Erich Honecker verhängt über die DDR "verdecktes Kriegsrecht", das heißt Stufe 1 der "erhöhten Einsatzbereitschaft" entsprechend dem Statut des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (z. B. werden Gruppenansammlungen nicht mehr gestattet).

In **Königsbrück** findet ein Gespräch des Kirchenvorstandes mit dem Bürgermeister, dem stellvertretenden Bürgermeister und dem Ortsparteisekretär wegen mangelnder Meinungs- und Versammlungsfreiheit statt. Wegen der Blockade von Seiten der staatlichen Vertreter wird das Gespräch abgebrochen.

27. September

Im Pfarrhaus von **Königsbrück** berät das Neue Forum das Thema: "Was tun?". Es wird beschlossen, dass Friedensgebete auch in der Kirche und anschließend Demonstrationen mit Kerzen durch die Stadt durchgeführt werden.

28. September

In **Sosa** beginnt die öffentliche Unterschriftensammlung für die Zulassung des Neuen Forums.

Ein Nachfolgekandidat der Stadtverordnetenversammlung **Radebeul** verweigert in einem ausführlichen Brief an den Bürgermeister der Stadt seine Teilnahme am Festumzug durch Radebeul anlässlich des Republik-Geburtstages am 7. Oktober 1989. Er kritisiert die schlechten Wohn-, Sport- und Unterhaltungsmöglichkeiten, die kathastrophale Bausubstanz und die schlechten Straßenverhältnisse sowie die Umweltverschmutzung.

In **Großenhain** gründet sich der Kreisverband der Freidenker.

29. September

An der Hausfassade des VEB Modesta in **Auerbach** wird folgender Satz angebracht: "Es lebe die Diktatur der SED – DDR 40 – Neues Forum" mit einem Pfeil nach unten.

30. September

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Kanzleramtsminister Rudolf Seiters erklären den 5 500 DDR-Bürgern in der Prager Botschaft, dass sie am nächsten Tag in die Bundesrepublik ausreisen können. Die Züge fahren durch das Gebiet der DDR (Dresden–Karl-Marx-Stadt–Zwickau–Plauen–Hof).

In **Leipzig** demonstrieren etwa 8 000 Menschen nach dem Friedensgebet und gehen von der Nikolaikirche in Richtung Hauptbahnhof. Der Sperriegel der Sicherheitskräfte wird durchbrochen.

Ende September

Ein Bürger aus Treuen schreibt sich in die Liste des Neuen Forums in Zwickau ein.

Die Initiativgruppe des Neuen Forums in Bautzen nimmt Kontakt zu anderen Gruppen, vor allem der in Zittau auf.

Bürger aus **Crottendorf** nehmen Kontakt mit dem Neuen Forum in Berlin auf und lassen sich Informationsmaterial zusenden. Die Unterschriftenlisten für die Forderung der Zulassung finden sehr schnell über 1 000 Unterschriften.

In **Neustadt** in Sachsen kursiert ein Aufruf des Neuen Forums mit einer Unterschriftenliste, in dem die Beteiligung an den notwendigen politischen Veränderungen verlangt wird.

In **Niederoderwitz** gründet sich eine Ortsgruppe des Neuen Forums.

In **Jonsdorf** beginnt die Unterschriftensammlung für das Neue Forum. In dieser Zeit unterschreiben 299 Personen, etwa jeder sechste Einwohner.

In der Gemeinde Raschau lädt ein Bürger zum ersten Treffen des Neuen Forums ein.

Eine Bürgerin aus **Wittichenau** bekommt über ihren Bruder von einem Pfarrer aus Coswig Unterschriftenlisten für die Zulassung des Neuen Forums.

In **Thalheim**/Erzgebirge wird das Neue Forum gegründet. Die Zusammenkünfte finden zwischen Oktober und Dezember 1989 in Privaträumen statt. Es werden Bürgeransprachen vom Dach des Anbaus des Kulturhauses gehalten. Dies ist auch der Beginn für spätere Demonstrationen.

In der Lutherkirche von **Glauchau** trifft sich ein Gesprächskreis unter der Bezeichnung "Bleiben oder Gehen?". Im Oktober entstehen daraus die wöchentlichen Fürbittgottesdienste.

Oktober 1989

Anfang Oktober

In **Flöha** findet eine öffentliche Einwohnerversammlung mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und Vertretern anderer Blockparteien statt. Nach dem Satz aus dem Publikum: "Reden Sie mit uns bitte wie mit Menschen und kanzeln Sie uns nicht ab wie dumme Jungen …" werden mit großer Offenheit anstehende Fragen zur Sprache gebracht.

In Scheibenberg taucht der Aufruf des Neuen Forums auf, der schnell viele Unterschriften findet.

In Sayda gründet sich eine Bürgerinitiative, in der bis Ende 1989 etwa 60 Mitglieder mitarbeiten.

Ab Oktober nehmen die Abendgebete der Jugend in Wittichenau immer mehr den Charakter von Friedensgebeten an.

Bürger aus dem Kreis Auerbach nehmen Kontakt mit der bereits bestehenden Gruppe des Neuen Forums in Zwickau auf.

Die Grenzlinie im **Vogtland** wird verstärkt kontrolliert, und an der F 92 werden Postenhäuser zur besseren Überprüfung der Durchreisenden errichtet.

In **Bad Brambach** werden die planmäßigen Züge nach Karlovy Vary an der Weiterfahrt gehindert und Reisende zum Teil mit Gewalt aus den Zügen getrieben.

1. Oktober

Bildung einer Gründungsinitiative für eine Grüne Partei.

ADN kommentiert anhaltende Flucht- und Ausreisewelle: "... Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit den Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen ...".

1.- 5. Oktober

Den etwa 1 500 DDR-Bürgern in der Warschauer Botschaft der Bundesrepublik wird die Ausreise gestattet.

Zum geplanten Bau des Reinst-Silizium-Werkes findet in der Auferstehungskirche von **Dresden** eine Informations- und Fürbittstunde der drei Dresdner Superintendenten und des Ökologischen Arbeitskreises Dresden statt.

2. Oktober

In Berlin treffen sich rund 60 Delegierte zu einer ersten Versammlung des "Demokratischen Aufbruchs" (DA).

Oktober 1989

Ein Arzt in Meerane hängt folgenden Aufruf im Wartezimmer seiner Praxis am Altmarkt aus: "Plauen Oberer Bahnhof, Sonntag, 1. Oktober 89. Ich sah: Durchfahrende Züge voller junger Menschen, jubelnd. Morgen könnten es unsere Kinder sein, wenn wir weiter Angst haben, wenn wir weiter schweigen.".

In der Kapelle von **Neuensalz** spricht die Bürgermeisterin bei einer Einwohnerversammlung bereits sehr deutlich über die Probleme, die mit der massenhaften Auswanderung vieler Familien entstehen. Auch leugnet sie nicht die Verantwortung, die sie in diesem Zusammenhang zu tragen hat.

In **Leipzig** wird eine Demonstration nach dem Friedensgebet mit etwa 25 000 Teilnehmern durch Polizei und Sicherheitskräften aus Sondereinheiten und Kampfgruppen brutal beendet. Es gibt viele Verletzte und Verhaftete. Kurt Masur erklärt angesichts der Polizeieinsätze in einem ARD-Interview: "Ich schäme mich", und ruft zu einem gesamtgesellschaftlichen Dialog auf.

In Riesa findet das erste Friedensgebet zum Stichwort Neues Forum statt.

3. Oktober

Die DDR hebt den visafreien Reiseverkehr in die ČSSR auf. 2 063 Reisende in Richtung ČSSR/Ungarn werden wahllos festgenommen oder zurückgewiesen.

Die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei **Dresden** weist alle Volkspolizeikreisämter an, sämtliche Ausbildungsmaßnahmen aufgrund der gegenwärtigen Lageentwicklung auszusetzen.

An der Eingangstür der EOS "Geschwister Scholl" in **Auerbach** wird mit Heftpflaster ein Zettel mit dem Aufruf angebracht: "Bürger von Auerbach! Tretet ein für Freiheit und Demokratie und das Neue Forum - stürzt die DDR-Regierung. Helft, dass sich das bald erfüllt."

Die Bezirkseinsatzleitung von Leipzig tagt und beschließt den Einsatz von Armee-Einheiten gegen Demonstranten vorzubereiten.

In der Johanneskirche von **Karl-Marx-Stadt** informiert ein Gründungsmitglied des Neuen Forums vor etwa 500 Anwesenden über das Ergebnis eines an diesem Tag geführten Gesprächs beim Rat des Bezirkes: Das Neue Forum wird nicht zugelassen. Die Informationsveranstaltung entwickelt sich nach einem Gedenkgottesdienst für die Inhaftierten von Leipzig zu einer lebhaften Diskussionsrunde. Es wird durch ein Mitglied des Schauspielensembles eine Lesung zum "Tag der offenen Tür" im Luxor-Palast am 7. Oktober 1989 angekündigt.

Binnen zwei Stunden muss eine Gruppe behinderter Kinder, die in **Rosenthal**/Bielatal Ferien macht, das Ferienlager verlassen, damit eine Einheit Grenzsoldaten in das Objekt einziehen kann.

Oktober 1989

3.- 4. Oktober

Gruppen von Ausreisewilligen, die aus Zügen in Bad Schandau herausgeprügelt wurden, suchen in den Turmräumen der Dreikönigskirche und der Kreuzkirche in **Dresden** Zuflucht, um von dort aus ihre Ausreise zu erzwingen. Beide Gruppen erhalten später vom Rat des Bezirkes Ausreise-Zusicherungen.

3.- 5. Oktober

Am Hauptbahnhof von **Dresden** kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Ausreisewilligen. Von Seiten der Polizei werden Reizgas und Wasserwerfer eingesetzt.

3.-9. Oktober

In **Dresden** werden 1 303 Personen festgenommen, von denen 615 in die Strafvollzugsanstalt Bautzen gebracht werden.

4. Oktober

Eine Kontaktgruppe von DDR-Oppositionellen fordert freie Wahlen unter UNO-Kontrolle.

Das Neue Forum ruft auf: "Gewalt ist kein Mittel zur politischen Auseinandersetzung! Laßt euch nicht provozieren!"

Bürger aus dem Kreis **Auerbach** fahren an die Bahnlinie Herlasgrün–Plauen, um die vollbesetzten Züge mit den Botschaftsflüchtlingen zu sehen und ihnen zuzuwinken.

In den Gefängnissen von **Bautzen** geht ein Befehl ein, alle Verteidigungspläne zu aktualisieren, Waffen und Munition zu sichern und die Bediensteten an der Waffe zu unterweisen.

In **Karl-Marx-Stadt** kommt es am Abend zu Konfrontationen zwischen der Bevölkerung und den Sicherheitskräften im Gelände des Hauptbahnhofes, den die Sonderzüge aus Prag passieren. Viele Einwohner stehen an den Gleisen beziehungsweise am Bahnhof, um die Züge zu sehen.

Im Kreiskulturhaus **Großenhain** findet eine Festveranstaltung des Panzerregimentes 16 "Leo Jogiches" Großenhain statt. Diese muss abgebrochen werden, weil wegen der Dresdner Ereignisse die Alarmbereitschaft befohlen wird. Eine Hundertschaft muss sofort nach Dresden ausrücken.

Im Oberen Bahnhof in **Plauen** werden Einwohner, die den durchfahrenden Ausreisezügen zuwinken wollen, von der Polizei verhaftet und teilweise auch verletzt.

In **Rebesgrün** findet mit Unterstützung der Kirche das erste Ärztetreffen mit elf Ärzten statt. Material aus der Leipziger Nikolaikirche wird diskutiert und Vorschläge zu einem attraktiveren Leben in der DDR ausgearbeitet. Es wird beschlossen, einen Ärztebrief zu formulieren, der dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung übergeben werden soll.

Am Bahnhof von **Freiberg** kommt es zu Ausschreitungen zwischen etwa 400 Demonstranten und Polizisten im Zusammenhang mit der Durchfahrt der Züge mit Ausreisewilligen in die Bundesrepublik.

4.-5. Oktober

Im Bahnhofsgebäude von **Reichenbach** kommt es bei der Durchfahrt der Züge in die Bundesrepublik zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. 21 Personen werden verhaftet.

5. Oktober

Erich Mielke weist die Dienststellen des MfS in Berlin an, Reservekräfte zu mobilisieren und die Maßnahmen zur Unterbindung von Demonstrationen effizienter zu gestalten.

Die acht Züge mit den rund 7 500 Botschaftsflüchtlingen aus Prag fahren im 45-Minuten-Takt auch durch den Bahnhof in **Bad Brambach**, der deshalb großräumig abgesichert wird. Es kommt zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung.

In **Zwota** findet im Jugendklubhaus eine Festveranstaltung statt, bei der etwa 100 verdienstvolle Bürger eingeladen sind, die zum Teil Auszeichnungen erhalten sollen. Aber es erschienen nur knapp 50 der geladenen Gäste, so das diese Veranstaltung eher peinlich als festlich wirkt, zumal auch keine Musiker anwesend sind.

In **Schreiersgrün** wird eine Konsum-Verkaufsstelle eingeweiht, die die Einwohner in Eigenleistung gegen den Willen des Rates des Kreises gebaut haben.

In **Plauen** wird in der völlig überfüllten Markuskirche eine Friedensandacht durchgeführt, die aufgrund der Menschenmassen noch einmal wiederholt wird. Der Oberbürgermeister versucht noch am Tag selbst, die Veranstaltung zu verhindern. Alles verläuft friedlich. Über Nacht werden auf den Pfortentreppen der Johanniskirche mit Farbe folgende Worte geschrieben: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". In der Nacht versuchen Mitarbeiter des MfS, diese zu entfernen.

In **Leipzig** findet die alljährliche Dienstbesprechung des Landesbischofs (Pfarrertag) mit den Pfarrern des Amtsratsbezirkes statt. Nach einem Bericht von den Ereignissen am Vortag auf dem Dresdner Hauptbahnhof kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Pfarrerschaft über das Verhalten der Innenstadtkirchen am kommenden Montag, dem 9. Oktober 1989, nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche.

Ein Bürger aus **Eilenburg** erklärt sich bereit, die Verantwortung für den Aufbau des Neuen Forums in den Kreisen Eilenburg, Delitzsch und Torgau zu übernehmen.

In Moritzburg findet ein "Bittgottesdienst für unser Land" in der Kirche statt, an dem sich 150 Einwohner beteiligen.

Bei der Ansprache des 1. Sekretärs der SED anlässlich des 40. Jahrestages der DDR auf dem Karl-Marx-Platz in **Großenhain** fällt das Mikrofon aus, und Pfiffe werden hörbar.

5. Oktober

Bei einer geselligen Runde in einer Gaststätte von **Sohland** fallen von jungen Männern kritische Worte. Nach einem Fußballspiel am 7. Oktober 1989 wird einer der jungen Männer festgenommen. Sein Freund will sich auf dem Gemeindeamt nach dem Verbleiben erkundigen und wird dabei von Uniformierten verletzt. Der verhaftete Mann wird am 8. Oktober 1989 aus dem Gefängnis in Bautzen entlassen.

Offener Brief des CDU-Kreisvorsitzenden von **Freital** im Auftrag des Kreissekretariates an die Mitglieder der CDU und ihr nahestehender Bürger des Kreises Freital. Die CDU soll mehr Verantwortung übernehmen, mehr handeln als reden und die Partei stärker öffnen "zum Mitdenken, Mitdiskutieren, Mitentscheiden und Mitarbeiten engagierter Bürger". Sie soll für "Christen eine politisch praktikablere und effektivere Plattform sein", die auch "offen für alternative Meinungen" ist. "Probleme sind nur im Miteinander und nicht im Gegeneinander lösbar".

6. Oktober

Im Gemeindesaal der Innenstadtgemeinde in **Karl-Marx-Stadt** treffen sich Vertreter des Neuen Forums und kirchlicher Gruppen, um die Veranstaltung am nächsten Tag im Luxor-Palast vorzubereiten. Die Idee entstand bei der Veranstaltung in der Johanneskirche am 3. Oktober 1989.

Die "**Leipzig**er Volkszeitung" druckt die Erklärung eines Kampfgruppenkommandeurs, in der es heißt: "Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionäre Aktion endgültig zu unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand."

In der Kirche von Coswig wird ein Fürbittgebet durchgeführt.

In der Frauenkirche von Görlitz nehmen etwa 800 Bürger am ersten Friedensgebet teil.

Die erste Friedensandacht in **Lugau** verläuft friedlich. Vertreter des Neuen Forums aus Karl-Marx-Stadt stellen ihr Programm vor. Anschließend ziehen sieben bis acht Vertreter der Jungen Gemeinde mit brennenden Kerzen zum Rathaus.

Das Ensemble des Staatstheaters **Dresden** wendet sich erstmals nach der 20-Uhr-Vorstellung mit einem Aufruf an die Zuschauer. Sie fordern unter anderem das Recht auf Information, Dialog, Pluralismus im Denken, Widerspruch und Reisefreiheit.

In **Dresden** existieren Gerüchte über eine Großveranstaltung am Abend in der Kreuzkirche. Die Kirche bleibt geöffnet, am Abend findet zum Abschluss das erste Friedensgebet mit etwa 3 000 Teilnehmern statt. Anschließend bildet sich auf der Prager Straße ein

Demonstrationszug mit etwa 5 000 Menschen. In Sprechchören wird: "Wir bleiben hier – Reformen wollen wir", "Gorbi", "Wir wollen raus" sowie "Menschenrechte und Freiheit" gerufen. Die Internationale wird gesungen. Die Demonstration wird von der Polizei gewaltsam auseinandergetrieben, 367 Personen werden verhaftet.

6. Oktober

Der Kirchenvorstand von **Radebeul** erhält vom Bürgermeister der Stadt eine Einladung zu einem Gespräch am 25. Oktober 1989. Auf einer Sondersitzung stimmen die Kirchenvorsteher darin überein, dass zukünftige Gespräche nicht mehr im bisherigen Stil weitergeführt werden können.

In Königsbrück findet eine Vollversammlung des Neuen Forums statt.

In Bautzen verhindert die Polizei einen Schweigemarsch von 150 Ausreisewilligen.

Vom Marktplatz in **Zwönitz** bewegen sich 25 Personen schweigend mit Kerzen in den Händen zum Neubaugebiet.

6.-7. Oktober

Anlässlich der 40-Jahr-Feier der Staatsgründung verweigert die DDR westlichen Besuchern die Einreise nach Ost-Berlin. Gorbatschow spricht zu den Feierlichkeiten den bekannten Satz: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben".

7. Oktober

In Schwante bei Potsdam wird eine Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Zum Geschäftsführer wird Ibrahim Böhme gewählt.

Polizei und Staatssicherheit gehen brutal gegen Demonstranten in Ost-Berlin vor. Es kommt zu Massenfestnahmen und schweren Misshandlungen von Inhaftierten.

In **Plauen** werden Handzettel der "Initiative zur Demokratischen Umgestaltung" verteilt, in denen die Einwohner gebeten werden, am Nachmittag auf dem Theaterplatz zu erscheinen. Zwar sieht aum jemand diese Zettel, aber Mund-zu-Mund-Propaganda sorgt dafür, dass sich mehrere tausend Bürger vor dem Theater versammeln. Zwei Mannschaftswagen der Volkspolizei sowie ein Hubschrauber beobachten sofort diese Menschenansammlung. Da es weder ein Programm noch einen Redner gibt, werden spontane Äußerungen mit Sprechchören aufgegriffen. Das Polizeiaufgebot wird auch durch Kampfgruppen massiv verstärkt, und zwei Feuerwehrautos werden als Wasserwerfer benutzt. Vor dem Rathaus werden die etwa 15 000 Demonstranten von der Polizei eingekreist. Der Bürgermeister ist nicht bereit, öffentlich zu erscheinen. Superintendent Thomas Küttler sowie der Pfarrer der Lutherkirche beruhigen die Menschenmasse und erreichen den Abzug der Kampfgruppeneinheiten und des Hubschraubers. Langsam löst sich die Versammlung, die schon aus etwa 20 000 Teilnehmern besteht, auf. Die Polizei verhaftet Bürger und sperrt sie in eine Turnhalle und im Gefängnishof ein.

In der Kreisstadt **Hainichen** entsteht eine Versammlung von Jugendlichen, die von der Polizei sofort, zum Teil auch brutal auseinander getrieben wird. Es kommt zu Verhaftungen und anschließend zu Verhören im Ziegelwerk von Hainichen.

In der Kirche von **Coswig** treffen sich etwa 150 Einwohner, um über die am 23. September 1989 eröffnete Ausstellung zu sprechen, in der auf die massiven Umweltprobleme der Region aufmerksam gemacht wird.

7. Oktober

In **Bad Elster** wird das Sanatorium "Haus am See", welches im Auftrag des ZK der SED Berlin errichtet wurde, eingeweiht. Da in Bad Elster viel historische Bausubstanz stark sanierungsbedürftig ist, erregt diese Einweihung den Unmut der Bevölkerung.

Bereits seit dem frühen Morgen wird der Luxor-Palast in **Karl-Marx-Stadt** von Kampfgruppen und Sicherheitskräften in Zivil umstellt. Bis zum Vormittag versammeln sich trotzdem mehrere hundert Menschen im Gebäude. Die Lesung kann nicht durchgeführt werden, und es wird über eine Folgeveranstaltung informiert. Danach bilden etwa 700 Personen spontan einen Schweigemarsch in Richtung Stadtzentrum, der durch einen Wasserwerfer und Schiebeschildfahrzeuge an der Zentralhaltestelle gestoppt wird. Es kommt zu zahlreichen Verhaftungen und zu Gewaltausbrüchen seitens der Sicherheitskräfte. Am gleichen Abend wird eine Resolution der Städtischen Theater Karl-Marx-Stadt nach den verschiedenen Vorstellungen vorgelesen.

In **Königswalde** wird ein Friedensseminar durchgeführt, bei dem ein Sprecher des Neuen Forums aus Karl-Marx-Stadt sich und die Ziele dieser Bürgerbewegung vorstellt und Unterschriften für die Zulassung sammelt. Außerdem nehmen Personen aus umliegenden Gemeinden Informationsmaterial mit. Die Staatssicherheit notiert die Kennzeichen der in Königswalde geparkten Fahrzeuge.

In **Markneukirchen** stellen sich über 100 Einwohner mit brennenden Kerzen schweigend auf den Ernst-Tählmann-Platz vor die St.-Ni-kolai-Kirche. Sie werden von der Volkspolizei und parteitreuen Genossen beobachtet. Ein VP-Offizier fordert die Teilnehmer auf, die "unerlaubte Zusammenrottung" aufzulösen. Gespannte Atmosphäre herrscht. Die Versammlung löst sich nach einer Weile friedlich auf.

Die bereits geplanten Veranstaltungen zum 40. Jahrestag der DDR finden in Penig nicht statt.

In Kottengrün findet eine vorbereitende Sitzung für die Gründung einer Bürgerinitiative statt.

In der Disko von **Großolbersdorf/OT Hohendorf** rufen Jugendliche im Chor: "Freiheit – Freiheit" und singen das Deutschlandlied. Ein anwesender Stasispitzel ruft die Polizei in Zschopau an, daraufhin kommt ein Überfallkommando mit Hunden. Einige Jugendliche werden verhaftet.

Der Pfarrer der Gemeinde Heidersdorf lehnt die Einladung, an den Feierlichkeiten zum Geburtstag der Republik teilzunehmen, ab.

In der Kirche von **Niederbobritzsch** findet ein Friedensgottesdienst zum Thema: "Ausreiseproblematik" statt. Es sind etwa 160 Teilnehmer anwesend, auch Vertreter der Kirche und des Neuen Forums.

Behinderte gehen in **Rothenburg**/Oberlausitz an der Neiße spazieren, was verboten ist. Die Grenze zu Polen ist gesperrt worden, um so die Flucht in die Bundesrepublik auf dem Umweg über Polen zu verhindern. Die Spaziergänger lassen sich aber nicht abweisen.

Jugendliche bringen in **Lengenfeld** an der Bretterwand eines Wohnungsgrundstückes und am Sockel eines weiteren Hauses mit Farbe und Pinsel Losungen wie "Freiheit" an.

7. Oktober

Im Stadtgebiet von **Ortrand** fehlen in diesem Jahr an den Privatgebäuden auffällig die DDR-Fahnen. Am neuen "Dreitunnel" der Bahnstrecke Großenhain-Cottbus steht geschrieben: "Honni macht das Licht aus!". Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR finden nicht statt.

Den ganzen Tag wird die Kreuzkirche **Dresden** von vielen Menschen aufgesucht, die nach Informationen fragen. Bei der abendlichen Orgelvesper sagt Superintendent Christoph Ziemer in der Aussprache ein "Wort zur Situation". Vor dem Hauptbahnhof haben sich wieder Tausende Menschen versammelt. Die Menschenmenge setzt sich erstmals in Bewegung. Während der Demonstration mit rund 30 000 Teilnehmern werden Sprechchöre wie: "Wir bleiben hier, Reformen wollen wir!" oder "Schließt euch an, wir brauchen jeden Mann!" gerufen.

Während zwei Veranstaltungen des Neuen Forums in der Michaeliskirche in **Leipzig** unterzeichnen etwa 700 Personen den Gründungsaufruf "Aufbruch" des Neuen Forums. Die anschließende Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern wird gewaltsam aufgelöst. Fast 200 Teilnehmer werden verhaftet und unter anderem in Pferdeställen auf dem Gelände der AGRA festgehalten. Diese waren als Internierungslager für den Spannungsfall vorgesehen.

Während der öffentlichen Festveranstaltung der Gemeinde **Schönfeld** (Kreis Großenhain) im Speisesaal der Oberschule schreiben Jugendliche auf Bierdeckel Sprüche wie "Neues Forum" und "Gorbi, Gorbi". Zwei Tage später werden vom MfS mehrere der Minderjährigen von zu Hause abgeholt, in der Schule verhört, und von ihnen werden Schriftproben angefertigt. Mitte November muss sich der AfNS-Kreisstellenleiter dafür in einer Aussprache bei den Eltern entschuldigen.

Vor der LDPD-Kreisgeschäftsstelle Großenhain wird eine DDR-Fahne angebrannt.

In einem Rundschreiben werden die Bürger von **Niederbobritzsch** aufgefordert, an einer Fürbittandacht am 7. Oktober 1989 teilzunehmen.

8. Oktober

Ein geheimes Fernschreiben der SED-Führung an die Bezirksleitungen der SED fordert die Unterbindung von Protesten.

Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt **Plauen** reicht eine Erklärung beim Rat der Stadt ein, in der sie sich aufs Schärfste von der Vorgehensweise der Sicherheitskräfte und der Zweckentfremdung der Tanklöschfahrzeuge distanziert.

Der Oberbürgermeister von **Plauen** teilt Superintendent Küttler mit, dass er zu einem Bürgergespräch am 12. Oktober 1989 bereit sei. Dieser macht es öffentlich bekannt, und sehr viele Einwohner melden sich, um als Gesprächspartner dabei zu sein.

In **Markneukirchen** versammelt sich wieder eine größere Anzahl von Einwohnern mit brennenden Kerzen auf dem Platz vor der Kirche. Diese Menschenansammlung wird von Sicherheitskräften aufgelöst, und einige flüchten sich in die Kirche.

8. Oktober

In der Gaststätte "Treuener Hof" finden sich nach einer Tanzveranstaltung etwa 30 Jugendliche zusammen, die am Platz der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft in **Treuen** eine rote Arbeiterfahne in Brand stecken und die Deutschlandfahne hissen. Gegen vier von ihnen wird Haftbefehl erlassen, und in der "Freien Presse" wird von einer "Zusammenrottung von Randalierern" geschrieben.

Vertreter der Jungen Gemeinde halten einen Fürbittgottesdienst auf dem Kaßberg in **Karl-Marx-Stadt** unter den Eindruck der Ereignisse vom Vortag ab und fordern die Zulassung des Neuen Forums. Ein großer Teil der etwa 300 Anwesenden nimmt dann an einer Diskussion im Gemeindesaal teil.

In der St.-Jacobi-Kirche in Neustadt in Sachsen verlangt der Superintendent aus Pirna in seiner Predigt den Rücktritt Erich Honeckers.

In der Kirche von **Mühltroff** berichtet der Pfarrer von den Aktionen in Plauen, die sich am Vortag ereignet haben. Bei dieser Informationsveranstaltung werden Termine für weitere Veranstaltungen vereinbart.

Der Pfarrer aus **Rodewisch** stellt während seines Gottesdienstes das Neue Forum vor. Daraufhin findet in einer Privatwohnung ein Treffen mit einem bereits bestehenden Kreis von systemkritisch engagierten Einwohnern und Mitgliedern des Neuen Forums statt. Es sind etwa 20 Personen.

In **Karl-Marx-Stadt** hält der ev.-luth. Pfarrer Dr. Theo Lehmann nacheinander in zwei Jugendgottesdiensten vor etwa 2 000 Zuhörern die Predigt: "Wasserwerfers Nachtgesang". Die Predigt wird allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages gedruckt übermittelt.

In der St. Christophori-Kirche in Hohenstein-Ernstthal findet die erste Fürbittandacht statt.

In **Zwenkau** nehmen etwa 200 Teilnehmer am ersten ökumenischen Friedensgebet in der kath. Kirche Heilig-Geist teil. Die Idee dazu hatte der Hausmeister der katholischen Gemeinde nach dem Besuch des Friedensgebetes in der Leipziger Nikolaikirche.

Initiative des Landesbischofs, eines Superintendenten und des Oberlandeskirchenrates beim Oberbürgermeister von **Dresden** zur Beendigung der Gewaltmaßnahmen von Polizei- und Sicherheitskräften.

Vom Nachmittag an finden in **Dresden** Demonstrationszüge durch die Stadt statt. Es gibt zahlreiche Verhaftungen. Beim Abendgebet in der Kreuzkirche wird bekannt gegeben, dass das Stadtjugendpfarramt als Informations- und Beratungsstelle für Angehörige von Verwandten und Vermissten vom 9. Oktober 1989 an arbeiten wird. Die abendliche Demonstration auf der Prager Straße mit etwa 20 000 Teilnehmern wird erstmals nicht aufgelöst. Während der Demonstration kommt es spontan zur Bildung der "Gruppe der 20", das Gespräch mit dem Oberbürgermeister wird gefordert. Für mögliche Gespräche werden von den Demonstranten unter anderem die Forderungen Reisefreiheit, Pressefreiheit, Recht auf friedliche Demonstrationen und freie Wahlen festgelegt.

8. Oktober

Die SED-Kreisleitung Karl-Marx-Stadt verbietet dem Ensemble, seine Resolution vorzulesen. Weil das Verbot nur für die Karl-Marx-Städter gültig ist, trägt ein Teil des Dresdner Ensembles, das gerade ein Gastspiel in der Stadt hat, den Text vor.

Im Gemeindehaus in der Leipziger Straße von **Torgau** findet die erste Zusammenkunft des Bürgerforums statt. Rund 160 Menschen kommen zu dem durch Mundpropaganda bekannt gemachten Treffen. Verteilt werden Informationen und Unterschriftenlisten zur Gründung des Neuen Forums, von Demokratie Jetzt, dem DA und der SDP.

In der Michaeliskirche in Leipzig findet die erste öffentliche Veranstaltung des Neuen Forums statt.

Vor dem Gebäude der MfS-Kreisdienststelle Bischofswerda demonstrieren etwa 50 Menschen. Alle werden verhaftet.

In der Petrikirche von **Freiberg** findet die erste Friedensandacht mit etwa 250 Teilnehmern statt. Ein Pfarrer im Wartestand plädiert für die Zulassung des Neuen Forums in Freiberg und wird vom Superintendenten und Pfarrer darauf hingewiesen, dass die Werbung für eine einzelne politische Organisation in einem Gottesdienst nicht angebracht sei, weil ähnliche Anliegen wie die des Neuen Forums auch von anderen Seiten geäußert werden.

9. Oktober

Führende Vertreter der ev. Kirche in Berlin-Brandenburg appellieren an die DDR-Staatsführung, "umfassend deutliche und glaubhafte Schritte einzuleiten, damit eine breite Übereinstimmung für eine demokratische und rechtsstaatliche sozialistische Perspektive der DDR gefunden wird".

Eine Rentnerin aus **Plauen**, die bei der Demonstration vom 7. Oktober 1989 Fotos machte und am selben Abend einen Erlebnisbericht schrieb, fährt nach Hof (Westdeutschland) zur Redaktion der "Frankenpost" und lässt beides veröffentlichen.

Durch Ankündigungen des Pfarrers am Vortag in den Kirchen und durch Weitersagen erscheinen etwa 60–70 Bürger zu einem Friedensgebet im Dom zu **Wurzen**. Davon werden etwa 20 Teilnehmer als Spitzel der Staatssicherheit erkannt, weil sie einerseits als treue Genossen bekannt sind, keine Gebete kennen und sich weigern, eine Menschenkette zu bilden. Vor dem Dom stehen bewaffnete Streifen, die man beim Eintritt passieren muss. Die Veranstaltung verläuft friedlich und auch nach Beendigung kommt es zu keinen Zwischenfällen.

Wie am Vortag in der Kirche von **Mühltroff** vereinbart, treffen sich Gemeindemitglieder der ev.-luth. Kirchgemeinde zu einem Gesprächskreis im Kirchgemeindesaal. Es wird über die Vorgänge in der DDR und über die entstehenden Bürgerinitiativen gesprochen.

Der erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises fordert den Pfarrer aus **Markneukirchen** auf, an diesem Sonntag die Kirche nicht zu öffnen. Der Fürbittgottesdienst wird dennoch durchgeführt, zu dem sich etwa 30 Personen in der Kirche und etwa 250 mit brennenden Kerzen vor der Kirche einfinden. Ein Teil von ihnen betritt etwas später die Kirche.

9. Oktober

Alle Bürger aus Crimmitschau, die auf dem Bahnhof in den Zug nach Leipzig einsteigen, werden fotografiert.

Im VEB Halbzeugwerk Auerhammer bei Aue liegt ein Aufruf des Neuen Forums im Speiseraum.

Im Jugendklub "UK 13" in **Karl-Marx-Stadt** treffen sich Freunde und Mitglieder des Neuen Forums, so wie es am 3. Oktober 1989 in der Johanneskirche bekannt gegeben wurde. Der Rat des Bezirkes verbot diese Veranstaltung. Daraufhin wird ein nur Film gezeigt, der den etwa 70 Anwesenden anschließend dennoch eine Diskussion erlaubt.

Erster Fürbittgottesdienst in der Nicolaikirche von **Döbeln** aus Sorge um die Demonstranten in Leipzig.

Am Vormittag findet in **Dresden** das erste Gespräch der "Gruppe der 20" mit dem Oberbürgermeister statt. Über zentrale Fragen wie Zulassung des Neuen Forums oder Reisefreiheit möchte der Oberbürgermeister nicht reden, verspricht aber, sich um die Freilassung der Inhaftierten zu kümmern, die sich keiner Straftat schuldig gemacht haben. Am Abend versammeln sich über 20 000 Menschen in vier Kirchen, um den Gesprächsbericht zu hören. Eine Übertragung aus der Kreuzkirche wird vom Rathaus strikt abgelehnt. Beim Abbau der Anlage werden die Übertragungskabel zerschnitten aufgefunden.

In **Leipzig** demonstrieren nach Friedensgebeten in fünf Kirchen etwa 70 000 Menschen über den Innenstadtring für Demokratie. Eine gewaltsame Konfrontation mit den bereitstehenden 8 000 bewaffneten Polizisten, Kampfgruppen-Angehörigen sowie NVA-Soldaten kann durch den von sechs Leipzigern verfassten und von Prof. Kurt Masur vorgelesenen Aufruf zur Gewaltlosigkeit verhindert werden. An dem Aufruf waren unter anderem ein Pfarrer, ein Kabarettist und zwei Sekretäre der SED-Bezirksleitung beteiligt. Außerdem werden Tausende Flugblätter mit dem Aufruf zur Besonnenheit verteilt. Das Gesprächsangebot der "Sechs von Leipzig" wird in den Kirchen und über den Stadtfunk verlesen. Da es auch von SED-Sekretären unterzeichnet worden ist, wird es zu einem "Dialogversprechen".

In den Räumen der ev.-luth.Gemeinde **Gelenau** findet ein Friedensgebet mit 50 Teilnehmern unter dem Motto "Keine Gewalt!" statt.

Die Stadt **Heidenau** lädt, zusammen mit dem Rat des Kreises, zu einem Einwohnerforum ein.

10. Oktober

Der Schriftstellerverband der DDR fordert einen demokratischen Dialog auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Die LDPD-Zeitung "Der Morgen" veröffentlicht Leserbriefe mit der Forderung nach Reformen in der DDR.

Ein kleiner Gesprächskreis im Pfarrhaus von Neustadt in Sachsen bereitet die Gründung einer Ortsgruppe des Neuen Forums vor.

In der Lokalredaktion **Karl-Marx-Stadt** der "Freien Presse" gehen eine Vielzahl von Leserbriefen ein, die sich gegen die Art der Berichterstattung über die Ereignisse vom 7. Oktober 1989 richten.

10. Oktober

Die Mitglieder des Verbandes Bildender Künstler der DDR im Bezirk **Karl-Marx-Stadt** reagieren auf die aktuelle Situation im Lande mit einer Resolution, die 36 Unterzeichner findet.

Das ev.-luth. Landeskirchenamt Sachsen fordert in einem Brief an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke **Dresden**, **Karl-Marx-Stadt** und **Leipzig** die Freilassung der Festgenommenen und Verhafteten.

In der Tageszeitung "Die Union" in **Dresden** erscheint der Artikel: "Es ist möglich, miteinander zu reden", in dem erstmals wahrheitsgemäß über die Ereignisse der vergangenen Tage berichtet wird. Dies ist der erste Glasnost-Artikel in einer DDR-Zeitung. Die "Gruppe der 20" übergibt alle Vermissten- und Verhaftetenmeldungen an das Stadtjugendpfarramt und bittet um Fortsetzung der Arbeit.

In Rabenau informiert der Pfarrer über die Demonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig.

In **Glauchau** finden außerordentliche Sitzungen von Einrichtungen des Gesundheitswesens statt. Das Krankenhaus diskutiert die Vorkommnisse vom 7. Oktober 1989, und die Mitarbeiter äußern eine Erwartungshaltung auf Änderungen durch die Regierung.

Der Bürgermeister von **Karl-Marx-Stadt** empfängt etwa 80 Theaterschaffende der Stadt, nachdem diese ihn dazu aufgefordert hatten. Sie verlangen eine Stellungnahme zu den Ereignissen vom 7. Oktober 1989 und übergeben eine Liste mit Forderungen.

In einem Kirchengebäude wird das Neue Forum **Großenhain** gegründet. 25 Einwohner sind anwesend.

11. Oktober

Das SED-Politbüro bietet "sachlichen Dialog" an: "... uns nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben".

In der Johanneskirche von **Karl-Marx-Stadt** wird eine Veranstaltung mit dem Titel: "Wollt ihr etwa auch weggehen?" durchgeführt. Die Kirche ist völlig überfüllt, und auf Tischen liegen Tapetenrollen aus, auf denen die Anwesenden ihre Gedanken niederschreiben.

In **Markneukirchen** findet die erste Demonstration statt, an der sich mehrere hundert Personen beteiligen. Am Stadtrand stellen sich Kampfgruppenverbände auf. Diese Demonstration bildet den Auftakt der wöchentlichen Demonstrationen im Ort, die bis Ende November am Mittwoch und mit ständig steigender Teilnehmerzahl durchgeführt werden. Am Montag werden außerdem regelmäßig Fürbittgottesdienste durchgeführt. An diesem Abend werden auch noch Bürgervertreter bestimmt, die Gespräche mit dem Bürgermeister durchführen sollen.

Superintendent Küttler aus **Plauen** verhandelt mit dem amtierenden SED-Kreissekretär, und es werden Zeitpunkte für die Übergabe der Gefangenen vereinbart. Darunter sind auch die vier jungen Einwohner, die "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf die Stufen der Johanniskirche geschrieben hatten.

11. Oktober

Im Kirchgemeindesaal von Mühltroff trifft sich wieder der Gesprächskreis, zu dem jedesmal mehr Teilnehmer erscheinen.

Bei einer Ortsgruppenversammlung der LDPD in **Falkenstein**, zu der auch Nichtmitglieder willkommen sind, wird eine Resolution verabschiedet, die sich gegen das Machtmonopol der SED und gegen eine Wahl von Egon Krenz als Staatsratsvorsitzenden richtet.

Die SED-Kreisleitung **Aue** verlangt von der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt mehr Informationsmaterial zu Fragen der Republikflucht und der Gründungsbestrebungen des Neuen Forums, der SDP und anderer oppositioneller Gruppen.

In der Kirche von Arnsdorf findet ein Informationsabend statt, den der hiesige Diakon organisiert hatte.

Staatsvertreter vom Rat der Stadt **Rothenburg**/Oberlausitz, vom Rat des Kreises und des Bezirkes sind zum Richtfest des Neubaus "Altenpflegeheim Franckenhaus" Martinshof eingeladen. An der Kaffeetafel und beim Abendbrot kommt es zu sehr offenen Gesprächen über die wirtschaftliche und politische Lage.

In **Dresden** finden Gebetsstunden der Jugend des Dekanates für die Inhaftierten statt. Dabei werden Gedächtnisprotokolle von Inhaftierten vorgelesen.

12. Oktober

In der Johanneskirche in **Karl-Marx-Stadt** treffen sich etwa 200 Einwohner und diskutieren das Gesprächsangebot des Oberbürgermeisters. Es werden 25 Bürger-Vertreter vorgeschlagen und als wichtigste Forderung die Freilassung der seit dem 7. Oktober 1989 noch Inhaftierten vereinbart.

Die Bürgervertreter aus **Plauen** treffen sich mit dem Oberbürgermeister wie vereinbart im Rathaus und formulieren klar ihre Forderungen. Danach wird in zähem Ringen eine Art Kommuniqué über dieses Gespräch für die Presse verfasst, bei dem es gelingt, den Kern der geäußerten Forderung unterzubringen.

In **Königsbrück** findet nach langem Genehmigungsverfahren das erste Friedensgebet statt. Im Durchschnitt kommen immer etwa 300 bis 700 Personen.

An dem Buswartehäuschen am "Gasthof Freund" in **Ebersbach** (Kreis Großenhain) erscheint ein Plakat mit der Aufschrift: "Neues Forum – Zukunft der DDR", welches bei der Staatssicherheit eine hektische Betriebsamkeit auslöst.

13. Oktober

In **Karl-Marx-Stadt** treffen sich die tags zuvor gewählten Bürger-Vertreter mit dem Bürgermeister und weiteren Vertretern des Rates der Stadt zu einen Gespräch.

13. Oktober

In der Johanneskirche in **Karl-Marx-Stadt** findet die schon lange geplante Podiumsdiskussion unter dem Motto: "Auferstanden aus Ruinen - und wie weiter?" mit etwa 6 000 Personen statt. Am gleichen Abend werden auch zwei Veranstaltungen mit jeweils 5 000 Teilnehmern in der Lutherkirche durchgeführt. Dort werden zum ersten Mal in der Öffentlichkeit politische Ziele des Neuen Forums zusammengefasst vorgetragen. Am Schluß der Veranstaltung wird Geld für die Inhaftierten in Leipzig gesammelt.

In **Olbernhau** kommt es zur ersten Demonstration im Ort, welche das Neuen Forum organisierte und an der sich mehrere hundert Einwohner beteiligen.

In **Klingenthal** findet die erste Demonstration statt.

In einer Wohnung in Freiberg wird die Freiberger Gruppe der Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" gegründet.

In der ev. Kirche von Radeberg kommen etwa 500 Leute zu einer Begegnung zum Aussprechen und Diskutieren zusammen.

Etwa 1 200 Einwohner von Görlitz kommen zum zweiten Friedensgebet in die Frauenkirche.

14. Oktober

In der Kirche von **Coswig** treffen sich etwa 300 Einwohner, um über die am 23. September 1989 eröffnete Ausstellung zu diskutieren. Diese macht auf die enormen Umweltbelastungen der Region aufmerksam.

In **Kottengrün** wird durch zwölf Personen eine Bürgerinitiative mit dem Namen BIKO (Bürgerinitiative Kottengrün) gebildet, die mit der BIKA (Bürgerinitiative im Kreis Auerbach) eng zusammenarbeitet.

In **Plauen** kommt es zur zweiten Demonstration, an der sich wieder mehrere tausend Einwohner beteiligen. Es verläuft alles friedlich und die Polizei behindert nicht den Demonstrationszug.

In **Falkenstein** wird ein Denkmal von Max Hoelz anlässlich seines 100. Geburtstages feierlich eingeweiht. Da viele Bürger nicht für die Aufstellung gewesen sind und die Kirche im Rathaus bereits öffentlich dagegen protestierte, werden Zwischenfälle beziehungsweise eine Gegendemonstration erwartet. Aus diesem Grund wird das Pfarramt an diesem Tag rund um die Uhr von der Staatssicherheit bewacht und mehrere Gemeinschaftswagen der Volkspolizei bereit gestellt. Es kommt aber zu keinerlei Zwischenfällen. Das Denkmal wird am 2. Februar 1990 wieder entfernt.

An diesem und an den nächsten Tagen werden in der Stadt **Großenhain** sowie in allen Gemeinden und Wohnbezirken Einwohnerversammlungen vom Rat des Kreises durchgeführt.

Bis zum 17. März 1990 finden jeden Sonnabend in der kath. Heilig-Geist-Kirche von **Zwenkau** ökumenische Friedensgebete statt. Die Ansprachen halten abwechselnd der ev. Pfarrer oder der kath. Pfarrer oder Gäste.

14. Oktober

In Lengenfeld findet das erste Friedensgebet in der Kirche statt, zu dem etwa 70 Personen erscheinen.

Nach einer Vesper in der kath. Kapelle von Crimmitschau gründen 35 Personen in der Wohnung des Pfarrers das Neue Forum.

In der Kirche in Moritzburg führt der Pfarrer ein "Gebet für unser Land" durch, zu dem 109 Einwohner erscheinen.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag werden in **Ortrand** Flugblätter gegen den Bürgermeister geklebt. Die Helfer der Volkspolizei müssen diese dann abkratzen.

15. Oktober

Auf einer Beratung der Gewerkschaftsvertreter der Berliner Theater wird vorgeschlagen, in allen Bezirksstädten und Berlin am 19. November 1989 eine eigene Demonstration durchzuführen.

Nach dem Gottesdienst in der Christuskirche **Beierfeld** berichtet ein Einwohner des Ortes im Pfarrhaus vor etwa 30 Bürgern von seinen Erlebnissen am 13. Oktober 1989 in Karl-Marx-Stadt bei der Veranstaltung in der Johanneskirche.

In allen ev. Gottesdiensten Sachsens wird eine Kanzelabkündigung des Landesbischofs verlesen. Im Einvernehmen mit dem Landesbischof wird in **Dresden** ein Zusatz verlesen, in dem die Übergriffe und Gewalttätigkeiten durch die Polizei, Kampfgruppen und Staatssicherheit benannt werden und eine unabhängige Untersuchungskommission zur Aufklärung der Ausschreitungen gefordert wird.

Beim Gottesdienst in der Kirche von **Schönberg** wird die Kanzelabkündigung verlesen. Zusätzlich weist die Pfarrerin darauf hin, dass im Pfarrhaus die Texte des Neuen Forums und der Aufruf von DDR-Künstlern zur Einsichtnahme und Unterschrift ausliegen.

Im Kirchensaal von St. Johannis in **Freiberg** findet ein Friedensgebet statt, das diesmal allein von der St. Johannes-Gemeinde organisiert worden ist. Die weiteren Friedensgebete werden von einer übergemeindlichen Arbeitsgruppe organisiert und durchgeführt.

In der Stadtkirche von **Torgau** findet das erste Bürgerforum statt. Von den 450 Teilnehmen finden sich viele, die aktiv mitarbeiten wollen. Ein Kreis von etwa 20 Leuten nimmt die Arbeit auf, um das Torgauer Bürgerforum zu einer regelmäßigen Einrichtung zu machen.

Mitte Oktober

In der Gemeinde **Pulsen** bei Gröditz setzen Bürger die Volksvertretung unter Druck und bezweifeln deren Legitimation.

Ab Mitte Oktober finden in Sayda Einwohnerversammlungen statt.

In **Thum** bildet sich eine Bürgerinitiative. 160 Bürger verrsammeln sich und bringen ihr Misstrauen gegenüber der SED zum Ausdruck.

15. Oktober

Mitte Oktober

In Weinböhla bildet sich eine Bürgerinitiative.

In **Kohren-Sahlis** nimmt ein Runder Tisch die Arbeit auf. An diesem nehmen verschiedene Gruppen teil. Geleitet wird der Runde Tisch von dem Pfarrer, welcher gleichzeitig in der Bürgerinitiative Kohren-Sahlis aktiv ist. Die Treffen finden 1- bis 2-mal monatlich statt.

In **Altmittweida** konstituiert sich ein Runder Tisch, der wöchentlich zusammentrifft. Der SED-Bürgermeister kann daraufhin Entscheidungen nur mit der Zustimmung des Runden Tisches treffen.

In **Röthenbach** bildet sich eine Umweltgruppe aus 30 bis 40 Bürgern des Ortes, die sich speziell um eine Verringerung der enorm hohen Wasserverschmutzung und um die Nitratbelastung des Trinkwassers durch die Schweinezuchtanlage bemühen.

In Markneukirchen findet eine Demonstration mit etwa 2 000 Teilnehmern statt.

Viele Einwohner aus **Belgershain** fahren mit dem Zug nach Leipzig, um an den Montagsdemonstrationen teilzunehmen und den Kontrollen auf den Zufahrtsstraßen zu entgehen. Der LPG-Vorsitzende droht, jeden, der an diesen Tagen nach Leipzig fährt, zu entlassen.

In der Innenstadt von **Meerane** gibt es nach den Friedensgebeten Demonstrationen, die sich bis Jahresende regelmäßig wiederholen.

Im Kreis **Werdau** werden die inoffiziellen Schriften des Neuen Forums vervielfältigt und verteilt. Auch Unterschriftenlisten für eine Zulassung des Neuen Forums kursieren, auf denen sich in relativ kurzer Zeit mehr als 400 Unterschriften finden.

In **Bärenstein** kursiert eine Unterschriftenliste, bei der alle die unterschreiben sollen, die vom Sozialismus genug haben und sich für eine Wiedervereinigung aussprechen.

In **Bärenstein** kursiert eine Unterschriftenliste der Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt", die mit den gesammelten Unterschriften einen Volksentscheid für eine demokratische Willensbildung durchführen möchte.

Im Verlaufe des Monats und Anfang November wird nachts von unbekannten Personen die Losung "Neues Forum" auf den verschiedensten Straßen von **Lunzenau** geschrieben. Anfangs werden diese, wenn möglich, einen Tag später entfernt. Später werden sie stehen gelassen.

Mit einem Demonstrationszug zur ev.-luth. Kirche von **Thalheim** wird das größte in der Stadt durchgeführte Forum eingeleitet, an welchem auch Bürger aus anderen Orten teilnehmen. Etwa 1 000 Teilnehmer versammeln sich.

Nach der friedlichen Demonstration in Leipzig gibt es in **Wilsdruff** Vorbereitungen für das erste Treffen des Neuen Forums. Dazu werden mehrere hundert Einladungen verschickt.

Mitte Oktober

Ein Bürger aus **Werdau** schreibt mehrere Eingaben an das Politbüro unter anderem für eine Fehlerdiskussion, Dialog und Erneuerung und zur Methodik der Volksaussprache.

16. Oktober

Erich Mielke schickt ein Telegramm an die Leiter aller Diensteinheiten, worin er Anweisung gibt, verstärkte Kontrollmaßnahmen durchzuführen, damit es nicht zu weiteren Demonstrationen kommt.

In Karl-Marx-Stadt wird in der ev.-luth. Superintendentur ein Kontaktbüro der Bürgerinitiativen eröffnet.

Im Kirchgemeindesaal in Mühltroff trifft sich der am 8.Oktober 1989 entstandene Gesprächskreis.

Im Dom zu **Wurzen** wird das zweite Friedensgebet durchgeführt. Danach bilden etwa 400 Teilnehmer einen Demonstrationszug durch die Stadt zum Gebäude der SED-Kreisleitung und dem der Staatssicherheit. Der Domplatz und die Domgasse werden abgesperrt und die Teilnehmer observiert.

Erste öffentliche Versammlung in **Bautzen** unter Beteiligung des Neuen Forums in der Maria-Martha-Kirche. Die Anwesenden werden zur Mitarbeit im Neuen Forum aufgefordert.

In Zwickau findet das erste Ökumenische Friedensgebet im Dom St. Marien statt. Für die Montage danach werden weitere vereinbart.

In **Cavertitz** treffen sich mehrere Einwohner nach dem Friedensgebet im Pfarrhaus, um über die gegenwärtige politische Situation zu sprechen. Nach dem ersten Treffen werden diese mit immer steigender Teilnehmerzahl jeweils nach den Friedensgebeten weiter durchgeführt.

Auf Anregung der Initiativgruppe Karl-Marx-Stadt gründen 10 Personen in Schwarzenberg eine Kreisgruppe des Neuen Forums.

Ab dem 16.Oktober 1989 finden in **Glauchau** wöchentliche Fürbittgottesdienste statt. Daran schließen sich gewaltlose Demonstrationen, vorbei an den Gebäuden des Kreisrates, der SED-Kreisleitung und der Polizei an. Es werden Losungen wie "Stasi in die Volkswirtschaft", "Wir sind das Volk", "Keine Gewalt", "Wir bleiben hier" und "Freie Wahlen" gerufen. Der Bürgermeister und vier Ratsmitglieder stellen sich dem Dialog mit dem Pfarrer. Inhalt des Dialoges: Kommunale Fragen, neues Wahlgesetz, Änderung der Medienpolitik, Vergabe von Wohnungen, Reisefreiheit, Leistungsprinzip und Verwaltungsreform.

16. Oktober

In **Dresden** beginnt gegen 17 Uhr das zweite Rathausgespräch zwischen Vertretern der "Gruppe der 20" und dem Oberbürgermeister. Dieser weigert sich, öffentliche Räume oder Plätze zur Unterrichtung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Ein Ergebnis des Gespräches ist die Bildung von zeitweiligen Arbeitsgruppen, in denen Vertreter aus Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung mit Vertretern der Bürgerbewegung sowie interessierten Bürgern an Themen wie Recht und Sicherheit, Medienpolitik, Ziele der Gesellschaft der DDR, Reise- und Ausreiseangelegenheiten, Bildung und Kultur, Stadtentwicklung, Ökonomie und Ökologie sowie Wirtschaft, Handel und Versorgung arbeiten sollen. Vor dem Rathaus haben sich 10 000 Demonstranten versammelt.

In **Reichenbach** kommt es zur ersten spontanen, nicht organisierten Demonstration mit einigen hundert Teilnehmern. Anschließend findet ein Gespräch mit dem Bürgermeister und Mitgliedern des Rates statt.

In **Leipzig** gehen nach dem Friedensgebet in fünf Leipziger Kirchen etwa 150 000 Menschen auf die Straße und bilden eine Demonstration um den Innenstadtring.

Zweiter Fürbittgottesdienst in Döbeln. Fünf aktive Bürger gründen das Neue Forum im Kreis.

In der Stadtkirche in **Delitzsch** findet die erste Montagsandacht statt.

Mit 18 Teilnehmern findet das zweite Friedensgebet in Gelenau statt.

Etwa 20 Bürger aus Gersdorf fahren regelmäßig zu den Montagsdemonstrationen nach Leipzig.

17. Oktober

Die am 11. Oktober gewählte Bürgervertretung aus **Markneukirchen** trifft sich zum ersten Gespräch mit dem Bürgermeister, dem Vorsitzenden des Rates des Kreises und weiteren Funktionsträgern im Rathaus. Es geht um Presse-, Medien-und Demonstrationsfreiheit.

In **Oberlungwitz** wird in der St. Martinskirche das erste Friedensgebet mit etwa 60 Einwohnern durchgeführt. Der Frauenkreis der ev. Kirchgemeinde warb im Vorfeld mit Transparenten für diese Veranstaltung.

In den Räumen der ev. Studentengemeinde am Josephinenplatz in **Karl-Marx-Stadt** konstituiert sich eine örtliche Initiativgruppe der SDP.

Die "Gruppe der 20" informiert über das zweite Rathausgespräch in fünf Kirchen von **Dresden**. Die Veranstaltung in der Kreuzkirche wird nach außen übertragen. Dem Rathaus war mitgeteilt worden, falls die Kabel wieder zerschnitten werden, würde dies öffentlich mitgeteilt.

Das Neue Forum **Großenhain** berät mit 43 Personen im Pfarramt.

In Königsbrück findet das zweite Friedensgebet statt.

17. Oktober

Auf dem Marktplatz von **Löbau** findet eine Demonstration statt, an der sich etwa 10 000 Einwohner beteiligen. Das Neue Forum Löbau, welches sich kurze Zeit vorher gebildet hatte, rief dazu auf.

In der Stadtkirche von **Rothenburg**/Oberlausitz findet das erste Friedensgebet statt. Bis zum 12. März 1990 werden die Friedensgebete jeweils montags durchgeführt.

18. Oktober

Erich Honecker bittet bei der 9. Tagung des ZK der SED, ihn aus "gesundheitlichen Gründen" von allen Funktionen zu entbinden. Günter Mittag und Joachim Herrmann werden von ihren Funktionen als Mitglieder des Politbüros sowie Sekretäre des ZK der SED entbunden. Egon Krenz wird von den Abgeordneten an die Stelle von Egon Honecker gewählt.

Im Kirchgemeindesaal von **Mühltroff** trifft sich der Gesprächskreis zu seiner vierten Sitzung. Ergebnis dieser Zusammenkunft ist die Vorbereitung eines Friedensgebetes, welches am 23. Oktober 1989 stattfinden soll.

In der Stadtkirche von Limbach-Oberfrohna findet ein erstes, von der Jungen Gemeinde organisiertes Friedensgebet statt.

Bei der Sitzung des Rates der Gemeinde **Langensteinbach** kommt es zu einer kurzen Stellungnahme zu den politischen Ereignissen, weil die Ratsmitglieder auf Eile drängen, um die angekündigte Rede von Egon Krenz nicht zu versäumen.

Während der Sitzung des Sekretariates der Nationalen Front des Kreises **Reichenbach** äußern sich die Blockparteien kritisch über die Situation in der DDR.

Beim Gespräch der Pfarrerschaft des Kirchenbezirkes Freiberg mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises **Freiberg** im Rathaus wird ein Forderungskatalog der Pfarrerschaft vorgestellt, der unter anderem die Forderung nach Überprüfung der Wahlergebnisse enthält.

19. Oktober

In der Lutherkirche von **Meißen** erscheinen etwa 500 Bürger, die sich in der Mehrheit schriftlich zur Bildung einer Regionalgruppe des Neuen Forum bekennen. Nur 70 haben eine Einladung für diese Veranstaltung erhalten. Außerdem wird ein Dialog mit dem Bürgermeister gefordert und eine Demonstration am 24. Oktober 1989 auf dem Marktplatz beschlossen.

Das Neue Forum stellt sich erstmalig in drei Kirchen von **Zittau** mit einem Problemkatalog vor. Es sind insgesamt etwa 13 000 Teilnehmer anwesend.

Eine Einladung zur öffentlichen Wahlkreisberatung in **Wurzen** wird von der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Auch zur "Manifestation der Intelligenz" in der Aula der Berufsschule erscheinen kaum Interessierte.

In **Plauen** wird in der Johanniskirche eine Friedensandacht durchgeführt, an der sich so viele Einwohner beteiligen, dass viele nur noch auf dem Platz vor der Kirche Platz finden. Die Andacht wird mit Lautsprechern nach draußen übertragen.

19. Oktober

Über 100 Jugendliche aus **Karl-Marx-Stadt** folgen der Einladung der FDJ-Stadtleitung zu einem Jugendforum und diskutieren mit Sekretären der SED-Stadtleitung, dem stellvertretenden Oberbürgermeister und dem Vorsitzenden des FDGB-Stadtvorstandes über die Ereignisse vom 4. und 7. Oktober 1989. Sie übergeben eine Protestnote gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte und die Behinderung des Neuen Forums.

Auf Initiative des Bürgermeisters findet in **Eppendorf** ein öffentliches Bürgerforum statt. Unter anderem waren auch SED-Funktionäre des Kreises anwesend. Es wird vor allem über die Themen Privilegien und Freiheitsberaubung diskutiert.

In Lengenfeld findet eine Stadtverordnetenversammlung statt. Der Rücktritt der Stadtbaudirektorin wird gefordert.

Die "Gruppe der 20" in **Dresden** bittet die Bürger um eine Spende von einer Mark, um damit ihr politisches Mandat zu legitimieren. 100 000 Menschen "wählen" so die "Gruppe der 20".

Bei einer Aussprache mit Abgeordneten In **Wermsdorf** wird unter anderem gesagt, dass vorbereitete Beiträge in Diskussionsrunden nicht mehr zeitgemäß sind.

20. Oktober

Die sowjetische Zeitschrift "Sputnik" wird wieder freigegeben.

Der Jugendklub "Exlibris" in **Karl-Marx-Stadt** führt eine Diskussionsveranstaltung mit dem Sekretär der SED-Stadtleitung durch. Im Jugendklub "Panorama" wird über das Thema "Nachdenken über Umweltsch(m)utz" mit der Interessengemeinschaft Zeisigwald und kirchlichen Gruppen gesprochen.

Vor der ev.-luth. Kirche in **Klingenthal** endet der Demonstrationszug, der durch die Innenstadt gezogen war. Bei der anschließenden Zusammenkunft in der Kirche melden sich viele Bürger zu Wort.

In **Olbernhau** findet die zweite Demonstration statt. Dabei werden brennende Kerzen am Rathaus abgestellt. Diese Demonstration bildet den Anfang der nun wöchentlich stattfindenden Proteste, die vom Neuen Forum organisiert werden.

In **Oederan** bildet sich ganz spontan eine Protestdemonstration mit etwa 1 500 Beteiligten. Diese versammeln sich nach einem Marsch durch die Innenstadt auf dem Marktplatz, wo sich eine Kundgebung mit Abgeordneten des Rates des Kreises entwickelt.

Das Kollektiv der Hauptabteilung TVE im VEB Bergmann-Borsig, Betriebsteil **Rabebeul**, schreibt einen Brief an seinen zuständigen Volkskammerabgeordneten. Darin verlangen sie eine Trennung der Ämter von Egon Krenz als SED-Generalssekretär und Staatsratsvorsitzenden sowie Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates. Desweiteren verlangen sie einen offenen und ehrlichen und keinen "offensiven" Dialog, wie ihn Egon Krenz vorschlägt und ein bekennendes Wort zu den Ereignissen vom 5. bis 8. Oktober 1989 und zu den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 von ihm.

20. Oktober

Die Bürgerinitiative in Bischofswerda organisiert den ersten Dialog im Kirchgemeindehaus. Im Anschluss daran bildet sich die erste Demonstration in Bischofswerda.

Der Kirchenvorstand der Friedenskirche Radebeul veröffentlicht eine "Meinungsäußerung zur Erklärung des Politbüros des ZK der SED vom 11. 10. 89", in der er zu mehr Miteinander und Vertrauen in der Gesellschaft aufruft und vom Politbüro endlich klare und wahre Aussagen zur Situation in der DDR verlangt. Die grundlegenden Fragen zur weiteren Entwicklung des Landes sollen gemeinsam beraten werden. Diese Erklärung wird auch dem Bürgermeister als Einstieg für das Gespräch am 25. Oktober 1989 übergeben.

Über 8 000 Personen demonstrieren seit dem 7. Oktober 1989 wieder in Karl-Marx-Stadt und stellen brennende Kerzen vor dem Karl-Marx-Denkmal ab. Es ist die erste Freitagsdemonstration, die ab diesem Abend wöchentlich durchgeführt wird. Nach kurzer Zeit wird sie auf den Montag verlegt, so wie in den anderen Großstädten in Sachsen.

Das dritte Friedensgebet in Görlitz wird von 1 300 Personen besucht. Weil der Zulauf so groß ist, findet ein weiteres in der Dreifaltigkeitskirche mit noch einmal 1 300 Teilnehmern statt.

Ein Pfarrer der Friedenskirche Kötzschenbroda in Radebeul nimmt das Gesprächsangebot des Bürgermeisters nicht an. Er erkennt zwar die Notwendigkeit öffentlicher Diskussionen, befürchtet aber einen nur geringen Erfolg, weil die alten Funktionäre jegliche Glaubwürdigkeit verloren haben und mit diesen keine objektiven Gespräche geführt werden können. Erst wenn es gelinge, den Gesprächsstil grundlegend zu verändern, haben diese "traditionellen Rathausgespräche" einen Sinn.

In der Christuskirche in **Beierfeld** wird ein Fürbittgottesdienst abgehalten, der von ein paar Mitgliedern der Kirchgemeinde auch gegen massiven Protest organisiert wurde. In der vollen Kirche spricht der Superintendent aus Aue. Nachdem über die Programme verschiedener oppositioneller Gruppen informiert wurde, kommt es zu einer sachlichen Diskussion. Die Staatssicherheit lässt diese Veranstaltung überwachen.

In Plauen wird die dritte Samstagsdemonstration durchgeführt, bei der viele Transparente mitgeführt werden. Diese endet mit einer Kundgebung vor dem Rathaus, bei der auch der Bürgermeister spricht. Seine Rede geht aber in lauten Protestrufen und Pfiffen unter.

Bürger aus Meerane schreiben einen offenen Brief an den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und fordern diesen auf, "Korrekturkräfte" zuzulassen, damit sich neue Plattformen bilden können.

Die Stadträte aus **Delitzsch** laden die Einwohner zu politischen Gesprächen in das Rathaus ein. Diese sollen sich aber an die Sprechzeiten halten.

In der Kirche von Coswig trifft sich das Neue Forum. Es sind etwa 450 Personen anwesend.

21. Oktober

21. Oktober

Im Lutherkeller von **Zwickau** wird das siebente "Nachtgebet – konkret" durchgeführt. Das Thema lautet: "Aufbruch jetzt! – aber wie?"

In Bad Brambach findet ein Forum mit zirka 200 Teilnehmern statt, bei dem auch Angehörige der Grenztruppen der Dienststelle Pirna sowie ein hochrangiger Offizier anwesend sind. Hauptsächlich werden Fragen zu den Übergriffen am 5. Oktober am Bahnhof gestellt.

Zum zweiten Friedensgebet in der Kirche von Lengenfeld treffen sich etwa 120 Personen. Nach dem Gottesdienst werden auf den Kirchentreppen zahlreiche Kerzen aufgestellt.

Nach dem Friedensgebet in **Zwenkau** stellt sich das Neue Forum vor. Die in der Stadt aushängenden handgeschriebenen Plakate dazu hat laut Augenzeugen die Volkspolizei abgerissen. Noch im Oktober wird in Räumen der kath. Gemeinde das Neue Forum gegründet.

Im Piusheim in Crimmitschau findet die erste größere Veranstaltung mit mehr als 500 Teilnehmern statt. Als Diskussionspartner sind mehrere Personen der kath. und der ev. Kirche sowie aktive Bürger aus dem Ort anwesend. Eine später enttarnte Mitarbeiterin der Staatssicherheit gibt sich als Gründungsmitglied des Neuen Forums Crimmitschau aus.

Im Gottesdienst in der Lutherkirche in Meißen informiert der Pfarrer über die Ergebnisse der Veranstaltung vom 19. Oktober in der Kirche. Außerdem informiert er den Bürgermeister über die geplante Demonstration und meldet sie auch beim VPKA an.

In Hohenstein-Ernstthal findet die dritte Fürbittandacht statt. Es kommt zur Gründung der Bürgerinitiative Hohenstein-Ernstthal.

In der Petrikirche von Freiberg findet die zweite Friedensandacht statt und anschließend ein Schweigemarsch zum Obermarkt. Dort wird bei einer Kundgebung der Forderungskatalog der Pfarrgemeinschaft öffentlich vorgestellt. Auch sollen die Friedensandachten nun regelmäßig an den Sonntagen durchgeführt werden.

An der ersten öffentlichen Diskussion zwischen Funktionären der SED, Theologen und Bürgern in Leipzig nehmen etwa 600 Menschen teil. Bis zum 12. November 1989 finden diese Gespräche immer Sonntags im Foyer des Gewandhauses statt.

In **Torgau** findet ein Bürgerforum statt. Viele Menschen schreiben sich in die Unterschriftenlisten für die neuen Parteien und Gruppierungen und für freie Wahlen ein.

23. Oktober

Mit einer Kundgebung wendet sich die ev.-luth. Landessynode Sachsens an alle Gemeinden, um auf die gesellschaftliche Situation aufmerksam zu machen und daraus die nach christlichem Verständnis notwendigen Folgerungen und Veränderungen abzuleiten.

Die Unterzeichner des Genehmigungsantrages für die Demonstration in Meißen werden in das Volkpolizei-Kreisamt bestellt. Ihnen wird unmissverständlich klar gemacht, dass das eine illegale Aktion sei, und dass sie als Veranstalter alle Folgen persönlich zu verantworten haben.

22. Oktober

23. Oktober

Die Lutherkirche in **Meißen** ist Treffpunkt und Beratungsort der Initiativgruppe des Neuen Forums.

Die Mitglieder der SED-Kreisleitung **Wurzen** gehen in Betriebe und Einrichtungen, um den Unmut der Bevölkerung zu mildern. Bei den Gesprächen wird harte Kritik an der SED und deren Funktionsträgern geübt.

Das zweite Ökumenische Friedensgebet in **Zwickau** findet in der Lutherkirche mit etwa 1 500 Teilnehmern statt. Die anschließende Demonstration verläuft friedlich. Auf dem Marktplatz wird eine Kundgebung durchgeführt.

In **Aue** findet die erste Montagsdemonstration statt, an der sich 1 500 Bürger beteiligen. Von der St. Nicolai-Kirche ziehen die Demonstranten zum Rathaus, wo es zu einem ersten Gespräch mit dem Bürgermeister sowie mehreren Stadträten kommt.

Da der Kirchgemeindesaal in **Mühltroff** die ständig steigende Teilnehmerzahl des Gesprächskreises nicht mehr aufnehmen kann, entscheidet der Pfarrer, das nächste Treffen in der Kirche durchzuführen. Der Bürgermeister verbietet dieses Friedensgebet mit der Annahme, dass daraus eine Demonstration entstehen könne, die aber von niemanden direkt geplant ist. Die Kirche ist am Abend mit über 450 Einwohnern voll besetzt, und nach der Veranstaltung bildet sich ein Demonstrationszug, der sich zum Rathaus bewegt. Dieses ist nicht mehr besetzt, und so werden brennende Kerzen davor abgestellt.

Die Mitarbeiter der Städtischen Theater **Karl-Marx-Stadt** und des Puppentheaters erstellen einen Forderungskatalog, der etwas später in der "Freien Presse" veröffentlicht wird.

In der Johanniskirche in **Karl-Marx-Stadt** wird vor etwa 300 Bürgern der Forderungskatalog der Bürgerinitiativen vorgestellt und prinzipiell bestätigt, der am nächstem Tag dem Oberbürgermeister übergeben werden soll. Bei den Bürgervertretern für die Rathausgespräche kommt es später zu personellen Veränderungen.

Im "Bachhaus" **Moritzburg** unterschreiben bei einer Informationsveranstaltung an diesem Tag sowie zwei Tage später insgesamt 44 Einwohner die Gründungsunterlagen der Bürgerinitiative Neues Forum Moritzburg.

In der Stadtkirche von **Colditz** wird ein Friedensgottesdienst mit rund 500 Einwohnern durchgeführt, bei dem auch der Bürgermeister anwesend ist. Im Anschluss daran formiert sich ein Schweigemarsch, dessen Teilnehmer am Rathaus brennende Kerzen abstellen und fordern: "Wir wollen unseren Bürgermeister sehen!". Dieser erklärt vor der Menge, dass er die in der Kirche aufgeworfenen Fragen verstehe und im Rat der Stadt nach einer Lösung suchen werde.

In **Bautzen** wird die Aussprache vom 16. Oktober 1989 in der Maria-Martha-Kirche fortgesetzt. Es erscheinen auch der Bürgermeister und der Leiter der Staatssicherheits-Kreisdienststelle.

Bei der Stadtverordnetenversammlung in Treuen werden Vorschläge für eine effektivere Arbeit unterbreitet.

23. Oktober

Bei der 11. Ratssitzung in **Döbeln** werden Mängel im Bereich der Versorgung offiziell angesprochen. In der Nicolaikirche findet der dritte Fürbittgottesdienst und ein Gespräch mit dem Neuen Forum statt.

Offener Brief des Neuen Forum Döbeln an den Vorsitzenden des Staatsrates Egon Krenz.

In **Gelenau** findet ein Friedensgebet mit 40 Teilnehmern statt.

In **Glauchau** findet der zweite Fürbittgottesdienst sowie eine anschließende Demonstration mit etwa 2 000 Teilnehmern statt. Auf dem Marktplatz stellt sich der Bürgermeister mit einigen Ratsmitgliedern dem Dialog mit dem Pfarrer.

In der Klosterkirche von Kamenz findet das erste Friedensgebet mit etwa 500 Personen statt.

Auf dem Theaterplatz in **Dresden** findet eine Demonstration mit etwa 50 000 Teilnehmern statt.

In Leipzig demonstrieren etwa 250 000 Menschen. Das Neue Forum gibt den Ort seines Büros bekannt.

24. Oktober

Die Volkskammer wählt Egon Krenz zum Vorsitzenden des Staatsratsund des Nationalen Verteidigungsrates. Erstmal gibt es bei einer Wahl Gegenstimmen (26 – sowie 26 Enthaltungen). Viele Ost-Berliner demonstrieren gegen diese Wahl und fordern mehr Demokratie.

In **Mühltroff** bildet sich nach dem ersten Friedensgebet mit anschließender Demonstration der Christliche Aktionskreis (CAK), der die Verantwortung dieser Aktionen übernimmt und sich gleichzeitig als Verantwortlicher für die Organisation weiterer Friedensgebete und Kundgebungen präsentiert. Diese werden in den kommenden Monaten jeweils am Montag durchgeführt.

In **Meißen** wird die erste Demonstration auf dem Marktplatz durchgeführt, an der sich etwa 8 000 Bürger beteiligen. In umliegenden Gebäuden ist Bereitschaftspolizei positioniert, die aber nicht eingreift. Bei der Kundgebung sprechen jemand vom Neuen Forum, ein Pfarrer und Vertreter der Sozialdemokratie. Vor allem wird die Zulassung des Neuen Forums gefordert. Im Anschluss an diese Demonstration empfängt der Bürgermeister 20 Bürger im Ratssitzungssaal zu einer Aussprache.

Im Wutra-Werk in Wurzen diskutieren Betriebsangehörige mit dem 1. und 2. Sekretär an einem Runden Tisch.

In der Kreuzkirche von **Dresden** bilden sich Arbeitsgruppen der "Gruppe der 20".

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung in **Auerbach** empfängt 30 Ärzte zu einem Dialog, nachdem diese in einem öffentlichen Brief darum gebeten haben. Es kommt zu einer sehr lebhaften Diskussion. Der Brief war nach den Gesprächen vom 4. Oktober 1989 in Rebesgrün entstanden und sofort von 49 Ärzten unterschrieben worden.

24. Oktober

Das Kontaktbüro der Bürgerinitiativen in **Karl-Marx-Stadt** vervielfältigt und verteilt das (u. a. gegen das Neue Forum polemisierende) Schreiben der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED (Partei-Information Nr. 261) an die SED-Kreisleitungen.

Kontaktpersonen des Neuen Forums treffen sich im Lutherhaus von Zittau.

In **Zwickau** verteilen Vertreter des Neuen Forums in der Nacht Flugblätter, in denen die Anmeldung des Kreisverbandes des Neuen Forums am Folgetag im Rathaus angekündigt wird.

Bei einer Beratung des Neuen Forums im Pfarramt in Großenhain sind 75 Teilnehmer anwesend.

Das Panzerregiment Nr. 16 "Leo Jogiches" in Großenhain wird offiziell aufgelöst.

In Königsbrück findet das dritte Friedensgebet statt.

In der kath. Pfarrgemeinde von **Schirgiswalde** findet das erste Bürgerforum statt. Beschlossen wird, dem Volkskammerpräsidenten einen Brief zu schreiben, in dem Forderungen nach Reformation des politischen Systems formuliert werden, darunter Abschaffung der führenden Rolle der SED, freie und geheime Wahlen, radikale Veränderung des Bildungssystems und Schaffung eines Zivildienstes.

Mitarbeiter der Abteilung Wareneingang des Messgerätewerkes **Zwönitz** bereiten die erste Demonstration vor. In anonymen Anrufen werden Bereiche des Betriebes und Fremdgebiete verständigt. 60 Personen demonstrieren durch die Stadt zur Kirche nach Niederzwönitz. Der Bürgermeister verspricht die Bereitschaft zum Dialog für den 28. Oktober 1989 mit einem Bürgerforum.

25. Oktober

In der Lutherkirche von **Meißen** konstituiert sich eine Initiativgruppe des Neuen Forums. Diese bringt eine eigene Informationsschrift mit dem Titel "hier" heraus. Die Hefte erscheinen vom 12. November 1989 bis zum 17. April 1990 elf Mal.

Ein Vertreter des Neuen Forums aus **Zwickau** verliest auf dem Rathausbalkon den Gründungsaufruf des Neuen Forums vom 10. September 1989 . Die SED organisiert deshalb schnell eine Gegendemonstration zur Unterstützung von Egon Krenz.

Im Saal des Kreiskulturhauses "Ernst Thälmann" in **Aue** findet eine fast dreistündige öffentliche Einwohnerversammlung mit über 800 Teilnehmern zu Themen wie der Umweltsituation und der Wohnungsproblematik statt, zu der der Bürgermeister eingeladen hatte.

Das Leitungskollektiv der "Stadtwirtschaft **Radebeul**" führt eine Diskussion im Betrieb durch und übergibt die Gesprächsprotokolle, die eher als Forderungskatalog formuliert sind, dem Bürgermeister.

In der Kirche in Moritzburg findet ein "Gebet für unser Land" statt, an dem sich etwa 300 Einwohner beteiligen.

25. Oktober

Die röm.-kath. Gemeinde in **Olbernhau** beginnt mit Ökumenischen Fürbittgottesdiensten, die wöchentlich am Mittwoch durchgeführt werden.

Zahlreiche Mitglieder der SED-Bezirksleitung sprechen auf Foren mit Werktätigen und Arbeitskollektiven im gesamten Bezirk **Karl-Marx-Stadt**.

Im Jacobi-Saal der Innenstadtgemeinde von Karl-Marx-Stadt gründen 41 Einwohner die Arbeitsgruppe Ökologie.

In der Kirche von **Bad Elster** wird ein Forum mit dem Pfarrer, dem Bürgermeister und etwa 800 Einwohnern durchgeführt. Es werden verschiedene Probleme diskutiert und besonders heftige Kritik zum ZK-Sanatorium "Haus am See" geäußert. Im Anschluss an das Forum bilden die Teilnehmer ein Demonstrationszug und gehen mit brennenden Kerzen zum "Haus am See".

In Oberlungwitz wird das zweite Friedensgebet in der St. Martinskirche durchgeführt. Dieses Mal nehmen 150 Einwohner teil.

Vorstellung des Neuen Forums in der Nikolaikirche von Eilenburg durch die beiden Sprecher. Es nehmen etwa 800 Menschen teil.

Im Rathaus von **Radeberg** findet die erste große Protestveranstaltung statt, an der sich über 300 Einwohner beteiligen. Neben dem Bürgermeister sind die Parteivorsitzenden und ein Volkskammerabgeordneter anwesend. Diese Veranstaltung ist der Beginn regelmäßiger Zusammenkünfte, die in kurzen Abständen im Zentrum für Forschung und Technik im Kombinat Robotron durchgeführt werden.

Im Rathaushof von Limbach-Oberfrohna findet die erste Kundgebung und Demonstration mit etwa 350 Teilnehmern statt.

Das erste Treffen der Kontaktpersonen des Neuen Forums aus **Jonsdorf** und **Oybin** findet statt.

Am Gespräch des Kirchenvorstandes in **Königsbrück** beteiligen sich 60 interessierte Bürger. Das Gespräch scheitert als Kommunikationsversuch zwischen dem Neuen Forum, dem Rat der Stadt und der SED-Ortsleitung.

Superintendent Küttler fordert beim Rat des Kreises **Reichenbach** die Rücknahme von Unrechtsmaßnahmen gegen Demonstranten. Am Abend findet in der Peter-Paul-Kirche von Reichenbach ein ökumenischer Friedens-Fürbittgottesdienst statt. Anschließend formieren sich die Menschen zu einem Demonstrationszug durch die Stadt. Vor den Gebäuden des Volkspolizeikreisamtes und der Kreisleitung werden brennende Kerzen abgestellt. Anhänger des Neuen Forums stellen sich vor die öffentlichen Gebäude und rufen zur Ruhe und Besonnenheit auf. Die Friedensgottesdienste werden bis Weihnachten neun Mal durchgeführt.

25. Oktober

In **Lichtenstein** findet ein Treffen der Pfarrer der ev.-luth. Kirchgemeinde, einiger Kirchenvorsteher und Vertretern der Landeskirchlichen Gemeinschaft mit dem Bürgermeister und Vertretern von SED, NDPD, CDU und LDPD statt. Gesprächsthema sind aktuelle Probleme wie Wahlbetrug, Wahrheitsanspruch und Macht der SED, Flucht von DDR-Bürgern, Umwelt, Pressefreiheit, Bevormundung, Benachteiligung von Andersdenkenden, Einführung eines sozialen Friedensdienstes. Forderung des Treffens ist die Änderung der Situation.

In der Petrikirche und der Alten Mensa von **Freiberg** finden die ersten Dialogveranstaltungen statt, bei denen es überwiegend zu einer verbalen Abrechnung mit den Vertretern von Stadt und Kreis kommt.

26. Oktober

Ein Sekretär der SED-Bezirksleitung führt einen Dialog mit Mitarbeitern des Kreiskrankenhauses **Wurzen**. Er unterbreitet das Angebot, über eine Opposition auf dem Boden der sozialistischen Verfassung nachzudenken.

In **Oberlichtenau** findet eine außerplanmäßige Gemeindevertretersitzung statt, an der sehr viele Einwohner teilnehmen. Besonders heftig wird die Frage des Naherholungsgebietes "Keulenberg" diskutiert, welches von der Staatssicherheit benutzt wird.

Im Lutherhaus treffen sich alle die Einwohner aus **Plauen**, die sich am 7. Oktober 1989 für das Gespräch mit dem Oberbürgermeister gemeldet hatten. Eine Bürgerinitiative soll sich bilden, um die Aktivitäten im Ort zu leiten. Diese nennt sich nach Dresdner Vorbild "Gruppe der 20". Es wird ein Neun-Punkte-Plan erarbeitet.

Die Bürgerinitiative aus Weinböhla führt ein Bürgerforum in der Kirche durch.

Im Audimax der LPG-Hochschule in **Meißen** wird ein Bürgerforum durchgeführt, zu dem der Bürgermeister eingeladen hat. Im Podium sitzen noch weitere Funktionsträger sowie auch Vertreter des Neuen Forums.

Eine Bürgerin aus **Olbernhau** schreibt einen Brief an die Freie Presse, der am 2. November 1989 erscheint. Dieser bildet die Grundlage der Diskussionsanfänge in einem großen Betrieb des Ortes.

In Pirna wird ein Gesprächsabend mit Vertretern des Rates der Stadt durchgeführt, an dem sich viele Einwohner beteiligen.

Im Gasthof von **Niederau** wird ein Bürgerforum mit über 100 Teilnehmern durchgeführt. Es werden sehr viele Probleme des Ortes angesprochen.

Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes **Karl-Marx-Stadt** empfängt 20 Vertreter aus oppositionellen Gruppen und fordert diese auf, Gewalttätigkeiten, die sich aus Demonstrationen heraus ergeben können, zu verhindern. Die 20 Bürgervertreter empfinden dies als Drohung und bekräftigen die Tatsache, dass weiterhin Demonstrationen stattfinden werden und dass von den Teilnehmern keine Gewalt ausgehen werde.

26. Oktober

In **Delitzsch** findet ein Rathausgespräch statt, welches danach regelmäßig durchgeführt wird. Eine große Resonanz bei den Einwohnern findet es aber nicht, weil die anwesenden Funktionsträger aufgrund fehlender Bereitschaft zur Veränderung jegliche Glaubwürdigkeit verloren haben.

Die Ärzte des Kreiskrankenhauses sowie der Poliklinik aus **Oschatz** treffen sich mit leitenden Funktionären des Kreises, um über die katastrophale Lage im Gesundheitswesen zu sprechen.

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, der Kreisarzt sowie weitere SED-Funktionsträger aus dem Kreis **Auerbach** empfangen 30 Ärzte zu einem zweiten offenem Dialog, bei dem es zu einer sehr lebhaften Diskussion kommt.

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung sowie der 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung **Hainichen** sprechen mit der Belegschaft des VEB Einlagegewebe und des VEB Plüschweberei über Versorgungsprobleme. Die Anwesenden fordern eine Aufklärung über die Ereignisse vom 7. Oktober 1989.

Ein Bischof der ev. Kirche Berlin-Brandenburg spricht in der Lutherkirche in **Karl-Marx-Stadt** über: "Das politische Mandat der Kirche". Etwa 4 000 Bürger sind anwesend.

In der Petrikirche in Freiberg findet das erste Treffen der Basisgruppe "Konkret" statt.

Im Pfarramt **Technitz** findet das erste Treffen des Neuen Forums im Kreis Döbeln mit etwa 200 Teilnehmern statt. Das Neue Forum wird offiziell gegründet und die erste Arbeitserklärung verabschiedet.

In der Oybiner Bergkirche trifft sich erstmals das Neue Forum **Jonsdorf/Oybin**.

Der "Gruppe der 20" wird während der Außerordentlichen Tagung der Stadtverordneten in **Dresden** Gast- und Rederecht eingeräumt. Superintendent Ziemer übergibt dem Oberbürgermeister drei Mappen mit 168 Erlebnisberichten, von denen 160 mit Namen und Adresse unterschrieben sind. Er warnt davor, dass den Berichtschreibern Schwierigkeiten entstehen. Der Dresdner CDU-Stadtverband gibt seinen Austritt aus dem Parteienblock der Nationalen Front bekannt. Am Abend findet eine Demonstration mit etwa 100 000 Teilnehmern statt.

In **Riesa** beginnt eine neue Gesprächsreihe unter dem Namen "Dialog im Klub". Eingeladen sind Vertreter der FDJ-Bezirksleitung, der SED-Kreisleitung, der FDJ-Kreisleitung und junge Redakteure der SZ.

In **Flöha** wird der erste ökumenische Gesprächsabend mit dem Thema: "Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartungen" durchgeführt.

26. Oktober

Die offizielle Gründungsveranstaltung des Neuen Forums findet im Wichernhaus in **Görlitz** statt. Stasiakten geben 700 versammelte Personen an. Jeden Donnerstag stellen Görlitzer als Zeichen der Solidarität mit dem Neuen Forum abends eine brennende Kerze ins Fenster.

In **Großenhain** findet eine vierstündige Bürgerversammlung mit dem Bürgermeister und weiteren Ratsmitgliedern im überfüllten Rathaussaal statt. Der Bürgermeister (NDPD) lässt den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung zu seiner Unterstützung holen. Zur selben Zeit findet in der Marienkirche in Großenhain ein Konzert der Gruppe "Solaris" und ein Programm mit dem Titel: "Eine Antwort auf aktuelle Fragen" statt, welches von der kirchlichen Friedensgruppe organisiert wurde. Nach dieser Veranstaltung bildet sich spontan die erste Demonstration in Großenhain, an der sich etwa 600 Einwohner beteiligen. Losungen der Demonstranten sind unter anderem: "Schließt euch an, wir brauchen jeden Mann", "Visafrei bis nach Shanghai" und "Wir sind das Volk". Nach der Demonstration werden am Rathaus brennende Kerzen abgestellt. Aus dieser Demonstration entstehen die regelmäßig durchgeführten Donnerstagsdemonstrationen.

In **Walda** (Kreis Großenhain) findet ein Bürgerforum mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises und etwa 100 Teilnehmern statt. An die Volkskammer und das Ministerium für Nationale Verteidigung werden Briefe zum Fluglärm geschickt. Walda liegt in der Einflugschneise des sowjetischen Flugplatzes Großenhain.

In **Burgstädt** gründet sich das Neue Forum.

Die Verantwortlichen der Stadt und des Kreises **Sebnitz** laden die Einwohner zu einer Aussprache in den Saal von "Stadt Dresden" ein. Es kommt zu einer Auseinandersetzung über die politische Lage in der DDR. Das Neue Forum stellt sich zum ersten Mal in Sebnitz vor. Von ihm verfasste und heimlich verbreitete Schriftstücke kursieren schon seit Wochen in der Bevölkerung. Anschließend wartet die Junge Gemeinde mit brennenden Kerzen auf dem Marktplatz. Mit über 150 Versammlungsteilnehmern führen sie die erste spontane Demonstration in Sebnitz durch.

Aus Anlass der Situation in der DDR wird in Kamenz eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt.

Angeregt durch eine Demonstration in Meißen findet in **Lommatzsch** erstmals ein Bürgerforum statt. Die Bürger werden dazu durch Aufrufe in den Schaukästen des Pfarramtes und durch die Ansprache des Pfarrers eingeladen. Der Einladung folgen etwa 500–600 Menschen. In der nächsten Woche soll das Forum wiederholt werden. Eine Demonstration schließt sich an.

26. Oktober

Im Rathaus von **Radebeul** findet ein Dialoggespräch statt, an dem sich etwa 350 Einwohner beteiligen. Der Termin wird nur in der "Sächsischen Zeitung" kurz vorher bekannt gegeben, so dass dieser Termin nicht so sehr bekannt ist. Außerdem wird nicht der Rathaussaal, sondern der Ratssitzungssaal benutzt, der nur etwa 80 Personen fasst. Die restlichen Interessierten verfolgen das etwa dreistündige Gespäch von der Treppe aus. Im Präsidium sitzen unter anderem der Kreisbaudirektor, der Sekretär der SED-Ortsleitung und der Bürgermeister von Radebeul. Die Aussprache wird überwiegend sachlich geführt, und neben zahlreichen kommunalen Problemen werden auch eine neue Medienpolitik, ein neues Reise- und Wahlgesetz, ein Wohnraumkatalog sowie die Zulassung aller Bürgerinitiativen und wirkliche Demokratie gefordert. Außerdem wird der sehr späte Beginn einer solchen Veranstaltungen und vor allem die Räumlichkeit kritisiert.

In der Stadtverordnetenversammlung von Wilsdruff im Speisesaal des VEB Küchenmöbel werden aktuelle Probleme diskutiert.

27. Oktober

Der Staatsrat erlässt eine Amnestie für inhaftierte Demonstranten und verurteilte "Republikflüchtlinge".

In **Auerbach** findet die erste Demonstration mit mehreren tausend Bürgern aus dem Kreis statt. Die Initiatoren hatten tags zuvor handgeschriebene Zettel angebracht und für mündliche Verbreitung der Information gesorgt. Plakate mit der Aufschrift: "Wir sind ein Volk" und viele brennende Kerzen werden mitgeführt. Die Volkspolizei verhindert ein Vorbeimarschieren am Gebäude der SED-Kreisleitung. Auf dem Platz vor dem Institut für Lehrerbildung "Wilhelm Pieck" kommt es zu einer Kundgebung, auf der auch SED-Funktionsträger sprechen.

In Werdau findet eine Protestkundgebung mit etwa 500 Teilnehmern statt.

Im Plenarsaal des Rathauses von **Plauen** wird ein Bürgerforum durchgeführt, an dem sich sehr viele Einwohner beteiligen. Zum Teil wird sehr emotional diskutiert.

In **Karl-Marx-Stadt** findet das zweite Rathausgespräch mit dem Oberbürgermeister, weiteren Vertretern des Rates der Stadt und den 25 Bürgervertretern statt. Diese fordern wiederholt die Zulassung des Neuen Forums und übergeben dem Oberbürgermeister einen Themenkatalog für Sachgespräche zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern.

In **Moritzburg** soll eine Einwohnerveranstaltung im Schulspeisesaal durchgeführt werden. Sie erfolgt in Absprache mit dem Rat der Gemeinde, dem Pfarrer und der SED-Ortsleitung. Da aufgrund des großen Interesses schnell klar wird, dass der Speisesaal zu klein ist, bietet der Pfarrer die Kirche als Versammlungsort an. Der Rat des Kreises verbietet daraufhin dem Bürgermeister die Teilnahme, weil dort für seine Sicherheit nicht garantiert werden kann. So entsteht ein Protestmarsch vom Speisesaal zur Kirche, an dem sich etwa 500 Einwohner beteiligen. Danach findet eine vierstündige Volksversammlung unter der Leitung des Pfarrers in der Kirche statt.

Im Speisesaal der "Hans-Beimler-Oberschule" in **Penig** wird das erste Bürgerforum mit über 200 Teilnehmern durchgeführt. Vertreter des Rates der Stadt und der SED-Kreisleitung stehen Rede und Antwort.

27. Oktober

In **Oederan** bildet sich wieder ein Demonstrationszug, an dem etwa 3 500 Bürger teilnehmen. Im Anschluss daran wird in der Stadtkirche eine Gruppe des Neuen Forums gebildet, die dann die nächsten, wöchentlich stattfindenden Demonstrationen organisiert.

In der Polytechnischen Oberschule "Martin Andersen Nexö" in **Marienberg** findet ein erster Dialog mit dem Bürgermeister der Stadt und mehreren hundert Einwohnern statt. Diese Veranstaltung bildet den Auftakt für weitere, die in verschiedenen Räumen in Marienberg, so im Kino und Jugendklubhaus, stattfinden, deren Daten sich aber nicht mehr alle bestimmen lassen.

In **Markneukirchen** gründet sich eine Bürgerinitiative, die den Zielen des Neuen Forums nahesteht und die Verantwortung für alle Demonstrationen, Gespräche mit staatlichen Stellen und die Besetzung des Runden Tisches in der Stadt sowie der Kommission "Amtsmissbrauch und Korruption" übernimmt.

In der Stadtkirche Nossen findet mit mehr als 2 000 Einwohnern die erste Großveranstaltung unter Führung des Neuen Forums statt.

Auf dem Hammerplatz von **Zwota** versammeln sich viele Einwohner des Ortes zu einem Schweigemarsch. Brennende Kerzen werden mitgeführt.

Das Neue Forum in **Neustadt** in Sachsen reicht beim Rat des Kreises Sebnitz eine Anmeldung zur Gründung der Vereinigung ein.

Im Plenarsaal des Rates des Bezirkes **Karl-Marx-Stadt** erscheinen etwa 200 Einwohner zu einem Forum mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung.

In **Treuen** findet das erste Rathausgespräch zwischen dem Bürgermeister und Vertretern des Neuen Forums und der Kirche statt.

Im Rathaus übergibt ein Arbeiter im Meßgerätewerk **Zwönitz** einen Aufruf des "Forum 93". Das Schreiben enthält Forderungen an Partei und Staat, die bis 1993 zu erkämpfen sind, unter anderem Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, ziviler Wehrersatzdienst und Zulassung oppositioneller Vereinigungen und Parteien.

Etwa 2 000 Teilnehmer treffen sich in der Frauenkirche und Lutherkirche von **Görlitz** zum Friedensgebet. 150 Demonstranten ziehen nach dem Gebet in der Frauenkirche zur Wohnung des Oberbürgermeisters.

Im Kino von **Scheibenberg** findet eine öffentliche Bürgerversammlung statt. Es nehmen der SED-Bürgermeister, der Vorsitzende der Nationalen Front, Vertreter der SED-Kreisleitung, Vertreter des Rates des Kreises, Abteilung Handel und Versorgung, der SED-Parteisekretär sowie Vertreter von LDPD und NDPD teil. Die Bürger fordern, dass Vertreter des Neuen Forums auf dem Podium Platz nehmen. Die Versammlung, in der unter anderem eine Veränderung des Wahlsystems und mehr Eigenverantwortlichkeit für Kommunen gefordert wird, dauert vier Stunden.

27. Oktober

Etwa 200 Bürger kommen zum Dialog in **Rochlitz**. Den Fragen der Bürger stellen sich der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, der Bürgermeister und Mitglieder des Rates des Kreises.

In Lunzenau findet das erste Bürgerforum mit Vertretern des Rates der Stadt, des Kreises und der SED-Kreisleitung statt.

Die Trauerweide an der Martin-Andersen-Nexö-Oberschule in **Zschopau** wird gefällt. Täglich treffen sich dort abends Menschen und stellen Kerzen ab.

Funktionäre und Vertreter örtlicher Organe in Reichenbach treffen sich zu einem dreistündigen Meinungsaustausch im Klub "P18".

Der Rat des Kreises wird zu einem offenen Gespräch über wirtschaftliche und politische Fragen in den Martinshof von **Rothenburg** eingeladen.

Einwohner von **Kitzscher** fordern in einer Eingabe an den Rat der Stadt die schnellstmögliche Einberufung einer Einwohnerversammlung.

28. Oktober

Nach einem Friedensgebet in der St.-Marien-Kirche findet die erste Demonstration in **Marienberg** statt. Diese bildet den Auftakt der wöchentlichen Demonstrationen im Ort (ab 11. Dezember montags), die jeweils mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz beginnen.

In **Plauen** versammeln sich etwa 40 000 Bürger zur Samstagsdemonstration. Die Funktionsträger, die zu den Demonstranten sprechen wollen, kommen kaum zu Wort. Die Menschenmasse zieht mit lautstarken Sprechchören am Gebäude der SED-Kreisleitung vorbei.

Bei einem Fürbittgottesdienst in **Schönberg** sind auch Vertreter der Bürgerinitiativen aus Adorf und Markneukirchen anwesend. Der Pfarrer geht in seiner Predigt auf die aktuellen Geschehnisse ein. Danach formiert sich ein Teil der Anwesenden zu einer friedlichen Demonstration und zieht zum Gästehaus des FDGB-Bundesvorstandes, an dem brennende Kerzen aufgestellt werden.

Im Plenarsaal des Rates des Kreises **Wurzen** wird ein "Offener Dialog" von Partei,- Gewerkschafts,- und Staatsfunktionären mit der Bevölkerung durchgeführt. Die Stimmung ist sehr aufgeladen und viele Aussagen der Verantwortlichen werden durch Pfeifkonzerte begleitet. Vor allem der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und der Bürgermeister werden hart attackiert.

In **Bautzen** wird das erste Bürgerforum durchgeführt. Die SED-Kreisleitung, der Rat der Stadt und der Rat des Kreises stellen sich in einer Podiumsdiskussion den Fragen der Bevölkerung. Vor allem der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung wird von den Anwesenden scharf kritisiert. Die Veranstaltung soll am nächsten Tag fortgesetzt werden.

In Oberlungwitz wird das erste Rathausgespräch durchgeführt. Der Meinungsaustausch bleibt sehr sachlich.

28. Oktober

Ein Bürger aus Beierfeld nutzt sein Schaufenster, um Informationen des Neuen Forums und der SDP auszuhängen.

Bürger aus **Crimmitschau** fordern in einer Eingabe an die Abteilung Inneres des Bezirkes Karl-Marx-Stadt die Zulassung des Neuen Forums.

In der Fachschule für Ökonomie in Rodewisch findet das erste Rathausgespräch statt.

In **Delitzsch** findet ein Rathausgespräch statt, bei dem es zwischen den Vertretern der Parteien, der Verwaltung und der Kirche zu vielen kritischen Äußerungen kommt.

Die "Sächsische Zeitung" **Großenhain** schreibt, dass es bei der Berichterstattung zu den Ereignissen im Land keine Tabus mehr geben darf.

Im Sozialgebäude der Schuhfabrik **Zwönitz** beginnt der Dialog mit dem Bürgermeister und 300 Teilnehmern. Im Präsidium sitzen unter anderem Vertreter vom Rat des Kreises, der SED-Kreisleitung, der Ortsparteisekretär, Betriebsdirektoren und der Pfarrer. Der Bürgermeister verliest den Forderungskatalog vom "Forum 93".

Das erste Bürgerforum von **Kamenz** wird mit 230 Teilnehmern durchgeführt. Es werden kritische Fragen gestellt und die Probleme gekennzeichnet. 144 Themen werden benannt.

Nach einem Friedensgebet bildet sich in **Lengenfeld** die erste Demonstration. Es werden Transparente mit den Losungen "Freie Wahlen" und "Kein Wehrlager für die Kinder – Wehrersatzdienst für die Väter" mitgeführt und am Rathaus hunderte brennende Kerzen abgestellt. Bis Weihnachten findet jeden Samstag das Friedensgebet mit anschließender Demonstration statt. Die Friedensgebete werden noch bis zu den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 fortgeführt.

An einem Schweigemarsch in **Frauenstein** nehmen 35 Personen teil. Nach dieser ersten Demonstration bildet sich eine Bürgerinitiative. Weitere Demonstrationen mit Sprechchören und Kundgebungen vor dem Rathaus, dem Mdl-Ferienheim und Wohnungen von Parteifunktionären mit etwa 300 Teilnehmern finden jeweils am Sonntagabend bis Anfang März 1990 statt.

Eine Initiativgruppe berät in der Lutherkirche von **Meißen** Aufgaben und Strukturen einer Regionalvereinigung des Neuen Forums. Vier Ausschüsse für operative Aufgaben und neue Arbeitsgruppen zur sachkundigen Aufarbeitung spezieller Probleme werden gebildet.

Beim Gespräch im Speisesaal des Motorradwerkes **Zschopau** zwischen Bürgern mit Funktionären der Partei, des Staatsapperates, von Betrieben und Einrichtungen werden unter anderem die Akzeptanz der Bürgerinitiative Stadttangente, die Veröffentlichung von Umweltdaten und die Zulassung des Neuen Forums gefordert.

28. Oktober

Im Klub der Werktätigen von **Thum** kommt es zu einem offenen Meinungsstreit. Kritisch wird bemerkt, dass die Mehrheit der Gesprächspartner Mitglieder der SED sind und nur ein DBD-Mitglied zur Verfügung steht.

In Werdau findet eine Bürgerversammlung statt.

29. Oktober

Die Vertreter der staatlichen Einrichtungen aus **Bautzen** treffen sich zur Auswertung der Podiumsdiskussion vom Vortag. Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, der besonders heftig kritisiert worden ist, begeht am Abend Selbstmord.

Im Theater von **Plauen** wird ein Bürgerforum durchgeführt, bei der auch der Oberbürgermeister sowie weitere hohe Funktionsträger der SED im Podium Platz nehmen. Viele Anwesende formulieren ganz deutlich ihre Probleme und Forderungen. Es kommt zu heftigen Disputen, und die SED-Vertreter finden kaum Antworten.

In Roßwein findet eine Bürgerversammlung statt.

Bürger aus **Radebeul** protestieren mit einer Unterschriftenliste gegen den geplanten Bau einer Chemiemüllverbrennungsanlage im dichtbesiedelten und bereits sehr belasteten Elbtal bei Radebeul.

Im Veranstaltungszentrum "Forum" in **Karl-Marx-Stadt** findet eine Podiumsdiskussion statt, bei der Partei-Funktionäre und Vertreter des Neuen Forums gemeinsam im Präsidium sitzen. Über 800 Bürger sind im Saal und noch viele weitere auf der Straße davor. Mit Lautsprechern wird die Diskussion nach draußen übertragen. Hauptsächlich werden Fragen zur Innenpolitik (Partei-Information Nr. 261) gestellt, freie Wahlen und die Zulassung des Neuen Forums gefordert. Ein Vertreter des Neuen Forum ruft für den kommenden Montag zur Demonstration am Karl-Marx-Denkmal auf.

Im Schauspielhaus von **Karl-Marx-Stadt** wird die Veranstaltung nachgeholt, die am 7. Oktober 1989 im "Luxor-Palast" stattfinden sollte. Schauspieler äußern ihre Gedanken zur Entwicklung im Land und zum Neuen Forum

In der Stadtkirche von **Meerane** findet eine Volksversammlung statt, bei der auch über den Demokratischen Aufbruch (DA) informiert wird und Unterschriftenlisten zur Mitgliedschaft ausliegen.

In **Bad Muskau** wird das erste Rathausgespräch mit der Bürgermeisterin, Vertretern der Ortsparteiorganisation der SED und dem Vorsitzenden des Stadtausschusses der Nationalen Front durchgeführt.

Funktionäre der SED-Kreisleitung, des Kreises und der Stadt stellen sich im Volkshaus von **Döbeln** den Fragen der Bürger.

29. Oktober

In Frankenhausen treffen sich zwei rivalisierende Kreise, die beide das Neue Forum **Crimmitschau** gegründet haben wollen. Später wird bekannt, dass einer der beiden von der Staatssicherheit lanciert wurde.

Bei der vierten Fürbittandacht in **Hohenstein-Ernstthal** wird vor 800 Menschen ein Problemkatalog verlesen. Es finden sich auch viele Personen ein, die nicht zur Kirche gehören, die aber unter dem Dach der St. Christopheri-Kirche die alleinige Möglichkeit sehen, ihre Gedanken zu artikulieren. Anschließend bildet sich die erste Demonstration mit 200 Teilnehmern, die durch die Stadt zieht. Es werden Sprechchöre wie "Stasi in die Volkswirtschaft" gerufen.

In der Wohnung des Kaplans von Wittichenau wird von 15 Personen, vor allem Jugendlichen, eine Bürgerinitiative gegründet.

Etwa 2 000 Menschen kommen zum Bürgerforum "Gebet und Erneuerung" in **Torgau**. Der eigentlich politisch gemeinten Veranstaltung gibt man zusätzlich einen christlichen Inhalt, weil Veranstaltungen mit eindeutig religiösem Charakter nicht anmelde- oder genehmigungspflichtig sind.

Etwa 1 500 Einwohner kommen in die Petrikirche von **Freiberg** zur dritten Friedensandacht. Anschließend wird ein vom Neuen Forum aufgerufener Schweigemarsch zum Obermarkt durchgeführt, an dem sich etwa 2 500 Einwohner beteiligen und am Rathaus Kerzen abstellen. Weitere Fürbittgottesdienste werden an den folgenden Samstagen durchgeführt

Etwa 30 Jugendliche finden sich in **Zschopau** zu einem Schweigemarsch zusammen.

30. Oktober

Egon Krenz räumt Fehler ein, besteht aber weiterhin auf dem Führungsanspruch der Partei.

Die Sendung "Schwarzer Kanal" von und mit Karl Eduard von Schnitzler wird zum letzten Mal ausgestrahlt.

Im Kreis **Auerbach** konstituiert sich eine Bürgerinitiative aus aktiven Bürgern sowie Mitgliedern bereits funktionierender Bürgerrechtsgruppen, die in Treuen, Auerbach und Ellefeld existieren. Dieser Personenkreis kannte sich bereits vor dem Herbst 1989 und war zum Teil schon im Frühjahr aktiv. Der Name ist "BIKA" (Bürgerinitiative im Kreis Auerbach).

Der "Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine Sozialdemokratische Partei der DDR – SDP – ins Leben zu rufen" zirkuliert als Flugblatt auch in **Wurzen**. In der Kirche wird ein Aushang für das Neue Forum eingerichtet, an der Informationen angebracht werden. Der Vorsitzende des Rates des Kreises Wurzen sowie sein Stellvertreter für innere Angelegenheiten treffen sich mit dem Wurzener Superintendenten und weiteren Vertretern von Kirchen und Religionsgemeinschaften des Kreises zu einem Gespräch.

Auf dem Marktplatz von **Nossen** wird ein Bürgerforum durchgeführt, an dem etwa 2 000 Einwohner teilnehmen. Zeitgleich lädt der Bürgermeister eine Bürgerdelegation, die aus 30 Einwohnern besteht, zu einem Gespräch ins Rathaus ein. Dieses wird dann aber öffentlich auf dem Marktplatz weitergeführt.

30. Oktober

In der Kreisstadt **Schwarzenberg** nehmen etwa 4 000 Bürger an der ersten Montagsdemonstration teil. Auf Transparenten und in Sprechchören wird massiv die Zulassung des Neuen Forums gefordert. In einem sich anschließenden Marsch ziehen die Demonstranten zu den Gebäuden der SED-Kreisleitung und der Staatssicherheit, an denen brennende Kerzen abgestellt werden.

Beim dritten Rathausgespräch erkennt der Oberbürgermeister von **Dresden** die "Gruppe der 20" als Interessenvertretung der Bevölkerung an. Die Gruppe erhält die Erlaubnis, regelmäßig Demonstrationen zu veranstalten.

In **Weißwasser** wird ein Bürgerforum vor dem Kulturhaus der Glasbläser durchgeführt, bei dem sich die Anwesenden in Listen zur Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen einschreiben, die meisten beim Thema Umweltschutz. Die Vorbereitung der Veranstaltung wird kritisiert, weil der Platz viel zu klein ist. Weitere Veranstaltungen sollen aufgrund des großen Interesses auf dem Platz der Roten Armee stattfinden.

In der Johanniskirche von **Plauen** wird eine Friedensandacht durchgeführt, an der sich sehr viele Einwohner beteiligen.

Im Speisesaal des VEB Kombinat Kraftwerksanlagenbau Bergmann-Borsig **Radebeul** (KKAB) soll das zweite Dialoggespräch durchgeführt werden. Da aber über 1 200 Einwohner erscheinen, wird das Gespräch in die nahegelegene Lutherkiche verlegt. Im Präsidium sitzen unter anderem zwei Volkskammerabgeordnete, ein Mitglied des Rates des Bezirkes, der Kreisschulrat, der Kreissekretär der NDPD und der Bürgermeister. Dieser verliest zu Beginn eine Erklärung in Auswertung des Dialoggespräches am 26. Oktober. In der anschließenden etwa vierstündigen und sehr emotionalen Diskussion werden eine bessere Wasserqualität, eine objektive Überprüfung der Wahlergebnisse vom 7. Mai, Neuwahlen auf Grundlage eines neuen Wahlgesetzes und eine Untersuchung der Ausschreitungen der Sicherheitskräfte im Oktober und deren Bestrafung gefordert. Es sollen zeitweilige Arbeitsgruppen gebildet werden, in denen auch interessierte Bürger mitarbeiten können. Dafür werden Listen ausgelegt, in der sich jeder nach Interessenlage eintragen

In **Zwickau** findet das dritte Friedensgebet in der Pauluskirche statt. Anschließend formieren sich etwa 10 000 Bürger zu einem Demonstrationszug, der auf dem Hauptmarkt mit dem Ruf: "Kommt heraus!" den ersten Dialog im Ort fordert.

In **Karl-Marx-Stadt** findet die erste organisierte und polizeilich angemeldete Demonstration statt, an der etwa 20 000 Bürger teilnehmen. Es werden viele Transparente mitgeführt. Anschließend kommt es zu einer Kundgebung vor dem Rathaus, bei der Vertreter des Neuen Forums, der SDP, der Kirche und der Oberbürgermeister sprechen.

In **Neustadt** in Sachsen wird eine kirchliche Woche anlässlich des 450-jährigen Reformationsjubiläums durchgeführt. Über 1 000 Teilnehmer versammeln sich zur Auftaktveranstaltung in der St.-Jacobi-Kirche. Ein Vortrag zum Thema: "Trennung von Kirche und Staat" wird gehalten. Im Anschluss an diese Veranstaltung entsteht spontan ein Demonstrationszug, der mit brennenden Kerzen durch die Innenstadt zieht.

30. Oktober

Der Christliche Aktionskreis (CAK) in **Mühltroff** übergibt dem Rat der Stadt einen offenen Brief, in dem er das nächste Friedensgebet ankündigt und detaillierte Vorstellungen über die weitere kommunale Politik äußert.

Das Bürgerforum in der Maria-Martha-Kirche von **Bautzen** wird fortgesetzt. Nach Unstimmigkeiten übernimmt eine neutrale Leitung unter Beteiligung des Neuen Forums die Führung der Diskussion.

Bereits 8 000 Bürger bilden den Demonstrationszug der wöchentlichen Montagsdemonstrationen in **Aue.** Es kommt zu Diskussionen mit der SED-Kreisleitung und deren 1. Sekretär. Vor Gebäuden der SED, des VPKA und der Dienststelle des MfS kommt es zu Buh-Rufen, und Transparente werden an den Eingängen aufgestellt.

Ein Sekretär der SED-Kreisleitung und der Parteisekretär besuchen die Arbeiter des Messgerätewerkes in **Beierfeld**. Während einer Diskussion stellen diese vielfältige Forderungen.

In mehreren Betrieben, Einrichtungen und im Bezirkskrankenhaus von **Arnsdorf** bei Dresden finden Gesprächsrunden mit den Arbeitern und Angestellten statt. Es wird eine wesentliche Verbesserung im Bereich der öffentlichen Versorgung, der Wohnungsvergabe und ein Abbau der Bürokratie gefordert. Auch der Umweltschutz bezüglich der hiesigen Kläranlage und des Dorfbaches werden angesprochen.

In Döbeln nehmen an dem Fürbittgottesdienst und anschließender Diskussion mit Funktionären etwa 1 500 Menschen teil

Die Bürgermeisterin von **Gelenau** lädt zu einer Veranstaltung ein. Schnell machen die Bürger ihre Forderungen nach Demokratie deutlich.

Das Neue Forum stellt sich erstmals in Reichenbach vor.

An der ersten Demonstration in **Wittichenau** nehmen etwa 5 000 Einwohner teil. Während der Demonstration versammeln sich die Bürgermeisterin und einige Stadträte im Rathaus. Die Demonstrationen finden von nun an wöchentlich statt.

An dem Fürbittgottesdienst in **Glauchau** nehmen 2 500 Menschen teil. Der Pfarrer verliest einen Themenkatalog. Teile des Inhaltes sind Umweltfragen, Gesundheitswesen, Bildung und demokratische Erneuerung.

Das Neue Forum in **Görlitz** bildet Betriebs- sowie Wohngebiets- und Arbeitsgruppen. Ein Kontaktbüro wird in den Gemeinderäumen der Frauenkirche eröffnet.

An den Bürgermeister von Hohenstein-Ernstthal und dem Rat des Kreises wird ein Problemkatalog übergeben.

30. Oktober

Die Vorsitzende des Rates des Kreises **Riesa** und die Sekretärin für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung stellen sich in Riesa den Fragen von etwa 2 000 Bürgern.

250 Einwohner demonstrieren in **Ehrenfriedersdorf** für demokratische Veränderungen. Bei der Diskussion mit dem Bürgermeister werden weitere Gespräche vereinbart.

Auf dem Marktplatz von **Grimma** kommt es zur einer Bürger-Aussprache. Der Bürgermeister und der Vorsitzende des Rates des Kreises diskutieren dreieinhalb Stunden über aktuelle Probleme.

Das Neue Forum stellt sich erstmals in **Reichenbach** vor. An der Spitze des anschließenden Demonstrationszuges wird ein Plakat mit der Aufschrift "Neues Forum" getragen.

Beim dritten Rathausgespräch werden der "Gruppe der 20" in Dresden ein Raum und sowie ein Telefon zur Verfügung gestellt.

Tausende Hoyerswerdaer Bürger und Einwohner umliegender Gemeinden nehmen an der ersten Demonstration in **Hoyerswerda** teil. Es werden Sprechchöre wie "Wir sind das Volk!", "Für freie Wahlen" und "Reden müssen Taten folgen" gerufen.

Zum zweiten Friedensgebet in **Kamenz**, das in der Hauptkirche stattfindet, sind mehr als 1 000 Personen anwesend.

Der Stadtrat von Scheibenberg tagt, um die Situation zu beraten.

Auf Anregung des ortsansässigen Zahnarztes und des Pfarrers von **Ebersbach** (Kreis Großenhain) kommt es zu einem Bürgerforum im "Gasthof Kummer Niederebersbach", an dem etwa 300 Bürger teilnehmen. Es werden Fragen zur Erneuerung und Umgestaltung der Gesellschaft diskutiert. In einem Protokoll werden die Meinungen zusammengefasst. Das Protokoll soll der Gemeindevertretung als Diskussionsbeitrag vorgelegt werden.

Freunde des Neuen Forums treffen sich in Scheibenberg.

In der ev.-luth. Kirche von **Sohland** findet eine Versammlung mit etwa 1 000 Teilnehmer statt. Drei Vertreter des Neuen Forums Zittau sowie der Bürgermeister und der Parteisekretär des Ortes waren eingeladen. Die Vertreter des Neuen Forums sprechen über Bildungs,-Umwelt- und Rechtsfragen. Kritik wird gegenüber den Vertretern der Staatsmacht deutlich geäußert. Im Ergebnis dieses Abends finden sich viele Engagierte zusammen, um demnächst als Gruppe Neues Forum, später als Bürgerinitiative Sohland zu arbeiten.

In Kohren-Sahlis findet eine Demonstration mit anschließender Kundgebung statt, an der sich viele Einwohner beteiligen.

Etwa 300 000 Menschen demonstrieren in Leipzig.

30. Oktober

Der Sekretär der SED-Kreisleitung, der Kreisarzt, der Parteisekretär und der Ärztliche Direktor der Kreispoliklinik diskutieren über aktuelle Themen mit Vertretern der Kreispoliklinik **Schwarzenberg**.

31. Oktober

Die BIKA im Kreis **Auerbach** bildet einen Sprecherrat, der Gespräche mit den Blockparteien, dem Rat des Kreises, der SED-Kreisleitung und Kirchenvertretern führt.

Die örtliche Initiativgruppe der SDP in **Karl-Marx-Stadt** erhält von Berlin die Bestätigung, dass sie als erste sozialdemokratische Gruppe im Bezirk anerkannt ist. Daraufhin findet sie sich zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

Vertreter des Neuen Forums aus **Beierfeld** treffen sich mit dem Bürgermeister, um sich als Neues Forum vorzustellen und Büroräume für ihre Arbeit zu fordern.

In **Meißen** findet die zweite Dienstagsdemonstration statt, an der sich etwa 10 000 Bürger beteiligen. Vorher wird in der Frauenkirche ein Friedensgebet durchgeführt. Die Kundgebung wird dieses Mal vor dem Gebäude des Rates des Kreises abgehalten. An ihr beteiligen sich Mitglieder des Rates des Kreises und einige SED-Kreissekretäre. Der Bürgermeister ist nicht anwesend.

Konsistorialpräsident Manfred Stolpe spricht in der Johanniskirche von **Zittau** zum Thema: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". Anschließend findet die erste Demonstration in Zittau statt.

In **Penig** bilden etwa 800 Einwohner den ersten Demonstrationszug im Ort, der mit einer Versammlung auf dem Marktplatz vor dem Rathaus endet.

Nach einem Gottesdienst in **Bad Brambach**, an dem etwa 800 Bürger teilnehmen, formieren sich rund 200 Bürger zu einer friedlichen Demonstration durch den Ort.

Der Demokratische Block des Kreises Oschatz trifft sich zu seiner turnusmäßigen Sitzung, auf der die politische Lage diskutiert wird.

Drei Vertreter des Neuen Forums **Schwarzenberg** treffen sich mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises zu einer offenen Gesprächsrunde. Es werden erste Vorstellungen einer Zusammenarbeit mit gegenseitiger Achtung diskutiert.

In **Dittelsdorf** wird eine Einwohnerversammlung unter anderem zu Fragen des Umweltschutzes, Handel und Versorgung, zur Überarbeitung und Veränderung des Wahlgesetzes und zur Übernahme der Fernsehprogramme der Bundesrepublik durchgeführt.

Oktober 1989

31. Oktober

Zum Rathausgespräch in **Schkeuditz** stellen sich unter anderem Vertreter von Konsum, HO, Back-und Getränkekombinat, Milchhof sowie die Stellvertreterin des Rates des Kreises für Handel und Versorgung den Fragen der Bürger.

Die Kreisleitung der SED stellt sich in den Druckwerken Reichenbach zum Gespräch.

Etwa 600 Bürger nehmen an einer öffentlichen Versammlung im Volkshaus von **Wittichenau** teil. Auf dem Podium sitzen Funktionäre der Kreisleitung der SED Hoyerswerda, die Bürgermeisterin, weitere Stadträte, der Vorsitzende der LPG, der Vorsitzende des Stadtausschusses der Nationalen Front, der Direktor der Oberschule und als Bürgervertreter ein privater Handwerker. Es werden kommunale Probleme, berufliche Benachteiligungen, das staatliche Erziehungsmonopol und die Auflösung des Sicherheitsapparates diskutiert.

Eine Vertreterin des Neuen Forums aus **Hoyerswerda** verliest deren Ziele und ein Bürger einen Brief der CDU-Ortsgruppe an die CDU-Führung in der DDR. Darin wird eine klare Abgrenzung der CDU von der SED gefordert.

Etwa 2 000 Einwohner demonstrieren am Karl-Marx-Platz in **Zschopau** für einen demokratischen Wandel.

Im Rathaus von **Roßwein** findet ein Bürgerforum statt, zu dem sehr viele Einwohner erscheinen. Der Pfarrer des Ortes wirft die Frage auf, ob die ökonomischen Probleme der gesamten DDR ohne eine Wiedervereinigung überhaupt zu bewältigen seien. Am Abend findet ein Friedensgebet statt, welches zukünftig regelmäßig am Dienstag Abend durchgeführt wird.

In **Zwönitz** demonstrieren laut "Freier Presse" 350 Teilnehmer, laut Augenzeugen 1 000 Bürger. Ein Volkspolizist marschiert zur Regelung des Verkehrs an der Spitze des Zuges, kurz vor dem Plakat: "Stasi in die Produktion".

Der SED-Bürgermeister von Baßlitz (Kreis Großenhain) fordert den Abzug der Bauarbeiter des Kreises von den Baustellen in Berlin.

Bei der Beratung des Neuen Forums in **Großenhain** sind 170 Einwohner anwesend. Aufgrund dieser hohen Beteiligung muss der bisherige Tagungsort in die Marienkirche verlegt werden.

In **Geithain** findet in der Nikolaikirche die erste Montagsdemonstration statt. Bis zu 3 500 Personen nehmen an den folgenden Demonstrationen auf dem Marktplatz teil.

Etwa 250 Einwohner von **Heidersdorf** versammeln sich in der Kirche zu einem offenen Dialog ("Offene Kirche für offenen Dialog"). Durch Beifallsbekundungen werden folgende Forderungen aufgestellt und in einem Brief an das Präsidium der Volkskammer geschrieben: Die SED soll die Vertrauensfrage stellen; Neuwahlen der Volkskammer nach neuem Wahlgesetz; Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Verbesserung der Fürsorge gegenüber älteren Menschen.

Oktober 1989

Ende Oktober

An den öffentlichen Anschlagtafeln in Arnsdorf wird über die Vorgänge in Dresden informiert.

In **Bernstadt auf dem Eigen** wird die erste Einwohnerversammlung mit etwa 200 Bürgern durchgeführt. Ein Gewerkschaftsfunktionär organisiert eine Kundgebung auf dem Marktplatz, zu der etwa 300 Einwohner erscheinen. Der Bürgermeister sowie mehrere Kreis- und Schulfunktionäre sind ebenfalls anwesend und stellen sich den Fragen der Bürger. Deutschlandfahnen werden geschwenkt.

In **Neuensalz** bildet sich ein Runder Tisch.

In **Neukirch** in der Lausitz bildet sich ein Runder Tisch.

Die SED-Kreisleitung **Hainichen** erlässt einen "Sofortmaßnahmekatalog", die ersten Parteifunktionäre treten zurück.

Aushänge vom Neuen Forum werden im VEB Textilien von Mühlau angebracht.

Vorstellung des Neuen Forums in der Georgenkirche von Flöha.

Ab Ende Oktober werden in Hartmannsdorf Bürgerforen mit einer Beteiligung von etwa 200 Personen durchgeführt.

Ab Ende Oktober finden in Sayda Demonstrationen durch die Stadt mit anschließender Kundgebung statt.

In **Tharandt** bildet sich ein Bürgerforum. Ziel ist es, Arbeitsgruppen zur Kontrolle der Stadtverordnetenversammlung und des Bürgermeisters zu bilden.

Im Oktober und November sammeln Mitglieder der Jungen Gemeinde in **Stolpen** Unterschriften für die Abschaffung des Verfassungsartikels zur führenden Rolle der SED.

31. Oktober – 2. November

Egon Krenz trifft Michael Gorbatschow in Moskau. Ergebnis des Besuches: die deutsche Wiedervereinigung stehe "nicht auf der Tagesordnung".

Anfang November Im November finden in Lichtenberg mehrere Bürgerforen statt.

Die FDJ-Kreisleitung Kamenz lädt alle interessierten Jugendlichen zu einem offenen Meinungsstreit über jugendgemäße Probleme ein.

In Laubusch bildet sich eine Umweltgruppe aus acht Einwohnern (Pfarrer, Arzt, Förster, Lehrer und andere), die sich mit Umweltproblemen im Territorium beschäftigt.

Der Kreisstaatsanwalt von **Werdau** prüft die Anzeige auf Verdacht der Wahlfälschungen.

Bürger aus der Gemeinde Löbnitz bilden Fahrgemeinschaften, um zu den Demonstrationen nach Leipzig zu kommen.

Im Regionalbezirk Marienberg gründet sich das Neue Forum. Zehn Fachgruppen werden gebildet.

In Oberwiesenthal bildet sich in einer Privatwohnung eine Basisgruppe. Diese gibt sich den Namen "Basisgruppe Oberwiesenthal".

1. November

Der Reiseverkehr in die ČSSR ist wieder ohne Visum zugelassen.

Das Neue Forum verfasst einen Aufruf an die Volkskammer der DDR, eine Volksabstimmung zur Verfassung durchzuführen. Unter anderem wird die Änderung von Artikel 1 der Verfassung (Führungsanspruch der SED), die Zulassung von neuen Parteien und Vereinigungen sowie ein neues Wahlgesetz gefordert.

Eine größere Anzahl von Bürgern trifft sich erstmals öffentlich in der Stadtkirche von **Lunzenau**.

Zum erstes Treffen des Neuen Forums Jonsdorf erscheinen zwölf Teilnehmer.

Tausende Menschen versammeln sich nach dem Friedensgottesdienst in der Peter-Paul-Kirche von Reichenbach zur Demonstration durch die Stadt. Freie Wahlen und die Zulassung des Neuen Forums werden gefordert.

1. November

In der Petrikirche von **Freiberg** und im überfüllten Hörsaal für Gesellschaftswissenschaften der Bergakademie Freiberg findet jeweils die zweite Großversammlung statt, bei der der Superintendent nochmals öffentlich den Forderungskatalog der Pfarrerschaft an die Staatsführung verliest. Die Veranstaltung muss parallel an zwei verschiedenen Orten durchgeführt werden, weil so viele Teilnehmer gekommen sind.

In Geithain wird eine Bürgerversammlung unter anderem zum Thema Versorgungsprobleme durchgeführt.

An der Martin-Andersen-Nexö-Oberschule in Zschopau wird eine neue Weide gepflanzt.

Zur Bildung einer Bürgerinitiative Neues Forum kommt es in **Limbach-Oberfrohna**. Am selben Tag finden ein Friedensgebet und eine Demonstration statt.

Die Ortsgruppe des Kulturbundes lädt in **Lengenfeld** zur ersten "Dialog"-Veranstaltung ein. Es kommen Themen wie Vertrauen, misstrauen und Glaubwürdigkeit, Neues Forum und innerstädtisches Bauen zur Sprache.

Bei einem Gemeindeabend in **Lichtenstein** werden Ausführungen zum Gespräch vom 25. Oktober gegeben. Anschließend kommt es zu einer nichtangemeldeten Demonstration, bei der zahlreiche Kerzen vor der Rathaustür abgestellt werden.

In **Hoyerswerda** findet die zweite große Demonstration statt. Es werden Forderungen wie: "Stasi in die Produktion", "Presse- und Redefreiheit" oder "SED-nee" formuliert. Vertreter des Hoyerswerdaer Neuen Forums stellen in einer Erklärung ihre wichtigsten Forderungen und Aufgaben vor.

An der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in **Königsbrück** nehmen sehr viele Bürger teil. Die Verständigung zwischen Abgeordneten und den Einwohnern scheitert durch den Kreisratsvorsitzenden. Seine Worte: "Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein", löst tumultartige Szenen aus.

Vertreter der SED-Kreisleitung und des Rates der Stadt Auerbach sprechen mit Vertretern der BIKA (Bürgerinitiative im Kreis Auerbach).

Im Volkshaus von **Mittweida** findet die erste Großveranstaltung mit dem Bürgermeister, Stadträten, Vertretern der Blockparteien und Massenorganisationen statt. Mehrere hundert Einwohner werden über Lautsprecher vor dem Gebäude über die Gespräche im überfüllten Saal, die zum Teil sehr emotional geführt werden, informiert.

Nach der vierten Tagung der Stadtverordnetenversammlung in **Wurzen** lädt der Demokratische Block zu einem Dialog ein. Sehr viele Bürger nehmen dieses Angebot an. Die Funktionsträger werden ausgepfiffen und deren Rücktritt gefordert. Das erste Mal stellt sich auch das Neue Forum der Öffentlichkeit und erhält Beifall für seine Forderungen.

1. November

In der Kirche von Crimmitschau findet die Gründungsveranstaltung des Neuen Forums mit etwa 45 Personen statt.

Im Kreiskulturhaus **Großenhain** findet eine zentrale Marxismus-Leninismus-Schulung der Mitarbeiter der Staatsorgane des Kreises statt. Ein Offiziersreferent droht bei der weiteren Zuspitzung der Lage den Einsatz von Militär an.

In Oberlungwitz wird in der St.-Martinskirche das dritte Friedensgebet durchgeführt. Es nehmen 242 Einwohner teil.

Im Jugendklub von **Naunhof** findet die erste Diskussionsveranstaltung mit dem Bürgermeister und weiteren Funktionsträgern statt. Es sind überwiegend Jugendliche anwesend. Die Stimmung ist emotional aufgeladen, aber dennoch sachlich.

In Falkenstein findet das erstes Rathausgespräch mit etwa 50 Bürgern statt.

Auf dem "Platz der Befreiung" in **Schwarzenberg** wird vom Kreisvorsitzenden des Kulturbundes ein Diskussionsabend mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, dem Vorsitzenden des Rates des Kreises sowie weiteren Funktionsträger organisiert. Auch Vertreter des Neuen Forums sind eingeladen. Die Gesprächsrunde ist sehr emotional, die Funktionäre werden bei jeder Wortmeldung durch Pfiffe und Buh-Rufe der rund 4 000 Demonstranten unterbrochen. In den umliegenden Orten des Kreises werden an diesem Tag ähnliche Veranstaltungen durchgeführt.

2. November

Der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch und Gerald Götting, Vorsitzender der DDR-CDU, erklären ihren Rücktritt.

Das SED-Politbüro beschließt den Entwurf eines "Aktionsprogramms". Darin werden die Schaffung eines Verfassungsgerichts und die Einführung des zivilen Wehrersatzdienstes angekündigt.

In Einrichtungen von Döbeln stellen sich Döbelner Funktionäre dem Dialog.

Das Neue Forum tritt vor 7 000 Bürgern auf dem Marktplatz von **Glauchau** mit einem Forderungskatalog auf. Er beinhaltet unter anderem freie und geheime Wahlen, Offenlegung der tatsächlichen ökonomischen Lage der DDR sowie Kritik am Führungsanspruch der SED. Die Ausführungen von der SED-Kreisleitung und dem Kreisstaatsanwalt werden mit Pfiffen bedacht.

Im Goldenen Löwen von **Wilsdruff** findet die erste, verbotene, Versammlung des Neuen Forums statt. Wegen Überfüllung des Raumes werden die Redebeiträge auf den Markt übertragen. Es bilden sich verschiedene Arbeitsgruppen.

Pädagogen von **Großenhain** wenden sich mit einem Artikel an die Öffentlichkeit und fordern erste Schritte zur Reform des Bildungswesens.

2. November

Im Klubhaus der Landarbeiter des Volkseigenen Gutes (VEG) in **Kalkreuth** findet eine Sondersitzung des Kreistages **Großenhain** statt, bei der es zu einer sehr kritischen und offenen Aussprache kommt. Der Bürgermeister von Großenhain (NDPD) fordert ein neues Parteien- und Wahlgesetz sowie die Bildung von Fraktionen in allen Volksvertretungen. Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung stellt die Führungsrolle der SED zur Diskussion. Ein Vertreter der LDPD schlägt die Bildung einer Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption vor und kritisiert den "kalten Krieger" Karl-Eduard von Schnitzler. Der letzteren Äußerung widerspricht ein SED-Abgeordneter und erhält dafür Beifall. Die Rede eines FDGB-Abgeordneten wird wegen seiner Kritik an den Ereignissen am 4. Juni in Peking vom Versammlungsleiter unterbrochen, und er darf seine Ausführungen nicht beenden.

Im VEB Kaffee und Tee in Radebeul wird eine Dialogveranstaltung durchgeführt.

Eine unangemeldete Demonstration mit etwa 1 000 Teilnehmern findet in **Großenhain** statt. 20 Plakate und Transparente werden mitgeführt. Mittels eines Megaphons wird zu Sprechchören aufgefordert. Ein privater Großenhainer Handwerker fertigt Videoaufzeichnungen von dieser und den folgenden Demonstrationen an. Am Balkon des Rathauses wird ein Transparent befestigt und an den Fenstern Kerzen abgestellt. Die Freiwillige Feuerwehr muss noch am selben Abend dieses Transparent wieder entfernen. In einer späteren Stellungnahme in der "Sächsischen Zeitung" (7. November) erklärt der Wehrleiter, dass solche Aktionen von der Freiwilligen Feuerwehr nicht mehr durchgeführt werden.

Durch den Druck der Bürger beruft die Nationale Front in **Lampertswalde** (Kreis Großenhain) entgegen eines Beschlusses der Gemeindevertretung ein vorgezogenes Bürgerforum ein, an dem 140 Einwohner teilnehmen. Unter vielen Kritikpunkten geht es auch wieder um das Militärobjekt im Raschütz.

In **Freiberg** findet ein öffentliches Rathausgespräch zum Thema Volksbildung statt. Am selben Tag findet auch die Gründungsveranstaltung der Basisgruppe "Konkret" statt, zu der etwa 70 Einwohner erscheinen. Innerhalb dieser Gruppe werden zahlreiche Arbeitsgruppen gebildet.

In **Löbau** tritt der erste Runde Tisch zusammen.

In **Riesa** findet nach dem Friedensgebet die erste Demonstration statt.

Der ev. Gemeindekirchenrat von **Löbnitz** beschließt einstimmig, montags 17 Uhr die Glocken zu läuten.

Dem Kreistag von **Reichenbach** wird der Vorschlag unterbreitet, eine unabhängige Untersuchungskommission zu bilden, welche die Vorgänge am 4. und 5. Oktober am Bahnhof aufklären soll. Der Ratsvorsitzende stellt die Vertrauensfrage, die Mehrheit der Abgeordneten stimmt für die Weiterführung seiner Tätigkeit.

2. November

Beim Bürgergespräch in **Lengenfeld** stellen sich der Abteilungsleiter der SED-Bezirksleitung, der Bürgermeister und der Vorsitzende der Kreisplankommission den Fragen der etwa 200 Einwohner. Im Ergebnis dieser Aussprache wird die bestehende "Leitplanung für den innerstädtischen Wohnungsbau" mit dem geplanten Abbruch intakter Wohnhäuser ausgesetzt.

In Lösnitz findet ein Bürgerforum statt.

Eine Einwohnerversammlung mit Bildung einer "Grundsatzkommission" findet in **Großröhrsdorf** statt. 16 Personen arbeiten in dieser Kommission mit. Ziel ist es, mehr Mitspracherecht in kommunalen Angelegenheiten zu erreichen.

Durch Mundpropaganda und mit Unterstützung der Kirche wird in **Sebnitz** für 18 Uhr zur Demonstration eingeladen. Etwa 3 000 Einwohner, viele mit Kerzen, versammeln sich auf dem alten Friedhof zu einer Kundgebung. Ohne Einladung kommen Vertreter der Stadt und des Kreises hinzu. Durch die Zustimmung der Anwesenden werden Demonstrationen für jeden Donnerstag, 18 Uhr, beschlossen.

In Lommatzsch findet die zweite Demonstration statt.

Zum Thema "Aussprache zu Fragen unserer Zeit, besonders unsere Vorstellungen zur zukünftigen Kommunalpolitik in unserer Gemeinde" findet in **Langensteinbach** eine Gemeindevertreterversammlung statt. Die Sitzung führt zu einem Forderungskatalog an den Rat des Kreises.

Im Klubhaus "Meßtreff" von **Zwönitz** kommt es zu einer Zusammenkunft engagierter Bürger. Ihr Anliegen ist die planmäßige Absicherung und Durchführung der Dienstagsdemonstrationen. Ein Bürger übergibt Flugblätter des Neuen Forums.

Der Chefredakteur der "Freien Presse" in **Karl-Marx-Stadt** sowie sein Stellvertreter werden durch das Sekretariat der SED-Bezirksleitung abberufen. Beide waren nicht bereit, den neuen Kurs der Freien Presse mitzutragen.

Etwa 200 Personen beteiligen sich an der erste Demonstration in **Reumtengrün**. Die Aushänge zur Ankündigung waren nicht einmal einen Tag hängen geblieben.

Anhänger des Neuen Forums aus **Bertsdorf** laden aktive Mitglieder dieser Bürgerbewegung zu einer Informationsveranstaltung in ihre Kirche ein. Die Beteiligung ist sehr hoch.

Die Bürgerinitiative aus Weinböhla führt ein Bürgerforum in der Kirche durch.

Auf Einladung des Bürgermeisters findet im Saal des ehemaligen Hotels "Stadt Berlin" in **Ortrand** eine Volksaussprache statt, die sehr emotional geführt wird. Diese soll monatlich wiederholt werden.

2. November

Auf Initiative des Neuen Forums in **Bischofswerda** wird im Kreiskulturhaus ein Dialog mit Vertretern der SED und den Blockparteien durchgeführt.

Erstes Rathausgespräch in **Auerbach** in den Räumen der Volkssolidarität mit Vertretern der Stadt, des Rates des Kreises und der SED-Kreisleitung.

Bei einer Großkundgebung in **Bad Elster** stellen sich acht Funktionäre des Kreises und der Stadt den Fragen der Bürger. Anschließend treffen sich engagierte Teilnehmer mit dem Bürgermeister im Rathaus, um weitere Schritte abzustimmen. Damit ist die Bürgerinitiative in Bad Elster gegründet.

Im Speisehaus des Betriebes Falgard in **Falkenstein** kommt es zu einer dreistündigen Podiumsdiskussion, welche von der FDJ-Grundorganisation der Falgard organisiert wurde.

Bei einer öffentlichen Gemeindevertreterversammlung in Rothenkirchen nehmen nur drei Bürger teil.

3. November

Egon Krenz verspricht Reformen und kündigt eine Wende an, hält aber am Sozialismus fest.

Die DDR erlaubt weiteren DDR-Bürgern, die sich in der bundesdeutschen Botschaft in Prag aufhalten, die Ausreise.

Etwa 4 000 Teilnehmer ziehen nach den Friedensgebeten in vier verschiedenen Kirchen schweigend durch die Innenstadt von Görlitz.

In Scheibenberg findet eine vierstündige Einwohnerversammlung statt.

Nach langen Gesprächen und Verhandlungen konstituiert sich das Neue Forum für **Rothenburg** mit zwölf Mitgliedern.

Die Initiatoren des Neuen Forums **Freiberg** schlagen die Bildung von Arbeitsgruppen vor. So sollen zum Beispiel die Themen Handel und Versorgung, Ökologie und Rechtsstaatlichkeit ausführlich bearbeitet werden.

Der Oberbürgermeister von **Leipzig** tritt zurück.

Die "Gruppe der 20" schreibt einen "Offenen Brief" an den Staatsanwalt der Stadt **Dresden** mit den Forderungen zur Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission und Durchführung eines Podiumgesprächs über die Ereignisse vom 3. bis 8.Oktober in Dresden.

In **Lichtenstein** bildet sich eine Bürgerinitiative "Suchet der Stadt Bestes". Getragen wird diese von elf Lichtensteiner Bürgern. Ein aktueller Themenkatalog wird erarbeitet und an die "Freie Presse" übergeben.

3. November

In Lunzenau findet das zweite Bürgerforum mit Vertretern des Rates der Stadt, des Kreises und der SED-Kreisleitung statt.

Rund 1 400 Menschen kommen zum ersten Friedensgebet in die Marienkirche von Werdau.

Auf Einladung der Bürgermeisterin wird in **Lugau** ein Einwohnerforum durchgeführt. Neben SED-Funktionären sitzt auf Wunsch der Bürgermeisterin der Pfarrer mit im Podium. Parallel dazu findet eine Fürbittandacht mit anschließender Fragestunde in der Kirche statt. Zwischen Vertretern der Bürgerinitiative und dem Rat der Stadt finden in **Limbach-Oberfrohna** Gespräche zur Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen statt.

Der Kirchenvorstand und der Pfarrer laden zu einem Dialog in die Kirche von Seiffen ein.

Im Jugendklub "Nordlicht" in **Wurzen** wird eine "Donnerstagsrunde" durchgeführt, bei der die Stadträte für Kultur und Jugendfragen den Dialog mit den Jugendlichen suchen. Doch da sich diese Dialoge in Wiederholungen erschöpfen, gehen bald nur noch wenige hin.

Zum dritten Mal findet in **Karl-Marx-Stadt** das Treffen zwischen dem Oberbürgermeister und den 25 Bürger-Vertretern statt. Diese verlangen Räume für ihre Arbeit, übergeben dem Oberbürgermeister einen Reformkatalog zur Erhaltung des Handwerks und sprechen über die Parteiinformation Nr. 261. Während des Gespräches im Rathaus versammeln sich davor etwa 20 000 Bürger, um den Forderungen der Opposition Nachdruck zu verleihen.

In **Hüttengrund** bei Hohenstein-Ernsthal findet die jährliche Superintendententagung statt, bei der an diesem Tag Altbundeskanzler Helmut Schmidt eine Rede hält und den Anwesenden weiterhin so viel Mut und Selbstvertrauen wünscht.

Das Neue Forum in **Nossen** führt im Institut für Lehrerbildung in Nossen eine Bürgerversammlung zur Bildungspolitik mit etwa 200 Einwohnern durch. Die dort geäußerten Forderungen veranlassen den Direktor der 2. Polytechnischen Oberschule, sein Amt aufzugeben.

Erweiterte Sitzung der SED-Kreisleitung **Auerbach** zur aktuellen Lage im Kreis. Es wird ein Fernschreiben an Egon Krenz zur Situation im Kreis formuliert und verabschiedet.

In **Auerbach** findet die zweite Freitagsdemonstration statt, zu der wieder mehrere tausend Bürger erscheinen. Trotz der Straßensperrung durch die Volkspolizei zieht der Demonstrationszug diesmal an dem Gebäude der Wehrkreiskommandostelle und dem der SED-Kreisleitung vorbei. Alles verläuft friedlich und viele Kerzen werden an diesen Gebäuden abgestellt. Auf dem Rathausplatz kommt es unter der Leitung des Neuen Forums zu einer Kundgebung.

3. November

In **Weißwasser** treffen sich der 2. Sekretär der SED-Kreisleitung, der Vorsitzende des Rates des Kreises sowie weitere Funktionsträger mit ausgewählten Bürgern, die sich zur Initiativgruppe des Neuen Forums bekennen. Bei der Zusammenkunft werden Aspekte der Erneuerung diskutiert.

4. November

Etwa eine halbe Million Menschen demonstrieren auf dem Alexanderplatz in Berlin gegen die SED.

Vertreter der Bürgerinitiative in **Hohenstein-Ernstthal** werden vom Vorsitzenden des Rates des Kreises, dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und dem Chef des Volkspolizeikreisamtes vorgeladen.

In Lichtenstein findet die erste Demonstration der Bürgerinitiative "Für der Stadt Bestes" mit etwa 1 200 Teilnehmern statt.

In Hoyerswerda beginnen zwischen dem Neuen Forum und Vertretern der Stadt sowie des Landkreises Gespräche.

In **Zwenkau** sind nach dem Friedensgebet Vertreter des SDP-Ortsverbandes Leipzig zu Gast. Angeregt dadurch bildet sich der Ortsverein Zwenkau der SDP.

Auf dem Marktplatz von **Sebnitz** demonstrieren nach einem Aufruf des Neuen Forums etwa 2 000 Menschen.

Zum ersten Mal findet nach dem Friedensgebet und der Demonstration in **Lengenfeld** ein "Dialog" statt. Viele Redner sprechen über Ängste und Nöte, prangern Missstände an oder unterbreiten Vorschläge.

In **Annaberg-Buchholz** gibt es die erste Demonstration. Sie führt an SED-Kreisleitung und VPKA vorbei. Man ruft "Wir sind das Volk", "Stasi in die Volkswirtschaft", "SED weg – hat keinen Zweck" und "Kommt raus, Ihr Bonzen" gerufen. Auch viele Königswalder gehen mit.

Auf dem Obermarkt von **Freiberg** findet nach Friedensgebeten in der Petri- und Jakobikirche die erste große Demonstration mit anschließender Kundgebung statt, bei der der Superintendent eine Rede hält. Etwa 5 000 Bürger beteiligen sich daran.

Beim Einwohnerforum in **Kitzscher** werden unter anderem die Themen Wohnungspolitik, Handel und Versorgung, Umweltschutz, Ordnung und Sicherheit sowie Kultur diskutiert. Diese sollen später in gesonderten Foren weiterdiskutiert werden.

Das Neue Forum in Werdau meldet sich an.

In **Dohna** demonstrieren Einwohner auf dem Marktplatz unter anderem gegen die hohen Umweltbelastungen durch die Fluor-Werke. (VEB Chemiewerk Nünchritz, BT Dohna)

Beim Rathausgespräch mit den Vertretern des Neuen Forums aus Königsbrück wird die Bildung von Arbeitsgruppen angeregt.

4. November

Das Neue Forum **Jonsdorf** informiert den Bürgermeister über die Aktivitäten des Neuen Forums und fordert eine Zusammenkunft zwischen den Funktionsträgern und Vertretern des Neuen Forums.

Erstes Kreisforum in der Fachschule für Ökonomie in **Rodewisch**. Der Vorsitzende des Rates des Kreises sowie Vertreter aller Parteien aus dem Demokratischen Block stellen sich den Fragen der rund 300 Bürger.

Etwa 400 Bürger versammeln sich im Kreiskulturhaus "Ernst Thälmann" in **Aue** zu einem Forum zu kommunalpolitischen Fragen, bei dem auch der Bürgermeister sowie weitere SED-Funktionsträger anwesend sind.

In **Bad Muskau** wird die erste Demonstration durchgeführt, welche die Initiativgruppe des Neuen Forums im Ort organisiert hatte. Danach findet im Kino eine Gesprächsrunde statt, an der sich etwa 500 Bürger beteiligen.

Im Theater von **Crimmitschau** wird der erste Bürgerdialog durchgeführt. Es erfolgt dort die offizielle Anmeldung des Neuen Forums beim Rat der Stadt. Am Abend gibt es in der Johanniskirche ein Gesprächskreis und anschließend eine Demonstration mit etwa 2 000 Teilnehmern.

Das Neue Forum aus **Zittau** veranstaltet eine Bürgeraussprache zu Problemen der Stadt. Unbearbeitete Eingaben zur Wahlfälschung vom 7. Mai werden dem Bürgermeister übergeben. Das "Jenny-Marx-Heim" wird vom Neuem Forum benutzt. Am Abend findet eine Demonstration in Zittau statt, an der sich viele Einwohner beteiligen.

In **Coswig** wird eine Einwohnerversammlung durchgeführt, die auf dem Schulhof der 7. Oberschule beginnt und dann wegen Regens in die Kirche verlegt wird. Diese dauert von 14 bis 20 Uhr. Die Zulassung des Neuen Forums und Aufklärung der Wahlfälschungen vom 7. Mai werden gefordert.

In Marienberg findet die zweite Samstags-Demonstration statt.

Im "Tanztreff" von Aue findet ein Jugendforum statt.

5. November

Die "Freie Presse" Karl-Marx-Stadt führt ein Interview mit dem Leiter der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit und mit einem Vertreter des Neuen Forums.

Zur fünften Bittandacht in der St. Christophori-Kirche in **Hohenstein-Ernstthal** erscheinen 1 200 Zuhörer. In den folgenden Wochen kommt es zu weiteren Andachten, Demonstrationen und Kundgebungen. Die Kirche ist bei den Andachten meist völlig überfüllt. Teilweise stehen Menschenmassen vor der Kirche und werden über einen Außenlautsprecher über das Geschehen in der Kirche informiert.

5. November

In **Karl-Marx-Stadt** finden zwei Gesprächsforen zu den Themen: "Was will die FDJ?" und "Zur sozialistischen Demokratie und zur Entwicklung des Bezirkes" statt.

Im Jugendhaus von Werdau findet eine Gesprächsrunde über Handel und Versorgung statt.

In der vollbesetzten Kirche der Stadt **Wehlen** wird ein Fürbittgottesdienst durchgeführt, bei dem viele Bürger auch schriftlich ihre Forderungen formulieren. Diese werden dann der Verwaltung übergeben.

Im Rathaus von **Pegau** wird eine Einwohnerversammlung durchgeführt, an der sich etwa 500 Bürger beteiligen. Sehr viele Probleme, die den Ort betreffen, werden angesprochen.

Der Christliche Aktionskreis (CAK) in **Mühltroff** schreibt einen offenen Brief an die Volkskammer der DDR, der einen 10-Punkte-Plan für die weitere Entwicklung in der DDR enthält.

Das Neue Forum in Crottendorf lädt zu einer Vorstellungsrunde ein, zu der über 100 Einwohner erscheinen.

Als sich im "Treuener Hof" das Neue Forum mit einer Informationsveranstaltung vorstellen möchte, aber der Raum die Menschenmassen nicht fassen kann, kommt es beim Umzug in einen größeren Saal zur ersten Demonstration in **Treuen.** Der Demonstrationszug zieht durch die ganze Stadt, stellt am Rathaus viele Kerzen ab und fordert mit Transparenten und Sprechchören freie Wahlen und eine wahrhafte Demokratie. Am Kultur- und Sportzentrum kommt es dann zu einer Kundgebung.

6. November

Das DDR-Innenministerium veröffentlicht den Entwurf eines neuen Reisegesetzes. Am nächsten Tag wird dieses vom Verfassungs- und Rechtsausschuss der Volkskammer als zu restriktiv verworfen.

Der Ministerrat erklärt, dass das geplante Reinst-Silizium-Werk in **Dresden**-Gittersee nicht gebaut wird.

Fünfter Fürbittgottesdienst in **Döbeln** mit anschließender Demonstration und Übergabe eines offenen Briefes an die Sozialistische Einheitspartei. Die Ausführungen der SED-Kreisleitung und des Kreisstaatsanwaltes werden mit Pfiffen bedacht.

Nach einer Naturschutzversammlung findet in **Scheibenberg** ein Treffen von Sympathisanten des Neuen Forums statt. Diskutiert werden unter anderem die Themen Wahlfälschung vom Mai 1989, die öffentliche Finanzlage und das Recht auf Reisen.

In Ehrenfriedersdorf demonstrieren nach dem Friedensgebet etwa 700 Bürger der Stadt.

In **Zschopau** findet ein Forum zu aktuellen Fragen statt. Bei der Bürgerinitiative Zschopau konstituieren sich Arbeitsgruppen, zum Beispiel Demokratisierung des öffentlichen Lebens; Wirtschaftsreform sowie Handwerk, Handel und Versorgung.

6. November

In der Sporthalle **Radebeul**-West findet das dritte Dialoggespräch unter dem Titel: "Demokratie jetzt – bei eigener Mitwirkung" mit über 1 000 Einwohnern statt. Im Podium sind unter anderem Abgeordnete des Kreistages der verschiedenen Parteien, zwei Vertreter des Neuen Forums sowie des Initiativkomitees zur Gründung der SDP, ein Volkskammerabgeordneter und der Bürgermeister vertreten. Zu Beginn dieser Veranstaltung haben sieben Redner sieben Minuten Zeit, ihre Standpunkte zu den verschiedenen Themen zu äußern. In den seit dem 30. Oktober ausliegenden Listen für die fünf zeitweiligen Ausschüsse haben sich erst sechs Personen eingetragen. Das Gesprächsprotokoll über diese Veranstaltung wird durch ein weiteres vom Neuen Forum ergänzt. Aus dieser Veranstaltung ging die Initiative hervor, einen Runden Tisch für die Stadt zu bilden, der sich aber erst am 3. Januar 1990 konstituiert.

Nach der Kundgebung auf dem Platz der Befreiung demonstrieren in **Schwarzenberg** tausende Bürger für gesellschaftliche Reformen.

In Flöha findet der zweite ökumenische Gesprächsabend statt.

Bei der Zusammenkunft mit Vertretern des Neuen Forums in der Kirche von **Rabenau** wird der Forderungskatalog des Neuen Forums Dresden vom 4. November verlesen. Viele Teilnehmer unterschreiben für die Legalisierung des Neuen Forums. Anschließend findet die erste friedliche Demonstration mit Rufen wie: "Wir sind das Volk", "Freie Wahlen 90", "Keine Gewalt" und "Schließt euch an, wir brauchen jeden Mann" statt.

Etwa 300 Menschen nehmen an einer Einwohnerversammlung in **Gersdorf** teil. Dabei wird der Führungsanspruch der SED in Frage gestellt sowie Forderungen nach freien und geheimen Wahlen erhoben.

In **Grimma** stellen sich der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, der Kreissekretär der DBD, der Kreissekretär der CDU, der Kreisvorsitzende der LDPD, der Kreisvorsitzende der NDPD, der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises, die Vorsitzende der Kreisplankommission, der Bürgermeister und der Kreissekretär der Nationalen Front in einer vierstündigen Diskussion den Fragen der Bürger.

Der Rat des Kreises **Reichenbach** lädt zum zweiten Bürgerforum ein. Daran nehmen der Bürgermeister, der Sekretär der SED-Kreisleitung, der Vorsitzende des FDGB-Vorstandes und ein Vertreter des Neuen Forums teil.

Zum zweiten Bürgerforum in **Kamenz** kommen 700 Personen.

In Thalheim/Erzgebirge wird eine öffentliche Bürgerversammlung durchgeführt.

In **Zwickau** wird das vierte Ökumenische Friedensgebet im Dom, in der Nepomukkirche und in der Katharinenkirche durchgeführt. Anschließend versammeln sich etwa 14 000 Bürger vor dem Rathaus und fordern einen Dialog. Der Oberbürgermeister und Mitglieder des Rates der Stadt stellen sich den Demonstranten zum Gespräch.

6. November

Zur ersten Montagsdemonstration in **Bautzen** versammeln sich mehrere tausend Bürger auf dem Hauptmarkt.

In Crottendorf findet die erste Demonstration statt, die spontan von den Schülern der Crottendorfer Schule organisiert worden war.

In der "Freien Presse" Karl-Marx-Stadt werden ab diesem Tag ständig die Umweltdaten des Bezirkes veröffentlicht.

Mehr als 4 000 Einwohner aus **Oschatz** kommen zum Friedensgebet in die St.-Aegidien-Kirche mit anschließender, spontaner Podiumsdiskussion. Der eingeladene 1. Sekretär der SED-Kreisleitung erscheint nicht. Der anwesende Kreisratsvorsitzende wird während seiner Äußerungen durch laute "Abtreten"-Rufe unterbrochen. Im Anschluss dieser sehr langen und hitzige Debatte formieren sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationszug durch den Ort.

In Meißen konstituiert sich die Arbeitsgruppe Bauwesen des Neuen Forums und stellt ihren ersten Forderungskatalog auf.

In der Stadtkirche von **Mittweida** wird das erste Montags-Friedensgebet durchgeführt. Danach bilden mehrere hundert Teilnehmer die erste Demonstration, bei der brennende Kerzen vor der SED-Ortsleitung, dem Rathaus und dem Polizeirevier abgestellt werden.

In **Weißwasser** findet eine Versammlung in der vollbesetzten ev. Kirche statt, die vom Neuen Forum organisiert worden ist. Anschließend wird die erste Demonstration im Ort durchgeführt, bei der Transparente und Kerzen mitgeführt werden.

In **Dresden** findet die erste genehmigte Demonstration mit über 70 000 bis 100 000 Teilnehmern statt. Sie wurde von der "Gruppe der 20" gemeinsam mit dem Rat der Stadt vorbereitet. Beim Abschluss der Demonstration versuchen MfS-Mitarbeiter und SED-Aktivisten, diese massiv zu stören. Daraufhin organisiert die "Gruppe der 20" die zukünftigen Demonstrationen allein.

In **Colditz** wird das zweite Friedensgebet durchgeführt, an dem wieder sehr viele Bürger auch aus der Umgebung teilnehmen.

Im Rathaus von **Karl-Marx-Stadt** wird der Nutzungsvertrag für die Räume des Kontaktbüros der Bürgerinitiativen unterzeichnet. Zur zweiten Montagsdemonstration versammeln sich bis zu 70 000 Menschen vor dem Karl-Marx-Monument. Ein Sprecher des Neuen Forums fordert die Demonstranten auf, im Land zu bleiben, worauf in Sprechchören die tausendfache Antwort erschallt: "Wir bleiben hier!"

Die Gemeinderatssitzung Rützengrün spricht der Bürgermeisterin wieder das Misstrauen aus, sie wird aber nicht des Amts enthoben.

Etwa 20 000 Bürger aus dem Kreis **Aue** erschienen zur Montagsdemonstration in Aue, der erstmals ein Fürbittgottesdienst in der Friedenskirche vorausgeht. Bei der anschließenden Kundgebung auf der Freifläche vor dem Kreiskulturhaus, zu der im Vorfeld eine Sicherheitsvereinbarung geschlossen wurde, kommt es zu einem Dialog mit Vertretern des Neuen Forums, der Blockparteien und SED-Funktionsträgern. Als der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung zu den Demonstranten sprechen will, kommt es zu tumultartigen Protestrufen und der Forderung nach Rücktritt.

7. November

Die DDR-Regierung unter Ministerpräsident Willi Stoph tritt zurück.

Die Anhänger des Neuen Forums im Kreis Döbeln treffen sich in der Kirche zu **Gersdorf** mit etwa 400 Teilnehmern. 200 Personen erklären ihren Beitritt.

In der Stadt Heidenau gründet sich eine Gruppe des Neuen Forums.

In Königsbrück findet das vierte Friedensgebet statt.

Bei der Demonstration von 2 000 Bürgern in **Zwönitz** ist die Hauptforderung der Rücktritt von Egon Krenz. Vor die Rathaustür werden brennende Kerzen gestellt.

Vertreter des Christlichen Friedensseminars und der SED-Kreisleitung Werdau treffen sich in **Königswalde** zum ersten Mal zu einem Gespräch zur Initiierung eines Runden Tisches im Kreis Werdau.

Vor dem "Filmeck" in **Zschopau** findet ein Rathausgespräch mit etwa 2 000 Teilnehmern statt.

Das Neue Forum **Jonsdorf** trifft sich mit dem Bürgermeister. Die Zusage zur Durchführung einer öffentlichen Einwohnerversammlung wird gegeben.

Eine Beratung der Blockparteien und des Rates des Kreises mit Vertretern der Bürgerinitiavie im Kreis Auerbach (BIKA) in **Auerbach** findet statt.

In **Meißen** kommt es zur dritten Dienstagsdemonstration. An ihr beteiligen sich etwa 6 000 Einwohner. Der Demonstrationzug endet am rechtselbischen Parkplatz zwischen den Brücken, wo es zu einer Kundgebung kommt. Bei dieser Kundgebung sprechen ein Vertreter des Neuen Forums sowie Vertreter der Parteien. Als der Bürgermeister Erneuerungsvorschläge macht, wird er als Wendehals beschimpft.

"Die Union" veröffentlicht als erste regionale Tageszeitung genau einen Monat später Bilder vom Polizeieinsatz im Stadtzentrum von **Karl-Marx-Stadt**. An diesem Tag tritt auch der Unabhängige Untersuchungsausschuss des Bezirkes zusammen, der sich mit den Vorgängen um den 7. Oktober befassen soll und aus 19 Mitgliedern besteht. Am selben Tag konstituiert sich auch die Arbeitsgruppe Pädagogik, die das Bildungswesen der DDR erneuern will.

7. November

In der Michaelisgemeinde in **Karl-Marx-Stadt** treffen sich Vertreter der Opposition, die über die Einführung eines Runden Tisches auf Stadtebene diskutieren. Die Gruppe der 25 Bürger-Vertreter wird um 13 Personen erweitert, damit alle politischen Gruppierungen und thematischen Gruppen vertreten sind.

In **Oberlungwitz** findet ein Forum im Kulturhaus "Ernst Thälmann" statt, an dem der Bürgermeister, Spitzenfunktionäre des Rates des Kreises, Vertreter aller Parteien sowie ein Mitglied des Wehrkreiskommandos teilnehmen. Es werden viele Themen angesprochen und sehr emotional diskutiert.

In **Penig** wird die zweite Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 800 Einwohner beteiligen. Es werden Transparente und Kerzen mitgeführt.

Das Neue Forum **Großenhain** berät wieder. Es werden sechs Arbeitsgruppen gebildet (Recht, Umwelt, Volksbildung, Gesundheit, Medien, Kultur).

Der Gesprächskreis, der neben dem Christlichen Aktionskreis (CAK) in **Mühltroff** besteht, formuliert einen Brief an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und fordert ihn darin auf, die Ausreisewelle zu verringern. Er solle deutlich darauf hinweisen, dass zur Zeit in der DDR jeder gebraucht werde.

Die SDP führt die erste größere Veranstaltung auf dem Josephinenplatz in Karl-Marx-Stadt durch. Es erscheinen etwa 70 Personen.

In Rodewisch findet das zweite Rathausgespräch statt.

8. November

Das Politbüro der SED tritt auf der 10. Tagung des Zentralkomitees zurück. Hans Modrow wird Mitglied des neuen Politbüros, welches nur noch aus elf Personen besteht. Egon Krenz wird als Generalsekretär einstimmig bestätigt.

Das Neue Forum wird durch das DDR-Innenministerium als Vereinigung bestätigt.

Die Schriftstellerin Christa Wolf verliest im DDR-Fernsehen einen Aufruf an alle Ausreisewilligen, im Land zu bleiben.

Rund 3 000 Menschen demonstrieren in **Kitzscher** für freie Wahlen und Demokratie. Dabei werden Losungen wie: "Neues Forum zulassen", "Wir bleiben hier", und "Stasi in die Volkswirtschaft" mitgeführt.

Im Haus "Fortschritt" der Gemeinde **Tannenbergsthal** findet eine Einwohnerversammlung mit etwa 300 bis 400 Teilnehmern statt. Im Podium sitzen der Bürgermeister, der Vorsitzende des Ortsauschusses der Nationale Front, der Betriebsdirektor des VEB Kunstleder und der Kreissekretär der NDPD.

8. November

Ein durch die Bürgerinitiative vorbereitetes Bürgerforum im Saal des Kulturhauses "7. Oktober" mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Hohenstein-Ernstthal findet in **Lichtenstein** statt. Antworten auf die Fragen der Bürger geben ebenfalls Vertreter des Neuen Forums, der Bürgermeister und der Stadtbaudirektor.

Fernschreiben der MfS-Bezirksdienststelle an die MfS-Kreisdienststelle **Werdau** mit der Aufforderung zur Aktenüberbringung nach Karl-Marx-Stadt.

Die SED-Kreisorganisation **Werdau** schreibt eine Brief an Egon Krenz für Reformen in Betrieben sowie im Bereich des Handels und kritisiert die Bevormundung im Reisegesetzentwurf.

Im Speisesaal der Ernst-Schneller-Oberschule in **Schwarzenberg** werden aktuelle politische Fragen und Probleme vom stellv. Bürgermeister sowie Vertreter von Neuen Forum und SDP diskutiert. Der Vorsitzende des Rates des Kreises informiert über die bestätigte Anmeldung des Neuen Forums.

In der Kirche in Moritzburg findet ein "Gebet für unser Land" statt, an dem sich etwa 150 Einwohner beteiligen.

Etwa 8 000 Einwohner nehmen an der ersten Demonstration in Eilenburg teil.

In der Methodistenkirche von Werdau werden acht Arbeitsgruppen zu verschiedenen gesellschaftlichen Problemen gebildet.

In **Schönberg** findet in den Räumen der Kirchgemeinde eine Bürgerversammlung mit etwa 20 Bürgern statt. Themen sind neben der allgemeinen politischen Situation auch Schul- und Erziehungsfragen, Umweltprobleme und kommunale Fragen.

Die SED-Ortsleitung **Radebeul** verfasst ein "Kampfprogramm der SED-Ortsparteiorganisationen Radebeul für 1989" mit dem Titel der althergebrachten Losung: "Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden".

Ein Friedensgottesdienst und eine Demonstration werden in **Limbach-Oberfrohna** durchgeführt, an der sich etwa 20 000 Bürger beteiligen.

Tausende formieren sich in **Reichenbach** nach dem Gottesdienst zu einem Demonstrationszug durch die Stadt. Sprechchöre wie: "Wir sind das Volk, kommt, schließt euch an" werden gerufen. Brennende Kerzen werden vor der SED-Kreisleitung, dem Volkspolizeikreisamt und dem Staatssicherheitsgebäude abgestellt.

In der Petrikirche von **Freiberg** findet die dritte Großversammlung statt, die ab diesem Tag als Forum "Gespräch in der Petrikirche" bezeichnet wird. Es nehmen mehrere hundert Einwohner teil und sprechen über Bürgerrechte und freie Wahlen.

8. November

Im Kreis **Zschopau** hat sich das Neue Forum gegründet.

In **Markranstädt** findet eine öffentliche außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, die sich mit Vorschlägen zur Verbesserung der Kommunalpolitik beschäftigt. Sehr viele Einwohner sind anwesend.

In **Mutzschen** wird die erste Einwohnerversammlung im größtem Saal des Ortes durchgeführt. Das Interesse ist so groß, dass nach kürzester Zeit der Raum überfüllt ist. Es herrscht eine emotional sehr aufgeheizte Stimmung. Die anwesenden SED-Funktionsträger werden scharf kritisiert.

In Rodewisch konstituiert sich ein Ökumenischer Arbeitskreis.

In der St.-Martinskirche von **Oberlungwitz** wird das vierte Friedensgebet mit etwa 320 Einwohnern durchgeführt.

Auf dem Platz der Jugend in Zittau wird eine Kundgebung zum Vertrauensbruch des Bürgermeister durchgeführt.

In **Bautzen** gründet sich die Stadtgruppe des Neuen Forums im Kolpinghaus.

Die am 30. Oktober geforderten zwölf Arbeitsgruppen in **Weißwasser** treten zu ihren ersten Sitzungen zusammen.

In Falkenstein wird das zweite Rathausgespräch durchgeführt.

In **Altmannsgrün** bildet sich ein Runder Tisch, der vorwiegend kommunale Probleme bearbeitet.

In **Rödern** (Kreis Großenhain) findet ein Bürgerforum statt.

In **Kalkreuth** (Kreis Großenhain) findet mit etwa 250 Teilnehmern und dem 2. Sekretär der SED-Kreisleitung eine Einwohnerversammlung statt. Es gibt massive Kritik und Forderungen zur Abschaffung der Führungsrolle der SED.

In **Großenhain** tagt die Stadtverordnetenversammlung. Von der NDPD wird die Bildung von Fraktionen vorgeschlagen. Die FDJ spricht sich gegen weitere Donnerstagsdemonstrationen aus und unterstützt somit die Feststellung des Vorsitzenden des Rates des Kreises, der in einer Presseerklärung an diesem Tag verlauten lassen hatte, dass von niemandem weitere Demonstrationen geplant seien, alle anderslautenden Gerüchte seien falsch.

9. November

Günter Schabowski informiert in einer Pressekonferenz über die Möglichkeit für Bürger der DDR von Westreisen ohne besondere Gründe. Kurz darauf strömen Tausende an die Berliner Mauer. Am Abend wird die Mauer geöffnet.

9. November

Die SED-Grundorganisation der Landesbühne Sachsen verlangt in einem offenen Brief an das Zentralkomitee der SED die Trennung von Staat und Partei, ein neues Wahlgesetz, einen Verfassungsgerichtshof, die Bildung von unabhängigen Untersuchungs- Ausschüssen und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, bei dem Karrieristen und solche Mitglieder, die nicht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, ausgeschlossen werden sollen.

Am Abend findet die dritte Demonstration in **Großenhain** mit etwa 4 000 Teilnehmern statt. Zum ersten Mal taucht ein Transparent mit der Aufschrift: "Wiedervereinigung Deutschlands" auf. Weitere Forderungen sind zum Beispiel: "Freie Wahlen", "Stacheldraht und Mauer weg". Erstmals findet im Anschluss der Demonstration eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Vom Balkon des Rathauses sprechen unter anderem der Bürgermeister und der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung. Letzterer verkündet die neue Reiseverordnung, wird aber immer wieder unterbrochen und ausgepfiffen.

Erklärung der Mitarbeiter des Stadttheaters **Döbeln**, in der sie mehr Demokratie und Sozialismus fordern. Der Führungsanspruch der SED müsse abgeschaft und freie Wahlen sowie neue politische Kräfte zugelassen werden.

Im Saal der Hubertusburg in Wermsdorf wird das erste Bürgerforum durchgeführt.

In **Sebnitz** findet die zweite genehmigte, vom Neuen Forum organisierte Demonstration statt. Im Neuen Forum engagieren sich etwa 20 aktive Mitglieder.

Auf Einladung des Bürgermeisters und der Ratsmitglieder von Seiffen findet im Kulturhaus eine öffentliche Versammlung statt.

Beim Zschopauer Kreistag in **Großolbersdorf** wird eine Erklärung des Neuen Forums verlesen. Weiterhin beschließt der Kreistag ein Sofortprogramm, dass neue Bauprojekte außerhalb des Kreises nicht mehr begonnen werden und bereits geplante Leistungen reduziert werden.

Der Rat des Kreises Werdau entsendet 37 seiner Mitarbeiter zur Arbeit im Handel, Gesundheitswesen, Kraftverkehr und Schulen.

Bei der NDPD Werdau findet ein Umweltgespräch statt.

In **Hohndorf** bei Zschopau findet zum Thema Trinkwasserqualität ein Bürgerforum mit etwa 150 Teilnehmern statt.

Das SED-Kreissekretariat **Meißen** wendet sich in der Lokalausgabe der Sächsischen Zeitung mit einem Katalog von Erneuerungsforderungen an die 11 000 Mitglieder im Kreis.

Veranstaltung im Kulturrathaus von **Ellefeld**. Dort werden die Forderungen nach freien Wahlen, nach Demokratie und Reisefreiheit formuliert.

9. November

Die Verantwortlichen von **Schlettau** stellen sich in einem Bürgerforum den Anfragen der Bürger. Im Jahr 1989 finden noch drei Demonstrationen statt, welche die wirtschaftliche Einseitigkeit durch die LPG, die katastrophale Verschmutzung von Luft und Trinkwasser anprangern. Eine weitere Demonstration konzentriert sich auf den Baustopp eines noch zu errichtenden größeren Düngemittellagers. Zum Abschluss folgt meist eine Ansprache der Initiatoren der Bürgerinitiative auf dem Marktplatz.

Die Maueröffnung wird in **Schlettau** durch Rufe der Bürger wie: "Wir sind frei" begrüßt. Einige hängen die schwarz-rot-goldene Fahne ohne Emblem aus dem Fenster.

Aus der Bürgerinitiative "Fürbittandacht für unser Land" gründet sich in Hohenstein-Ernstthal das Neue Forum.

Seit der Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik finden sich wie in ganz Sachsen auch in **Kamenz** täglich lange Warteschlangen vor den Pass- und Meldestellen des VPKA, dem Rathaus und den Staatsbanken.

In der Gemeinde **Niederschöna** findet eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung im Saal des Kulturhauses statt. Die Gemeindevertreter und rund 150 Bürger diskutieren über die Politik der SED und die aktuellen Ereignisse.

Vom Vorsitzenden des Rates des Kreises wird die Kommission zur Untersuchung der Auseinandersetzungen am Bahnhof von **Reichenbach** zur konstituierenden Sitzung am 14. November einberufen.

Etwa 150 Bürger kommen zum Einwohnerforum in **Langensteinbach**. Eingeladen hat der Rat der Gemeinde, der Bürgermeister leitet die Versammlung.

In der Stadtverordnetenversammlung von **Schkeuditz** tritt der SED-Bürgermeister auf Forderung des Neuen Forums zurück.

Auf dem Platz des 8. Mai (Markt) in **Radeburg** findet eine öffentliche Einwohnerversammlung statt. Rund 600 Bürger mit Kerzen nehmen daran teil. In Sprechchören fordern sie freie Wahlen und den Rücktritt des Bürgermeisters. Während der Veranstaltung kommt die Information über die offene Grenze zum Westen, was von den Teilnehmern mit großem Beifall aufgenommen wird. Es wird zur Gründung einer Basisgruppe des Neuen Forum aufgerufen und erstmals die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit gestellt. Ein älterer Bürger prophezeit die Einheit innerhalb eines Jahres.

Im ev. Gemeindehaus von **Delitzsch** treffen sich viele Delitzscher, die zur Mitarbeit der gesellschaftlichen Veränderung bereit sind. Vertreter des Neuen Forums, der SDP und des Demokratischen Aufbruchs stellen sich vor.

Ein von der Stadt organisiertes Bürgerforum wird auf dem Marktplatz in **Königsbrück** durchgeführt. Daran nehmen etwa 800 Menschen teil. Inhalt ist die Stellungnahme des Bürgermeisters und die Wortmeldung von Vertretern verschiedener Parteien.

9. November

In **Königswalde** findet das erste Einwohnerforum statt. Diskutiert werden Fragen zum Bauwesen der Schulpolitik, Umweltprobleme, Unstimmigkeiten bei der letzten Wahl in Königswalde, fehlende Telefonanschlüsse und das misstrauen gegenüber der SED und der Staatssicherheit.

In der ev. Kirche zu Laubusch wird ein Gesprächsforum zum Thema "Toastbrot und Bananen" durchgeführt.

In Lommatzsch findet die dritte Demonstration statt.

In **Frauenstein** findet ein Forum mit 400 Personen und Vertretern des Rates des Kreises und des Rates der Stadt mit Forderungen nach Veränderungen statt.

Die Stadtverordneten von **Zwönitz** haben die Bürger zu einer offenen Aussprache ins "Feldschlößchen" eingeladen. Im Präsidium haben sämtliche Ratsmitglieder Platz genommen. Wegen des großen Andrangs wird die Veranstaltung nach außen übertragen.

In Auerbach findet ein Gespräch mit dem Bürgermeister, der LDPD, CDU, NDPD und dem Neuen Forum statt.

In der Stadtkirche von **Penig** gibt es ein Bürgerforum, an dem sich über 1 500 Bürger beteiligen. Zahlreiche SED-Funktionäre, Vertreter des Rates der Stadt sowie der Bürgermeister sind anwesend. Ein "Spitzelpamphlet" der SED-Kreisleitung wird verlesen, mit dem die SED-Parteiorganisationen in den Betrieben aufgefordert worden waren, oppositionelle Bürger zu bespitzeln und täglich zu melden.

Bei der außerordentlichen Sitzung der SED-Kreisleitung in Oschatz wird der 1. Sekretär abgewählt.

Im Plenarsaal des Rates des Kreises **Wurzen** wird eine öffentliche Diskussionsrunde mit der Kreisschulrätin durchgeführt. Sehr viele Problemkreise von Erziehung und Bildung werden angesprochen. Obwohl die Kreisschulrätin versucht, durch ein Reformprogramm das Vertrauen wiederzuerlangen, kann sie die massive Kritik an ihrer bisherigen Arbeitsweise nicht zurückweisen.

Ins Audimax der LPG-Hochschule in **Meißen** lädt der Bürgermeister zum zweiten Bürgerforum ein, zu dem er selbst jeodch nicht erscheinen kann. Es sind aber viele Funktionsträger aus vielen Bereichen anwesend, und eine lebhafte Diskussion mit den knapp 400 Teilnehmern entsteht.

Die Bürgerinitiative aus **Weinböhla** führt ein Bürgerforum in der Kirche durch.

In der Lutherkirche von **Zittau** werden Gedächtnisprotokolle vorgelesen. Anschließend findet eine Lichterdemonstration zum Gebäude der SED-Kreisleitung und dem der Staatssicherheit statt. Es nehmen etwa 1 500 Einwohner daran teil.

9. November

Der Rat des Kreises Zwickau bestätigt die Anmeldung des Neuen Forums vom 25. Oktober 1989 im Rathaus.

Das Neue Forum in **Pirna** stellt sich in der Klosterkiche den Einwohnern vor.

In der Stadtkirche von **Mittweida** wird eine Veranstaltung mit über 3 500 Teilnehmern durchgeführt. Vertreter des Neuen Forums und des Demokratischen Aufbruchs stellen ihre Reformgruppen vor. Der Vorsitzende des Rates des Kreises sowie der Bürgermeister versuchten noch im letzten Moment, diese Veranstaltung zu verhindern. Die Nachricht von der Maueröffnung löst Jubel, aber auch Protestreaktionen aus. Dennoch kommt es anschließend zu einem Demonstrationszug zum Platz der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft.

Im "Thälmannhaus" in Ellefeld findet ein Bürgerforum statt, bei dem sich auch die Bürgerinitiative BIKA aus dem Kreis Auerbach vorstellt.

In der St.-Laurentius-Kirche von **Pegau** wird ein Friedensgebet mit anschließender Demonstration durchgeführt, an dem sich über 1 000 Einwohner beteiligen. Bei der Kundgebung vor dem Rathaus versucht der Bürgermeister, ohne Mikrofon zu den Demonstranten zu sprechen, was aber nur wenige hören.

Das Neue Forum, der Demokratische Block und Mitglieder des Demokratischen Aufbruchs aus **Karl-Marx-Stadt** fordern in Zeitungsartikeln all jene Menschen, die ausreisen wollen, auf, im Land zu bleiben.

In **Karl-Marx-Stadt** konstituieren sich neben den schon bestehenden Arbeitsgruppen des Neuen Forums weitere zu den Themen Menschenrechte, Gesundheitswesen und Stadtentwicklung.

In der Gaststätte "Goldenes Lamm" in **Bärenwalde** wird die erste Einwohnerversammlung durchgeführt. Es sind sehr viele Einwohner anwesend.

Im Gasthaus "Blaue Kugel" in **Cunewalde** findet eine Bürgerversammlung mit hoher Beteiligung statt. Auch örtliche SED-Funktionsträger sind anwesend, die im Laufe der Veranstaltung hart kritisiert werden.

Ein Flugblatt mit dem Titel: "Stellungnahme zur Situation" wird in **Neustadt/Sachsen** verteilt.

In Bärenstein findet die konstituierende Sitzung des Neuen Forums statt.

Im Kulturhaus in **Borstendorf** wird mit etwa 100 Bürgern eine Gemeidevertretersitzung durchgeführt. Viele Einwohner äußern ihren Unmut über die herrschenden Verhältnisse. Im Anschluss daran treffen sich noch einige Bürger mit dem Pfarrer, um die weitere Vorgehensweise in der Gemeinde abzusprechen.

9. November

Bei einer Veranstaltung der Bürgerinitiative in **Rodewisch** (BIRo) wird das Neue Forum vorgestellt, welches sich im Kreis Auerbach auch aus dieser Bürgerinitiative bildete. Es liegen Einschreibelisten für eine Mitarbeit in der BIRo aus.

Der Rat der Stadt **Treuen** führt ein öffentliches Jugendforum durch.

Im Kino in **Auerbach** findet das zweite Rathausgespräch statt. Als die Anwesenden erfahren, dass die Grenze geöffnet ist, fahren viele spontan in der Nacht Richtung Grenze.

10. November

Das ZK der SED verabschiedet ein Aktionsprogramm. Freie Wahlen und wirtschaftliche Reformen werden angekündigt. Die ehemaligen Politbüromitglider Günter Mittag und Joachim Herrmann werden wegen Amtsmissbrauchs aus dem ZK ausgeschlossen.

In Berlin-Ost demonstrieren etwa 150 000 SED-Mitglieder für den Fortbestand der DDR. Die Einberufung eines Sonderparteitages wird gefordert.

Antwort der SED-Kreisleitung **Döbeln** auf den Offenen Brief der Demonstranten vom 6. November 1989. Darin war das erste Eingeständnis der eigenen Schuld und das schriftliche Versprechen für "das gleichberechtigte Zusammenwirken aller Kräfte" enthalten.

In **Flöha** findet die erste, vom Neuen Forum organisierte, Friedensdemonstration statt. Themen sind die Zulassung des Neuen Forums und die Abhaltung freier Wahlen. Bis zum 31. Januar 1990 finden sechs Demonstrationen statt, mit teilweise bis zu 5 000 Teilnehmern.

Im Anschluss an das Friedensgebet findet in Görlitz eine Protestdemonstration statt.

Der Gemeindevertretung **Ebersbach** (Kreis Großenhain) wird das Protokoll des Bürgerforums vom 30. Oktober durch den Pfarrer vorgetragen. Die Genossen der SED sind völlig konsterniert und verunsichert. Dem anwesenden Kreisschulrat verschlägt es in der Diskussion die Sprache. Der Vorsitzende der Nationalen Front (SED) versucht mit einer drohenden Bemerkung den Zahnarzt des Ortes einzuschüchtern, als dieser die führende Rolle der SED hinterfragt.

Auf der außerordentlichen Sitzung der SED-Kreisleitung **Grimma** wählt diese einen neuen 1. Sekretär.

Mehrere tausend Bürger aus dem Kreis **Auerbach** beteiligen sich an der dritten Freitagsdemonstration in Auerbach. Der Demonstrationszug geht wieder an dem Gebäude der SED-Kreisleitung vorbei. Auf dem Friedensplatz kommt es zu einer Kundgebung, bei der die Thematik der Grenzöffnung im Mittelpunkt steht. Die Internationale und das selbst gedichtete Lied eines Auerbacher Bürgers werden gesungen.

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Wurzen stellt bei der SED-Kreisleitung den Antrag, sie aus ihrem Amt zu entbinden.

10. November

In **Meißen** findet ein Gespräch zwischen Vertretern des Neuen Forums und Mitgliedern des Rates des Kreises statt. Das Neue Forum darf nun Veranstaltungen in öffentlichen Räumen durchführen und seine eigene Zeitung herausbringen, die den Namen "hier" trägt.

Die Basisgruppe des Neuen Forums **Oberwiesenthal** trifft sich mit dem Pfarrer, um die weitere Vorgehensweise im Ort abzusprechen. Es sollen Friedensgebete mit anschließenden Demonstrationen stattfinden.

In der St.-Jacobi-Kirche in **Neustadt** in Sachsen wird ein Friedensgebet durchgeführt. Die etwa 300 Teilnehmer bilden anschließend einen Demonstrationszug, der durch die Neubaugebiete von Neustadt zieht.

In **Freiberg** verfassen der Demokratische Aufbruch, Demokratie Jetzt und das Neue Forum einen gemeinsamen Aufruf an die Bürger Freibergs, im Land zu bleiben und an der Erneuerung mitzuwirken.

Der 1. und 2. Sekretär der SED-Kreisleitung Aue werden auf einer Kreisleitungssitzung von ihren Funktionen entbunden.

Etwa 40 Frauen treffen sich im Pfarrhaus der St.-Nikolai-St.-Thomas-Gemeinde in **Karl-Marx-Stadt** und wollen sich im Prozess der politischen Erneuerung für die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann einsetzen.

Zur vierten Freitagsdemonstration in **Karl-Marx-Stadt** versammeln sich mehrere tausend Menschen. Sie beschließen, alle künftigen Demonstrationen auf den Montag zu verlegen.

In Bischofswerda findet die konstituierende Sitzung des Neuen Forums statt.

Ein Untersuchungsausschuss, der vom Rat des Kreises Auerbach eingesetzt wurde, überprüft einen Grundstückskauf des Bürgermeisters von **Rodewisch**.

11. November

In **Döbeln** findet zwischen Vertretern des Rates des Kreises, der SED-Kreisleitung und Vertretern des Neuen Forums ein Arbeitsgespäch statt.

Nach dem ökumenischen Friedensgebet in **Zwenkau** berichtet Superintendent Magirius über die Entwicklung der Leipziger Friedensgebete. Im Anschluss findet die erste Demonstration statt. Vor das Rathaus werden viele brennende Kerzen gestellt.

Das Neue Forum **Riesa** verliest eine Erklärung zur Grenzöffnung, in der die Leute zu Ruhe und Ordnung an den Grenzübergängen und zum Wiederkommen aufgefordert werden.

In Crimmitschau konstituiert sich der Gesprächskreis für Ökologie und Stadtentwicklung.

11. November

Die Bürgerversammlung von **Thum** verabschiedet eine Erklärung an die Volkskammer der DDR, in der sie die Streichung des Führungsanspruches der SED aus der Verfassung und Wahlen für 1990 fordern.

Fünf Soldaten der NVA werden im Pflegeheim von **Kamenz** als Pfleger und Betreuer eingesetzt. Bisher hatten sie ihren Dienst als "Bausoldaten" versehen.

Das Faschingsprogramm des Carnevalclubs **Moritzburg** CCM besitzt wieder einen zum Teil "staatsfeindlichen" Inhalt, so das es auf heftige Kritik bei Regimetreuen stößt. Aber im Gegensatz zum Februar kann es diesmal nun auch aufgeführt werden.

In **Lichtenberg** findet ein Bürgerforum mit etwa 80 Teilnehmern statt. Ein Vertreter der Bürgerinitiative Lichtenberg verliest zu Beginn die Protokolle von vergangenen Foren. In diesen wird u.a. die führende Rolle der SED in Frage gestellt. Gefordert werden unter anderem der Abbau des Verwaltungsapparates und die Abschaffung von Organisationen mit militärischem Charakter und die Neuwahl der Regierung.

Der Bezirksvorstand des Demokratischen Aufbruchs in **Karl-Marx-Stadt** konstituiert sich und wählt einen Vorsitzenden. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung wird von seiner Funktion entbunden und ein Nachfolger gewählt.

Etwa 500 Bürger aus **Oberlichtenau** ziehen zum Naherholungsgebiet "Keulenberg" und demonstrieren mit Transparenten vor dem Eingangstor. Es wird die Öffnung des Naherholungsgebietes, der von der Staatssicherheit benutzt wird, gefordert. Ab diesem Tag ist dann die Wiederbegehung des Berges möglich.

In Marienberg findet die dritte Samstagsdemonstration statt.

In **Plauen** wird eine Samstagsdemonstration durchgeführt, an der sich trotz der nahen und jetzt offenen Grenze wieder mehrere tausend Einwohner beteiligen.

12. November

Der Verteigungsminister Heinz Keßler gibt offiziell die Aufhebung des "Gebrauchs oder Einsatzes von Schußwaffen" an der Grenze bekannt.

Der ev.-luth. Pfarrer und Jugendevangelist Dr. Theo Lehmann hält in **Karl-Marx-Stad**t bei zwei Jugendgottesdiensten vor etwa je 2 000 Teilnehmern die Predigt: "Mord und Totschlag in der Kinderstube".

In der Martin-Luther-Kirche von **Oberwiesenthal** wird das am 10. November vereinbarte Friedensgebet durchgeführt, an dem sich viele Einwohner beteiligen. Danach findet die erste Demonstration statt, die mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz von Oberwiesenthal endet.

12. November

In **Aue** trifft die auf Initiative des Neuen Forums gebildete AG Rechtsfragen zu ihrem ersten Sonntagsgespräch zusammen. Daran beteiligt sind auch der Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung sowie Vertreter der LDPD und des Kulturbundes.

Tausende Bürger aus **Karl-Marx-Stadt** folgen einem Aufruf der SED-Grundorganisation und erscheinen zu einer Kundgebung vor dem Karl-Marx-Monument. Dort fordern sie die radikale Erneuerung der Partei.

In **Treuen** findet die zweite Demonstration mit etwa 1 500 Teilnehmern statt, die wieder brennende Kerzen ans Rathaus stellen.

In **Altmannsgrün** tritt der Runde Tisch zur zweiten Sitzung zusammen.

Beginn der Friedensdekade in der Marienkirche von **Werdau**. Bis zum 22. November werden in der Marienkirche Friedensgebete durchgeführt.

13. November

Hans Modrow wird auf der 11. Tagung der Volkskammer mit nur einer Gegenstimme zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Günther Maleuda (Bauernpartei) wird zum neuen Präsidenten der Volkskammer gewählt. Die Abgeordneten erfahren, dass die Verschuldung im Inland 130 Milliarden Mark beträgt. Die DDR hebt die Sperrzonen entlang der innerdeutschen Grenze auf und schafft den Schießbefehl ab.

Sprecher des Neuen Forums warnen in Leipzig vor einem "Ausverkauf des Landes".

Sechster Fürbittgottesdienst in **Döbeln** mit anschließender Demonstration und einem "Gespräch" vor dem Rathaus.

Zur Montagsdemonstration in **Dresden** mit etwa 100 000 Teilnehmern läuten erstmals die Glocken der Kathedrale.

Bei der Dialogrunde im Klub der Jugend in **Riesa** mit etwa 2 000 Teilnehmern geht es um Fragen von Handel und Versorgung. Neben der Ratsvorsitzenden ist auch ein Vertreter der Sprechergruppe des Neuen Forums anwesend.

Ein Gespräch zwischen dem Rat der Stadt und dem Kirchenvorstand der ev.-luth. Kirchgemeinde findet in Frauenstein statt.

Mit etwa 50 Teilnehmern findet in **Scheibenberg** eine Versammlung von Sympathisanten des Neuen Forums und Interessierten statt. Es geht unter anderem um Werbung aktiver Mitglieder; Aufruf zur Demonstration in Annaberg; Arbeitsweise des Neuen Forums; Kritik am Schuldirektor, an der Parteileitung und einzelnen Lehrern; Umweltprobleme und Praktiken der SED (zum Beispiel Wahlbetrug).

Rund 1 000 Menschen demonstrieren in **Glauchau** nach einem Fürbittgottesdienst. Sie fordern unter anderem freie demokratische Wahlen und eine Verbesserung der Kommunalpolitik.

13. November

Nach dem Friedensgebet in Rothenburg/Oberlausitz ziehen alle Anwesenden mit Kerzen durch die Stadt.

In **Großröhrsdorf** findet eine Demonstration mit Kundgebung statt. Die Forderungen der Demonstranten sind: Auflösung des NVA-Stützpunktes in der Massenei; Schaffung von Betätigungsmöglichkeiten für die Jugend (Jugendclub, Spielplätze ...) um deren Abwanderung zu verhindern; Verurteilung der Bürger, die für das MfS gearbeitet haben.

In der Stadtkirche von **Delitzsch** wird eine Friedensandacht zum Thema "Wahrheit und Lüge" durchgeführt. Danach bildet sich die erste Demonstration im Ort, an der auch eine Abordnung der SED-Kreisleitung teilzunehmen versucht. Der Demonstrationszug geht deshalb auch am Gebäude der SED-Kreisleitung vorbei.

Die erste legale Demonstration mit etwa 3 000 Teilnehmern wird in **Hohenstein-Ernstthal** von der Bürgerinitiative "Fürbittandacht für unser Land" organisiert.

In Wermsdorf findet von nun an wöchentlich ein Friedensgebet statt.

Auf einer Gemeinderatssitzung in **Rützengrün** wird auf Grund von Forderungen aus der Bevölkerung dem Rat der Gemeinde die Vertrauensfrage gestellt. 100 Personen hatten sich mit ihrer Unterschrift für die Absetzung der SED-Bürgermeisterin ausgesprochen. Daraufhin löst sich die SED-Ortsgruppe in Rützengrün, die aus fünf Mitgliedern besteht, auf. Drei davon schließen sich der Ortsgruppe in Rodewisch an.

In **Niederoderwitz** führt die Ortsgruppe des Neuen Forums, welche sich Ende September gründete, ihre erste öffentliche Großveranstaltung in der Kirche durch. Etwa 800 Einwohner nehmen teil, Arbeitskreise werden gebildet und besetzt.

Auf dem Markt von **Wurzen** wird ein Treffen der SED durchgeführt, bei der sich das neue Sekretariat vorstellt. Dies findet zu einer Zeit statt, als die ersten Bürger in den Dom zum wöchentlichen Friedensgebet gehen. Als dieses beendet ist, beteiligen sich etwa 5 000 Einwohner an einer Demonstration. Brennende Kerzen werden vor das Gebäude der SED- Kreisleitung gestellt.

Etwa 50 000 Menschen vereinen sich in **Karl-Marx-Stadt** zur dritten Montags-Demonstration. Ein Vertreter des Neuen Forums fordert einen Volksentscheid zu Artikel 1 der Verfassung sowie ein Wahlgesetz.

In **Zwickau** wird das fünfte Ökumenische Friedensgebet in der Friedenskirche und in der Moritzkirche durchgeführt. Anschließend bildet sich ein Demonstrationszug aus etwa 10 000 Teilnehmern, der am Gebäude der Staatssicherheit vorbeizieht und Reformen sowie eine unumkehrbare Erneuerung fordert.

In **Burgstädt** veranstaltet der Rat der Stadt gemeinsam mit Sympathisanten des Neuen Forums ein Bürgerforum. Der Rat der Stadt stellt ein 21-Punkte-Programm für eine effektivere Kommunalpolitik vor.

13. November

In **Weißwasser** wird ein Rathausgespräch auf dem Platz der Roten Armee durchgeführt, an dem sich über 1 000 Einwohner beteiligen. Es wird die Gründung einer Ortsgruppe der SDP bekannt gegeben, und viele Redner sowie Funktionsträger melden sich zu Wort.

In Langenbernsdorf wird die erste Demonstration durch eine unabhängige Bürgerinitiative durchgeführt.

In **Trünzig** bei Langenbernsdorf findet die erste Demonstration statt.

In der Kirche von **Oschatz** wird wieder ein Friedensgebet mit anschließender Podiumsdiskussion und folgender Demonstration durchgeführt, an der sich mehrere tausend Einwohner beteiligen.

Der Rat der Stadt **Nossen** erklärt in einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung geschlossen seinen Rücktritt. Die endgültige Entscheidung setzen die Stadtverordneten für zwei Wochen aus und berufen den Sekretär des Rates sowie das Ratsmitglied für Bauwesen ab.

In **Coswig** wird eine Leitungsgruppe des Neuen Forums gewählt.

Zur zweiten Montagsdemonstration in **Bautzen** erscheinen etwa 2 000 Teilnehmer. Es werden Transparente mitgeführt.

In Werdau findet das zweite Friedensgebet statt.

Im Lichtspieltheater "Einheit" in **Aue** erscheinen zahlreiche Bürger zu einem Umweltforum, bei dem es zu einer heftigen Diskussion kommt, weil Aue aufgrund zahlreicher Betriebe von sehr starken Umweltbelastungen betroffen ist. Es werden notwendige Umweltschutzmaßnahmen und eine lückenlose Berichterstattung über die ökologische Situation gefordert, die Lokalredaktion Aue der "Freien Presse" veröffentlicht seitdem auf der Lokalseite vom Vortag gemessene Umweltdaten.

Das Neue Forum **Görlitz** bildet an diesem und am nächsten Tag die Arbeitsgruppen Staat und Recht; Bildung, Erziehung, Jugend; Kultur; Ökologie; Wirtschaft; Gesundheitswesen/Soziales sowie Stadtentwicklung.

Das Neue Forum **Döbeln** erreicht ein Gespräch mit den Verantwortlichen beim Rat des Kreises, Abteilung Inneres, zum "Buchraub" aus dem Stadtarchiv (durch Antik-Handel Pirna zum Verkauf gegen Devisen).

14. November

In Königsbrück findet das fünfte Friedensgebet statt.

Der Vorsitzende des Rates des Kreises **Zschopau** und der Sprecherrat des Neuen Forums treffen sich zu einem Arbeitsgespräch. Das Neue Forum erwartet Förderung, Räume und Publikationsmöglichkeiten. Es wird eine "unbürokratische Prüfung" zugesichert.

14. November

Über 200 Personen nehmen an der Einwohnerversammlung in **Schönfeld** teil. Unter anderem fordern die Anwesenden freie Wahlen, Abschaffung des Führungsanspruches der SED, Auflösung des MfS und kein Vorenthalten von Informationen.

Die Stadtverwaltung in **Görlitz** tritt zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Der Oberbürgermeister wird abberufen, und zum amtierenden Oberbürgermeister wird der bisherige Stellvertreter berufen.

Einige hundert SED-Mitglieder folgen dem Aufruf der SED-Grundorganisation des Waschgerätewerkes **Schwarzenberg** zur Kundgebung und offenen Aussprache in den Hof des Gebäudes der SED-Kreisleitung. Ab sofort steht jeden Mittwoch ab 17 Uhr der Saal der Kreisleitung für Mitglieder der SED offen, um Fragen zu stellen und über Probleme zu sprechen.

In **Kitzscher** findet eine Demonstration statt.

Zum ersten Mal melden sich während der Demonstration in **Zwönitz** Blockparteien zu Wort. Die LDPD erteilt der führenden Rolle der SED eine Absage und kündigt für Zwönitz eine eigenen liberale Politik an.

Aus der Dienststelle des MfS in Auerbach werden Akten nach Karl-Marx-Stadt in die Bezirksverwaltung abtransportiert.

Die Teilnehmer des wöchentlichen Friedensgebetes in **Roßwein** erarbeiten einen öffentlichen Brief an die Stadt, der zehn wichtige Punkte enthält. Es werden unter anderem Aufklärung über die Umweltverschmutzung, die Staatssicherheit, des Bauzustandes der Altstadt und die Vorstellungen der weiteren Entwicklung im Ort gefordert.

In **Bretnig-Hauswalde** wird von der CDU-Ortsgruppe und dem Kirchenvorstand eine Friedensandacht organisiert. 250 Bürger sind anwesend. Auch der jetzige Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Herbert Wagner, ist dabei.

In **Bad Brambach** formieren sich etwa 1 000 Einwohner zu einem Demonstrationszug, bei dem viele schwarz-rot-goldene Fahnen und Transparente mitgeführt werden. Anschließend kommt es in der Kirche zu einem Gottesdienst. Dort spricht auch der Bürgermeister der zukünftigen Partnergemeinde Bad Alexanderbad und betont, dass es keine Partnerschaft mit der SED geben werde. An diesem Abend wird eine Bürgerinitiative gebildet, die weitere Demonstrationen und Kundgebungen organisieren will.

In **Meißen** wird die vierte Dienstagsdemonstration durchgeführt, die mit einer Kundgebung am Gebäude des Rates des Kreises endet. Es werden die Ergebnisse der Gespräche vom 10. November bekannt gegeben. Der Vorsitzende des Rates des Kreises bricht körperlich zusammen und tritt nicht mehr öffentlich auf.

Der CDU-Kreisverband **Großenhain** wendet sich mit der Bitte an den FDGB-Bundesvorstand, anstelle der 40-Stunden-Arbeitswoche die Wiedereinführung der vier abgeschafften christlichen Feiertage zu fordern.

14. November

Beim Forum zur Erneuerung der FDJ in Großenhain sind nur zwei Gäste anwesend.

Fünf junge Männer aus **Zittau** beginnen ihren Dienst als Zivildienstleistende in Zittauer Pflegeheimen. Dies gelingt aufgrund massiver Bemühungen des Neuen Forums, weil die gesetzliche Grundlage dazu noch fehlt.

In **Niederoderwitz** wird eine Einwohnerversammlung mit etwa 300 Teilnehmern im Kino durchgeführt. Es sind Funktionsträger und Vertreter von Parteien und Massenorganisationen anwesend.

15. November

In **Döbeln** findet eine Außerordentliche Sitzung des Sekretariates der Kreisleitung der SED statt, bei der das amtierende Sekretariat zurücktritt und ein neues gebildet wird.

Nach dem Friedensgebet findet in **Reichenbach** eine Demonstration mit den Forderungen nach Demokratie und freien Wahlen statt. Zum ersten Mal übernimmt das Neue Forum die Verantwortung. Mitglieder des Neuen Forums mit Armbinden und der Aufschrift "Neues Forum – keine Gewalt" sichern die Gebäude des Rates des Kreises, das Volkspolizeikreisamt und die SED-Kreisleitung ab.

In der Stadt **Lunzenau** nehmen an der ersten Demonstration etwa 100 Personen teil. Mitgeführt werden Kerzen, die brennend vor dem Rathaus abgestellt werden. Losungen wie: "Stasi raus" und "SED – das tut weh" werden mehrmals gerufen.

Ein Podiumsgespräch zwischen Bürgern und Vertretern des Neuen Forums über Demokratisierung, Verfassungsänderung, Umweltschutz und Neuwahlen sowie ein Friedensgebet und eine Demonstration finden in **Limbach-Oberfrohna** statt.

Eine vom Bürgermeister einberufene Bürgerversammlung trifft sich in der Stadtkirche von **Rothenburg**/Oberlausitz. Die Diskussion dauert über zwei Stunden.

Während der Sitzung des Rates der Gemeinde **Tannenbergsthal** wird unter anderem das Einwohnerforum ausgewertet und Sofortmaßnahmen, zum Beispiel in den Bereichen Handel, Fußwegbau und Straßeninstandsetzung, beschlossen.

In **Karl-Marx-Stadt** gibt die Kontaktperson des "Revolutionären Autonomen Jugendverbandes" (RAJV) dessen Gründung bekannt. Dieser Jugendverband will die Aktionsfähigkeit der linken Jugend ausbauen.

Vertreter der Bürgergruppen aus **Karl-Marx-Stadt** bereiten sich in ihrem Kontaktbüro auf das vierte Rathausgespräch vor. Zum ersten Mal wird der Begriff "Demokratische Plattform" verwendet. Das Neue Forum, die SDP, der Demokratische Aufbruch, die Initiative für die Vereinigte Linke und die Grüne Partei schließen sich zur "Demokratischen Oppositionellen Plattform" (DOP) zusammen.

Das Neue Forum in Neustadt in Sachsen wird vom Rat des Kreises Sebnitz als politische Vereinigung bestätigt.

15. November

In **Oberlungwitz** findet das fünfte Friedensgebet in der St.-Martinskiche statt, an dem aber nur noch etwa 65 Einwohner teilnehmen.

Im Gemeindesaal des Pfarrhauses in **Mutzschen** treffen sich Vertreter verschiedener, zum Teil neu etablierter Parteien und Mitglieder von Bürgerinitiativen, um über die Kritik, die am 8. November bei der Einwohnerversammlung geäußert worden war, zu sprechen. Aus diesem Kreis bildet sich der Runde Tisch im Ort.

In der Kreuzkirche von **Weißwasser** führt das Neue Forum ein Friedensgebet durch, an dem auch Vertreter der Blockparteien teilnehmen und ihre Erneuerungsvorschläge vorstellen.

Der Vorsitzende des FDGB-Kreisvorstandes Großenhain tritt zurück.

Auf dem Tischerplatz in Pirna wird eine Dialogveranstaltung zwischen Einwohnern und Mitgliedern der Nationalen Front durchgeführt.

Mitte November

In **Auerbach** diskutieren Vertreter der BIKA mit dem Bürgermeister und dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung über das Recht des Volkes zu Demonstrationen. Die SED-Kreisleitung weigert sich, die nächste Freitagsdemonstration zu genehmigen.

Auf dem Truppenübungsplatz **Königsbrück** kommt es zu einer Zunahme der Schießtätigkeit. Der Kirchenvorstand und das Neue Forum fordern die Auflösung des Panzerübungsplatzes.

In **Weißig** am Raschütz wird ein Einwohnerforum durchgeführt, bei dem die Bevölkerung die Bauaktivitäten der Nationalen Volksarmee (für ein Fliegerabwehr-Objekt, für das viel Wald abgeholzt und Baumaterial verbraucht wurde) auf dem "Friedensberg" im Raschützwald verurteilt. Die Gemeinde fordert deshalb einen kompetenten Vertreter, der die aufgebrachten Einwohner über diese Dinge aufklären soll.

Initiiert durch die Bügerbewegung findet in **Gelenau** ein Bürgerforum in der ev.-luth. Kirche statt. Etwa 550 bis 600 Personen nehmen an dieser Veranstaltung teil, bei der die Forderungen nach anderen politischen Verhältnissen und Demokratie deutlich formuliert werden.

Im neu eröffneten Jugendklub in **Arnsdorf** bei Dresden, der zum überwiegenden Teil durch die Eigenleistung der Jugendlichen entstanden ist, wird das Deutschlandlied gespielt. Am nächsten Tag kritisieren einige ältere Einwohner dieses Verhalten.

In Schnarrtanne findet ein Bürgerforum mit dem Bürgermeister und den Ortsgruppenvorsitzenden der Blockparteien statt.

In Rosenthal werden im November und Dezember drei Einwohnerversammlungen durchgeführt.

In **Elterlein** findet eine Einwohnerversammlung mit etwa 250 Personen statt. Aufgrund dieser Veranstaltung bildet sich Anfang Dezember der Runde Tisch.

16. November

In **Jonsdorf** findet die erste öffentliche Einwohnerversammlung statt. Der Kindergarten bastelt unter anderem rot-grüne Schleifen für das Neue Forum.

Nach dem Aufruf des Neuen Forums **Großenhain** findet die vierte Demonstration mit etwa 4 500 Teilnehmern statt. Gerufen wird unter anderem: "40 Jahre Partei – so eine Schweinerei" und "Macht euch frei von der Stasi-Schnüffelei". Das Neue Forum fordert bei der anschließenden Kundgebung auf dem Marktplatz unter anderem Abschaffung des Artikels 1 der Verfassung, freie Wahlen und Auflösung der Staatssicherheit. Der Bürgermeister lädt die Mitglieder des Neuen Forums zu einem Gespräch ins Rathaus ein.

Auf dem Scheringerplatz in **Freiberg** äußert der Bürgermeister auf einer SED-Kundgebung, man müsse die neue Entwicklung unumkehrbar machen.

Beim zweiten Bürgerforum in Wermsdorf wird der Rücktritt des gesamtes Rates gefordert.

Bei der Tagung der SED-Kreisleitung Zschopau wird ein neuer 1. Sekretär gewählt.

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Bischofswerda wird abgelöst.

In der Kirche von **Bretnig** wird eine Gemeindeversammlung mit etwa 400 Einwohnern durchgeführt. Es werden überwiegend kommunalpolitische Probleme diskutiert.

Im vollbesetzten Stadtverordnetenkabinett des Rathauses in **Karl-Marx-Stadt** trifft sich die durch den Rat der Stadt initiierte Arbeitsgruppe "Regionale Entwicklung" zu ihrer ersten Beratung.

In **Wurzen** findet eine Sondersitzung des Kreistages statt. Es wird der Rücktritt des Rates des Kreises erwartet. Zum ersten Mal stellt sich auch ein Vertreter der Kreisdienststelle der Staatssicherheit der Bevölkerung. Es wird eine Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung gebildet. Bei der anschließenden Vertrauensfrage werden 18 der 19 anwesenden Mitglieder des Rates des Kreises bestätigt.

Etwa 120 Einwohner aus **Mutzschen** bilden die erste Demonstration im Ort. Sie ziehen durch das Stadtzentrum und bringen durch Transparente und Sprechchöre ihre Unzufriedenheit mit der Politik der SED zum Ausdruck.

Das Neue Forum in Coswig führt eine Veranstaltung in der Kirche durch, bei dem etwa 200 Einwohner anwesend sind.

In **Oberlichtenau** wird eine Einwohnerversammlung durchgeführt, an der etwa 260 Einwohner teilnehmen.

16. November

In der Kirche von **Cunewalde** veranstaltet das Neue Forum eine Bürgerversammlung. Es wird eine sachlichere Diskussion als am 9. November über Probleme der Gemeinde geführt.

In **Pegau** wird nach dem Friedensgebet in der St.-Laurentius-Kirche die zweite Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 200 Einwohner beteiligen.

Der Rat der Stadt **Auerbach** befasst sich auf seiner Sitzung mit der zugespitzten Lage im Kreis und formuliert ein Fernschreiben an den Vorsitzenden des Staatsrates.

In **Bertsdorf** wird die erste Einwohnerversammlung mit ungefähr 500 Teilnehmern in der Kirche unter der Leitung des Rates der Gemeinde durchgeführt. Auch zwei Mitglieder des Rates des Kreises sind anwesend. Die Einwohner fordern, bei der nächsten Gemeindevertretersitzung die Vertrauensfrage gegen den Bürgermeister zu stellen sowie den Rücktritt der Schuldirektorin. Noch viele weitere Themen werden angesprochen.

Im Rathaus von **Crimmitschau** findet der erste Runde Tisch statt, der erste im Kreis Werdau. An ihm arbeiten Vertreter von SED, LDPD, CDU und NDPD sowie des Neuen Forums mit.

"Willenskundgebung" der SED-Kreisleitung in Bautzen vor dem Gebäude der Kreisleitung.

Vor dem Ferrolegierungswerk in Hirschfelde findet eine Demonstration wegen der unzumutbaren Umweltbelastung statt.

Eine geplante Kundgebung vor dem Rathaus in **Falkenstein** fällt aus.

In der Methodistenkirche von **Werdau** findet ein Bürgergespräch über das Gesundheitswesen statt. In der Marienkirche wird in einer Gesprächsrunde über die Wehrerziehung diskutiert.

17. November

Ministerpräsident Modrow kündigt in seiner Regierungserklärung eine "demokratische Erneuerung des öffentlichen Lebens" an und schlägt eine "Vertragsgemeinschaft" beider deutschen Staaten vor. Das Ministerium für Staatsicherheit wird in "Amt für Nationale Sicherheit" umbenannt. Zum Leiter des Amtes wird der stellvertretende Minister für Staatsicherheit, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz ernannt.

Nach dem letzten Friedensgebet in vier Kirchen gehen etwa 1 000 Bürger mit brennenden Kerzen durch Görlitz.

In **Thalheim**/Erzgebirge wird eine öffentliche Bürgerversammlung durchgeführt.

17. November

Auf Einladung des Bürgermeisters treffen sich im Rathaus von **Lengenfeld** Vertreter des Rates der Stadt, der Stadtparteiorganisation der SED, der Nationalen Front und der Blockparteien mit Vertretern der neugegründeten Basisgruppe des Neuen Forums. Es wird die Bildung eines Runden Tisches beschlossen.

Die Gruppen des Neuen Forums und des DA **Dresden** formulieren einen gemeinsamen Standpunkt zur Weiterführung der Basisarbeit nach der Formierung des DA zu einer Partei im Neuen Forum.

Auf Druck der Bevölkerung finden am 17., 21. und 23. November in den Ortsteilen von **Schönberg** öffentliche Einwohnerversammlungen mit jeweils 50 bis 60 Teilnehmern statt. Unter anderem werden kommunale Missstände und Umweltprobleme diskutiert.

Etwa 18 Bürger finden sich zur ersten Zusammenkunft des Neuen Forums Rabenau im "Haus der Jugend" zusammen.

In **Radebeul** findet eine Demonstration statt, die vom Friedensarbeitskreis organisiert wurde. Der Demonstrationszug zieht von der Lutherkirche zur Friedenskirche Kötzschenbroda.

Der Superintendent aus **Delitzsch** fordert beim Rat der Stadt, die Kreisdienststelle der Staatssicherheit im Gebäude "Am Wallgraben" aufzulösen.

Auf einer Pressekonferenz in **Leipzig** werden die Ergebnisse der Gespräche im Gewandhausfoyer in Form der Leipziger Postulate vorgestellt.

Zum vierten Rathausgespräch in **Karl-Marx-Stadt** treffen sich die 25 Bürger-Vertreter und Mitglieder des Rates der Stadt sowie die Vorsitzenden der Parteien DBD, CDU, LDPD und NDPD auf Stadtebene. Das Neue Forum fordert Unterstützung bei der Herausgabe einer eigenen Zeitung. Am Ende wird von allen ein Aufruf zur Gewaltlosigkeit unterzeichnet, der am nächsten Tag in der "Freien Presse" erscheint.

In der St.-Jacobi-Kirche in Neustadt in Sachsen wird ein Friedensgebet durchgeführt.

Der Stadtrat von **Radeburg** tritt auf Empfehlung der SED-Abgeordneten geschlossen zurück, da er nach eigener Ansicht "nicht mehr das Vertrauen der Bürger besitzt". Der Bürgermeister bleibt jedoch geschäftsführend im Amt.

Nach den Forderungen vom Vortag beurlaubt der stellvertretende Kreisschulrat sofort die Schuldirektorin aus Bertsdorf.

17. November

In **Auerbach** findet die vierte Freitagsdemonstration statt. Obwohl die SED-Kreisleitung keine Genehmigung erteilte, kommen wieder mehrere tausend Bürger und formieren sich zu einem Demonstrationszug, der mit lauten Buh-Rufen und Pfiffen an dem Gebäude der SED-Kreisleitung vorbeizieht. Es werden mehrere Spruchbänder mit der Aufschrift: "SED – Eure Zeit ist abgelaufen!" mitgeführt. Auf dem Friedensplatz kommt es wieder zu einer Kundgebung, bei der die Demonstranten freie Wahlen und die Abschaffung der SED fordern. Zum Abschluss wird das Deutschlandlied gesungen.

18. November

In **Leipzig** findet die erste genehmigte Kundgebung des Neuen Forums statt.

Bei der Diskussion in Ehrenfriedersdorf werden öffentliche Gespräche des Rates der Stadt zum Thema Umweltschutz gefordert.

In Crimmitschau findet ein Friedensgebet mit anschließender Demonstration statt.

In **Ortrand** gibt es den ersten schulfreien Sonnabend, damit die Lehrer und Schüler nach Westberlin fahren können. Die Schüler müssen über ihre Erlebnisse einen Aufsatz schreiben.

In der "Freien Presse" Karl-Marx-Stadt wird unter der Überschrift "Forum des Neuen Forum" eine ganze Seite eingerichtet, auf der das Neue Forum sowie später auch andere Bürgerinitiativen und neue Parteien einmal wöchentlich in eigener Verantwortung Artikel veröffentlichen können.

In Marienberg findet die vierte Samstagsdemonstration statt.

Die Initiativgruppe des Neuen Forums in **Weißwasser** führt eine Kundgebung vor der ev. Kirche zu dem Thema: "Aufbruch '89 – was wird aus unserem Land?" durch. Nach der mitunter hitzigen Diskussion formiert sich ein Demonstrationszug durch den Ort, an dem sich etwa 4 000 Einwohner beteiligen.

Die Tagung der SED-Kreisleitung **Großenhain** zieht erhebliche Kaderveränderungen nach sich.

Im Filmtheater von **Meerane** findet die erste offizielle Zusammenkunft des Neuen Forums statt. Außer interessierten Bürgern sind auch Kulturbundmitglieder, Kirchenvertreter sowie Mitglieder vom Rat der Stadt anwesend. Dabei wird die Gründung einer unabhängigen Zeitung gefordert, die seitdem als "Meeraner Blatt" erscheint. Mit dieser Veranstaltung gründete sich die Basisgruppe des Neuen Forums Meerane.

19. November

Ein Rundtischgespräch zwischen Bürgermeister und den Parteivorsitzenden von CDU, SED und SDP findet in Geithain statt.

19. November

Am Ende der Demonstration in **Freiberg** wird dem Vorsitzenden des Rates des Kreises ein Schreiben übergeben, in dem sein Rücktritt gefordert wird, weil er offensichtlich die Untersuchungen zu den Vorgängen am Freiberger Bahnhof am 4. Oktober und zu den Wahlfälschungen bei der Kommunalwahl am 7. Mai verhindern wolle. Dieser bietet den Vertretern der Parteien und Bürgerbewegungen Gespräche im Rat des Kreises an.

In **Treuen** findet die dritte Demonstration mit anschließender Kundgebung statt, welche von der LDPD-Ortsgruppe organisiert wurde.

In Pirna findet eine Demonstration statt, welche vom Neuen Forum organisiert wurde und an der sich etwa 8 000 Einwohner beteiligen.

In **Oberwiesenthal** findet das zweite Friedensgebet mit anschließender Demonstration statt.

Die Stadtgruppe des Neuen Forums Bautzen stellt sich bei einer Demonstration vor dem Rathaus vor.

Auf Initiative des Theaters der Stadt **Karl-Marx-Stadt** vereinen sich Kulturschaffende aus dem Bezirk mit der Bevölkerung zu einer Demonstration vom Luxor-Palast zum Karl-Marx-Monument. Sie fordern das Recht der freie Meinungsäußerung und der friedlichen Versammlung und Vereinigung.

In Bergen gründet sich eine Bürgerinitiative mit dem Namen "BIB" (Bürgerinitiative Bergen).

In der Johanneskirche von Crimmitschau wird ein Friedensgebet mit anschließender Demonstration durchgeführt.

20. November

Siebenter Fürbittgottesdienst mit anschließender Demonstration in **Döbeln**. Es nehmen etwa 2 500 Menschen teil.

In einem "Offenen Brief" an den Minister für Gesundheitswesen der DDR fordern die Mitglieder der Poliklinik **Heidenau** Verbesserungen der medizinischen Versorgung und der gesundheitlichen Betreuung im Stadtgebiet.

Bei der Montagsdemonstration in **Leipzig** fordern erstmals größere Teilnehmergruppen die Wiedervereinigung Deutschlands.

Unter Leitung des Superintendenten findet in Hoyerswerda das erste Gespräch am "Runden Tisch" statt.

In Colditz wird das dritte Friedensgebet durchgeführt.

In **Delitzsch** findet in der Stadtkirche eine Andacht unter dem Thema "Demokratie" statt. Anschließend bildet sich ein Demonstrationszug, der durch die Stadt zieht. Vor das Gebäude der SED-Kreisleitung und dem Rathaus werden Kerzen gestellt, die Transparente werden an der Rathaustür abgelegt.

20. November

In **Coswig** eröffnet das Neue Forum ein Büro.

Das Neue Forum in Crottendorf organisiert eine Demonstration, die dann jeden Montag durchgeführt wird.

Ausgerechnet am Montag, an dem die Demonstrationen durchgeführt werden, wollen die Funktionsträger aus **Wurzen** "Aussprachen" durchführen. Der Kreisstaatsanwalt und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises für innere Angelegenheiten beginnen. Dennoch wird ein Friedensgebet mit anschließender Demonstration durchgeführt, bei der auch das erste Mal eine Sicherheitspartnerschaft zwischen der "Initiativgruppe Demo" und der Volkspolizei besteht.

In **Zwickau** formieren sich nach den Friedensgebeten in der Lutherkirche und im Dom St. Marien mehrere tausend Bürger zu einem Schweigemarsch, der unter dem Motto steht: "Wir brauchen keinen Vormund!".

In **Karl-Marx-Stadt** findet die vierte Montagsdemonstration mit etwa 80 000 Menschen statt. Dieses Mal wird zuerst die Kundgebung durchgeführt, auf der Redner von der SED, CDU, LDPD, NDPD, SDP und des Neuen Forums auftreten.

In der Kirche von **Oschatz** wird wieder ein Friedensgebet mit anschließender Diskussionsrunde durchgeführt, an der sich etwa 800 Einwohner beteiligen.

In **Großenhain** findet das Rathausgespräch zwischen dem Neuen Forum, dem Bürgermeister und dem Ratsmitglied für Inneres beim Rat des Kreises statt.

Die "Gruppe der 20" erhält beim vierten Rathausgespräch in **Dresden** die Erlaubnis, regelmäßig an den Stadtverordnetenversammlungen teilnehmen zu können.

In **Bautzen** findet die dritte Montagsdemonstration statt.

In der Marienkirche Werdau findet das dritte Friedensgebet mit anschließender Demonstration statt.

21. November

Die dritte Vollversammlung des Neuen Forums **Döbeln** findet in der Kirche Hartha statt. Diskutiert wird über Programm und Arbeit des Neuen Forum.

Im Saal des Kulturhauses "7. Oktober" in Lichtenstein findet das zweite Bürgerforum statt.

In Zwenkau gründet sich in den Räumen der kath. Gemeinde die SDP.

21. November

Beim Gespräch des Sprecherrates des Neuen Forums mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises **Zschopau** werden Räume für ein Kontaktbüro und Vervielfältigungstechnik bereitgestellt.

In **Zschopau** versammeln sich 1 000 Menschen zu einer Kundgebung. Es wird ein Brief an das Verkehrsministerium mit der Forderung nach einem neuen Verkehrskonzept formuliert.

Das Neue Forum Reichenbach eröffnet in den ehemaligen Parteiräumen der LDPD ein Kontaktbüro noch als illegale Organisation.

In **Freiberg** tritt zum ersten Mal der Runde Tisch des Kreises zusammen. Der Superintendent wird zum Vorsitzenden bzw. Moderator gewählt. Außerdem gibt es einen Runden Tisch der Stadt Freiberg und des Kombinates Freiberg. Diese werden daraufhin zusammengelegt, und die erste Sitzung findet am 24. Januar 1990 statt. Vertreten sind die CDU, DBD, FDGB, FDJ, Konsum-Genossenschaft, Kulturbund der DDR, LDP, NDPD, SED, VdgB, DA, Demokratie Jetzt, Gruppe "Konkret", Neues Forum, SDP, VL und die ev. Kirche. Ohne Stimmrecht nehmen der Rat der Stadt, der Rat des Kreises und die Abgeordneten der Volkskammer teil.

Auf dem Marktplatz von **Mittweida** wird eine Gesprächsrunde durchgeführt, die als Fortsetzung der Diskussion im Volkshaus vom 1. November dient und bei der über 400 Einwohner anwesend sind.

Der Friedensseminar-Vorbereitungskreis und die SED-Kreisleitung beschließen einen Runden Tisch für den Kreis Werdau.

Die BIKA aus dem Kreis **Auerbach** übergibt dem Bürgermeister der Stadt und dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung eine Erklärung mit der Forderung einer Absicherung der Freitagsdemonstrationen und einer Sicherheitspartnerschaft mit der Volkspolizei. Dies wird der BIKA zugesichert.

Das Neue Forum **Meißen** ruft zur fünften Dienstagsdemonstration zu der Thematik: "Staatssicherheit und Rechtssicherheit" auf. Der Demonstrationszug zieht zu den beiden Staatssicherheits-Gebäuden, wo eine Kundgebung durchgeführt wird.

Im Audimax der LPG-Hochschule in Meißen wird ein Bürgerforum durchgeführt, welches vom Neuen Forum organisiert wird.

Der LDPD-Kreisverband Wurzen veranstaltet in der Berufsschule in Wurzen ein Bürgerforum zum Thema "Volksbildung – aber wie?".

Viele Einwohner von **Radebeul** wollen, dass ihre Stadt Kreisstadt wird. Deswegen werden viele Eingaben an die Stadtverordnetenversammlung für den nächsten Tag formuliert, damit diese Forderung diskutiert wird.

In **Coswig** erstattet ein Rechtsanwalt im Auftrag des ökumenischen Arbeitskreises "Gerechtigkeit, Umwelt, Frieden" Anzeige wegen Wahlfälschung.

21. November

In **Burgstädt** findet ein Treffen im Rathaus mit mehreren Einwohnern statt. Diese werden ab diesem Tag wöchentlich durchgeführt und es bildet sich eine Bürgerinitiative mit dem Namen BIB (Bürgerinitiative Burgstädt).

Die Arbeitsgruppe "Christliche Kreise" des Kreisausschusses der Nationalen Front **Großenhain** lädt christliche und marxistische Jugendliche zu einem Gespräch ein. Es kommen nur sehr wenige Interessierte.

Stadtverordnetenversammlung in der Stadthalle von Falkenstein. Ein neuer Vorsitzender dieser Volksvertretung wird gewählt.

22. November

In **Eilenburg** findet eine Demonstration statt, zu der vom Neuen Forum Oppositionelle und Vertreter der Parteien zu Stellungnahmen aufgefordert worden werden. Am Ende der Demonstration singen die Aktivisten des Neuen Forums die DDR-Nationalhymne.

Ein Friedensgottesdienst und eine Demonstration finden in Limbach-Oberfrohna statt.

Der Rat der Gemeinde Wermsdorf tritt zurück.

In der Stadthalle von **Görlitz** treffen sich Freunde und Mitglieder des Neuen Forums und stellen ihre Problemkataloge vor, welche eine wichtige Arbeitsgrundlage für den Runden Tisch werden.

Bei der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung **Radebeul** wird ein Rahmenprogramm diskutiert und verabschiedet, welches "Vorschläge für die weitere gesellschaftliche Gestaltung durch zentrale Veränderung von Prozessen und Regelungen" enthält. Außerdem äußert sich die Stadtverordnetenversammlung erstmals offiziell zur Kommunalwahl vom 7. Mai 1989. Die Wahlbeteiligung hatte bei 97,01 % gelegen und die Gegenstimmen sich auf 12,03 % belaufen. Bisher wurden von der zentralen Wahlkommission nur die Zahlen für den gesamten Landkreis veröffentlicht, bei dem die Höhe der Gegenstimmen bei 2,35 % gelegen hätten.

Der Rat des Kreises Dresden für Inneres bestätigt den Antrag auf Zulassung der regionalen Bürgervereinigung Neues Forum für den Raum Radebeul.

Viele Teilnehmer der Demonstration in **Reichenbach** fordern "Freie Wahlen" und "Abschaffung des Artikel 1" der Verfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung von **Wittichenau** hebt die Bindung des Bürgermeisteramtes an ein SED-Mandat auf. Daraufhin tritt die Bürgermeisterin zurück. Bis zu den Neuwahlen übt das Amt die bisherige stellvertretende Bürgermeisterin aus.

Der Rat des Kreises **Wurzen** reagiert auf die schon seit Wochen erhobenen Vorwürfe, dass der Besitz von Bürgern, die die DDR verlassen haben, teilweise von Mitgliedern des Rates billig erworben worden sei. Sechs Mitglieder betrifft dieser Vorwurf, ihre Namen werden aber nicht bekannt gegeben.

22. November

In **Falkenstein** findet in der Stadthalle ein Bürgerforum statt, das als Ersatzveranstaltung für den 16. November organisiert worden ist. Die Bürgerinitiative BIKA aus dem Kreis Auerbach sowie die Parteien werden zu ihren politischen Zielen befragt.

Unterzeichner des Neuen Forums treffen sich erstmals im Pfarrhaus **Radeburg** und beschließen, am 6. Dezember die Gründung einer Basisgruppe und die Sprecherwahl durchzuführen.

Von der Arbeitsgruppe Ökonomie der Bürgerinitiative **Karl-Marx-Stadt** wird in der "Freien Presse" ein Themenkatalog veröffentlicht, der bei mehreren Veranstaltungen die Zustimmung von etwa 1 000 Bürgern findet.

Unter dem Vorsitz des Leiters der Abteilung Staats- und Rechtsfragen der SED-Bezirksleitung von **Karl-Marx-Stadt** wird eine zeitweilige Arbeitsgruppe der ständigen Kommission für Ordnung und Sicherheit des Bezirkstages gebildet. Diese soll sich mit Fällen von Amtsmissbrauch und Korruption befassen.

Zum Abschluss der Friedensdekade findet in der Marienkirche von Werdau ein Mittagsgebet statt.

23. November

DDR-Bürger dürfen ohne Ausreisevisum in ein Land ihrer Wahl reisen.

Der Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit kündigt an, dass der Geheimdienst um 8 000 Mitglieder verkleinert werden soll.

Günter Mittag wird aus der SED ausgeschlossen, gegen Erich Honecker wird ein Parteiverfahren eingeleitet.

Bei der fünften unangemeldeten Donnerstags-Demonstration in **Großenhain** beteiligen sich etwa 600 Einwohner. Die Marschroute führt an dem Gebäude der SED-Kreisleitung und am Amt für Nationale Sicherheit vorbei. An der Spitze des Zuges wird ein Transparent mit der Aufschrift: "Wir fordern die Wiedervereinigung Deutschlands" getragen.

In Torgau findet eine Kundgebung des Neuen Forums statt.

Die Gemeindevertretung Görzig im Kreis Großenhain schreibt einen Brief mit Forderungen für Veränderungen an die Volkskammer.

In **Radebeul** gründet sich eine Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Dabei ist auch ein SDP-Vorstandsmitglied der DDR anwesend. (Zu der Zeit hat die SDP Gaststatus bei der Sozialistischen Internationale und hat einen Antrag auf Vollmitgliedschaft dort gestellt.) Am 14. Dezember kommt es zur Gründung einer weiteren SDP-Ortgruppe im Gemeindesaal der Friedenskirche in Radebeul.

Die CDU-Ortsgruppe **Lampertswalde** schreibt einen Brief an das Ministerium für Nationale Verteidigung zum Militärobjekt im Raschützwald. Bereits 1 500 Unterschriften sind für die Auflösung dieses Objekts gesammelt worden.

23. November

In **Lößnitz** findet ein Bürgerforum statt.

In der Finkenburg von **Zschopau** findet ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Rates des Kreises und kirchlichen Amtsträgern statt. Die anwesenden Superintendenten bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass verlorenes Vertrauen nur durch ehrliche Arbeit, Rechtssicherheit und Durchschaubarkeit der Politik zurückgewonnen werden kann. Es werden gleiche Rechte für christliche Schüler gefordert.

In **Reichenbach** findet die offizielle Gründungsveranstaltung des Neuen Forums mit Bestätigung eines provisorischen Vorstandes statt. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters auf Abberufung zu.

Bei der Tagung der Stadtverordneten in **Limbach-Oberfrohna** tritt die LDPD aus dem demokratischen Block aus. Der Forderungskatalog des Neuen Forums wird zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister von **Lommatzsch** wird seines Amtes enthoben.

Der Kreistag in **Auerbach** tritt bei seiner 3. Sitzung wegen persönlicher Gründe oder aufgrund mangelnder Fachkompetenz geschlossen zurück. Die Ratsmitglieder verbleiben aber bis zur Neuwahl in ihren Ämtern. Der neue Kreistag wird am 14. Dezember gewählt.

In **Bad Elster** findet eine Demonstration mit anschließender Kundgebung in der Wandelhalle statt.

In Rodewisch findet das zweite Treffen des ökumenischen Kreises statt.

In der Sitzung des Demokratischen Blocks in **Karl-Marx-Stadt** kündigt der LDPD-Kreisvorstand die weitere Mitarbeit auf und fordert die Einführung eines Runden Tisches. Dieser Vorschlag wird aber vom Demokratischen Block abgelehnt.

Im Rathaus von Crottendorf kommt es zu einem ersten Gespräch am Runden Tisch.

Das Neue Forum in **Nossen** führt eine Großveranstaltung in der Stadtkirche durch, bei der erstmals Ansätze einer demokratischen Zusammenarbeit zwischen der Bürgerbewegung und dem Verantwortlichen des Rates der Stadt vereinbart werden.

In Werdau wird ein Einwohnerforum mit etwa 100 Teilnehmern durchgeführt.

In **Treuen** wird das zweite Rathausgespräch durchgeführt.

In **Werdau** wird beschlossen, einen "Werdauer Christenrat" zu bilden.

23. November

In der Kreuzkirche auf dem Kaßberg in **Karl-Marx-Stadt** findet eine Veranstaltung des Demokratischen Aufbruchs statt, bei der auch ein Gründungsmitglied aus Erfurt anwesend ist.

24. November

Egon Krenz kündigt die Streichung des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung an. Die LDPD streicht das Bekenntnis zur führenden Rolle der SED aus ihrer Satzung.

In **Döbeln** findet ein Bürgerforum zum Thema "Stasi" statt.

In **Lengenfeld** trifft sich zum ersten Mal der Runde Tisch.

In Eppendorf findet die erste Demonstration unter der Schirmherrschaft der CDU-Ortsgruppe mit etwa 200 Teilnehmern statt.

Ein Gemeindeabend zum Thema: "Gerufen zur Gerechtigkeit" vom Arbeitskreis "Evangelium und Menschenrechte" findet in der Kirche **Kittlitz** statt. Diskutiert werden Fragen zu Menschenrechten, Ausländerfeindlichkeit und aktuellen Ereignissen der letzten Wochen.

Die Bürgerinitiative **Thum** wählt einen Sprecherrat und verteilt die Aufgaben auf bestimmte Themenarbeitsgruppen, darunter Gesundheits- und Sozialwesen; Handel und Versorgung; Umweltpolitik und Landwirtschaft sowie Handwerk.

In **Limbach-Oberfrohna** findet unter den Losungen: "Wir sind das Volk", "SED, das tut weh", "Kein Rücktritt ohne Rechenschaft", "Deutschland, einig Vaterland" eine Demonstration statt.

In der St.-Jacobi- Kirche in **Neustadt** in Sachsen wird das letzte Friedensgebet durchgeführt. Diese seit Anfang November stattfindenden Gebete für den friedlichen Ablauf der politischen Ereignisse werden aber wegen zu geringer Beteiligung eingestellt.

In **Bischofswerda** findet die zweite Demonstration statt. Die Teilnehmer ziehen von der Südvorstadt zum Altmarkt. Es werden Transparente und Kerzen mitgeführt.

Bei einer Veranstaltung des Neuen Forums in **Radebeul** antwortet der Bürgermeister auf die Frage, ob ihm beim Vergleich der von ihm als Vorsitzender der Stadtwahlkommission übergebenen Zahlen an die Kreiswahlkommission am 7. Mai und der dann in der Zeitung veröffentlichten Zahlen nichts aufgefallen sei, damit, dass ihm bei der Offenlegung der Wahrheit vom Vorsitzenden der Kreiswahlkommission und – inzwischen ehemaligen – Vorsitzenden des Rates des Kreises disziplinarische Maßnahmen angedroht wurden. Zu dieser Zeit liefen gegen den Bürgermeister von Radebeul bereits zwei Disziplinarverfahren, weil am 1. Mai die Fahnen etwas eher als vereinbart aufgezogen worden und einige Verantwortliche nicht zu der Einweisungsveranstaltung für die Kommunalwahlen erschienen waren.

24. November

In **Auerbach** findet die fünfte Freitagsdemonstration statt, an der wieder mehrere tausend Bürger teilnehmen. An dem Gebäude des Wehrkreiskommandos und dem der SED-Kreisleitung kommt es zu Buh-Rufen und Sprechchören wie: "SED – das tut weh". Bei der anschließenden Kundgebung fordern die Demonstranten und Redner die Wiedervereinigung sowie die Aufklärung der SED-Verbrechen.

25. November

In Döbeln findet am Tag der Kreistagssitzung eine Demonstration und Kundgebung mit etwa 3 000 Teilnehmern statt.

Die Stadtverordneten von **Schwarzenberg** kommen zur vierten Sitzung des Stadtparlamentes zusammen. Der CDU-Bürgermeister informiert über die Situation und zu zwingend notwendigen Maßnahmen in vielen Bereichen. Anschließend findet eine Aussprache der Abgeordneten statt.

Nach dem Friedensgebet stellen sich in Zwenkau Vertreter des demokratischen Aufbruchs vor.

Vor dem Rathaus in **Coswig** wird ein Forum mit dem Bürgermeister zum Thema Wahlbetrug durchgeführt. Es nehmen etwa 500 Einwohner teil.

In **Marienberg** wird die fünfte Samstagsdemonstration durchgeführt.

Die SED-Grundorganisation des VEB Stanz- und Emaillewerk (Stema) **Großenhain** erhebt die Forderung, den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung zu streichen.

Ein Bürger aus **Großenhain** veröffentlicht in der Presse die unhaltbare Situation um die fertige, aber nie angeschlossene Kläranlage des sowjetischen Flugplatzes von Großenhain. Sie hatte 1,5 Millionen Mark gekostet.

In **Großenhain** findet eine vertrauliche Zusammenkunft engagierter Bürger in einem Handwerksbetrieb statt, bei dem die Bildung eines Demonstrationskomitees angeregt wird.

In Meerane findet nach einem Friedensgebet eine Demonstration statt.

In **Plauen** fordern bei einer Demonstration erstmals Bürger auf Transparenten die Wiedervereinigung.

Eine Friseurmeisterin und ein Grafiker gründen die Initiative "Für Chemnitz" in **Karl-Marx-Stadt** verteilen bei den Montagsdemonstrationen 150 000 Flugzettel für die Wiedereinführung des alten Stadtnamens und sammeln Tausende Unterschriften.

26. November

Die Grüne Liga konstituiert sich. Sie will Dachverband der Umweltbewegung sein.

26. November

Stefan Heym verliest den Aufruf "Für unser Land". Dieser wird unter anderem von Christa Wolf, Friedrich Schorlemmer, Günther Kruschke, Volker Braun, Wolfgang Berghofer, Tamara Danz, Sebastian Flugbeil und Walter Janka unterstützt. Führende SED-Mitglieder wie Egon Krenz und Hans Modrow unterzeichnen ebenfalls, sowie ein paar Tage später auch die SDP.

27. November

In **Rothenburg** findet ein Friedensgebet statt.

Bei der Montagsdemonstration in Leipzig wird auf vielen Transparenten die Wiedervereinigung gefordert.

Achter Fürbittgottesdienst in **Döbeln** mit anschließender Demonstration von etwa 900 Leuten für die Unumkehrbarkeit der Wende.

In Königsbrück findet das sechste Friedensgebet statt.

In Lunzenau findet das dritte Bürgerforum mit Vertretern des Rates der Stadt, des Rates des Kreises und der SED-Kreisleitung statt.

In **Rochlitz** findet zwischen den Kreisvorsitzenden der CDU, DBD, LDPD und NDPD eine Aussprache statt zur Vorbereitung des Kreistages am 29. November. Die Kreisvorsitzenden wollen die Politik der Wende fortsetzen sowie mit allen demokratischen und erneuerungsfähigen Kräften zusammenarbeiten.

Der Superintendent, der CDU-Sekretär und der MfS-Kreisdienststellen-Leiter führen in der MfS Kreisdienststelle **Freiberg** ein erstes Gespräch durch. Ende November 1989 werden die ersten Akten nach Karl-Marx-Stadt überführt.

Im sogenannten "Konfirmandenzimmer" des Pfarrhauses Niederebersbach konstituiert sich das Neue Forum **Ebersbach** (Kreis Großenhain).

Die Bürgerinitiative Kultur verabschiedet einen: "Katalog von Sofort- und mittelfristigen Maßnahmen auf kulturell-künstlerischem Gebiet in **Karl-Marx-Stadt**", den sie an den Rat der Stadt gibt und später auch zur Stadtverordnetenversammlung vorträgt.

Ein Sprecher des Neuen Forums aus **Karl-Marx-Stadt** teilt in der "Freien Presse" mit, dass die Montagsdemonstration aufgrund der schlechten Witterung ausfällt. Trotzdem versammeln sich etwa 3 000 Personen vor dem Karl-Marx-Monument und bringen ihren Unmut über die Absage zum Ausdruck. Später stellt sich heraus, dass die Absage der Alleingang einer Gruppe von Mitgliedern der Bürgerbewegung und nicht legitimiert durch den Sprecherrat war.

In **Zwickau** wird das siebente Ökumenische Friedensgebet in der Friedenskirche und der Moritzkirche durchgeführt. Danach bildet sich eine Demonstration auf dem Platz neben der Katharinenkirche, bei der sich viele Bürger zu Wort melden.

27. November

In **Dresden** leisten 25 junge Männer im Bezirkskrankenhaus Friedrichstadt einen freiwilligen Einsatz als Pilotprojekt zum zivilen Ersatzdienst.

Eine neue Verfassung und Neuwahlen sind die Themen der Montagsdemonstration in Dresden.

In der Kirche von **Oschatz** wird ein Friedensgebet mit anschließender Diskussionsrunde und Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 800 Einwohner beteiligen.

In Oberwiesenthal wird das dritte Friedensgebet mit anschließender Demonstration durchgeführt.

In **Delitzsch** wird eine Andacht in der Stadtkirche durchgeführt.

In der Marienkirche von Werdau findet das vierte Friedensgebet statt.

28. November

Bundeskanzler Helmut Kohl stellt im Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm zur schrittweisen Vereinigung der beiden deutschen Staaten vor.

In einem Schreiben stellt sich das Neue Forum Leipzig, Gruppe **Markkleeberg/Zwenkau** vor. Zu dieser Gruppe gehören etwa 90 Mitglieder, die in neun Arbeitsgruppen, darunter Profilierung des Neuen Forums, Grundrechte/Rechtsstaat, Wirtschaft und Ökologie, aktiv sind.

Der Runde Tisch im Kreis **Schwarzenberg** trifft sich im "Haus der Organisationen". Es nehmen neben Vertretern der Parteien und Sprechern von Bürgerinitiativen auch drei Vertreter der Kirche teil. Themen sind die bisherige und zukünftige Tätigkeit der Staatssicherheit, die ökonomische Situation im Kreis, eine Diskussion zwischen Vertretern von Kirche und Volksbildung sowie Probleme des Umweltschutzes. Die Bildung einer Untersuchungskommission wird beschlossen.

In Königsbrück findet das siebte Friedensgebet statt.

Der stellvertretende Bürgermeister von **Roßwein** und weitere Staatsvertreter beantworten in einer Aussprache den öffentlichen Brief vom 14. November. In einem vorher durchgeführten Friedensgebetes werden die dazu zu entsendenden Gesprächspartner von den Anwesenden gewählt. So entsteht in Roßwein der erste Runde Tisch. Bis zu seiner offiziellen Konstitution dauert es aber noch eine Weile.

Das Neue Forum trifft sich mit der BIKA in Rodewisch.

In **Coswig** findet die erste Demonstration mit etwa 2 000 Teilnehmern statt. Bei der anschließenden Bürgerversammlung vor dem Rathaus wird wieder das Thema Wahlbetrug aufgenommen.

28. November

In Hohenstein-Ernstthal findet eine Demonstration statt.

Die Adelsberger Bürgerinitiative besichtigt das Dienstobjekt des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) in **Karl-Marx-Stadt**. Damit erhalten erstmals Bürger der Stadt auf ihre Forderung hin Einlass in ein Gelände der Staatssicherheit.

Der NDPD-Kreisverband **Großenhain** erklärt die Beendigung der Mitarbeit im Demokratischen Block und der Nationalen Front des Kreises.

In Großenhain wird ein Kreisverband der Jungliberalen Alternative (JuliA) als LDPD-naher Jugendverband gegründet.

Die Bürgerinitiative **Bad Elster** trifft sich zur Vorbereitung weiterer Aktionen.

In **Meißen** wird die Dienstagsdemonstration unter dem Thema: "SED raus aus den Betrieben" durchgeführt. Dabei werden zum ersten Mal schwarz-rot-goldene Fahnen getragen. Die Kundgebung findet vor dem Gebäude der SED-Kreisleitung statt.

29. November

Bei der Sonder-Stadtverordnetenversammlung in **Glauchau** werden sechs Abgeordnete abberufen. Angestrebt wird die Kreisfreiheit der Stadt mit eigenem Haushalt, über dessen Verwendung der Rat selbst bestimmt. Weiterhin sollen ein Präsidium und Fraktionen gebildet und die Zahl der Ratsmitglieder verringert werden. Für städtische Angelegenheiten wird ein Spendenkonto eröffnet. An den Ministerrat wird ein Brief mit 7 500 Unterschriften geschrieben, in dem die Einstellung der Viskoseherstellung im Spinnstoffwerk verlangt wird.

Der Landjugendverband der DDR wird in Großenhain gegründet.

In Rabenau findet eine vom Neuen Forum organisierte Demonstration mit etwa 500 Teilnehmern statt.

In **Sosa** bildet sich offiziell eine Ortsgruppe des Neuen Forums. Am gleichen Tag wird schriftlich ihre Zulassung beim Rat des Kreises, Abteilung Inneres, beantragt.

50 Bürger nehmen an der gemeinsamen Veranstaltung: "Umweltschutz braucht viele Hände – sind Sie zur Mitarbeit bereit?" des Neuen Forums, des Kulturbundes und der Abteilung Umweltschutz des Rates des Kreises in der Aula der Martin-Andersen-Nexö-Oberschule in **Zschopau** teil.

Nach dem Friedensgebet findet in **Reichenbach** eine Demonstration statt mit Forderungen wie "Freie Wahlen!" und "Deutschland, einig Vaterland!". Das Neue Forum wendet sich in einem Aufruf an alle SED-Mitglieder und fordert sie auf, nachzudenken.

In Limbach-Oberfrohna findet eine Demonstration statt.

29. November

In der Petrikirche von **Freiberg** findet das vierte Forum: "Gespräch in der Petrikirche" mit mehreren hundert Einwohnern statt. Es wird überwiegend über Wirtschaftsprobleme gesprochen.

In **Großenhain** erfolgt die Gründung des Großenhainer Demonstrationskomitees zur Organisation der Donnerstags-Demonstrationen, zur thematischen Abstimmung bei ihrer Vorbereitung und zur Koordinierung von Bürgerinitiativen. Das Gründungspapier wird dem Bürgermeister und dem Leiter des Volkspolizeikreisamtes mit der Anmeldung weiterer Donnerstagsdemonstrationen übergeben.

In **Oberlungwitz** wird das sechste Friedensgebet durchgeführt, an dem nur noch 28 Einwohner teilnehmen.

Im Jugendklub "Nordlicht" in Wurzen tagt das FDJ-Kreisaktiv. Von den geladenen 120 Jugendlichen erscheinen gerade einmal 30.

In Bergen findet als Ersatz für dem "Kommunalpolitischen Tag" ein Rathausgespräch statt.

Die SED-Kreisleitung **Wurzen** bereitet auf einer Sitzung die außerordentliche Kreisdelegiertenkonferenz vor, die am 2. Dezember stattfinden soll. Mehrere Mitglieder der Kreisleitung werden abberufen.

30. November

Das Wirtschaftsministerium der DDR erklärt, dass die DDR mit zehn Milliarden Dollar im Ausland verschuldet ist.

Das Neue Forum in **Crimmitschau** fordert Rederecht auf der Stadtverordnetenversammlung und kündigt bei Ablehnung dieses Antrages einen Streikaufruf an.

Die "Sächsische Zeitung" Großenhain berichtet erstmals über den geheimen Bungalow im Wald bei **Zschorna**, Kreis Großenhain.

In **Großenhain** lädt das Neue Forum zur sechsten Demonstration in Form eines Schweigemarsches ein. Er steht unter dem Motto: "Der Millionen Coup des FDGB. Enthüllungen um Wandlitz. Was haben wir noch zu erwarten?". Es beteiligen sich etwa 2 500 Einwohner. Zum ersten Mal führt die Demonstration auch mit dem Ruf "Stasi in die Produktion" an der Staatssicherheits-Kreisverwaltung vorbei. Bei der anschließenden Kundgebung sprechen neun Redner unter anderem über die Verkürzung der Wehrpflicht auf zwölf Monate, die Auflösung des sowjetischen Flugplatzes und die missbräuchliche Verwendung der FDGB-Solidaritätsspenden.

In **Königsbrück** konstituieren sich folgende, durch die Stadtverordnetenversammlung berufenen Arbeitsgruppen: Ökonomie/Umwelt; Kultur/Bildung/Wissenschaft; Staat und Recht. Die Arbeitsgruppen setzen sich zusammen aus je vier Abgeordneten und vier Vertretern des Neuen Forums. Hinzugezogen werden interessierte sachkundige Königsbrücker.

Ein Gespräch zwischen Vertretern des Rates der Stadt, Lehrern, Kindergärtnerinnen und Mitgliedern des Neuen Forums zu Fragen des Bildungswesens und Umweltschutzes findet in **Limbach-Oberfrohna** statt. Dazu werden Arbeitsgruppen gebildet.

30. November

Der außerordentliche Kreistag im Kreisrathaus von **Zschopau** beschließt die Bildung einer zeitweiligen Kommission: "Zur Verbesserung der Arbeit der Volksvertretung".

Die Arbeitsgruppe "Handwerk und Gewerbe" Werdau veröffentlicht einen offenen Brief zur wirtschaftlichen Umgestaltung in der DDR.

In **Lunzenau** findet eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Ein Tagesordnungspunkt ist "Der Bürger hat das Wort", bei dem ein Vertreter des Neuen Forums spricht.

Auf dem Obermarkt von Freiberg findet eine Kundgebung statt. Danach bildet sich ein Demonstrationszug.

In **Bergen** wird das Rathausgespräch vom Vortag weitergeführt.

Das Neue Forum **Ebersbach** (Kreis Großenhain) veranstaltet auf dem Saal des Gasthofes Niederebersbach das zweite Bürgerforum zum Thema Landwirtschaft und Umwelt. Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion werden den verantwortlichen Betrieben und Institutionen mitgeteilt. Der geplante Bau von großen Güllestapelbecken zur Berieselung der Felder auf der Naunhofer und Beiersdorfer Flur wird als Fehlinvestition abgelehnt und letztlich verhindert.

In der Strafvollzugsanstalt Bautzen I beginnt ein Häftlingsstreik.

In der Gaststätte "Zur Post" in **Oberlungwitz** findet die erste Zusammenkunft des Neuen Forums mit Vertretern aus dem Ort sowie aus Gersdorf und Hermsdorf statt.

In **Bad Elster** wird eine Demonstration mit anschließendem Forum in der Kirche zum Thema "Volksbildung" durchgeführt. Der Kreisschulrat ist anwesend sowie ein Mitglied der "Gruppe der Sechs" aus Leipzig, das später als Stasi-Spitzel enttarnt werden kann.

Das Neue Forum aus **Penig** führt zum zweiten Mal in der Stadtkirche eine Versammlung durch.

In Falkenstein wird die Christlich Demokratische Jugend (CDJ) gegründet.

Auf Einladung des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung findet in **Dresden** eine erste Beratung zum Thema "Runder Tisch" statt. Eingeladen sind Vertreter der etablierten Parteien, der beiden Kirchen sowie Vertreter der neuen Parteien und Bürgerbewegungen. Die Beteiligten sind sich darin einig, die Frage: "Sind Gespräche an einem Runden Tisch sinnvoll?" mit ja zu beantworten. Keine Einigkeit finden die Anwesenden in der Frage, ob sie den Aufruf "Für unser Land" mittragen können.

30. November

Bei der öffentlichen Gemeindevertretersitzung in **Bertsdorf**, zu der etwa 200 Einwohner gekommen sind, wird der Bürgermeister von seinem Amt entbunden. Dieser kommt damit einer Forderung vom 16. Oktober nach, die Einwohner bei der ersten Bürgerversammlung äußerten.

Es findet die vierte, öffentliche Tagung der Stadtverordnetenversammlung in **Treuen** statt, auf der die aktuell-politische Lage besprochen und ein Aktionsprogramm verabschiedet werden.

In **Reumtengrün** findet die zweite Demonstration statt, an der sich etwa 80 bis 100 Bürger beteiligen. Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung ist auch dazu eingeladen, erscheint aber nicht.

Ende November

Im Gasthof "Anker" in **Wachau** wird eine Bürgerversammlung durchgeführt, bei der es zu einer harten Auseinandersetzung zwischen der Bevölkerung und den anwesenden SED-Genossen kommt. Eine Liste für die Absetzung des Bürgermeisters findet dabei viele Unterschriften.

Bei der Sitzung des Rates der Gemeinde **Großolbersdorf** mit Mitgliedern des Rates des Kreises der SED versuchen diese, alle Schuld "dem Klassenfeind" zuzuschieben. Ein Bürger wendet sich mit den Worten an die Anwesenden: "... ich freue mich, dass ich nach vier Jahrzehnten endlich meine freie Meinung äußern darf, ohne dass mich morgen früh die Stasi abholt".

Unter Leitung der CDU-Bürgermeisterin findet in **Herrnhut** eine Einwohnerversammlung statt. 1990 gibt es zwei weitere Versammlungen, bei denen sich einzelne Bürgerinnen und Bürger kritisch äußern.

Die SED-Bürgermeisterin von **Frauenstein** entfernt aus der Druckerei und Buchbinderei die Transparente mit der Aufschrift: "SED – nein danke".

Im Schaufenster einer Bäckerei in **Stolpen** hängt bis Februar 1990 ein Plakat mit der Aufschrift: "Die Mörder sind unter uns".

In der Gemeinde **Tiefenbach/OT Böhringen** gründet sich die Bürgerinitiative Böhringen (BIB). In der Gasstätte "Forsthaus" finden regelmäßige Sitzungen und Situationsberatungen statt. Im Dezember wird eine Mitgliederliste erstellt.

In **Cavertitz** bildet sich eine Bürgerinitiative, die das größte noch vorhandene Gebäude des ehemaligen Rittergutes Lampertswalde, das "Gärtnerhaus", vor dem Abriss durch die LPG bewahren und vor dem Verfall retten will.

In **Niedercunnersdorf** wird eine Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 200 Einwohner beteiligen. Vor dem Schulgebäude kommt es dann zu einer Kundgebung.

Ende November

In **Oederan** bildet sich ein Runder Tisch, der mit der Stadtverwaltung und dem Stadtrat zusammenarbeitet und deren Entscheidungen kritisch prüft.

Informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit versuchen, das Neue Forum in Ortrand zu gründen, was aber misslingt.

Im **Dorf der Jugend** (Kreis Großenhain, alter Name Adelsdorf, ab 1946 erstes FDJ-Jugendobjekt der DDR) findet eine Einwohnerversammlung statt. Dabei wird auch die Rückbenennung in Adelsdorf gefordert. Nach einer Abstimmung 1990 wird das Dorf am 1. Mai 1991 wieder in **Adelsdorf** umbenannt.

Anfang Dezember

Die Ortsgruppe des Neuen Forums aus **Olbernhau** bezieht Büroräume direkt am Marktplatz, die als Informationsräume und zu Bürgersprechstunden genutzt werden. Auch die späteren Treffen der SPD-Ortsgruppe werden in diesem Büro durchgeführt.

In **Elterlein** bildet sich ein Runder Tisch. Den Vorsitz der monatlichen Beratungen teilen sich CDU, NDP, DBD, ev.-luth. Kirchgemeinde und die Naturfreunde.

In **Lößnitz** wird ein Runder Tisch gebildet. Dieser versucht unter Beteiligung aller Parteien, des Bürgermeisters und des Kantors der St. Johanniskirche, die anstehenden Probleme zu lösen.

Bei der ersten öffentlichen Beratung des Bürgerforums in **Tharandt** wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich vier bis fünf kommunalen Problemen sowie dem Thema "Stasi" widmet.

In den Dörfern der Ruhlander Oberlausitz von **Lindenau** bis **Hohenbocka** wird immer stärker eine Abtrennung vom künstlich geschaffenen Kreis Senftenberg und eine Rückkehr nach Sachsen gefordert, wozu dieses Gebiet bis 1952 gehörte (Kreis Hoyerswerda). Ein Bürger aus Lindenau/Oberlausitz, der dafür Unterschriften sammelt, wird vorgeladen und von Funktionären der SED-Kreisleitung und des Rates des Kreises massiv unter Druck gesetzt.

Der Pfarrer von **Sacka** (SDP-Gründer im Kreis Großenhain) ruft einige führende Funktionäre an und fordert sie zum Rücktritt auf, zum Beispiel den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und den Kreisstaatsanwalt.

In einem Volkseigenen Betrieb in **Lengenfeld** als erstem Unternehmen im Kreisgebiet wird ein Betriebsrat als unabhängige Interessenvertretung der Arbeiter gewählt.

In Freiberg werden die Mitarbeiter der Kreisdienststelle des MfS vollständig entlassen.

Der Bürgermeister von **Taucha** stellt die Vertrauensfrage. Daraufhin wird er von der Stadtverordnetenversammlung abgewählt. Der Hauptvorwurf an ihn ist, dass die Wahlen nicht ordnungsgemäß abgelaufen sind und dafür die politische Verantwortung getragen werden muss. Zur Weiterführung der Arbeit in der Verwaltung wird der bisherige Stellvertreter des Bürgermeisters als Tauchaer Bürgermeister eingesetzt.

1. Dezember

Die Volkskammer streicht die "führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" aus der DDR-Verfassung.

Wolf Biermann tritt erstmals seit 25 Jahren wieder in der DDR auf.

In **Auerbach** findet die sechste Freitagsdemonstration mit mehreren tausend Bürgern statt, die wieder durch die Stadt ziehen. Auf der anschließenden Kundgebung wird unter anderem die Wiedervereinigung Deutschlands und eine Stellungnahme des Rates des Kreises bei der nächsten Demonstration gefordert. Danach kommt es im Klubhaus der Werktätigen zur öffentlichen Gründungsveranstaltung der Bürgerinitiative Kreis Auerbach (BIKA), bei der aber trotz intensiver Werbung nur wenige Bürger anwesend sind. Bei dieser Veranstaltung gibt die BIKA ihre Trennung vom Neuen Forum bekannt.

Im Klubhaus "Otto Buchwitz" trifft sich der erste Runde Tisch für den Kreis **Werdau**. Die Vertreter von Parteien, Kirchen und Bürgerbewegungen beschließen, einen Arbeitsausschuss zur Gründung einer unabhängigen Zeitung zu bilden.

Der Kreisstaatsanwalt in Werdau prüft die Unterlagen der Gebäudewirtschaft über den Hausbau des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung.

Ein Sprecher des Neuen Forums **Karl-Marx-Stadt** distanziert sich von dem Mitglied seiner Vereinigung, der die Demonstration am 27. November in der Presse absagen gelassen hatte, und kündigt einen Misstrauensantrag sowie einen Antrag auf Ausschluss aus dem Neuen Forum gegen denjenigen an.

In der Johanniskirche in **Karl-Marx-Stadt** erscheinen etwa 300 Bürger zur Veranstaltung des Neuen Forums. Dort wird für den 6. Dezember Generalstreik angekündigt, was am selben Abend auch in der "Aktuellen Kamera" bekanntgegeben wird.

Der Bürgermeister von **Wurzen** lädt alle Vorsitzenden und Sekretäre der CDU, DBD, LDPD, NDPD und SED zu einem Meinungsaustausch zur innenpolitischen Situation ein. Die SED wird dabei nicht mehr an erster Stelle genannt, sondern nach alphabetischer Folge.

In der Haftanstalt **Bautzen** beginnen 1 860 Gefangene einen Hungerstreik, um auf die katastrophale Lage im Strafvollzug aufmerksam zu machen.

Im ZK-Sanatorium "Haus am See" in **Bad Elster** findet eine Gesprächsveranstaltung mit dem ärztlichen Direktor und einem Vertreter der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt statt.

Der bisherige stellvertretende Bürgermeister aus Grünbach wird Bürgermeister in Rützengrün.

Zehn Bausoldaten kommen freiwillig aus Bitterfeld, um im Martinshof von **Rothenburg**/Oberlausitz eine "Friedensleistung" (Sozialarbeit) zu absolvieren.

1. Dezember

In **Eppendorf** findet mit etwa 150 Teilnehmern die zweite Demonstration statt.

Das erste Bürgerforum von Kamenz konstituiert sich als Institution.

Der Rat des Kreises Großenhain schickt eine Erklärung mit mehreren Forderungen an die Tagung der Volkskammer nach Berlin.

Vertreter oppositioneller Gruppen, von Blockparteien, Rat des Bezirkes und SED treffen sich in **Leipzig** zum ersten Rund-Tisch-Gespräch des Bezirkes.

Die Christlich-Demokratische Jugend (CDJ) verfasst eine Gründungsaufruf für den Kreis Reichenbach.

Eine Zeitung aus Nordhorn, der Partnerstadt von **Reichenbach**, startet die Aktion: "Brückenschlag nach Reichenbach". Die Zeitung bietet Hilfe bei der Herstellung von Kontakten nach Nordhorn an. Bis zum 13. Dezember treffen in der Redaktion 1 197 Briefe ein.

Die SED-Kreisleitung Großenhain und die Kreisredaktion der Sächsischen Zeitung unterstützen den "Aufruf für unser Land".

In der zweiten öffentliche Einwohnerversammlung von **Scheibenberg** mit Vertretern von Stadt und Kreis fordern etwa 270 Scheibenberger: Aufdeckung der Stasi-Machenschaften; Ablösung von Krenz; ein Ende der SED-Alleinherrschaft, Veränderung der Wirtschaft und ein Stoppen der Ausreisewelle.

2. Dezember

In Marienberg findet die sechste Samstagsdemonstration statt.

In **Weißwasser** wird vor der ev. Kirche vom Neuen Forum eine Kundgebung zu dem Thema: "Fakten zählen – nehmen wir unser Schicksal endlich in die eigenen Hände" durchgeführt. Über tausend Einwohner nehmen daran teil.

Ein Arzt aus **Meerane** fordert in einem Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Egon Krenz, die völlige Auflösung der SED und ihre Neugründung mit Aufgabe des Führungsanspruches.

Durch die Initiative des Neuen Forums und mit Hilfe unzähliger Sympathisanten wird wegen des Verdachts, dass Akten vernichtet werden, das MfS-Ferienheim "Zeughaus" in **Sebnitz** durchsucht. Wenige Tage später wird die Kreisdienststelle des AfNS durch den Staatsanwalt in Anwesenheit von Vertretern des Neuen Forums versiegelt. Unter strenger Kontrolle werden die Akten nach Dresden gebracht.

In Sebnitz wird gegen Korruption und Amtsmissbrauch auf allen Ebenen und für die Wiedervereinigung Deutschlands demonstriert.

In **Delitzsch** kommt es zum Misstrauensvotum gegen die und zur Abwahl der SED-Kreisleitung. Am Abend führen Schüler eine Demonstration zur Einführung einer Fünf-Tage-Schulwoche durch.

2. Dezember

In der Haftanstalt **Bautzen** I bildet sich ein Streikkomitee. Dieses Gremium bekommt die Möglichkeit, den Sprechfunk in den Wachen der einzelnen Abteilungen sowie das Tonstudio zu benutzen.

5 000 Menschen in **Görlitz** folgen dem Aufruf das Neuen Forums zur Kundgebung für Demokratie und freie Wahlen.

Die Delegiertenkonferenz der SED im Kreis Reichenbach fordert geschlossenen Rücktritt des Sekretariates und der SED-Kreisleitung.

3. Dezember

Das Politbüro unter Egon Krenz und das ZK der SED treten auf Druck der Parteibasis geschlossen zurück. Gregor Gysi fordert die "Rettung unserer Partei" und die "Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei von unten".

Die Aktion "Sühnezeichen" und das Neue Forum organisieren eine Menschenkette quer durch die DDR als Ausdruck des Willens zur demokratischen Erneuerung. Die Kette führt über die F 96 von Saßnitz bis Zittau und über die F 2 von Hirschberg bis Schwedt.

Viele Bürger aus **Arnsdorf** gehen zur F 6, um bei den Menschenketten quer durch die DDR für demokratische Erneuerung mitzumachen.

Die Menschenkette durch die DDR verläuft auch durch Bautzen. Tausende Bautzner beteiligen sich daran.

Bürger aus **Mittweida** beteiligen sich an der Menschenkette, indem sie sich an der F 169 und der F 173 aufstellen.

In Niederoderwitz beteiligen sich die Einwohner an der Menschenkette, indem sie sich an der F 96 aufstellen.

An der F 173, die durch **Oberlungwitz** führt, stellen sich die Einwohner des Ortes auf, um sich an der Menschenkette zu beteiligen.

Bürger aus **Pegau** beteiligen sich an der Menschenkette, indem sie sich an der F 2 aufstellen.

Bürger aus Bischofswerda beteiligen sich an der Lichterkette und stellen sich an der F 6 auf.

Die Bürger aus **Crimmitschau** beteiligen sich an der landesweiten Menschenkette.

Bürger aus Karl-Marx-Stadt beteiligen sich an der republikweiten Menschenkette und stellen sich an der F 173 und an F 95 auf.

In Crimmitschau werden in der St. Johanniskirche und in der St.-Laurentius-Kirche Friedensgebete durchgeführt.

Bürger aus **Delitzsch** beteiligen sich auch an der landesweiten Menschenkette.

3. Dezember

Die Bürger von Bärenstein beteiligen sich an der Menschenkette.

In **Bad Elster** wird eine Demonstration zum ZK-Sanatorium "Haus am See" durchgeführt, bei der viele brennende Kerzen am Gebäude abgestellt werden.

Im Kreis **Auerbach** beteiligen sich viele Bürger an der Menschenkette quer durch die DDR und stellen sich entlang der F 94 und der F 169 auf.

In Zwickau findet ein Treffen des Neuen Forums statt, bei dem auch viele Vertreter anderer Orte anwesend sind.

Das Neue Forum **Döbeln** richtet "Ein offenes Wort an die SED".

In Sosa wird nach einem Aufruf der Ortsgruppe des Neuen Forums der erste Schweigemarsch durchgeführt.

In **Flöha** ruht zwischen 12 Uhr und 12.15 Uhr der gesamte Verkehr. Hunderte Menschen reichen sich als Zeichen der Verständigung die Hände.

An der Menschenkette beteiligen sich auch Bürger aus Hohenstein-Ernstthal.

Von 12 bis 12.15 Uhr bilden viele Menschen aus Lichtenstein entlang der F 173 eine Menschenkette.

Auf der Fernverkehrsstraße zwischen Thum und Ehrenfriedersdorf formiert sich eine dichte Menschenkette.

Gegen Mittag versammeln sich in **Dresden** rund 500 Menschen vor dem Gebäude der Staatssicherheit und bilden eine Menschenkette.

Tausende aus dem Kreis Zschopau nehmen an der Menschenkette teil.

Viele Bürger aus dem Kreis Werdau beteiligen sich an der Menschenkette.

4. Dezember

Erich Honecker, Willi Stoph, Erich Mielke und andere Spitzenfunktionäre werden aus dem Zentralkomitee und gleichzeitig aus der SED ausgeschlossen.

Die CDU und die LDPD erklären ihren Austritt aus dem "Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen".

4. Dezember

Die Initiativgruppe "Wiedervereinigung" startet in **Bärenstein** und Umgebung einen Aufruf für die Einheit Deutschlands. Dieser und die Bildung der Initiativgruppe werden spontan als Gegenaktion zu dem "Aufruf zur Bewahrung der Eigenständigkeit der DDR", der von der SED gestützt wird, angesehen.

In **Wurzen** wird nach dem Friedensgebet wieder eine Demonstration durchgeführt, die zum ersten Mal in ihren Emotionen und Handlungen eskaliert. Einige Funktionsträger, die sich bei der Kundgebung zu Wort melden wollen, werden niedergeschrien und ausgepfiffen. Vor den Wohnungen der Kreisschulrätin, dem Mitarbeiter der Abteilung Inneres, der die Ausreiseanträge bearbeitete, sowie dem Ratsvorsitzenden wird gepfiffen und werden Sprechchöre gebildet. An die Tür des Ratsvorsitzenden wird ein Strick gehängt.

In Oberwiesenthal wird das vierte Friedensgebet mit anschließender Demonstration durchgeführt.

Die politischen Häftlinge der Haftanstalt **Bautzen** II treten in Hungerstreik.

Im VEB Kaffee und Tee in Radebeul findet die zweite Dialogveranstaltung statt, zu der auch der Bürgermeister eingeladen wurde.

Rund 2 000 Teilnehmer kommen zur ersten Demonstration in Werdau.

In **Delitzsch** wird in der Stadtkirche ein Andacht zum Thema "Arbeit und Wirtschaft" durchgeführt.

In **Colditz** wird das vierte Friedensgebet durchgeführt. Am Ausgang des Versammlungsortes wird ein Foto angebracht, das die Verwüstung eines Kinderzimmers durch Mitarbeiter des Rates der Stadt zeigt. Das Foto stammt aus dem Haus einer Familie, die über die ČSSR ausgewandert war.

In **Zwickau** wird in der Pauluskirche das achte Ökumenische Friedensgebet durchgeführt. Im Anschluss findet in der Kirche eine Beratung über die Ziele, Wirksamkeit und Organisation künftiger Demonstrationen statt.

Zur Montagsdemonstration in **Dresden** wird die Solidarität mit den Nachbarn nach innen und außen gefordert.

Der LDPD-Kreisvorstand aus **Weißwasser** lädt alle Parteien, Organisationen und Bürgerinitiativen zu einem Gespräch an den Runden Tisch ein. Auf dieser konstituierenden Sitzung wird der Kreisstaatsanwalt aufgefordert, die Räume der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit zu versiegeln, was noch am selben Tag geschieht.

4. Dezember

Im Kino von **Oschatz** wird ein Bürgerforum durchgeführt, bei dem Vertreter der SED, aller Blockparteien, des Neuen Forums sowie ein Volkskammerabgeordneter anwesend sind. Die Veranstaltung nimmt mehrmals tumultähnliche Züge an, verläuft dennoch bis zum Ende ohne Zwischenfälle. Gleich nach dieser Veranstaltung gehen Vertreter der Blockparteien, des Neuen Forums und einige parteilose Bürger zur Kreisdienststelle des AfNS und fordern Einlass. Es entsteht ein Gespräch mit dem Leiter, und einige Teile des Gebäudes dürfen auch besichtigt werden. Als sich die Anwesenden damit nicht zufrieden geben, telefoniert der Leiter mit seiner vorgesetzten Dienststelle und erhält die Erlaubnis, den Funkraum zu zeigen. Einen Tag darauf werden die Schränke und Räume von Kreisstaatsanwalt versiegelt.

In der Strafanstalt **Bautzen** II beginnt der Häftlingsstreik. Der Bautzner Montagsdemonstrationszug bewegt sich in Richtung Bautzen II und zur Dienststelle der Staatssicherheit. Tausende Demonstranten halten eine Mahnwache mit Kerzen vor diesen Gebäuden ab.

In den Strafvollzugseinrichtungen Karl-Marx-Stadt, Stollberg und Plauen beginnen die Inhaftierten mit einem Streik.

In **Karl-Marx-Stadt** findet die sechste Montagsdemonstration mit etwa 60 000 Menschen statt. Die Weiterführung der Demonstrationen wird gefordert. Das äußere Bild wird erstmals von Deutschlandfahnen bestimmt. Auch fordert die Menge eine gemeinsame deutsche Zukunft.

Bei einer Diskussionsveranstaltung im Ferienheim der Nationalen Volksarmee "Haus am Kurpark" in **Bad Elster** wehrt sich die Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer Kohleheizung mit hohem Schornstein.

In **Zittau** nimmt das Neue Forum Kontakt mit dem Kreisstaatsanwalt auf. Einen Tag und eine Nacht wird eine Mahnwache vor den Gebäuden der SED-Kreisleitung, der Staatssicherheit und dem Finanzamt abgehalten mit der Forderung: "Aufdeckung der Finanzen und Auflösung der Stasi!". An den nächsten Tagen werden das Gebäude der Zivilverteidigung und Räume des Staatssicherheits-Gebäudes besichtigt und Aktensäcke sowie Panzerschränke versiegelt. Vor dem Gebäude der Staatssicherheit werden Wachen eingerichtet. unter Mitwirkung des Neuen Forums wird eine unabhängige Untersuchungskommission für alle Fälle von Amtsmissbrauch und Korruption gebildet.

Neunter Fürbittgottesdienst in **Döbeln** mit anschließender Demonstration von etwa 3 500 Personen. Erstmals werden Forderungen nach der Vereinigung beider deutscher Staaten formuliert.

In Eilenburg wird die Kreisdienststelle der Staatssicherheit durch Vertreter der Kirche und durch Oppositionelle besetzt.

In der Strafvollzugseinrichtung **Zeithain** bei Riesa treten die etwa 300 Insassen in den Streik. Aus 20 Häftlingen wird ein Streikkomitee gebildet.

Im Kreis Hohenstein-Ernstthal wird der erste Runde Tisch gebildet.

4. Dezember

Die LDPD Großenhain beendet die Mitarbeit im Demokratischen Block des Kreises.

Das Sekretariat des NDPD-Kreisvorstandes **Zschopau** beschließt die Einstellung der Arbeit im Demokratischen Block und der Nationalen Front.

Das Neue Forum **Ebersbach** (Kreis Großenhain) berät vorrangig zum Thema Wahlen. In einer Beratung der Kulturbund-Ortsgruppe Ebersbach schlägt der Vorsitzende vor, den nach 1945 zwangsaufgelösten "Landesverein Sächsischer Heimatschutz" wieder zu beleben. (Der Verein wird am 17. Februar 1990 neu gegründet.)

Bis zum 11. Dezember hängt an der Wandzeitung des Krankenhauses von **Rochlitz** ein Katalog mit politischen Forderungen für eine demokratische Entwicklung unter anderem durch Änderung des Artikel 1 der Verfassung, sofortige Auflösung der SED Betriebskampfgruppen und Festsetzung eines Termins für allgemeine, freie und geheime Wahlen. Der Katalog wird innerhalb von 24 Stunden von 50, am Ende von 74 Mitarbeitern unterzeichnet.

Die dritte Montagsdemonstration in **Kamenz** erreicht die höchste Teilnehmerzahl. Anschließend kommt es zu einer Gesprächsrunde mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung.

Offener Brief des Arbeitskreises "Evangelium und Menschenrechte" aus **Kittlitz** an den Staatsrat der DDR mit der Forderung nach Aberkennung des Karl-Marx-Ordens für Nicolae Ceauşescu.

Eingabe des Arbeitskreises "Evangelium und Menschenrechte" von **Kittlitz** an den Generalstaatsanwalt der DDR wegen Waffenlieferung an Unbekannt.

Zur öffentlichen Besichtigung des geheimen Waldhauses bei **Zschorna** (Kreis Großenhain) erscheinen viele Abgeordnete und Bürger. Die Vertreter des Rates des Bezirkes Dresden als offizielle Rechtsträger können viele Fragen nicht beantworten. Tatsächlich aber wurde dieses Gebäude von der Staatssicherheit genutzt.

In Königsbrück findet das achte Friedensgebet statt.

Während der Montagsdemonstration mit über 150 000 Teilnehmern wird in **Leipzig** die Stasi-Zentrale ("Runde Ecke") besetzt. Das in dieser Nacht entstandene Bürgerkomitee löst die Zentrale in der Folgezeit auf.

5. Dezember

Der Generalstaatsanwalt der DDR gibt bekannt, dass Erich Honecker und andere abgesetzte Vertreter der alten Parteiführung unter Hausarrest stehen.

Der neue FDJ-Generalsekretär gibt bekannt, dass 750 000 von 1,7 Millionen Mitgliedern der Organisation ausgetreten sind.

5. Dezember

Die Bürgerinitiative aus **Bad Elster** trifft sich zur Vorbereitung weiterer Maßnahmen.

Am frühen Abend versammeln sich Tausende vor der Kreisdienststelle der Staatssicherheit in **Bautzen** und fordern Einlass. Gegen 17 Uhr dürfen sie das Gebäude betreten, das zu diesem Zeitpunkt aber bereits fast vollständig ausgeräumt ist.

In **Penig** wird eine Demonstration mit etwa 300 Teilnehmern durchgeführt.

Die Kreisstaatsanwältin aus **Wurzen** und Mitglieder von Bürgerinitiativen, zum Beispiel von Neuem Forum und der Initiativgruppe Demo, betreten die Kreisdienststelle des AfNS und versiegeln das Gebäude. Am selben Tag konstituieren sich die Vorschlagskommission und die Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung.

Einwohner aus Pirna, die Kriminalpolizei sowie der Kreisstaatsanwalt versiegeln das Amt für Nationale Sicherheit in Pirna.

Die Dienstagsdemonstration in Meißen findet zum Thema: "Der Staatsanwalt hat das Wort – Gegen Willkür und Gummiparagraphen" statt. Aus diesem Grund wird die anschließende Kundgebung vor dem Gebäude des Kreisgerichtes auf dem Burgberg durchgeführt.

In **Werdau** blockieren Bürger die Kreisdienststelle des MfS mit einem quergestellten LKW, um den Abtransport von Akten zu verhindern. Der Kreisstaatsanwalt versiegelt die Räume. Es gründet sich der Werdauer Christenrat (WCR).

Eine Gruppe von Bürgervertretern versiegelt in Anwesenheit von Staatsanwälten erstmals Räume des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit in **Karl-Marx-Stadt**. Diese Versiegelungsaktion wird an mehreren Standorten und auch noch am nächsten Tag durchgeführt.

Einige Bürger aus **Auerbach** besichtigen das Amt für Nationale Sicherheit und erhalten auch die Erlaubnis, die Waffenkammer zu betreten.

In **Markkleeberg** findet eine Beratung mit Vertretern von CDU, DBD, LDPD, NDPD, SED, SDP, Neues Forum – Ortsgruppe Markkleeberg-Zwenkau, DFD, VKSK, Volkssolidarität, Klub der Intelligenz sowie einem Vertreter der ev. und kath. Kirche statt. Der Stadtausschuss der Nationalen Front stellt seine Arbeit ein. Der Idee des Runden Tisches folgend, bildet sich ein Bürgerrat. Der Bürgerrat erklärt, dass die Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Kommunalwahl nicht dazu führen dürfen, dass die Stadtverordnetenversammlung ihre Arbeit einstellt. Die nächste Beratung soll am 14. Dezember stattfinden. Bisher nicht vertretene Organisationen werden für das nächste Mal zur Mitarbeit aufgerufen.

Ein Arzt aus **Großenhain** fordert vom Rates des Kreises Rechenschaft über dessen Erklärung vom 1. Dezember.

Der Rat der Stadt **Großenhain** schickt einen Brief an den Ministerpräsidenten Hans Modrow. Darin fordert er unter anderem Neuwahlen auf allen Ebenen und die Vorlage eines Wahlgesetzes noch im Dezember.

5. Dezember

Die Arbeitsgruppe Ökologie des Neuen Forums **Großenhain** fordert unter anderem die Einführung eines "Öko-Unterrichts" an den Schulen.

In **Großenhain** wird durch Mitglieder des Demonstrationskomitees und des Neuen Forums die Kreisdienststelle des Amtes für Nationale Sicherheit am Abend besichtigt. Der Kreisstaatsanwalt versiegelt nach Aufforderung die Räume und Schränke. Ab 7. Dezember wird das Gebäude von der Volkspolizei gesichert.

Das Sekretariat und die SED-Kreisleitung Reichenbach treten geschlossen zurück.

Der Vorsitzende des Rates des Kreises **Reichenbach** hat zum ersten Runden Tisch auf Kreisebene eingeladen. Es nehmen Vertreter von DBD, NDPD, CDU, LDPD, FDGB, SED, Freie Presse, DRK, FDJ, GST, DFD, Konsumgenossenschaft, Freidenker, Goethegesellschaft, Urania, ev. Kirche, Neues Forum und Kulturbund teil. Die Sprecher fordern schnellstmöglich neue, freie und geheime Wahlen.

Besichtigung und Versiegelung des Kreisamtes für "Nationale Sicherheit" in Döbeln.

Die Zentrale der Staatssicherheit in **Dresden** wird auf Druck der Bevölkerung geöffnet. Ab etwa 13 Uhr befindet sich der Bezirksstaatsanwalt im Objekt und versiegelt das Material. Gegen Abend demonstrieren etwa 5 000 Menschen vor dem Gebäude auf der Bautzner Straße. Ein Bürgerkomitee überwacht und kontrolliert das Objekt.

Die Kreisdienststelle des AfNS in Görlitz wird durch das Neue Forum inspiziert und durch den Staatsanwalt versiegelt.

Angesichts der Umweltprobleme in **Lengenfeld** wird die AG Natur und Umwelt der Ortsgruppe des Kulturbundes neu gegründet.

In **Rothenburg** konstituiert sich ein Arbeitskreis "Schule und Bildung" des Neuen Forums. Am 7. und 22. Dezember wird ein Brief an die Schulen mit der Bitte um ein Gespräch geschickt.

Einwohner von **Lengenfeld** besichtigen in einer ehemaligen unterirdischen Produktionshalle ein geheimes Lager von technischer Ausrüstung, Panzerminen, Sprengladungen, Zündschnüren und Zündern.

Bei der Demonstration in **Zwönitz** werden Sprechchöre mit der Forderung nach Wiedervereinigung gerufen. Gegen 22 Uhr vernageln im VEB Meßgerätewerk Arbeiter die Tür der SED-Parteileitung.

6. Dezember

Egon Krenz erklärt seinen Rücktritt als Staatsratsvorsitzender und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. Prof. Manfred Gerlach wird amtierender Staatsratsvorsitzender.

6. Dezember

Der Staatsrat beschließt eine Amnestie für etwa 15 000 politisch Gefangene.

Die Klasse 9a der Polytechnischen Oberschule "Friedrich Wolf" in **Beierfeld** erstellt einen Forderungsplan zur Demokratisierung des Schulalltags.

In Crimmitschau treten von 13 bis 15 Uhr Betriebe in einen vom Neuen Forum ausgerufenen Generalstreik.

Das Amt für Nationale Sicherheit in Auerbach wird aufgelöst.

Im ZK-Sanatorium "Haus am See" in **Bad Elster** wird mit dem ärztlichen Direktor und weiteren Verantwortungsträgern über andere Nutzungsmöglichkeiten dieses Gebäudes sowie weitere Parteigrundstücke in Bad Elster diskutiert. Die Bürgerinitiative aus Bad Elster sendet einen öffentlichen Brief an den Vorsitzenden des Volkskammerausschusses und bittet neben einer Aufdeckung von Amtsmissbrauch und Korruption vor allem um die Klärung der Eigentumsfrage des ZK-Sanatoriums "Haus am See".

Die Basisgruppe des Neuen Forums **Radeburg** beschließt, der Gefahr eines Umschlagens von Ängsten in Gewalt durch Aufklärung zu begegnen und stellt eine Liste von sieben Geheimobjekten auf, die durch Mitglieder und interessierte Bürger besucht werden sollen.

Die Kreisdienstelle des AfNS Werdau übergibt öffentlich die Waffen an die VP.

Beim ersten Runden Tisch in **Mittweida**, bei dem das Neue Forum, die Parteien und Massenorganisationen der Nationalen Front, der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung sowie der Demokratische Aufbruch beteiligt sind, kommt es zu einem Streitgespräch zwischen den Vertretern des Neuen Forums und denen des Demokratischen Aufbruchs. Letztere werfen dem Neuen Forum vor, sich zu wenig von den staatlichen Gremien abzugrenzen, und verlassen deshalb den Runden Tisch.

Mitarbeiter des VEB Einlagegewebe werden vom Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit **Hainichen** zur Besichtigung der Kreisdienststelle des AfNS eingeladen. Die Waffen und die Munition werden an die Dienststelle des VPKA übergeben sowie alle Akten in die Bezirksdienststelle Karl-Marx-Stadt gesandt.

Der Bürgermeister aus **Plohn** stellt an die Gemeinderatsmitglieder die Vertrauensfrage. Ihm wird das Vertrauen ausgesprochen.

Im Schloss von **Colditz** treffen sich Sympathisanten des Neuen Forums, um das weitere Vorgehen im Ort zu besprechen.

6. Dezember

An diesem und am nächsten Tag droht die Situation in den Gefängnissen von **Bautzen** zu eskalieren. Erst nach Zugeständnissen aus Berlin entspannt sich die Lage wieder.

Das Stasi-Gebäude in Freital wird durch einen Staatsanwalt und das Neue Forum versiegelt und von nun an rund um die Uhr bewacht.

Bürger aus **Zschopau** sichern die fast aktenleere Kreisdienststelle des AfNS.

In **Lengenfeld** findet eine Bürgeraussprache über das am 5.Oktober 1989 besichtigte Objekt statt. Der Kommandeur des Truppenteils, der Verantwortliche des Objekts und ein Vertreter der Militärbezirksverwaltung Leipzig stellen sich den Anfragen der Bürger. Auf Nachfrage ist die Menge des Gelagerten zu erfahren: 40 Tonnen Sprengstoff und 30 000 Panzerminen mit 330 Tonnen Sprengstoff. Im Ergebnis der Bürgeraussprache wird eine Erklärung der Initiativgruppe erarbeitet, mitgetragen vom Rat der Stadt, die die vollständige und kontrollierte Räumung des Objektes zum frühestmöglichen Termin verlangt.

In **Cunsdorf** bei Reichenbach wird im Gebäude des AfNS eine Versiegelung der Aktenschränke sowie der Wahlunterlagen mit gleichzeitiger Entwaffnung durch die Staatsanwältin und das Neue Forum durchgeführt.

Der Superintendent und der CDU-Kreissekretär von **Freiberg** besichtigen die Kreisdienststelle des AfNS. Räume und Schränke werden versiegelt, die Waffenkammer geräumt. Die Übergabe des Objektes erfolgt am 12. Dezember.

In der "Sächsischen Zeitung" **Großenhain** nimmt ein ehrenamtlicher Naturschutzmitarbeiter Stellung zu den illegalen Bauten und zur Situation des Naturschutzes im Kreis Großenhain.

Ebenfalls dort begründen Arbeiter des VEB Elektromotorenwerkes **Großenhain**, weshalb sie mit dem Transparent "Für die Wiedervereinigung Deutschlands" an einer Demonstration teilnahmen, und laden den SZ-Kritiker zu einem Gespäch ein.

Auf Einladung des Neuen Forums **Großenhain** findet am Abend im Kreiskulturhaus "Maxim Gorki" eine Podiumsdiskussion mit den Leitern des Volkspolizeikreisamtes und des Amtes für Nationale Sicherheit statt.

Ab 6 Uhr morgens haben die Mitarbeiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit **Dresden** zum Gebäude keinen Zugang mehr.

Das Neue Forum und Vertreter der Kirche des Kreises **Reichenbach** rufen nach dem Friedensgebet und der Demonstration zu einer Kundgebung auf. Zur Teilnahme aufgefordert werden der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, der Vorsitzende des Rates des Kreises, der Leiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit für das Territorium, der amtierende Bürgermeister und der Kreisschulrat.

6. Dezember

Zur vom Neuen Forum organisierten Bürgeraussprache im "Wind" von **Zwönitz** kommen 400 Teilnehmer. Anhand von Beispielen Zwönitzer Bürger wird sichtbar, dass aus dem Wählerverzeichnis Zeugen Jehovas gestrichen wurden, um eine höhere Wahlbeteiligung vorzuspiegeln.

7. Dezember

In Berlin tagt erstmals der zentrale Runde Tisch. Gemeinsam beraten Vertreter von Oppositionsgruppen und Parteien die landesweiten politischen und wirtschaftlichen Fragen. Die Moderation wird von Vertretern der Kirche übernommen. Erstes Ziel ist die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit.

Das Bildungsministerium hebt den Schulunterricht an den Sonnabenden auf.

Die SED-Bezirksleitung Dresden trennt sich von ihren "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" und empfiehlt ihnen, die Tätigkeit einzustellen.

In Bergen findet das dritte Rathausgespräch statt.

In **Bad Elster** wird eine Demonstration mit anschließendem Forum in der Kirche durchgeführt. Jenes Mitglied der "Gruppe der Sechs" aus Leipzig, dem später eine Stasi-Mitarbeit nachgewiesen werden konnte, war wieder mit beteiligt.

Am Militärobjekt der NVA im Raschützwald der Gemeinde **Weißig am Raschütz** (Kreis Großenhain) treffen sich Abgeordnete und Bürger aus den angrenzenden Gemeinden, aus Großenhain, Ortrand, Kroppen und anderen Gemeinden des Gemeindeverbandes Ortrand zu einer Protestaktion. Hier waren etwa 21 Hektar Buchenwald gerodet worden, um eine neue Fliegerabwehr-Raketenstellung als Ersatzstandort für den Standort in Kroppen-Heinersdorf bei Ortrand zu bauen. Die Demonstranten fordern die Umwidmung des Objektes für zivile Nutzung und übergeben dem Kommandeur ein Protestschreiben an das Ministerium für Nationale Verteidigung mit 3 300 gesammelten Unterschriften. Ein Handwerksmeister aus Blochwitz erklärt, dass seine Firma die hier geplanten Arbeiten nicht ausführen wird. Eine Gruppe von Bürgern darf das im Rohbau nahezu fertiggestellte Objekt besichtigen.

Auf Bürgeranfragen zum Stahlturm in **Freitelsdorf** (Kreis Großenhain) gibt die Sächsische Zeitung Großenhain die kurze Mitteilung, dass es eine Relaisstation des militärischen UKW-Bereiches ist. Tatsächlich handelte es sich dabei um ein Netz von Türmen, dessen Bezirkszentrale sich bei Langebrück (Kreis Dresden) befand. Nutzer war das MfS, zur Legendierung trat nach außen die Deutsche Post auf. Im Februar 1990 fand eine Besichtigung der Anlage durch die Bürger statt.

In **Seifhennersdorf** wird eine Demonstration mit Bürgern von tschechoslowakischen Bürgerforen durchgeführt, um die grenzüberschreitende Wirkung zu verdeutlichen.

Im Raum der Kirchgemeinde von Königswalde wird der Demokratische Aufbruch Kreis Werdau gegründet.

Die im Lutherhaus von Werdau stattfindende Gesprächsgruppe über "Bleiben oder gehen" findet nur geringes Interesse.

7. Dezember

Der Runde Tisch in Weißwasser führt seine zweite Sitzung durch.

An der siebenten Demonstration in **Großenhain** nehmen wieder viele hundert Einwohner teil, ab jetzt unter der Regie des Demonstrationskomitee. Die anschließende Kundgebung findet diesmal vor der Marienkirche statt. Als Thema war benannt: "Wir fordern die Trennung von Partei, Staat, Wirtschaft und Kultur!" Tatsächliches Hauptthema der Redebeiträge ist aber die Aussprache zur Wiedervereinigung Deutschlands. Vorgeschlagen wird weiterhin, den Kreis Großenhain vollständig zu entmilitarisieren.

Bei der Einwohnerversammlung in **Skäßchen** (Kreis Großenhain) mit 74 Teilnehmern geht es unter anderem um die Benachteiligung der Landbevölkerung gegenüber den Bewohnern in der Stadt beziehungsweise der Städte generell.

Sechste Tagung der Stadtverordnetenversammlung in Falkenstein, bei der der amtierende Bürgermeister ein Aktionsprogramm vorstellt.

In **Auerbach** tritt in der CDU-Geschäftsstelle nach Drängen der BIKA erstmals ein Runder Tisch zusammen. In dieser Form sollen die bisherigen Rathausgespräche weitergeführt werden.

In Auerbach kommt es zu einer weiteren Besichtigung des Gebäudes des Amtes für nationale Sicherheit.

Die Kreisdienststelle des AfNS in **Rochlitz** wird von Vertretern des Neuen Forums, der Kirche, vier weiteren Bürgern, dem Kreisstaatsanwalt, dem Dienststellenleiter der AfNS-Kreisdienstelle sowie seinem Stellvertreter und einem Offizier des VPKA besichtigt. Die vorhandenen Waffen werden an die Volkspolizei übergeben.

Der Untersuchungsausschuss des Kreises **Kamenz** gegen Amtsmissbrauch konstituiert sich.

Das Neue Forum **Kitzscher** hängt eine Erklärung zur politischen Lage aus, in der es auch die Bürger aufruft, sich ihm anzuschließen.

Vor dem Gebäude der Staatssicherheit in Riesa findet eine Demonstration statt, zu der das Neue Forum aufgerufen hatte.

Initiiert von der NVA-Dienststelle "Flugplatz Lodenau" findet auf dem Marktplatz von **Rothenburg** ein Treffen statt. Es sprechen ein Major und ein Diakon vom Martinshof.

Die Ortsgruppe Lengenfeld der SDP wird gegründet.

In **Dresden** konstituiert sich die unabhängige Untersuchungskommission zur Aufklärung der Handlungen der Justiz- und Sicherheitsorgane im Zusammenhang mit den Demonstrationen vom 3. bis zum 8. Oktober. 13 Mitglieder werden von der Stadtverordnetenversammlung und zwölf Mitglieder von der "Gruppe der 20" berufen.

8. Dezember

Beim außerordentlichen Parteitag der SED wird Gregor Gysi mit 95,3 % zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Ein Antrag zur Selbstauflösung der Partei findet keine Mehrheit.

In **Auerbach** findet die siebente Freitagsdemonstration mit mehreren tausend Teilnehmern statt. Nachdem der Demonstrationszug durch die Stadt gezogen ist, kommt es wieder zu einer Kundgebung auf dem Friedensplatz. Dabei werden Deutschlandfahnen geschwenkt. Mehrere Parteien verlesen ihre Aufrufe, und ein Redner stellt die SPD im Kreis vor.

Die Sächsische Zeitung benennt sich von "Organ der Bezirksleitung Dresden der SED" in "Sozialistische Tageszeitung für den Bezirk **Dresden**" um.

Bei einer Sitzung des Sprecherrates der BIKA (Bürgerinitiative im Kreis Aucherbach) in **Auerbach** wird die Gründung einer BIKA-Zeitung beschlossen.

In **Dresden** konstituiert sich der Runde Tisch des Bezirkes. Sieben Mitglieder werden von den etablierten Parteien gestellt, sieben weitere von den neuen Parteien (davon fünf Vertreter des Neuen Forums, je ein Vertreter des Demokratischen Aufbruchs und der SDP) und zwei Vertreter der Kirchen.

In Döbeln versiegelt der Kreisstaatsanwalt die Diensträume und Panzerschränke im Haus der SED-Kreisleitung.

Im Volkspolizeikreisamt Großenhain wird die SED-Grundorganisation aufgelöst und ein Dienststellenbeirat gebildet.

Der Superintendent und der LDPD-Kreissekretär laden kirchliche Amtsträger, Bürgerinitiativen und Parteien des Kreises **Großenhain** zu Verhandlungen an einen Runden Tisch ein. Als Themen werden benannt: die aus den Fehlentwicklungen zu ziehenden Konsequnzen, die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens sowie die Vorbereitung von freien und geheimen Wahlen.

In **Lengenfeld** findet zwischen dem Leiter des Wehrkommandos, dessen Stellvertreter, dem Verantwortlichen des Objektes, Vertretern der Initiativgruppe, des Neuen Forums, der SDP und dem Bürgermeister eine Aussprache über die beginnende Auslagerung des NVA-Objektes statt.

In **Lengenfeld** findet das zweite Gespräch am Runden Tisch statt. Über die Festlegung zur Verfahrensweise bei der weiteren Arbeit und zu organisatorischen Problemen hinaus werden drei Arbeitsgruppen gebildet: zur Untersuchung der Tätigkeit des MfS im Pflegeheim; zur Klärung, inwieweit die Strukturen des AfNS tatsächlich aufgelöst werden, und zur Untersuchung der Strahlenbelastung im Territorium Lengenfeld.

8. Dezember

In einer Sonder-Ratssitzung der Stadtverordneten von **Wittichenau** wird die Auflösung dieser Volksvertretung diskutiert, aber nicht vollzogen.

9. Dezember

Das Neue Forum Pirna führt in der "Tanne" eine Versammlung durch.

Außerordentliche Kreisdelegiertenkonferenz der CDU im Klubkino von Falkenstein.

In **Marienberg** findet die letzte Samstagsdemonstration statt. Ab nächster Woche wird sie, wie auch in vielen anderen sächsischen Städten, am Montag durchgeführt.

In **Eppendorf** findet die dritte Demonstration in Form eines Schweigemarsches statt. Dieser steht unter dem Thema: "Gegen Brutalität und Gewalt – Für die Freilassung aller politischen Gefangenen".

Die Landesdelegiertenkonferenz des Neuen Forums in **Leipzig** stellt Strafanzeige wegen Verdachts der Verdunkelung durch die Vernichtung von strafrechtlich relevanten Akten gegen Egon Krenz, Dr. Wolfgang Schwanitz und Unbekannt.

Das erste Exemplar des "Wendepunkt", ein Rundschreiben des Neuen Forums für den Kreis **Torgau**, erscheint.

Auf dem August-Bebel-Platz in **Zittau** wird zum Tag der Menschenrechte eine Demonstration durchgeführt. An diesem Tag legt auch der Bürgermeister der Stadt sein Amt nieder.

In **Geithain** gründet sich ein SPD Ortsverband.

In der Schlosskirche von **Torgau** findet ein Gebet um Erneuerung statt.

10. Dezember

Der ev.-luth. Pfarrer und Jugendevangelist Dr. Theo Lehmann hält vor etwa 2 000 Teilnehmern in **Karl-Marx-Stadt** einen Jugendgottesdienst mit dem Titel "Wach auf".

11. Dezember

In Berlin treffen sich erstmals seit 18 Jahren die Botschafter Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion zu einer Viermächtekonferenz.

Bei der Montagsdemonstration in **Bautzen** wird der Erhalt der Altstadt gefordert. Bei der anschließenden Kundgebung wird der Bürgermeister heftig kritisiert. Dieser zieht sich daraufhin aus der aktiven Politik zurück.

In **Großschönau** findet eine Demonstration gegen die Machenschaften der SED und für eine Auflösung der Staatssicherheit statt. Etwa 2 500 Einwohner beteiligen sich.

11. Dezember

Bei der Montagsdemonstration in **Wurzen** werden schwarz-rot-goldene Fahnen mitgeführt, die auch schon vermehrt an den Häusern hängen. Bei der anschließenden Kundgebung sollen sich zwei Demonstrationszüge bilden. Einer, der für die D-Mark und die Wiedervereinigung ist, und ein weiterer, der nicht diese Ziele verfolgt. Die überwiegende Mehrheit beteiligt sich beim Erstgenannten.

Die 25 Bürgervertreter aus **Karl-Marx-Stadt** führen das fünfte Rathausgespräch mit Vertretern des Rates der Stadt durch. Es wird vereinbart, diese Gespräche künftig als Runden Tisch weiterzuführen.

In **Weißkeißel** wird eine Bürgeraussprache zur Perspektive des Ortes durchgeführt, zu der das Neue Forum eingeladen hatte. Der 1. Stellvertretende Vorsitzende des Rates des Kreises, der Kreisschulrat, der Bürgermeister sowie der Kommandeur des NVA-Ausbildungszentrums stellen sich den Fragen der Anwesenden.

In Marienberg bildet sich ein Runder Tisch. Am Abend wird wieder nach einer Kundgebung auf dem Marktplatz demonstriert.

In **Zwickau** findet das neunte Ökumenische Friedensgebet in der Lutherkirche statt. Danach ruft das Neue Forum auf zu einer Demonstration unter dem Motto "Gegen dunkle Geschäfte, für rückhaltlose Aufklärung aller Vorfälle, für eine basisdemokratische Perspektive unseres Landes" auf.

Das Hauptthema der Montagsdemonstration mit über 10 000 Teilnehmern in Leipzig ist die Wiedervereinigung.

In **Großenhain** wendet sich das Demonstrationskomitee mit einem öffentlichen Aufruf an die Bürger der Stadt und des Kreises zur Fortsetzung der Demonstration.

An diesem Tag beraten auch 21 Lehrer aus **Großenhain** über Probleme und einer Reformierung der Bildungsarbeit im Kreis. Für den Februar 1990 wird eine Kreislehrerkonferenz vorgeschlagen.

Die SED-Kreisleitung **Großenhain** tagt und berät mit den Kreisdelegierten des Sonderparteitages. Es werden fünf Arbeitsgruppen gebildet. Berufen wird auch eine Untersuchungskomission, die alle Parteiverfahren überprüfen soll.

In **Oberwiesenthal** wird das fünfte Friedensgebet mit anschließender Demonstration durchgeführt.

Zur siebenten Montagsdemonstration in **Karl-Marx-Stadt** fordert die Mehrheit der etwa 40 000 Teilnehmer unter anderem die Wiedervereinigung Deutschlands. Viele Deutschlandfahnen und auch weiß-grüne Sachsenfahnen werden im Demonstrationszug mitgeführt.

In Werdau findet ein Friedensgebet mit anschließender Demonstration statt.

11. Dezember

Die Mitarbeiter des Rathauses in **Radebeul** werden aufgefordert, den "Aufruf für unser Land" zu unterzeichnen. Es gibt Widerstand einzelner Mitarbeiter.

Das Munitionslager in Rodewisch/Rebesgrün wird zum ersten Mal von etwa 50 Personen besichtigt.

Zehnter Fürbittgottesdienst in **Döbeln** mit dem Vortrag eines Wissenschaftlers der Karl-Marx-Universität zu Problemen der DDR-Wirtschaft und anschließender Demonstration.

Die AfNS-Kreisdienststelle **Cunsdorf** bei Reichenbach wird im Beisein des Dienststellenleiters, des Vorsitzenden des Rates des Kreises, des Leiters der VPKA von der Kreisstaatsanwältin und Vertretern des Neuen Forums aufgelöst.

Die Kreisdienststelle der nationalen Sicherheit wird in Hohenstein-Ernstthal aufgelöst.

In Freiberg wird die bereits am 6. Dezember versiegelte Kreisdienststelle des AfNS noch mal besichtigt.

Die AfNS-Kreisdienststelle **Zschopau** wird in die Rechtsträgerschaft und Verfügungsgewalt des Rates des Kreises übergeben. Dieser soll über die neue Nutzung entscheiden. Außer Waffen finden die Anwesenden nur wenige leere Formulare.

In der Konsumgaststätte von **Tannenbergsthal/OT Jägersgrün** findet eine öffentliche Ratssitzung statt. Es werden aktuelle politische Probleme diskutiert.

Nach der Demonstration in **Kamenz** stellen sich ein Ratsmitglied der Stadt und der Kommandeur der Offiziershochschule den Fragen der Bürger.

In **Schwarzenberg** findet die letzte Demonstration mit Kundgebung des Neuen Forums für 1989 statt. Ein Vertreter des Neuen Forums sagt, dass die Weihnachtszeit zur Festigung der erzielten Erfolge genutzt werden soll. Im Anschluss ziehen die Kundgebungsteilnehmer mit einem Schweigemarsch durch die Stadt.

12. Dezember

In Potsdam trifft Ministerpräsident Hans Modrow mit US-Außenminister Baker zusammen.

Die Kontrollstellen des Ministeriums für Staatssicherheit in Haupt- und Bahnpostämtern im gesamten Gebiet der DDR werden aufgelöst.

Es kommt zur zweiten Begehung der Munitionslager in Rodewisch/Rebesgrün.

Die Dienststelle des Kreisamtes für Nationale Sicherheit in **Meißen** wird aufgelöst und beräumt. Sämtliches Schriftgut wird von Vertretern des Neuen Forums verpackt und nach Dresden gebracht. Es werden auch größere Bestände an Meissener Porzellan vorgefunden.

12. Dezember

Im Kreis **Wurzen** wird ein Bürgerkomitee gebildet, das aus 24 Vertretern von Parteien und Organisationen besteht. Es soll die öffentlichen Strukturen kontrollieren und Behörden unterstützen.

Die Akten der Staatssicherheit aus **Delitzsch** werden im Auftrag des Bürgerkomitees nach Leipzig gebracht.

Die Dienstagsdemonstration in Meißen steht unter dem Thema "Für unser Volk", und die Kundgebung wird vor dem Gebäude des Rates des Kreises durchgeführt. Sie hat etwa 1 500 Teilnehmer. Immer mehr Deutschlandfahnen werden mitgeführt.

Im Bezirksamt für Nationale Sicherheit **Karl-Marx-Stadt** kommt es zu einer Zusammenkunft mit Vertretern des Amtes, dem Regierungsbeauftragten (für Angelegenheiten des AfNS im Bezirk) und Vertretern der Opposition.

Die Bürgerinitiative aus Bad Elster trifft sich, um weitere Demonstrationen und Foren vorzubereiten.

In der Turnhalle von Oberlungwitz gründet sich die Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" des Kreises Hohenstein-Ernstthal.

Die Zentrale der Staatssicherheit in Bischofswerda wird geräumt. Die Waffen, Funktechnik und Akten werden dem VPKA übergeben.

Die verschiedenen Facharbeitskreise der BIKA treffen sich im Luthersaal in **Auerbach** zur Beratung und Vorstellung der bisherigen Ergebnisse.

Auf Einladung des Bürgermeisters trifft sich in **Döbeln** der Runde Tisch. Von den Vertretern der Parteien, der Kirche und der Bürgerbewegungen sollen wichtige Probleme der Stadt diskutiert und entschieden werden. Die Mitglieder der Basisgruppen wollen eine stärkere Beteiligung in den zwölf ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung. Weitere Teritorialausschüsse sollen gebildet werden.

In **Stolpen** findet nach einer Demonstration eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt.

In Gelenau wird von den Ratsmitgliedern ein neuer Bürgermeister gewählt.

Etwa 3 000 gefüllte Aktenordner und sonstiges Schriftgut werden durch einen Militärstaatsanwalt, den Amtsleiter des VPKA, mehrere Waffen- und Nachrichtenexperten der VP, etwa 20 Polizisten sowie neun Vertreter des Neuen Forums **in Freital** in dem Gebäude des MfS sichergestellt, das am 6. Dezember bereits versiegelt worden war.

In der Gaststätte Süptitz bei Torgau findet ein Bürgerforum statt.

Nur geringe Resonanz findet in **Zschopau** eine Demonstration der Unabhängigen Bürgerinitiative.

12. Dezember

In Schlettau findet die erste Demonstration statt.

Der Runde Tisch des Kombinats Freiberg findet sich zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Im Haus der Organisationen von **Schwarzenberg** tritt der Runde Tisch zusammen. Der Leiter des Volkspolizeikreisamtes berichtet über die Sicherheitslage im Kreis.

Die Auflösung der Kreisdiensstelle des AfNS in **Großenhain** erfolgt unter der Leitung des Chefs des VPKA in Anwesenheit eines Militärstaatsanwaltes, des Kreisstaatsanwaltes, Vertretern des Neuen Forums, des Demonstrationskomitees und anderer Behörden. Alle Waffen übernimmt die Volkspolizei. Die Akten werden in Begleitung der Bürgerinitiativen nach Dresden überführt.

Das Neue Forum **Großenhain** startet einen Volksaufruf mit Unterschriftensammlung zur Auflösung des sowjetischen Flugplatzes und einer entsprechenden US-Basis in der Bundesrepublik (Ramstein). Der Vorsitzende des Rates des Kreises Großenhain und der sowjetische Kommandeur unterstützen das Vorhaben. Briefe werden geschickt an die obersten Repräsentanten der USA, UdSSR, BRD, DDR und den Bürgermeister von Ramstein.

Auf Einladung des Kommandeurs der NVA-Garnison **Großenhain** besichtigen Einwohner die Leo-Jogiches-Kaserne. Anschließend findet noch ein Bürgerforum statt. Am nächsten Tag gründet sich in der Kaserne eine Basisgruppe des "Verbandes der Berufssoldaten in der DDR".

Der NDPD-Kreisverband **Großenhain** bildet öffentliche Arbeitsgruppen für Umwelt, Handwerk und Gewerbe, Kommunalpolitik sowie Entmilitarisierung. Die Bürger werden zur Mitarbeit aufgerufen.

Die erste Beratung des Runden Tisches der Stadt **Großenhain** findet auf Einladung des Bürgermeisters mit den Parteien CDU, DBD, LDPD, NDPD, SED, sowie dem Neuen Forum statt. Einige Bürger fordern die Selbständigkeit der früher eingemeindeten Orte. Als Gegengewicht zu den SED-Mehrheiten in den ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung sollen stimmberechtigte Bürger in diese berufen werden.

In **Lampertswalde** (Kreis Großenhain) tagt ein Runder Tisch. Hauptpunkt ist die Vorbereitung der geplanten Demonstration am 16. Dezember gegen das Militärobjekt im Raschütz.

Eine weitere Beratung des Gründungsausschusses des Landjugendverbandes findet in **Großenhain** statt. Dabei gibt es auch einen Bericht zur Teilnahme am "Runden Tisch der Jugendverbände" im FDJ-Zentralrat in Berlin mit über 20 unabhängigen Jugendverbänden.

In Königsbrück findet das neunte Friedensgebet statt.

12. Dezember

Bei der Sitzung des Rates der Gemeinde **Langensteinbach** erklären alle Ratsmitglieder die Bereitschaft, ihre Funktion bis zur nächsten Kommunalwahl auszuüben. Sie beschließen, die kirchliche Hilfsaktion "Brot für die Welt" mit einer Spende von 350 Mark zu unterstützen. Gleichzeitig sollen alle anderen Gemeindevertreter zu einer ähnlichen Form des Dankes für das verantwortungsvolle Handeln der ev. Kirchenleitungen aufgerufen werden.

Die Kreisdienststelle des AfNS in **Reichenbach** wird endgültig aufgelöst.

In **Reichenbach** trifft sich der erste Runde Tisch auf Stadtebene. Daran nehmen der amtierende Bürgermeister, Vertreter von SED, CDU, LDPD, Neues Forum, NDPD, DBD sowie von der ev. und kath. Kirche teil. Es geht um Probleme der Kommunalpolitik.

13. Dezember

Die bundesdeutsche SPD und die SDP der DDR vereinbaren einen gleichberechtigten Kontaktausschuss beider Parteivorstände.

In **Aue** konstituiert sich ein Runder Tisch, der gemeinsam mit dem Rat der Stadt und der Stadtverordnetenversammlung die Verantwortung für die Stadt übernimmt. Entscheidungen sind nur noch mit gegenseitiger Zustimmung möglich.

Der Runde Tisch in **Weißwasser** führt seine dritte Sitzung im Sitzungszimmer des Rates des Kreises durch.

Eine Gruppe von Mitgliedern des Neuen Forums im Bezirk **Karl-Marx-Stadt** übergibt der Nachrichtenagentur ADN einen Aufruf zur Gründung einer Partei Neues Forum.

In Altmannsgrün tritt der Runde Tisch zu seiner dritten Sitzung zusammen.

Im Haus der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft in **Zwickau** erfolgt die konstituierende Sitzung des Neuen Forums mit der Wahl eines Sprecherrates.

In Crimmitschau findet der erste offizielle und öffentliche Runde Tisch statt, der seitdem regelmäßig zusammentritt.

Das Neue Forum stellt einen 12 Punkte umfassenden Themenkatalog zur Kommunalpolitik der Stadt **Markkleeberg** vor.

In **Freiberg** findet ein Forum über Fragen des Umweltschutzes statt, an dem sich mehrere hundert Einwohner beteiligen.

Während einer öffentlichen Veranstaltung in der Gaststätte "Schützenhaus" in **Sosa** erfolgt die öffentliche Aufforderung durch die Ortsgruppe des Neuen Forums an den Gemeinderat und die Bürgermeisterin, in der Gemeinde einen Runden Tisch zu bilden. Das erste Gespräch erfolgt am 20.Dezember.

13. Dezember

Aus Vertretern der Parteien, des Bürgerforums, der evangelischen und katholischen Kirche sowie des Neuen Forums gründet sich in **Kamenz** ein Runder Tisch.

Der Untersuchungsausschuss zu Amtsmissbrauch, Korruption und ungerechtfertigten Privilegien Kamenz nimmt seine Arbeit auf.

Das Neue Forum **Kitzscher** stellt einen Katalog auf, welche Ziele es in Umweltfragen und allgemeinen kommunalen Problem erreichen will. Gleichzeitig werden die Bürger aufgerufen, sich entsprechend ihrer Interessen und Fachkenntnisse in die Arbeit der Kommissionen beim Rat der Stadt mit einzubringen.

Der Unabhängige Untersuchungsausschuss für Amtsmissbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung nimmt in **Werdau** seine Arbeit auf.

Die Stadtverordnetenversammlung Markkleeberg beschließt die Bildung eines "Öko-Fonds".

Das Neue Forum **Rabenau** verabschiedet einen Forderungskatalog. Darin geht es unter anderem um eine Verwaltungsreform mit Wiederherstellung der früheren Länder, soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft und die deutsche Einheit als mittelfristiges Ziel.

In der Kirche von Jonsdorf findet die Gründungsveranstaltung des Neuen Forums statt. 21 Vorstandsmitglieder werden gewählt.

Das Demonstrationskomitee **Großenhain** ruft zur nächsten Demo unter den weiß-grünen Farben des künftigen Landes Sachsen und mit dem Text der DDR-Nationalhymne auf. Thema: "Demokratische Veränderungen in unserem Land! Wann in unserem Kreis?". Der Vorsitzende des Rates des Kreises wird zur Stellungnahme aufgefordert. Das Neue Forum Großenhain informiert über die Einrichtung eines Kontaktbüros am Kirchplatz 3.

Am Abend konstituiert sich in der evangelisch-methodistischen Kirche **Großenhain** der Runde Tisch des Kreises Großenhain mit den fünf Altparteien, der SDP, der ev.-luth., kath. und ev.-methodistischen Kirche, dem Neuen Forum und der VdgB. Der Superintendent des Kirchenbezirkes Großenhain der ev.-luth. Kirche übernimmt die Leitung. Der Vorsitzende des Rates des Kreises bezeichnet Kreistag und Rat des Kreises als "Übergangsregierung" bis zur Neuwahl. Die zweite Tagung findet am 10. Januar 1990 in der LDPD-Kreisgeschäftsstelle statt.

In **Ebersbach** (Kreis Großenhain) berät das Neue Forum unter anderem zum neuen Wahlgesetz, zur Erneuerung der Gesellschaft im Ort und zur Vorbereitung des Runden Tisches Ebersbach, der im Januar 1990 erstmals tagt.

Das Neue Forum organisiert im Anschluss an die Demonstration in **Reichenbach** eine Kundgebung zu den Themen: "Volksentscheid – aber wie?" und "Wie geht's weiter?"

13. Dezember

In **Freiberg** tagt zum zweiten Mal der Runde Tisch des Kreises. In der Petrikirche findet das fünfte Forum: "Gespräche in der Petrikirche" mit mehreren hundert Einwohnern über Umweltprobleme statt.

14. Dezember

Die Wirtschaftsminister der DDR und BRD einigen sich über eine gemeinsame Wirtschaftskommission und ein Kooperationsabkommen. Ähnliche Vereinbarungen treffen die Umweltminister beider Länder.

Die DDR-Regierung kündigt die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit an.

Die Bürgerinitiative "Demokratie Jetzt" legt einen Dreistufenplan zur nationalen Einheit vor.

In **Bad Elster** wird eine Demonstration mit anschließendem Forum im Kulturhaus zu Fragen der Sicherheitskräfte durchgeführt. Es sind Vertreter des Wehrkreiskommandos, der Grenztruppen und der Volkspolizei anwesend.

Es findet die vierte Sitzung des Kreistages **Auerbach** im Klubhaus der Werktätigen statt. Bei dieser Sitzung wurde ein neuer Rat des Kreises (Verwaltungsspitze) gewählt. Der ehemalige hatte sich am 23. November selbst abgewählt.

Das Neue Forum in Crimmitschau erstellt einen regionalen Forderungskatalog.

In **Zittau** tritt der Runde Tisch zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Das Neue Forum Weißwasser führt eine Mitgliederversammlung in der Wilhelm-Pieck-Oberschule durch.

In **Penig** wird eine Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 300 Einwohner beteiligen.

Der Sprecherrat des Neuen Forums **Döbeln** trägt dem Rat des Kreises vor, dass das ehemalige Gebäude der Staatssicherheit Rehabilitationszentrum werden soll.

Zum Thema "Wie soll die Erziehungsarbeit gestaltet werden?" findet in der Schule von Lunzenau ein Eltern-Lehrer-Gespräch statt.

Im Stadt- und Landkreis **Görlitz** gründet sich die SPD.

Die Vertrauensleute des VEB-Hydraulik **Rochlitz** fordern den Rücktritt des Sekretariates des FDGB-Kreisvorstandes.

Mit einem Hilferuf in Form eines Offenen Briefes wendet sich die Junge Gemeinde aus **Jessen an der Elster** an alle Bürger der Orte im den Tälern der Elster und ihrer Zuflüsse. Die Schwarze Elster ist an der Mündung in die Elbe gekennzeichnet von Gestank, Tod und Dreck. Am Elsterzufluss Große Röder sind daran maßgeblich die "Lautex" Großenhain und das Zellstoffwerk Gröditz beteiligt.

14. Dezember

Am späten Nachmittag findet im "Hachmeisterhaus" **Großenhain** eine erste Beratung des "Runden Tisches der Jugendverbände" des Kreises statt. Teilnehmer sind die Christlich-Demokratische Jugend (CDJ), die FDJ, der Landjugendverband und kirchliche Gruppen. Die JuliA hat abgesagt, um nicht unter dem Dach der FDJ wirken zu müssen. Alle Anwesenden sind sich aber einig, dass die alte FDJ abgewirtschaftet hat.

Am Abend findet in der Marienkirche **Großenhain** ein Friedensgebet statt. Anschließend erfolgt die achte Donnerstagsdemonstration mit etwa 3 000 Beteiligten durch Großenhain. Zur Kundgebung auf dem Kirchplatz hält der dazu aufgeforderte Vorsitzende des Rates des Kreises eine lange Rede, die immer wieder von Pfiffen unterbrochen wird.

Die Arbeitsgruppe "Rathaus" des Neuen Forums Rothenburg trifft sich.

Das Neue Forum **Rothenburg** darf den Flugplatz Rothenburg besichtigen und spricht mit Offizieren und Mannschaften. Dabei geht es im die Frage, ob das Neue Forum einen Marsch zum Flugplatz unternehmen wollte, was dann aber unterblieb. Schon allein wegen Erwägung wurde auf dem Flugplatz Alarm ausgelöst.

In **Sebnitz** findet eine Demonstration statt.

15. Dezember

Auflösung der DDR-Kampfgruppen durch die Regierung.

Auf dem Sonderparteitag der DDR-CDU wird Lothar de Maizière zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Die CDU bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie, zur Marktwirtschaft und zur deutschen Einheit.

In **Aue** überreicht eine Initiativgruppe von Lehrern dem amtierenden Kreisschulrat eine Unterschriftensammlung mit 236 Unterzeichnern, die Veränderungen in den Schulleitungen und mehr Mitspracherecht der Lehrer bei allen Entscheidungen im pädagogischen Bereich fordern.

In Penig wird die konstituierende Sitzung des Runden Tisches durchgeführt.

Im Hörsaal der LPG-Hochschule **Meißen** wird eine Veranstaltung zum Thema "Rettet Meißen – jetzt" durchgeführt.

In Crimmitschau wird ein Friedensgebet mit anschließender Demonstration durchgeführt.

In **Bautzen** findet die konstituierende Sitzung des Runden Tisches im Kolpinghaus statt. Das Neue Forum nimmt daran als gleichberechtigte Fraktion teil.

15. Dezember

In **Auerbach** findet die achte Freitagsdemonstration mit mehreren tausend Teilnehmern statt. Auf der anschließenden Kundgebung, bei der es wiederholt zu Unruhen kommt, wird eine Weihnachtspause bis zum 5. Januar vereinbart.

In **Eppendorf** findet die vierte Demonstration mit etwa 150 Teilnehmern statt. Nach der Verlesung des Flugblattes "Für ein deutsches Vaterland" gibt es eine Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid zur deutschen Einheit.

An einer Podiumsdiskussion des Neuen Forums in **Zschopau** nehmen 50 Bürger teil. Themen sind die Wiedervereinigung und die Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten und kommunale Aufgaben.

Zur Vorbereitung eines Runden Tisches treffen sich in Görlitz Vertreter von Parteien, Kirchen und Räten.

Die Kreisleitung des Kulturbundes **Großenhain** veröffentlicht ihren Standpunkt für einen "Kulturbund zur demokratischen Erneuerung der DDR".

Ein Bürger aus **Großenhain** schlägt vor, den Namen des DSF-Standes "Aus Freundesland" auf dem Weihnachtsmarkt zu ändern.

In **Torgau** treffen sich die Sprecher der Neues-Forum-Gruppen und bereiten ein Bürgerforum vor.

In Riesa findet der erste Runde Tisch statt.

Beim Rat des Kreises **Rochlitz** findet der erste Gedankenaustausch am Runden Tisch statt. Teil nehmen jeweils zwei Vertreter von LDPD, NDPD, CDU, SED, DBD, dem Neuen Forum und der ev.-luth. Kirche. Die Beteiligten einigen sich auf eine Geschäftsordnung, die Rotation des Vorsitzenden und dass zwecks konzentrierter Arbeit keine weiteren politischen Gruppen hinzugezogen werden sollen. Eine kontroverse Diskussion gibt es über die Medienverfügbarkeit, insbesondere die Chancengleichheit bei Presse- veröffentlichungen.

Zur Vorbereitung des Besuches von Bundeskanzler Helmut Kohl findet in **Dresden** das erste Rundtischgespräch statt.

Mitte Dezember

Ein Vorbereitungskomitee ruft in **Dresden** zur Gründung einer Sachsenpartei (SP) auf. Ein Hauptziel ist die Wiedererrichtung des Landes Sachsen. Dazu werden alle Landsleute und Freunde Sachsens in der DDR zur Mitarbeit aufgefordert. Aufgrund der politischen Entwicklung (Gründung der Deutschen Sozialen Union [DSU] im Januar 1990) gründet sich stattdessen am 11. März 1990 in Dresden der Sachsenbund e. V. als überparteilicher Verband. Anfang September 1990 sowie 1991 führt der Sachsenbund e. V. in Dresden-Hellerau "Sachsenbundtage" durch, die als Vorläufer des heutigen "Tag der Sachsen" gelten.

Unter der Leitung des SED-PDS-Bürgermeisters bildet sich in **Stolpen** aus Vertretern gesellschaftlicher Kräfte und unabhängigen Bürgern ein Runder Tisch.

Mitte Dezember

Das Gebäude der Staatssicherheit in **Löbau** (Haus Sanssouci) wird durch Einwohner des Ortes besetzt. Es werden Räume und Schränke versiegelt. Im Volkspolizeikreisamt führen Vertreter der Bürgerinitiative mit den Verantwortlichen Verhandlungen über die Sicherung der Waffen durch. Am Abend bildet der Pfarrer von Löbau zusammen mit Vertretern des Neuen Forums und der Stadt einen Runden Tisch.

Vor der Villa der Staatssicherheit in **Radebeul**-Ost versammeln sich viele Einwohner des Ortes und verlangen Eintritt, weil seit längerer Zeit der Schornstein qualmt und der Verdacht der Aktenvernichtung naheliegt. Aber keinem wird Zugang gewährt. Die Bürger bleiben noch sehr lange vor dem Gebäude stehen, um einen möglichen Abtransport der Akten zu verhindern.

In der Stadt **Thalheim** gründet sich die Koalition gegen Links. An der Koalition beteiligen sich der DA, Vertreter der SPD Chemnitz, das Neue Forum und die Blockparteien. Aus den Mitgliedern der Koalition entsteht später der Runde Tisch.

In **Mohorn** konstituiert sich ein Runder Tisch. Dieser setuzt sich aus Personen eines Gesprächskreises zusammen, die sich bereits seit einigen Jahren in der Kirche zusammen mit dem Pfarrer zu Gesprächen über politische Inhalte getroffen haben.

Zwei private Lastkraftwagen aus Crimmitschau machen sich mit Sachspenden auf den Weg nach Rumänien.

In **Pulsen** bei Gröditz bildet sich ein Runder Tisch mit dem Ziel der Entmachtung der alten Volksvertretung.

In der Gemeinde **Großharthau** findet eine Gesprächsrunde statt, bei der die Bürger die Möglichkeit haben, sich nach der Zukunft der DDR zu erkundigen und offen auszusprechen, was ihnen am DDR-Regierungsstil missfällt.

In **Wernesgrün** ruft die Nationale Front die Blockparteien, Massenorganisationen, die Kirche und neue Gruppierungen zur Bildung eines Runden Tisches auf. Die Bevölkerung lehnt aber einen Runden Tisch in dieser Zusammensetzung ab.

16. Dezember

In Leipzig findet der Gründungsparteitag des "Demokratischen Aufbruch" statt. Parteivorsitzender wird Wolfgang Schnur.

Der fortgesetzte Sonderparteitag der SED beschließt die Umbenennung der SED in SED-PDS.

Das Neue Forum organisiert in **Zschopau** mit wenig Erfolg eine programmatische Diskussion zur künftigen Gesellschaft.

In **Lichtenstein** findet die zweite Demonstration statt. Aufgerufen wurde durch die Bürgerinitiative, CDU, LDPD, NDPD und DBD. Erstmals angesprochen werden Neuwahlen, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Wiedereinführung der alten Länderstrukturen.

Ein Bürger aus **Werdau** stellt eine Eilantrag an den Rat des Bezirkes, um die Lizenz für eine unabhängige Zeitung zu bekommen.

16. Dezember

Zur ersten Bezirksdelegiertenkonferenz des Neuen Forums kommen gewählte Vertreter aus fast allen Kreisen in **Karl-Marx-Stadt** zusammen. Sie sprechen sich für eine Weiterarbeit als Vereinigung mit Übernahme politischer Verantwortung aus. Es wird ein Sprecherrat aus neun Personen gewählt.

Initiiert durch den Aufruf der CDU-Ortsgruppe **Lampertswalde** beteiligen sich 2 000 Bürger aus dem Kreis Großenhain und dem Gemeindeverband **Ortrand** (Kreis Senftenberg) an einer Protestdemonstration zum Fla-Raketen-Objekt im Raschütz. Unzählige Transparente werden mitgeführt, zum Beispiel "Kein Geschütz in den Raschütz", "Frieden schaffen ohne Waffen". Auf der anschließenden Kundgebung an der Lampertswalder Oberschule erklärt der Kommandeur der Einheit in Abstimmung mit dem Chef der Luftverteidigung der NVA die weitgehende Fertigstellung des bisher 3,6 Millionen Mark teuren Objektes für die Überführung in zivile Nutzung. Das Sperrgebiet soll auf ein Minimum reduziert werden, damit die Bürger den Wald wieder betreten können.

In **Hermsdorf** wird eine Demonstration auf dem Kirchplatz durchgeführt, an der sich etwa 100 Einwohner beteiligen.

17. Dezember

In der Ortschaft **Posseck** bei Triebel findet eine Demonstration am ersten Grenzzaun und ein Lichtgruß am zweiten Grenzzaun von bayrischer Seite statt. Dabei kommt es zum ersten Mal zur Öffnung des ersten Grenzzaunes und zum Betreten des ehemaligen Schutzstreifens.

Im Kreiskulturhaus Großenhain findet eine Lesung aus Walter Jankas Buch "Schwierigkeiten mit der Wahrheit" statt.

Ein Vertreter des Neuen Forums, der seit 1980 aufgrund öffentlicher Kritik am System der DDR mit Berufsverbot belegt war, bekommt in **Weißkeißel** überraschend das Amt des Bürgermeisters angeboten. Der ehemalige Bürgermeister musste wegen Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Geldern beurlaubt werden. Der Forums-Politiker nimmt in Rücksprache mit seinen Mitstreitern im Neuen Forum das Amt an.

18. Dezember

Die SPD formuliert eine Erklärung zur Deutschlandpolitik.

Der zentrale Runde Tisch spricht sich für eine "Vertragsgemeinschaft zwischen Bundesrepublik und DDR" aus.

In Leipzig findet auf Anregung des Superintendenten Magirius ein Schweigemarsch für die Opfer der Gewalt und des Stalinismus statt.

Auf dem Markt von Werdau wird Kriegsspielzeug in friedliches Spielzeug getauscht.

In Werdau findet ein Friedensgebet mit anschließender Demonstration statt.

Im Krankenhaus von Colditz beginnen zwölf Zivildienstleistende ihre Arbeit.

18. Dezember

Nach der letzten Montagsdemonstration in diesem Jahr in **Wurzen** werden zur Erinnerung an die Opfer des Stalinismus die Kirchenglocken der Stadt geläutet.

Während des Friedensgebetes in **Mühltroff** wird beschlossen, auch in diesem Ort eine "Gruppe der 20" zu bilden, die an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen soll. Es werden zwölf Vertreter gewählt, die vom Christlichen Aktionskreis und der Ortsgruppe der SDP, die sich aus den Friedensgebeten heraus gebildet hatte, kommen. Diese bezeichneten sich dann als "Gruppe der 12".

In **Zwickau** findet das zehnte Ökumenische Friedensgebet im Dom statt. Anschließend beteiligen sich etwa 4 000 Bürger der Stadt und des Landkreises an einem Schweigemarsch zum "Gedenken für die Opfer der Gewalt und geistiger Unterdrückung unter stalinistischer Herrschaft".

In **Colditz** wird das fünfte Friedensgebet durchgeführt.

In Meißen gründet sich der Ortsverband Meißen der SDP und fordert vom Bürgermeister die Bereitstellung von Arbeitsräumen.

Im Kino von **Oschatz** findet ein von der CDU organisiertes Bürgerforum zum Thema "Stasi" statt. Der ehemalige Leiter der Kreisdienststelle ist als Gesprächspartner eingeladen. Seine Antworten werden vom mitunter sehr aufgebrachten Publikum mit Pfiffen und Buh-Rufen erwidert.

In Oberwiesenthal wird das sechste Friedensgebet mit anschließender Demonstration durchgeführt.

Im Rathaus von **Naunhof** wird der erste Runde Tisch durchgeführt. Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, des Neuen Forums sowie der Kirche sind anwesend.

In Marienberg findet nach einer Kundgebung eine Demonstration statt.

Wie auch in Leipzig wird in **Karl-Marx-Stadt** ein Schweigemarsch für die Opfer der Gewalt und des Stalinismus durchgeführt. Organisator ist die Demokratische Oppositionelle Plattform (DOP), und es beteiligen sich etwa 30 000 Menschen.

In **Treuen** findet die konstituierende Sitzung des Runden Tisches statt, zu der der Bürgermeister alle Parteien, Organisationen und Mitglieder des ev. Kirchenvorstandes eingeladen hat.

Elfter Fürbittgottesdienst in **Döbeln** mit anschließendem Schweigemarsch von etwa 2 500 Bürgern für die Opfer des Stalinismus und Gesinnungsterrors. Danach findet eine Veranstaltung des "Demokratischen Aufbruchs" im Stadttheater statt.

18. Dezember

In **Frauenstein** findet das erste Gespräch am Runden Tisch statt. Daran nehmen der Rat der Stadt, DBD, LDPD, SED-PDS, CDU und die Bürgerinitiative teil.

Bürgervertreter aus den Gemeindeverbänden Ortrand und Lampertswalde dürfen die NVA-Objekte Kroppen und Raschütz besichtigen.

Ein Podiumsgespräch zu Recht und Ordnung findet im Kreiskulturhaus **Großenhain** statt. Der stellvertretende Kreisratsvorsitzende erläutert die Aufgaben seines Ratsbereiches Inneres. 30 Bürger des Kreises Großenhain fallen unter die jüngste Amnestie.

In **Eibenstock** wird auf Einladung des Bürgermeisters eine Beratung der Funktionäre der mandatstragenden Parteien und Organisationen der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt.

Durch die Innenstadt von Görlitz findet ein Schweigemarsch für Demokratie statt.

In einer Presseerklärung erläutert der Runde Tisch **Kamenz** seine Arbeitsweise und die von ihm zu bearbeitenden Probleme. Außerdem wird zur Ruhe, Gewaltlosigkeit und Sachlichkeit aufgerufen.

In Zwönitz gründet sich eine Ortsgruppe der SDP.

19. Dezember

Bundeskanzler Helmut Kohl besucht mit einer Regierungsdelegation den DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow in Dresden. Verhandlungen über eine Vertragsgemeinschaft finden statt. Modrow lehnt Kohls 10-Punkte-Plan ab und besteht auf der Eigenstaatlichkeit der DDR.

Das Neue Forum in **Penig** führt eine öffentliche Versammlung im Schützenhaus durch.

Im Domgemeindehaus findet die erste Zusammenkunft des Runden Tisches in **Zwickau** statt, bei der sehr viele Themen angesprochen werden.

Das Bürgerkomitee aus **Wurzen** verfasst ein Schreiben an die SED-PDS-Kreisleitung, in dem die Partei aufgefordert wird, sich aus allen Betrieben, Einrichtungen und Schulen zurückzuziehen.

Viele Bürger aus Arnsdorf fahren nach Dresden, um an der Kundgebung der Allianz für Deutschland mit Helmut Kohl teilzunehmen.

In **Meißen** fällt die Dienstagsdemonstration aus, weil viele Bürger nach Dresden zur Kundgebung mit Bundeskanzler Helmut Kohl fahren.

19. Dezember

Beim ersten Runden Tisch in **Hainichen** ist auch der Leiter des VPKA eingeladen worden, der Stellung zu den polizeilichen Aktionen vom 7. Oktober nehmen soll. Er rechtfertigte sie damit, dass sie auf Befehl von "oben" erfolgt seien. Ein unabhängiger Untersuchungsausschuss zur Aufdeckung von Amtsmissbrauch und Korruption wird gebildet.

Die Bürgerinitiative aus **Bad Elster** trifft sich, um weitere Aktionen vorzubereiten.

Die Munitionslager in Rodewisch/Rebesgrün werden zum dritten Mal besichtigt.

In **Delitzsch** findet der erste Runde Tisch statt, an dem sich Vertreter aller Parteien, Massenorganisationen, oppositioneller Gruppen, die Kirche und die NVA beteiligen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hält an der Frauenkirche in **Dresden** die bekannte Rede, die mit den Worten "Liebe Landsleute" beginnt. Zuvor hat er sich mit Vertretern oppositioneller Gruppen getroffen.

In **Zschopau** treffen sich Vertreter von DBD, CDU, NDPD, SED-PDS, LDPD, FDGB, VdGB, Konsum, FDJ, Handwerkskammer, DSF, DTSB, Neuen Forum zum ersten Runden Tisch. Diskutiert wird über die Vorbereitung der Wahlen am 6. Mai 1990, die Ablehnung neofaschistischer und ausländerfeindlicher Aktivitäten und eine Sicherheitspartnerschaft.

In **Dittelsdorf** konstituiert sich auf Anfrage des Kirchenvorstandes und der Fraktion der SED-PDS ein Runder Tisch mit Vertretern aller demokratischen Gruppen, Parteien und Bürgerbewegungen im Ort.

Versuch der Bildung eines Runden Tisches in Flöha. Er konstituiert sich am 9. Januar 1990.

Die Stadtverordnetenversammlung **Radeburg** bestätigt mit Stimmenmehrheit den Rücktritt des Stadtrates sowie des Bürgermeisters (CDU) und beschließt die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption. Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung (SED) wird kommissarisch in das Amt des Bürgermeisters eingesetzt. Zur Kontrolle der Verwaltung wird empfohlen, einen Runden Tisch aus Vertretern aller demokratischen Kräfte einzuberufen. Dieser konstituiert sich am 4. Januar 1990 und übernimmt ab 24. Februar geschäftsführend die Funktion der zurückgetretenen Stadtverordnetenversammlung. An diesem Tag wird auch der Radeburger Anzeiger gegründet.

In Königsbrück findet das zehnte Friedensgebet statt.

Bei der Zusammenkunft des Zweiten Runden Tisches in **Reichenbach** bilden folgende Themen die Schwerpunkte: Sicherstellung der kommunalen Arbeit unter Mitwirkung aller demokratischen Kräfte bis zu den freien Wahlen und Erörterung der Situation der Städtepartnerschaft mit Nordhorn. Die Gespräche am Runden Tisch sollen themenbezogen fortgesetzt werden.

19. Dezember

In **Rochlitz** gründet sich die Grüne Liga. Die von der ev.-luth. Kirche und dem Kulturbund angeregte Liga versteht sich als Bürgerinitiative und will sich der Umweltproblematik zuwenden.

Bei der Demonstration in **Zwönitz** wird die SDP jubelnd begrüßt.

In **Großenhain** tagt die SED-Kreisleitung. Das Sekretariat der Kreisleitung tritt geschlossen zurück, der 1. Sekretär bittet um Abberufung, und die Kreisparteikontrollkommission (KPKK) wird aufgelöst. Die Kreisleitung arbeitet als geschäftsführender Kreisvorstand der SED-PDS weiter, und ein Vorsitzender wird gewählt.

Das Kreiskomitee der Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI) **Großenhain** stellt in einem Bericht zum Jagdwesen fest, dass es nicht, wie mehrfach geäußert wurde, Privilegien der Jäger gibt. Sowjetische Militärangehörige haben aber massiv gewildert, obwohl sie ein riesiges Sonderjagdgebiet nutzen dürfen.

Die Beschäftigten des Postamtes **Großenhain** erklären öffentlich, dass für die 100-Jahr Feier des Postamtes kein Geld vorhanden sei, weil der Vorsitzende der FDGB, Harry Tisch, "alles verprasst hat".

Die Arbeitsgruppe Volksbildung des Neuen Forums **Großenhain** führt mit dem Kreisschulrat ein Gespräch über die Trennung der Pionierund FDJ-Arbeit von der Schule.

In zwei Forsthäusern in der Nähe von **Belgern** finden Vertreter des Neuen Forums **Torgau** Reste von verbrannten Akten des MfS. Zwei Taschen mit unverbrannten Aktenresten werden geborgen und dem Leipziger Bürgerkomitee übergeben. Sie enthalten Hinweise über die Arbeit der Torgauer Stasi in den letzten Jahren.

20.-22. Dezember

Frankreichs Präsident Mitterrand ist zu einem offiziellen Staatsbesuch in der DDR.

20. Dezember

Die SED-PDS-Kreisleitung in Auerbach gibt ihren Rücktritt bekannt.

Das Neue Forum aus Crimmitschau stellt politische Forderungen für die Rückkehr zur Demokratie.

In **Bad Elster** wird eine Demonstration mit anschließendem Forum in der "Otto-Grotewohl-Oberschule" durchgeführt. Es wird über die weitere Entwicklung in Bad Elster gesprochen.

Gründung der SDP im Kreis **Döbeln**.

In **Grimma** konstituiert sich eine Ortsgruppe der SPD.

20. Dezember

In **Ortrand** wird als Zeichen des Einheitswunsches in einem Schaufenster eines Schuhgeschäftes in der Bahnhofsstraße ein Weihnachtsbaum mit kleinen Deutschlandfahnen ohne Staatssymbol geschmückt.

In Sosa findet das erste Gespräch zwischen der Bürgermeisterin und den Vertretern der Ortsgruppe des Neuen Forums statt.

Der Rat der Stadt **Großenhain** schlägt der Stadtverordnetenversamlung vor, allen Nachfolgekandidaten und berufenen Bürger der neuen Organisationen in der Stadtverordnetenversamlung das Stimmrecht einzuräumen. Am 13. Januar soll über den Vorschlag entschieden werden.

In **Großenhain** findet am "Grünen Tisch" eine Beratung statt zur Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR und der Arbeitsgruppe Ökologie des Neuen Forums.

Die CDU und das Demonstrationskomitee **Großenhain** rufen für die morgige Demonstration zu einem Schweigemarsch für die Opfer des Stalinismus auf unter dem Motto "Für Wahrheit und Recht".

Ein DBD-Mitglied aus **Rostig** (Kreis Großenhain), Verantwortlicher für Gülleausbringung im Kooperationsbereich **Ebersbach**, äußert sich öffentlich zur katastrophalen Situation der Güllewirtschaft.

Bei einer Einwohnerversammlung in **Rödern** (Kreis Großenhain) wird ein unabhängiges Bürgerkomitee gewählt. Es versteht sich als Beratungs- und Kontrollorgan der jetzigen Gemeindevertretung. Der Sprecher dieses Komitees wird 1990 zum neuen Bürgermeister gewählt.

Der Runde Tisch der Stadt **Freiberg** tagt im Rathaus zum zweiten Mal.

Die erste Zusammenkunft des Runden Tisches Heidenau findet im Rathaus statt.

Etwa 120 Personen gründen die "Bürgerinitiative **Schirgiswalde**". Die Bürgerinitiative arbeitet in den fünf Arbeitsgruppen Wirtschaft, Umwelt; Bildung und Erziehung, Zivildienst sowie Gesundheit und Soziales. Diese Arbeitsgruppen sind von Anfang an offen für alle, unabhängig davon, welche politische Haltung der Einzelne hat.

Auf Einladung des Sprechers der Bürgerinitiative **Thum** und des Bürgermeisters findet in Thum der erste Runde Tisch statt. Es nehmen Vertreter aller Parteien und Massenorganisationen teil.

21. Dezember

Das Volkspolizeikreisamt Karl-Marx-Stadt schlägt der Demokratischen Oppositionellen Plattform die Bildung eines gemeinsamen Sicherheitsaktivs vor.

21. Dezember

Wahlveranstaltung des SPD-Ortsverbandes in **Treuen**.

In **Meißen** lädt der NDPD-Kreisvorstand zu einem Gespräch an den Runden Tisch ein. Dieser wird in der Kreisgeschäftsstelle der NDPD durchgeführt und bildet die konstituierende Sitzung, weil viele Vertreter von Parteien und Organisationen erscheinen.

In **Penig** wird eine Demonstration mit etwa 300 Teilnehmern durchgeführt.

In Posseck bei Triebel wird ein Fußgängerübergang nach Bayern eröffnet.

Die Gemeindevertretung von **Schönberg** fasst einen Beschluss mit Erklärungen und Forderungen zur Erneuerung der DDR, der am 4. Januar als Brief an den "Werten Genossen Ministerpräsident Modrow" geschrieben wird.

In Delitzsch löst sich das Neue Forum auf. Die meisten bisherigen Mitglieder treten in Parteien ein.

Das Neue Forum **Großenhain** erklärt zu den anonymen Anrufen im Kreisrehabilitationszentrum, dass damit nur das Neue Forum diffamiert werden soll. Angebliche Forum-Mitglieder hatten am Telefon behauptet, das Zentrum sei eine Nebenstelle des AfNS und besitze geheime Unterlagen.

Zur Kreistagssitzung in **Großenhain** gibt es mehrere Kaderveränderungen. Die Präambel der Geschäftsordnung wird außer Kraft gesetzt und Fraktionen gebildet. Die bereits in der Sondersitzung am 2. November geforderte "zeitweilige Kommission Staat und Recht" zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption durch den SED-Apparat wird berufen. Abgelehnt wird dagegen die Bildung eines Präsidiums des Kreistages.

Auf der 2. Sitzung des Rundes Tisches des Bezirkes **Dresden** wird beschlossen, dass je zwei Vertreter des Rundes Tisches zur Mitarbeit in den vorgesehenen sechs Arbeitsgruppen benannt werden.

In **Großenhain** findet mit 1500 Teilnehmern die neunte und für dieses Jahr letzte Donnerstagsdemonstration vor der Marienkirche statt. Unter dem Geläut der Marienkirche werden die Bürger aufgefordert, bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch im neuen Jahr die Demonstrationen fortzusetzen.

An die Stadt **Wittichenau** wird eine Liste mit Personen geschickt, die von der Bürgerinitiative in die verschiedenen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung entsendet werden. Die Vertreter der Bürgerinitiative nehmen von nun an regelmäßig an den Ratssitzungen teil.

In Geithain findet das zweite Rundtischgespräch zwischen dem Bürgermeister und den Parteivorsitzenden statt.

22. Dezember

Helmut Kohl und Hans Modrow eröffnen am Brandenburger Tor zwei Grenzübergänge für Fußgänger.

12 Uhr mittags werden in der gesamten DDR die Kirchenglocken für die Opfer der Revolution in Rumänien geläutet.

In Bischofswerda wird ein Runder Tisch gebildet.

In **Ortrand** wird eine Bürgerinitiative gebildet, aus der im Januar der Runde Tisch entsteht. Auch hier gibt es dann Unterschriftensammlungen für die Rückkehr nach Sachsen. Im Juli 1990 findet in diesem nordsächsischen Gebiet eine Volksabstimmung zur Länderzugehörigkeit statt. Die Ergebnisse in den Orten liegen durchweg zwischen 80 und 99 Prozent für Sachsen. Nach dem Vorbild des Wahlbündnisses "Allianz für Deutschland" entsteht hier das Aktionsbündnis "Allianz für Sachsen".

Die BIKA und die SPD eröffnen in **Auerbach** ihre eigenen Büroräume.

Auf dem Friedensplatz in **Auerbach** wird eine Kundgebung für Rumänien mit etwa 200 Teilnehmern unter dem Motto: "Kerzen statt Transparente" abgehalten.

Die Bürgerinitiative **Thum** verabschiedet einen Standpunkt, in dem sie eine "Konföderation DDR-BRD als Projekt für ein einiges Deutschland in einem friedlichen Europa" fordern.

Im "Haus der Metallarbeiter" von **Torgau** wird die erste Vollversammlung des Neuen Forums durchgeführt. Die etwa 120 Mitglieder und Sympathisanten entscheiden, dass zukünftig ein Sprecherrat aus sieben Mitgliedern das Neue Forum vertreten soll. Die Mehrheit spricht sich gegen ein Rotationsprinzip und in einer Trendabstimmung für eine Bürgerinitiative aus. Eine Minderheit ist für die Parteienbildung.

23. Dezember

Im "Sächsischen Tageblatt" erscheint ein Aufruf der Partei Neues Forum in **Karl-Marx-Stadt**. Es wird zu einer republikweiten Konstituierung in allen Kreisen aufgerufen.

In **Meerane** wird der erste Runde Tisch durchgeführt, an dem die SED-PDS, die NDPD, die LDPD, die CDU, die Demokratische Bauernpartei, das Neue Forum sowie Vertreter der ev. Kirche teilnehmen.

24. Dezember

Für Bundesbürger und Westberliner wird die Visumspflicht und der Mindestumtausch für Reisen in die DDR aufgehoben.

In **Bergen** sowie an der nahegelegenen Autobahnbrücke werden Transparente mit den Aufschriften "Freuen auf Deutschland", "Wir sind ein Volk" und "Grüß Gott BRD" angebracht.

Der ev. Kirchenvorstand, das Neue Forum und die SDP-Ortsgruppe rufen in Lengenfeld zu einer Spendenaktion für Rumänien auf.

25. Dezember

In **Karl-Marx-Stadt** erscheinen etwa 1 500 Menschen zu einer Demonstration, zu der die SDP aufgerufen hatte. Diese spricht sich gegen eine Pause der Demonstrationen aus.

27. Dezember

Das ehemalige Kreisamt des AfNS **Großenhain** wird an die örtlichen Behörden übergeben. Als neuer Nutzer zieht hier der DRK-Kreisverband ein.

28. Dezember

Die Basisgruppe des Neuen Forum **Naunhof** führt eine Versammlung durch, zu der trotz Werbung aber nur wenige Einwohner erscheinen.

In **Penig** wird eine Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 200 Einwohner beteiligen.

CDU-Mitglieder aus **Lampertswalde** beraten mit Bürgervertretern aus allen umliegenden Gemeinden die weitere Vorgehensweise zur Auflösung des Militärobjektes im Raschütz. Am 14. Februar 1990 erfolgt eine Objektbesichtigung durch den Vorsitzenden des Rates des Kreises gemeinsam mit dem CDU-Landrat des Großenhainer Partnerkreises Hohenlohekreis (Baden-Württemberg). Die NVA erteilt am 8. März 1990 die Zustimmung für die Übergabe des Objektes in zivile Rechtsträgerschaft.

Im Rathaus von **Meißen** erfolgt die Gründung des Kuratoriums "Rettet Meißen – jetzt". Dieses will Geldspenden für die Sanierung Meißens sammeln und erzielt auch nach relativ kurzer Zeit große Beträge, weil es gelingt, Prominente aus Wissenschaft und Kunst zu gewinnen.

In **Ellefeld** wird eine Bürgervereinigung öffentlich gegründet, die schon für das Bekanntwerden der ersten Demonstration in Auerbach am 27. Oktober sorgte. Sie trägt den Namen Ellefelder Bürgervereinigung (EBV).

In Hohenstein-Ernstthal findet eine Demonstration statt.

29. Dezember

Das Volkspolizei-Kreisamt in Karl-Marx-Stadt fasst den Beschluss, bis zum 31. Januar die Grundorganisation der SED-PDS aufzulösen.

Das Neue Forum **Radeburg** beginnt den Besuch der Geheimobjekte im VEB Meßelektronik, Betriebsteil Radeburg. Trotz fehlender Rechtsgrundlage wird nach Rücksprache mit dem Dresdner Hauptwerk schließlich die Besichtigung gestattet, auch die der "geheimen unterirdischen Räume". Es wird bestätigt, dass es hier militärische Produktion gegeben hat, die aber inzwischen eingestellt ist. Als zweites Objekt wird am 16. Januar 1990 das Glasfaserwerk besichtigt, in dem ein Teil der Produktion auch militärischen Zwecken dient.

Erstmals dürfen Vertreter von Nachrichtenredaktionen das Gefängnis Bautzen I besichtigen.

29. Dezember Vertreter von Basisgruppen des Neuen Forums haben sich zu einem Gründungsausschuss für die Deutsche Forumpartei (DFP) in Karl-

Marx-Stadt zusammengefunden. Diese will die bisherigen Initiativen zur Gründung der Partei Neues Forum in den verschiedenen Bezir-

ken vereinen.

31. Dezember In den vergangenen Monaten sind 343 854 DDR-Bürger in die Bundesrepublik übergesiedelt.

19 hauptamtliche Mitarbeiter der Dienststelle des Amtes für Nationale Sicherheit **Döbeln** werden entlassen.

Ende Dezember Die Deutschlandfahne, die jemand auf der Burgruine in **Tharandt** hisst, wird über Nacht heimlich entfernt.

In **Eppendorf** findet der erste Runde Tisch statt. Die zehn Teilnehmer sind Vertreter von CDU, DBD, SED-PDS, der evangelische Pfarrer und zwei Mitglieder der Bürgerinitiative Eppendorf.

Der Bürgermeister von Langensteinbach wendet sich mit einem offenen Brief an alle Einwohner. Er dankt darin für die fleißige Arbeit, die auch in kritischer Zeit die Stabilität des Dorfes bewahren half. Gleichzeitig erklärt er seine Abscheu gegenüber allen Formen von Amtsmissbrauch und Korruption und fordert strengste Bestrafung der Schuldigen. Weiterhin drückt er seine Zuversicht aus, dass es unter den neuen Bedingungen gelingen wird, einen wirklich demokratischen und sozialistischen Staat zu schaffen.